

P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1030 Wien

Stenographisches Protokoll

81. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XI. Gesetzgebungsperiode Donnerstag, 14. und Freitag, 15. Dezember 1967

Tagesordnung

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1968

Spezialdebatte

Beratungsgruppe IX: Handel, Gewerbe, Industrie

Inhalt

Personalien

Ordnungsruf (S. 6612)

Geschäftsbehandlung

Unterbrechung der Sitzung (S. 6638)

Verhandlungen

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (630 und 656 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1968 (650 d. B.)

Spezialdebatte

Beratungsgruppe IX: Handel, Gewerbe, Industrie

Spezialberichterstatter: Marwan-Schlosser (S. 6558 und S. 6672)

Redner: Meißl (S. 6559), Ing. Sallinger (S. 6564), Kostroun (S. 6570), Marberger (S. 6575), Peter (S. 6580), Robert Graf (S. 6585 und S. 6603), Dr. Kreisky (S. 6588 und S. 6602), Vizekanzler Doktor Bock (S. 6595, S. 6605, S. 6663 und S. 6670), Dipl.-Ing. Dr. Leitner (S. 6598), Dr. Scrinzi (S. 6605), Kreimpl (S. 6607), Pay (S. 6612), Herta Winkler (S. 6623), Kulhanek (S. 6630), Wielandner (S. 6635), Dr. Fiedler (S. 6639), Skritek (S. 6642), Adam Pichler (S. 6646), Dkfm. Androsch (S. 6649), Mitterer (S. 6655), Glaser (S. 6661), Dr. Staribacher (S. 6665) und Czernetz (S. 6668 und S. 6671)

Entschließungsanträge Pay betreffend Bergbauförderung (S. 6622) und Ersatzarbeitsplätze bei Schließung von Bergbaubetrieben (S. 6623), Wielandner betreffend Kupferbergbau Mühlbach (S. 6635) und Dkfm. Androsch betreffend Zustandekommen bzw. Unterbleiben eines Arrangements mit der EWG (S. 6652) — Ablehnung (S. 6672)

Annahme der Beratungsgruppe IX (S. 6672)

Eingebracht wurden

Antrag der Abgeordneten

Suppan, Pansi, Dr. Geißler, Dipl.-Ing. Oskar Weihs und Genossen, betreffend ein Bundesgesetz über die Zustimmung zum Ausgleich der Arland Papier- und Zellstoff-Fabriken AG. (62/A)

Anfragen der Abgeordneten

Horejs, Jungwirth und Genossen an den Bundesminister für Justiz, betreffend den ehemaligen Hochschulassistenten Dr. Norbert Burger (432/J)

Skritek und Genossen an den Bundesminister für Unterricht, betreffend die dienstrechtliche Behandlung des ehemaligen Hochschulassistenten Dr. Norbert Burger (433/J)

Frühbauer, Ulbrich, Robert Weisz und Genossen an den Bundeskanzler, betreffend Rückerstattung seinerzeit zurückgezahlter Abfertigungsbeträge nach den Bestimmungen des Artikels II der 17. Gehaltsgesetz-Novelle, BGBl. Nr. 236/1967 (434/J)

Frühbauer, Ulbrich, Robert Weisz und Genossen an den Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen, betreffend Rückerstattung seinerzeit zurückgezahlter Abfertigungsbeträge nach den Bestimmungen der 1. Novelle der Vordienstzeitenkundmachung 1958 des Bundesministeriums für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen vom 5. Juli 1967 (435/J)

Mayr und Genossen an die Frau Bundesminister für soziale Verwaltung, betreffend die Erlassung gesetzlicher Bestimmungen zur Reinhaltung der Luft (436/J)

Czernetz, Zankl, Gratz und Genossen an die Bundesregierung, betreffend die vom Europarat angenommene Empfehlung Nr. 480 (437/J)

Zankl, Czernetz, Gratz und Genossen an die Bundesregierung, betreffend die vom Europarat angenommene Empfehlung Nr. 489/1967 (438/J)

Zankl, Czernetz, Gratz und Genossen an die Bundesregierung, betreffend die vom Europarat angenommene Empfehlung Nr. 495 (439/J)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident Dr. Maleta,
Zweiter Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner,
Dritter Präsident Wallner.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das amtliche Protokoll der 79. Sitzung vom 12. Dezember 1967 ist in der Kanzlei aufgelegt, unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (630, Zu 630 und 656 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1968 (650 der Beilagen)

Spezialdebatte

Beratungsgruppe IX

Kapitel 63: Handel, Gewerbe, Industrie

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein: Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1968, Beratungsgruppe IX.

Spezialberichterstatter ist der Abgeordnete Marwan-Schlosser. Ich bitte um den Bericht.

Spezialberichterstatter **Marwan-Schlosser:** Hohes Haus! Ich habe im Auftrag des Finanz- und Budgetausschusses den Spezialbericht über die Beratungsgruppe IX zu geben, welche das Kapitel 63: Handel, Gewerbe, Industrie, umfaßt.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat in seiner Sitzung am 8. November 1967 die in der Beratungsgruppe IX zusammengefaßten Teile des Bundesvoranschlages für das Jahr 1968 der Vorberatung unterzogen.

Für das Kapitel 63 sind im Bundesvoranschlag 1968 Ausgaben mit einem Gesamtbetrag von 349,114.000 S vorgesehen, die zur Gänze auf die ordentliche Gebarung entfallen.

An diesem Gesamtbetrag ist der Personalaufwand mit 84,660.000 S und der Sachaufwand mit 264,454.000 S beteiligt.

Werden diese Ausgaben mit den Ansätzen des Bundesfinanzgesetzes 1967 verglichen, dann ergibt sich beim Personalaufwand eine Steigerung um 3,777.000 S und beim Sachaufwand eine Verminderung um 22,209.000 S.

Die Einnahmen sind für 1968 mit 329,816.000 S veranschlagt, sie sind gegenüber 1967 um 10,742.000 S niedriger eingesetzt.

Ein Teil der niedrigeren Einnahmen und auch der verminderten Ausgaben, nämlich auf beiden Seiten 14,256.000 S, ist darauf zurückzuführen, daß die Beiträge der Länder und der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft zu den Kosten des Vereines „Österreichische Fremdenverkehrswerbung“ nicht mehr über die Bundesrechnung geführt werden, sondern dem Verein unmittelbar zufließen sollen. Auch die Montangebühren sind für das Jahr 1968 um 9,350.000 S niedriger angesetzt, da im Jahre 1967 ihre Einschätzung offensichtlich zu optimistisch war. Hingegen sind die Einnahmen des Österreichischen Patentamtes und der Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge bedeutend höher eingesetzt, als dies im Vorjahr der Fall war.

Bei den Ausgaben wurde für die Berechnung des Personalaufwandes ein Gesamtpersonalstand von 1035 Bediensteten zugrunde gelegt. Hievon entfallen 578 Dienstposten auf Beamte der allgemeinen Verwaltung und 457 Dienstposten auf Vertragsbedienstete. Dies bedeutet gegenüber dem Jahre 1967 eine Verminderung um lediglich einen Dienstposten. Da jedoch einerseits durch den Zugang der Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge vom

Bundesministerium für Bauten und Technik ein Zuwachs um 48 Dienstposten und andererseits durch Übernahme eines Teiles des Präsidiums durch das Bundesministerium für Bauten und Technik wieder ein Abgang von 35 Dienstposten eintrat, wurden tatsächlich 14 Dienstposten, das sind 1,35 Prozent, eingespart. Die trotzdem eintretende Erhöhung des Personalaufwandes ist ausschließlich auf die Gehaltsregulierung sowie auf die Kosten der alljährlichen Vorrückungen und Beförderungen zurückzuführen.

Die für die sachlichen Ausgaben bestimmten Kredite wurden, wie bereits erwähnt, um 22,209.000 S gegenüber dem Vorjahr vermindert. Diese Verminderung betrifft alle Gebarungsgruppen des Voranschlages, vom Verwaltungsaufwand über die Anlagenkredite und Förderungsausgaben bis zu den Aufwandskrediten.

Der Grund hierfür ist in den außerordentlichen Sparmaßnahmen gelegen, die ein genereller Leitfaden bei der Erstellung des gesamten Bundesvoranschlages 1968 sein mußten.

Es muß aber hervorgehoben werden, daß es im Sinne einer Konzentration des Einsatzes der Förderungskredite gelang, die großen Aktionen, die einem breiten Teil der Wirtschaft zugute kommen, wie die Gemeinsame Kreditaktion, die BÜRGES-Aktion und dergleichen, nicht nur auf dem Stand des Vorjahres zu halten, sondern darüber hinaus zum Teil besser zu dotieren. Ähnliches gilt auch für den Bundesbeitrag zum Verein „Österreichische Fremdenverkehrswerbung“, der eine verstärkte Werbetätigkeit im Ausland gewährleisten soll. Auch die Zweckforschung im Rahmen der gewerblichen Wirtschaft kann 1968 eine höhere Dotierung erwarten, desgleichen die Bergbauförderung.

Auf der anderen Seite zeigt der Voranschlag für Messen und Ausstellungen, daß Österreich gezwungen war, auf die sehr kostspielige Beteiligung an der Weltausstellung in Osaka zu verzichten, weil für diesen Zweck kein Kredit vorgesehen ist. Für die jetzt eben zu Ende gegangene Weltausstellung in Montreal war noch 1967 eine restliche Bundesbeteiligung in der Höhe von 17,12 Millionen Schilling vorgesehen gewesen.

Im Laufe der Debatte hat Abgeordneter Dr. Hauser den dem Ausschlußbericht beige-druckten Abänderungsantrag eingebracht.

Bei der Abstimmung am 22. November 1967 hat der Finanz- und Budgetausschuß die finanzgesetzlichen Ansätze der zur Beratungsgruppe IX gehörenden Teile des Bundesvoranschlages in der Fassung der Regulierungsvorlagen (630 und 656 der Beilagen)

Marwan-Schlosser

unter Berücksichtigung des erwähnten Änderungsantrages mit Stimmenmehrheit angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 63: Handel, Gewerbe, Industrie, des Bundesvoranschlags für das Jahr 1968 (630 der Beilagen) wird unter Berücksichtigung der Druckfehlerberichtigungen beziehungsweise drucktechnischen Korrekturen (656 der Beilagen) mit der dem Ausschußbericht angeschlossenen Abänderung die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Ich bitte den Herrn Präsidenten, in die Spezialdebatte über die Beratungsgruppe IX eingehen zu wollen und abschließend die notwendigen Abstimmungen vorzunehmen.

Präsident: Wir gehen in die Debatte ein. Als erster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Meißl. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Meißl (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir Freiheitlichen werden diesem Kapitel, der Gruppe Handel, Gewerbe und Industrie, ablehnend gegenüberstehen. Wir lehnen dieses Budget ab, da wir zur Regierung Klaus kein Vertrauen haben. Wir lehnen aber besonders dieses Kapitel ab, weil wir den Eindruck haben, daß gerade die zur Verhandlung stehende Gruppe zum Prügelknaben dieser Regierung geworden ist, und zwar durch Maßnahmen, durch Gesetze, die mit diesem zur Beratung stehenden Budget im Zusammenhang stehen.

Die kleinen und mittleren Wirtschaftstreibenden, die ich hier zu vertreten die Ehre habe, sind neuen Belastungen ausgesetzt, Belastungen, die aus diesem Budget und aus den in diesem Zusammenhang zu erlassenden Gesetzen resultieren. Die Erhöhung der Umsatzsteuer, der Ausgleichsteuer wird wieder auf dem Rücken dieser Gruppe ausgetragen werden. Das heißt, sie werden — so wurde es gesagt — diese Kosten übernehmen müssen. Das bedeutet, das wird zu Lasten der Investitionstätigkeit gehen, die Betriebe werden sich nicht entsprechend weiter modernisieren und nicht entsprechend rationalisieren können, was sie aber dringend notwendig hätten. Oder es wird zu Preissteigerungen kommen, die selbstverständlich nicht im Sinne einer gesunden Volkswirtschaft liegen können.

Man wird dann auch weiterhin sagen: Ja, diese Gruppe der kleinen Handels- und Gewerbetreibenden und auch die Fremdenverkehrswirtschaft haben nun neuerlich die Preisspirale in Bewegung gesetzt. Dagegen müssen wir uns hier energisch verwahren.

Wir glauben, daß auch das Ressort nicht alles oder viel zuwenig unternommen hat, um die Interessen dieser Gruppe entsprechend zu vertreten. Der zuständige Ressortminister ist ein schlechter Anwalt dieser Gruppe, denn folgendes ist sicher: Wenn man weiterhin eine leistungsfeindliche Politik, im besonderen eine leistungsfeindliche Steuerpolitik betreibt, dann wird man sich — ich sagte es schon einmal — den Ast, auf dem man selbst sitzt, absägen.

Die großen Betriebe werden das nicht wettmachen können, was die Kleinen an Steuermitteln nicht mehr aufbringen können, weil sie weiterhin gezwungen sein werden — das ist eine unaufhaltsame Entwicklung —, aus der Selbständigkeit — ich sagte es schon einmal — in die Unselbständigkeit zu flüchten. Anscheinend sind in diesem Lande Eigenverantwortlichkeit, Unternehmerrisiko und Initiative nichts mehr wert. Diese Eigenschaften werden bestraft, und es ist kein Wunder, wenn dann die entsprechenden Folgen eintreten. Leidtragender wird in letzter Konsequenz der Fiskus, der Herr Finanzminister sein, dem die entsprechenden Abgaben der Kleinen fehlen werden, die ihm die Großen nie bringen können.

Man findet eine erschreckende Statistik, wenn man beispielsweise in Standeszeitungen, wie in der „Wirtschaft“ vom 9. Dezember dieses Jahres, lesen kann, daß die Zahl der Insolvenzen steigt, daß beispielsweise die bis September 1967 festgestellten 198 Ausgleichs die Summe des Vorjahres, nämlich 114, weit überschreiten. Wahrscheinlich wird die Zahl der Ausgleichs mit den Zahlen des letzten Vierteljahres das Doppelte der Ausgleichsanmeldungen des Vorjahres ausmachen. Eine ähnliche Entwicklung ist bei den Konkursen gegeben, wo es bereits zu 449 Fällen gegenüber 395 im gesamten Vorjahr gekommen ist. Wenn man auch hier das letzte Viertel dazu zählt, so wird dies eine erschütternde Statistik ergeben, die ganz richtig aufzeigt, wie die Entwicklung läuft.

Warum ist das so gekommen, meine Damen und Herren? Wir Freiheitlichen haben immer in diesem Haus gesagt: Schuld daran ist die auf Grund einer verfehlten Steuerpolitik zu geringe Kapitalausstattung, und zwar bei allen Betriebsgrößen, bei den kleinen, den mittleren und den großen Betrieben, bei den Betrieben der Privatindustrie genauso wie bei denen der verstaatlichten Industrie. Entsprechende Maßnahmen sind auch in diesem Hause viel zu spät gesetzt worden. So werden die sicherlich gutgemeinten und notwendigen Wachstumsgesetze nicht mehr die Wirkung zeigen können, die sie vor Jahren gehabt

Meißl

hätten, als sie von uns Freiheitlichen wiederholt gefordert wurden.

Mit der sogenannten Steuerreform wurde eine große Propaganda gemacht. Wir Freiheitlichen haben schon damals in diesem Hause diese Dinge beim richtigen Namen genannt. Es war die im Grunde genommen schon längst fällige Tarifberichtigung, das heißt das Nachziehen der Steuerprogression, damit nicht Nachteile entstehen. Vom Abbau des Mittelstandsbauches, von dem immer gesprochen wird, kann bei dieser Reform keine Rede sein. Diese Reform ist auf dem Programm der ÖVP-Regierung, auf dem Wahlprogramm gestanden; so hat man diese Steuerreform beschlossen, die im Grunde genommen den einzelnen wenig bringt, aber dem Staat in der letzten Konsequenz wesentliche Beträge weggenommen hat. Man ist dann gezwungen, bereits Monate darauf den Griff in die Taschen der Steuerzahler zu tun, wie es mit diesem Budget geschieht.

Wir sind der Meinung, daß die kleineren Betriebe überhaupt keine Entlastungen erhalten haben. Denn wenn Betriebe wirtschaftlich so schlecht gelagert sind, daß sie keine Einkommensteuer ausweisen, dann ist auch die Ermäßigung beziehungsweise die Steuerreform für diese Gruppen unwirksam. Auf der anderen Seite sind sie aber jetzt neuen Belastungen ausgesetzt.

Wenn man in die Presse, in die Berufs-, in die Standespresse, sieht, kann man darüber ja jeden Tag lesen. Man liest: Der Herr Nationalrat Präsident Sallinger sagte, zur Überwindung der Wirtschaftsflaute sei ein gemeinsames Konzept erforderlich. Es kommen dann Erklärungen, in denen er sagt:

Die gegenwärtige wirtschaftliche Situation ist äußerst ungünstig. Sie fordert die für die Wirtschaftsentwicklung Verantwortlichen geradezu heraus, ein gemeinsames Konzept zur Überwindung der gegenwärtigen Flaute zu entwickeln. Es wäre gefährlich und unverantwortlich, sich einfach auf die allgemeine Konjunkturfalte in Westeuropa auszuredden und die Möglichkeiten einer autonomen österreichischen Konjunkturpolitik zu leugnen.

Richtig; aber alle diese Erkenntnisse kommen etwas spät, zumal wir in den Folgerungen dieser Politik schon mitten drinnen sind. Es heißt ferner: Das Gewerbe muß automatisieren, und es müssen Vorschläge gemacht werden. Es ist richtig, wenn gesagt wird, daß für die Klein- und Mittelbetriebe sicherlich Chancen bestehen und daß sie zu modernen Methoden der Fertigung übergehen sollen. Es wird für fortschrittliche Betriebe unerlässlich sein, den Anschluß an die bereits ent-

wickelten Produktionsmethoden zu finden, Zulieferer zu werden und so weiter. Das ist sicherlich alles richtig, aber zu spät.

Dann der Buchhandel — es wurde im Haus bereits bei einem anderen Kapitel darüber gesprochen —: Auch das ist eine Gruppe, die äußerst bedroht ist, und ich will hier zitieren, was ein zuständiger Mann sagte: Das Buch und den Buchimport darf man nicht so besteuern wie irgendeine andere Ware, die für den Geistes- und Seelenzustand belanglos oder sogar noch schädlich ist. Es muß der wirtschaftlichen Situation des österreichischen Buchhandels Rechnung getragen werden, damit er seine Aufgabe erfüllen kann.

Der Herr Bundeskanzler hat — um noch eine letzte Pressemeldung zu zitieren — in der „Wirtschaft“ vom 2. Dezember erklärt: Die Mehrwertsteuer findet uns vorbereitet.

Meine Damen und Herren! Ich darf Sie an die Diskussion erinnern, die seit einiger Zeit in allen Berufsgruppen der kleinen und mittleren Wirtschaftstreibenden über diese Frage im Gange ist. Die Mehrwertsteuer wurde immer gefordert, und das ist grundsätzlich richtig, meine Damen und Herren, sie ist aber heute vor allem in der Fremdenverkehrswirtschaft ein Problem geworden. Aber der Herr Bundeskanzler stellt fest: „Die bevorstehende Einführung der Mehrwertsteuer findet Österreich nicht unvorbereitet.“ Das erklärte der Herr Bundeskanzler Dr. Klaus in der Sitzung des Bundesausschusses Gewerbe bei der Bundesleitung des Österreichischen Wirtschaftsbundes. Man sagt, daß eine andere Frage, wie aus dem gleichen Bericht zu entnehmen ist, damit ihre Lösung finden würde, nämlich die Frage der Beförderungssteuer. Die Beförderungssteuer wurde von uns Freiheitlichen immer bekämpft, weil sie falsch ist und weil vor allem auch mit der letzten Novellierung der Fernverkehrssteuer eine Diskriminierung geschaffen wurde.

Wir sind der Meinung, die Beförderungssteuer im großen gesehen ist überholt, sie gehört weg, nur ist die Frage noch offen: Entweder geschieht hier etwas, oder man kann die Frage der Mehrwertsteuer wirklich in absehbarer Zeit zufriedenstellend lösen; dann aber müßten die entsprechenden Vorschläge gemacht werden.

In diesem Zusammenhang erhebt sich überhaupt die Frage: Hat der kleine oder mittlere Betrieb noch eine Chance? Wir wissen von Berichten aus anderen Ländern, auch aus Amerika, daß dies sehr wohl der Fall ist, daß es vor allem im Bereich des Gewerbes der Fall ist, wo diese kleinen und mittleren Betriebe zu wichtigen Zulieferern für die Großindustrie geworden sind. Ich nenne Ihnen

Meißl

nur ein Beispiel, meine Damen und Herren: Der größte amerikanische Stahlkonzern hat heute 54.000 Zuliefererbetriebe, Kleinbetriebe, und fährt damit besser, als wenn er alles in Eigenregie erzeugen wollte. Diese Entwicklung ist weiterhin im Gange, sie ist auch in Europa schon übernommen und wird sicherlich auch uns erreichen müssen. Es ist nur notwendig, daß auch hier der Staat die entsprechende Hilfestellung übernimmt, um die Umstrukturierung dieser Betriebe, die Ausstattung mit den notwendigen Geräten und Maschinen zu ermöglichen. Das ist sehr wohl eine Chance, nur muß hier auch vom Staat entsprechend Hilfestellung geleistet werden.

Ich darf in diesem Zusammenhange noch ein Beispiel zitieren, auch der „Wirtschaft“ entnommen: Großer Markt braucht den kleinen Betrieb. Reife Volkswirtschaften tendieren zur Dekonzentration. Der Wiener Nationalökonom Professor Dr. Walter Heinrich sagt dazu: Diese zweite Phase — wie er es nennt — des Industriezeitalters, in die wir jetzt treten, ist durch starke Gegenbewegungen gegen die Konzentration der kleineren und mittleren Betriebe in Fluß gekommen, und zu diesen gehören das starke Wachstum der Dienstleistungen, die in vielen Fällen von den kleineren Betrieben durchgeführt werden müssen, und die neuen Formen der zwischenbetrieblichen Zusammenarbeit: das Zulieferungssystem. Ich sagte es bereits. Hier liegt die Chance für diese Bevölkerungsgruppe, für diese Wirtschaftsgruppe.

Nicht so rosig, das wollen wir offen sagen, ist die Situation im Handel, vor allem im Kleinhandel, der weiterhin einer starken Belastung, einem starken Druck ausgesetzt ist, und unserer Meinung nach könnten vielleicht nur steuerliche Maßnahmen diese Gruppe noch veranlassen, in diesem Existenzkampf zu verbleiben, denn sonst werden sie wirklich von den Großen überrollt werden.

Wir haben immer vertreten und haben das hier im Haus wiederholt getan, daß man vor allem für den Familienbetrieb — es sind ja meistens Frau und Mann, die diese kleinen Betriebe führen müssen — zumindest steuerlich eine Entlastung schafft, indem man die Mitarbeit des Ehegatten steuerlich entsprechend honoriert. Ich weiß, es wird von der Seite gesagt werden: Ja, wir haben schon einiges getan! Hier würde nur ein großer Sprung eine Entlastung schaffen, und nicht diese Tröpfelmethode, die wir seit einigen Jahren hier erleben und die in Wirklichkeit nichts Entscheidendes oder Wesentliches bringt.

Im Zusammenhang mit dem Existenzkampf dieser kleinen Gruppen muß hier eine Frage wieder angeschnitten werden, in der wir

Freiheitlichen immer eine klare, unmißverständliche Haltung eingenommen haben. Es ist die sogenannte Genossenschaftsfrage, der Kampf des Handels mit den landwirtschaftlichen Genossenschaften.

Wir haben hier gesagt — und ich war selbst Sprecher beim Kapitel Landwirtschaft —, daß wir der Meinung sind: Die Frage ist nur von den Betroffenen her zu sehen und zu lösen, das heißt, sie ist auch im Interesse des Bauernstandes und natürlich genauso des Handels zu klären und zu lösen. Nicht die Institutionen sind uns wichtig, sondern die Betroffenen, die Bauern auf der einen und die Handelstreibenden auf der anderen Seite. Man sieht dieses Spiel, das seit Jahren, seit Jahrzehnten getrieben wird und in jüngster Zeit wieder eine neuerliche Auflage erfahren hat durch den Streit, den man jetzt in die Öffentlichkeit getragen hat, indem man vor dem Fernsehschirm darüber diskutiert, auf beiden Seiten Forderungen aufstellt — ich sagte es bereits am Dienstag —, woraus der Fernseher den Eindruck haben mußte: Beide sind geschädigt, beide sind noch nicht gleichgezogen, jeder ist benachteiligt. Eines müssen wir der Volkspartei, der Regierungspartei schon sagen: Sie hat es in ihrer Hand, es sind doch zwei Bünde, der Wirtschaftsbund und der Bauernbund, die beide der gleichen Partei angehören. Der Herr Abgeordnete Fachleutner — er ist noch nicht da — hat hier am Dienstag ein flammendes Bekenntnis zur Einheit der Partei abgelegt und erklärt: Die Partei hat Vorzug — so ungefähr kam es heraus —, die Einigkeit der Partei ist wichtig und notwendig, und Sie stehen dazu.

Meine Damen und Herren! Ich richte diesen Appell an die rechte Seite: Wenn es so ist, dann müßte es doch möglich sein, nicht die Flucht in die Öffentlichkeit anzutreten und nichts zu tun, sondern diese Frage in konkreten Verhandlungen zu klären. Es wäre Aufgabe der Verantwortlichen des Wirtschaftsbundes auf dieser Seite wie natürlich auf der anderen Seite des Bauernbundes, diese Abgrenzung, die Klärung der gleichen Wettbewerbsbedingungen abzusprechen, Lösungen zu finden, die im Interesse beider Gruppen für notwendig erachtet werden müssen.

Es nützt eben nichts, wenn man nur in der Presse — wie ich sie vor mir habe — schreibt: Privilegien müssen beseitigt werden. Auch der Herr Präsident Sallinger nimmt dazu Stellung, und es ist sicherlich richtig, wenn er erklärt: Privatwirtschaft und Genossenschaft, allerdings unter gleichen Wettbewerbsverhältnissen. Durch ihre Privilegien

Meißl

und Subventionen haben sie jetzt bereits auf Kosten des Handels, aber auch auf Kosten ihrer eigenen Mitglieder eine Machtstellung auf einzelnen Märkten erreicht, die es ihnen erlaubt, die noch vorhandene Konkurrenz auszuschalten. Er sagt dann weiter: Ich sehe es auf diesem Gebiet als Hauptaufgabe des Wirtschaftsbundes — es war vor dem Wirtschaftsbund — an, das Einzeleigentum gegenüber dem Kollektiveigentum zu verteidigen und über das Vorhandensein gleicher Wettbewerbsbedingungen auf dem Markt zu wachen. Richtig, alles richtig, meine Herren, aber hier fehlen die Taten, und die wollen die Betroffenen sehen und nicht die Erklärungen.

Ich zitiere noch kurz etwas aus einer anderen Pressemitteilung, die dieses Problem aufzeigt. Es wird hier gesagt: Heute geht es um die Errichtung genossenschaftlicher Tankstellen, Reparaturwerkstätten, Maschinenhöfe und Großmischfutterwerke, Brennereien, Getränkefabriken, Fleischwerke, Großmühlen. Morgen geht es um Supermarkets und Kombinate mit Konservenfabriken, Großschlächtereien und ähnliches. Eine Folge ist dieser unheilvollen Entwicklung gemeinsam: in jedem Fall werden Vollsteuerzahler ausradiert — ich habe das am Anfang schon gesagt — und das Betätigungsfeld für die Mitglieder der gewerblichen Wirtschaft eingengt. Nicht der einzelne Landwirt, sondern der von einigen aggressiven Managern gelenkte Apparat erlangt die Verfügungsgewalt über Subventionen, unbegrenzte Kreditmittel, Förderungsmittel, zugleich die Entscheidungsbefugnis über Großinvestitionen, und dies zu einer Zeit, da die Zahl der bäuerlichen Betriebe und die Zahl der in der Landwirtschaft Tätigen ständig abnimmt. — Durchaus — natürlich von einer Seite her gesehen —, aber für beide Gruppen zu unterschreiben.

Meine Damen und Herren! Ich darf nun auch noch zwei andere Fragen hier zur Debatte stellen, neuerlich vorbringen, die wir seit Jahren in diesem Haus als eine Forderung der Freiheitlichen aufgestellt haben. Es ist zunächst die echte Demokratisierung der Kammern, das heißt der Kammerwahlordnung. Ich weiß, man wird wieder sagen: Das ist nicht möglich! Meine Damen und Herren und vor allem die dafür Verantwortlichen! Hier fehlt unserer Meinung nach auch der gute Wille, um die Dinge in Gang zu bringen. Vielleicht ist das eine oder das andere bei der Änderung dieses Kammerwahlsystems wirklich nicht möglich, aber eines ist sicherlich möglich: die Einführung des amtlichen Stimmzettels. Ich habe einen entsprechenden Antrag im Ausschuß gestellt. Wir stellen ihn seit Jahren und bekommen immer wieder die Antwort: Das ist nicht

möglich! Man müßte hier wenigstens den guten Willen zeigen, und ich verweise in diesem Zusammenhang auch auf die Erklärung der Frau Sozialminister vor einigen Tagen, die sehr wohl auf Grund der Forderung nach Einführung des amtlichen Stimmzettels bei den Arbeiterkammerwahlen versprochen hat, sich dafür zu verwenden. Vielleicht könnten die dafür Verantwortlichen und der Herr Minister auch hier entsprechende Initiativen ergreifen, um dieser Forderung zum Durchbruch zu verhelfen.

Und das zweite, meine Damen und Herren, ist auch eine alte Forderung. Gerade im Zusammenhang mit der erforderlichen Umstellung in diesen Berufsgruppen, von denen ich hier spreche, wäre es notwendig, von der Gewerbeordnung her die Voraussetzungen zu schaffen. Es ist bekannt, es fehlt auf diesem Gebiete die Gewerbeordnung, die Novellierung ist seit langem im Gange. Der Herr Vizekanzler hat erklärt — wir wissen es —, daß ein Teil zur Begutachtung ausgesendet ist. Wir glauben aber, das ist zuwenig, es müßte nun endlich möglich sein, in der nächsten Zeit, im nächsten Jahr wenigstens diese Gewerbeordnungsnovelle dem Haus zur endgültigen Beschlußfassung vorzulegen. Dies ist ein dringendes Erfordernis im Interesse des Gewerbes, und ich darf auch hier die Frage an den Herrn Vizekanzler richten: Wie sind die Dinge nun wirklich? Bleibt es nur bei dem Teil, der nun zur Begutachtung ausgesendet ist, oder wird auch die Gesamtnovellierung ehestens das Haus erreichen können?

Und nun, meine Damen und Herren, zu einem besonderen Sorgenkind, möchte ich sagen, der Wirtschaftsgruppe, die ich hier vertrete, nämlich unserer Fremdenverkehrswirtschaft. Wenn ich nur mit ein paar Worten die noch dazugekommenen Sorgen aufzeige, die heute diesen Berufsstand belasten, so zunächst die Sorge im Zusammenhang mit der Einführung der Mehrwertsteuer. Schauen wir uns die entsprechenden Pressemeldungen an. Man hat in dieser Wirtschaftsgruppe Angst, daß die Einführung der Mehrwertsteuer, die durchaus notwendig und richtig wäre, Belastungen bringen wird, die diese Gruppe zurzeit nicht vertragen kann. Es kommen natürlich die Folgen der Pfundabwertung dazu. Daß man auch von der steuerlichen Seite her keine Entlastung bringt, möchten wir besonders vermerken. Wir Freiheitlichen haben doch seit Jahren hier in diesem Haus den Antrag gestellt, für die Küchenbetriebe von der steuerlichen Seite her eine Entlastung zu bringen, indem man die Küchenumsatzsteuer wesentlich herabsetzt oder die Küchen überhaupt von dieser Steuer

Meißl

befreit, um es diesen Gruppen zu ermöglichen, daß sie noch weiterhin den Gast nicht nur unterbringen, ihm die Nächtigung ermöglichen, sondern ihn auch voll verpflegen. Ich darf in diesem Zusammenhang vielleicht kurz auch eine Pressestimme zitieren: „Erhöhung der Umsatzsteuer statt Ermäßigung“. Das wissen wir bereits. „Unausbleibliche Folge: Mehr Küchenbetriebe werden sperren.“ Es wird von dem Referenten darauf hingewiesen, daß die unaufhaltsame Verringerung der Zahl der Betriebe, die warme Küche abgeben, eine ernste und nicht übersehbare Gefahr für den Fremdenverkehr darstelle. In Stadt und Land verzichten immer mehr Betriebe auf die Abgabe warmer Küche, da diese infolge der enormen steuerlichen Belastung durch die Umsatzsteuer ganz einfach unrentabel, in vielen Fällen sogar verlustreich geworden sei. Oft habe der einheimische und auch der fremde Gast Schwierigkeiten, einen Gasthof oder ein Restaurant zu finden, in dem warme Speisen abgegeben werden. Was das für den Fremdenverkehr bedeute, könne sich auch ein Laie vorstellen. Ein Fremdenverkehrsland, das die Verköstigung seiner Gäste nicht mehr garantieren könne, scheide aus der Reihe der ernstesten Bewerber aus.

Diese Frage ist sehr, sehr ernst zu nehmen, und es wäre wünschenswert gewesen, wenn man hier dieser Forderung von uns Freiheitlichen wirklich mehr Beachtung geschenkt hätte.

Daß — und das muß ich hier auch sagen — die Berichterstattung der Presse gegenüber der Fremdenverkehrswirtschaft nicht immer von Vorteil ist, haben wir wiederholt wahrgenommen. Es muß hier mehr Objektivität und mehr Sachlichkeit an den Tag gelegt werden, sonst erleiden diese Fremdenverkehrsbetriebe in den betroffenen Gebieten — sei es im Zusammenhang mit Hochwasserkatastrophen oder auch mit den, ob zu Recht oder ob zu Unrecht, kritisierten Mängeln bei der Betriebsführung — selbst erheblichen Schaden. Hier im Gesamtinteresse größere Zurückhaltung zu üben, wäre der Presse wirklich zu empfehlen. Wenn es darum geht, durch entsprechendes Aufzeigen tatsächlich bestehender Mängel die Situation, die Aufnahmefähigkeit, das Prestige dieser Betriebe zu verbessern, dann soll sie es selbstverständlich tun.

Der entscheidende Mangel dieser Betriebe — das gilt nicht nur für die Fremdenverkehrswirtschaft, das gilt überhaupt für die kleinen und mittleren Wirtschaftsbetriebe, für alle, ich sagte es bereits, aber hier besonders — ist natürlich die Kapitalarmut, daß diese Betriebe immergerade noch am Rande existieren können und jeder Rückschlag — das gilt für alle diese Gruppen — sie bereits an den Rand des Aus-

gleichs, des Konkurses, der Liquidation bringt. Hier Abhilfe zu schaffen, wird versucht, aber wir Freiheitlichen sind auch hier der Meinung, daß man vielleicht in manche Großbetriebe zuviel von den dafür zur Verfügung stehenden Mitteln der ERP-Gelder hineingepumpt hat, statt dafür zu sorgen, daß man die leistungsfähigen kleinen und mittleren Betriebe mehr stützt. Das sind die Sorgen, die heute unsere Fremdenverkehrswirtschaft betreffen, und wir glauben, daß hier das Ressort eine besondere Verpflichtung hätte, daß es die Fragen der Fremdenverkehrswerbung in diesem Falle nicht wieder nur durch die Gründung eines Vereines und die Abhaltung von gelegentlichen Tagungen, sondern in einem besonderen Ausmaß unterstützen sollte.

Wir haben uns nicht gescheut, hier im Haus einmal zu erklären: wenn ein Staatssekretär irgendwo vielleicht auf dieser Regierungsbank notwendig wäre, dann wäre es ein solcher für die Fremdenverkehrswirtschaft. Vielleicht ist es bei der kommenden Regierungsumbildung möglich, wo man ja angeblich den Beweis des guten Willens durch das Ausscheiden der Staatssekretäre liefern will. Sollte einer übrigbleiben, dann würden wir ihn sehr, sehr gerne für eine echte Aufgabe, für eine echte Funktion urgieren, die Fremdenverkehrswirtschaft wirklich zu vertreten. Wir glauben, im Rahmen des bisherigen Ministeriums ist das nicht der Fall.

Meine Damen und Herren! Ich darf aus diesem Anlaß einen Antrag der Freiheitlichen einbringen, in dem wir fordern, daß diesen Fragen mehr Beachtung geschenkt wird, im Interesse aller, im Interesse des Staates, der Handelsbilanz. Sie wissen, das ist ja noch eine Säule zur Abdeckung unseres Passivums.

Es ist ein Antrag der Abgeordneten Meißl, Peter und Genossen und lautet folgendermaßen:

Die Bundesregierung wird ersucht, der rückläufigen Tendenz des österreichischen Fremdenverkehrs, die sich durch die Abwertung des englischen Pfundes noch schärfer abzuzeichnen beginnt, ehestens durch geeignete Maßnahmen entgegenzutreten.

Bei diesen Maßnahmen ist auf einen planvollen Einsatz der knappen Kreditmittel sowie auf eine an den realen Gegebenheiten orientierte Auslandswerbung Bedacht zu nehmen.

Herr Präsident! Ich darf bitten, diesen Antrag mit in Verhandlung zu nehmen und natürlich auch hier die Unterstützungsfrage zu stellen.

In diesem Zusammenhang darf ich vielleicht auch noch aus der „Parlamentskorrespondenz“ zitieren, was der Herr Abgeordnete Dr. Fiedler dazu sagte:

Meißl

„Abgeordneter Dr. Fiedler äußerte seine Befriedigung darüber, daß heute einige Redner der Opposition sehr massive Forderungen zugunsten des Fremdenverkehrs erhoben haben. Leider war es eine Crux der Koalition, daß gerade in dieser Frage seit Bestehen der ‚Österreichischen Fremdenverkehrswerbung‘ keine Zusammenarbeit herrschte und daß die Budgetmittel in dieser Zeit gespalten wurden. Die Verkehrswerbung des Verkehrsministeriums betrieb nach völlig anderen Gesichtspunkten Fremdenverkehrswerbung und Eigenbrötelei. Auf diese Weise wurden wichtige Steuermittel verzettelt und konnten nicht richtig und zweckmäßig eingesetzt werden. Erst im Sommer 1966 gelang es, Handelsministerium und Verkehrsministerium zu gemeinsamer Arbeit zu veranlassen. Man konnte aber die versäumten Gelegenheiten aus den Jahren 1953 bis 1966 nicht nachholen. Die heutige Situation ist deshalb auf dem Werbesektor äußerst prekär und trist. Man muß erst langsam aufbauen.“

Dazu wäre es höchste Zeit. Vielleicht ist dieser Antrag ein Anlaß, um diese Dinge in Fluß zu bringen.

Meine Damen und Herren! Wir glauben, daß die Gruppen, die ich hier zu vertreten habe, durch den Staat, durch das Ressort, das diese Gruppen vertritt, nicht die entsprechende Förderung finden, daß man keine Rücksicht darauf nimmt, daß hier vielleicht noch die letzten Gruppen vorhanden sind, die durch Mehrleistung, durch unbezahlte Überstunden dem Staat noch Wichtiges zu leisten in der Lage sind. Wenn diese Gesinnung nicht bald eine Änderung findet, dann wird es zu spät sein.

Wir Freiheitlichen sind nicht in der Lage, diesem Kapitel die Zustimmung zu geben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident: Der Abgeordnete Meißl hat einen Entschließungsantrag eingebracht, der nicht genügend unterstützt ist. Ich muß daher die Unterstützungsfrage stellen.

Ich bitte daher jene Damen und Herren, die den Antrag der Abgeordneten Meißl und Genossen unterstützen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist nicht genügend unterstützt. Der Antrag steht daher nicht mit in Verhandlung.

Der nächste auf der Rednerliste ist der Abgeordnete Ing. Sallinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Ing. Sallinger (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Meißl hat mich heute einige Male zitiert, und zwar hat er besonders auf die Verhandlungen in der Genossenschaftsfrage Bezug genommen. Ich möchte dazu nur sagen, daß jetzt wirklich sehr ernstlich verhandelt

wird. Wir glauben, daß im Laufe des ersten Halbjahres 1968 eine vernünftige Lösung erarbeitet werden wird. *(Abg. Peter: Herr Präsident! Im Kampf gegen den Bauernbund stehen wir auf Ihrer Seite! — Heiterkeit.)* Herr Abgeordneter Peter! Hier wird nicht gekämpft, sondern ganz vernünftig darüber verhandelt. *(Abg. Dipl.-Ing. Dr. Leitner: Ein offenes Bekenntnis! — Abg. Zeillinger: Für die Bauern und gegen den Bauernbund! — Abg. Meißl: Herr Präsident! Hoffentlich müssen wir Sie im Herbst nicht wieder daran erinnern!)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Bundesfinanzgesetzentwurf für das Jahr 1968 liegt dem Parlament zu einer Zeit zur Beschlußfassung vor, in der die Wirtschaft unseres Landes im Zeichen einer unerwarteten und vielleicht auch sehr harten Konjunkturabschwächung steht. Sie wird aber nicht nur dadurch in Mitleidenschaft gezogen. Die im Juli dieses Jahres vorgelegte Budgetvorschau des Finanzministers bis zum Jahre 1970 zeigt, daß wachstumshemmende Strukturschwächen da sind, die auch bei der Erstellung dieses Budgets in Rechnung gestellt werden mußten.

Der Finanzminister hatte daher Überlegungen in zwei Richtungen anzustellen:

1. sollte der Entwurf kurzfristige konjunkturbelebende Maßnahmen enthalten und
2. Maßnahmen, die einen ersten Schritt zur Sanierung der Strukturschwächen des Staatshaushaltes setzen, die längerfristig strukturbereinigend und dadurch wachstumsfördernd wirken sollen.

Das Bild der österreichischen Wirtschaft tritt aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, am klarsten hervor, wenn man es mit einigen Zahlen belegt. Ich habe mir deshalb vorgenommen, Ihnen diese Ziffern aufzuzeigen, weil sie nüchterner und klarer als jede andere Beweisführung die Ursachen der Wachstumsschwäche und den Rückgang der industriellen Dynamik überhaupt aufdecken.

Die vor wenigen Tagen veröffentlichte Statistik des Handelsministeriums für das erste Halbjahr 1967 läßt die Konjunkturverflachung der österreichischen Wirtschaft deutlich erkennen. Danach kam es in allen Industriesparten, mit Ausnahme der Maschinen-, Stahl- und Eisenbauindustrie sowie der Glasindustrie, zu einer Abschwächung der Zuwachsraten der Bruttoproduktionswerte gegenüber der Vergleichszeit des Vorjahres und manchmal überhaupt zu einem Rückgang.

Am stärksten betroffen war die Lederindustrie, in der der Bruttoproduktionswert im ersten Halbjahr 1967 in der Ledererzeu-

Ing. Sallinger

gung um mehr als 20 Prozent und in der Lederverarbeitung um 11 Prozent zurückging. Auch viele andere Industriezweige weisen eine stark rückläufige Tendenz auf, so zum Beispiel die Bergwerke mit fast minus 9 Prozent, die Gießereiindustrie mit minus 6 Prozent, die Textilindustrie mit minus 4,4 Prozent, die Metallindustrie mit minus 3,5 Prozent, die Fahrzeugindustrie mit minus 2 Prozent und die Bekleidungsindustrie mit minus 1,2 Prozent.

Die Zuwachsraten der Bruttoproduktionswerte in den übrigen Industriesparten liegen zwischen 1,4 Prozent in der papiererzeugenden Industrie und zirka 7,3 Prozent in der chemischen Industrie. Eine Ausnahme — das habe ich schon angeführt — stellt lediglich die Maschinen-, Stahl- und Eisenbauindustrie mit einer Zunahme des Bruttoproduktionswertes um zirka 18 Prozent dar.

In dieser Statistik sind die Ergebnisse des produzierenden Gewerbes noch nicht berücksichtigt, sie dürften aber nach vorläufigen Schätzungen kaum besser sein als in der Industrie.

Die Strukturtenz der österreichischen Wirtschaft hat sich seit 1960 merklich verändert. Trotz des weiterhin anhaltenden Abganges in der Landwirtschaft hat die personelle Zunahme in der Produktionssphäre fast gänzlich aufgehört. Von den 116.000 Arbeitskräften, die zwischen 1960 und 1965 zusätzlich aus der Landwirtschaft freigeworden sind, gingen fast 100.000 Leute in den Dienstleistungsbereich und nur knapp 6000 in die Industrie und in das Gewerbe.

Aber nicht nur diese Erscheinung ist ein beachtenswertes Strukturmerkmal unserer Wirtschaft, sondern auch das starke Vorwiegen kleiner und kleinster Betriebe in allen Sparten. Die letzte Betriebszählung nichtlandwirtschaftlicher Unternehmungen hat ergeben, daß von den insgesamt 247.203 österreichischen Unternehmungen 80 Prozent oder fast 200.000 Betriebe nur bis zu fünf Beschäftigte aufweisen. 19,9 Prozent der Betriebe beschäftigen zwischen 5 und 500 Arbeitnehmer, und nur 0,1 Prozent der gesamten österreichischen Unternehmungen haben mehr als 500 Arbeiter und Angestellte.

99,9 Prozent der österreichischen Unternehmungen sind also nach internationalen Begriffen Klein- oder Mittelbetriebe, und es liegt deshalb auf der Hand, daß sich unsere Wirtschaftspolitik in vielerlei Hinsicht nach diesem Strukturmerkmal zu orientieren hat. Einerseits sind wir dazu verpflichtet, die naturgegebenen Vorteile einer kleinbetrieblichen Struktur, nämlich die Förderung der Spezialisierung, auszunützen. Wir dürfen hie-

bei nicht in den Fehler verfallen, unter den Begriff „Mittelstandspolitik“ Maßnahmen zu subsumieren, die auf die Erhaltung veralteter Strukturen ausgerichtet sind. Andererseits sind wir aber genauso verpflichtet, ganz spezifische Förderungsmaßnahmen für Großbetriebe ins Auge zu fassen, wenn wir der seit den sechziger Jahren deutlich schwächer gewordenen industriellen Dynamik neue Impulse verleihen wollen.

Ich möchte Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, auseinandersetzen, welche konkreten Maßnahmen mir im Interesse einer wachstumsfördernden Wirtschaftspolitik mit starken industriepolitischen Akzenten notwendig erscheinen. Vorher erlaube ich mir, einige Ziffern zu nennen, die den Entwicklungsstand und die Ertragslage der österreichischen Wirtschaft deutlich beleuchten.

Der Anteil der österreichischen Industrie, die gegenwärtig knapp 12.000 Betriebe mit etwas mehr als 600.000 Beschäftigten umfaßt, am Bruttonationalprodukt betrug im Jahre 1955 mit 32,2 Milliarden Schilling 30 Prozent und belief sich im Jahre 1960 mit 48,2 Milliarden Schilling noch immer auf 29,9 Prozent. Im Jahre 1966 sank dieser Anteil der Industrie mit einem Bruttoproduktionswert von 70,3 Milliarden Schilling auf 27 Prozent.

Das österreichische Gewerbe, dem derzeit etwas mehr als 100.000 Betriebe mit ebenfalls rund 600.000 Beschäftigten angehören, erzielte 1955 einen Bruttoproduktionswert von 12 Milliarden Schilling oder 11,2 Prozent des Bruttonationalproduktes. 1960 betrug der Anteil des Gewerbes am Bruttonationalprodukt mit 16,9 Milliarden Schilling 10,5 Prozent und im Jahre 1966 mit 25,8 Milliarden Schilling nur mehr 9,9 Prozent.

Der Handel, der im Jahre 1955 mit 12,3 Milliarden Schilling einen Anteil von 11,4 Prozent am Bruttonationalprodukt erreichte, also etwa den gleichen Anteil wie damals das Gewerbe, verzeichnete 1960 mit rund 20 Milliarden Schilling schon 12,4 Prozent und 1966 in gleichbleibend steigender Tendenz mit 35 Milliarden Schilling 13,4 Prozent.

Besonders typisch für die Lage der österreichischen Wirtschaft ist die umgekehrt proportionale Entwicklung der Löhne und Gehälter einerseits und der Unternehmereinkommen andererseits. 1955 betrug der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen 58,4 Prozent, der Unternehmereinkommen 33,6 Prozent und des unverteilten Gewinnes 8,3 Prozent.

Zehn Jahre später, im Jahre 1965, hat sich der Anteil der Lohn- und Gehaltsquote am Volkseinkommen auf 64,7 Prozent er-

6566

Nationalrat XI. GP. — 81. Sitzung — 14. Dezember 1967

Ing. Sallinger

höht, der Anteil der Unternehmereinkommen hingegen auf 28,7 Prozent und der Anteil der unverteiltten Gewinne auf 6,9 Prozent verringert. (*Abg. Ing. Häuser: Und die Zahl der Berufstätigen?*) Auf die kommen wir noch.

Ebenso rückläufig ist der Anteil der industriellen Investitionen an den Gesamtinvestitionen. Er ging von 26 Prozent im Jahre 1960 auf 20,1 Prozent im Jahre 1963, auf 15,7 Prozent im Jahre 1966 und schließlich auf rund 13 Prozent im Jahre 1967 konsequent zurück.

Angesichts der knappen Budgetmittel gebührt einer Wirtschaftspolitik besondere Beachtung, welche die budgetären Maßnahmen wirksam ergänzt. Kernpunkt einer derartigen Wirtschaftspolitik muß die Koordination in allen Bereichen sein.

Es genügt nicht, daß punktuelle oder einander widersprechende Maßnahmen vermieden werden, es ist auch zuwenig, einzelne „wirtschaftspolitisch neutrale“ Maßnahmen zu setzen. Es muß vielmehr das gesamte wirtschaftspolitische Instrumentarium rationell eingesetzt werden. Die einzelnen Regelungen sollen einander sinnvoll ergänzen und in ihrer Wirksamkeit gegenseitig erhöhen.

Die Bemühungen um Konjunkturimpulse im Budget 1968 müßten beispielsweise fehlergehen, wenn gleichzeitig seitens der Gewerkschaften eine expansive Lohnpolitik betrieben wird. (*Abg. Ing. Häuser: Schuld sind die Gewerkschaften! Für alles! Auch fürs Budget! Fabelhaft!*) Herr Kollege Häuser, warten Sie ein bisserl!

Ich möchte aber, bevor ich auf dieses Kapitel eingehe, vorausschicken, daß es außer Zweifel steht (*Zwischenrufe bei der ÖVP*), daß die Kosten durch Löhne und Gehälter maßgeblich mitbestimmt werden. Ich glaube, darüber haben wir uns schon sehr oft unterhalten. Wir haben dabei auch nicht übersehen, daß außer den Löhnen, die mittangieren, auch noch andere Kostenfaktoren maßgeblich beteiligt sind, die Lohnnebenkosten, die Kosten für importierte Vorprodukte, die Kapitalkosten, höhere Tarife, dann die Beiträge zu den Sozialversicherungsträgern. Alle diese angeführten Kosten sind ebenfalls gestiegen.

Die Arbeitnehmerseite ist sich der Schwierigkeiten bewußt, die durch die Lohnerhöhungen auftreten können. Maßgebliche Sprecher der Gewerkschaft gehen auch mit großem Verantwortungsbewußtsein an dieses Problem heran. Man hat gesehen, daß die Verhandlungen, die in der letzten Zeit geführt worden

sind, zwar sehr hart, aber auch mit einem großen Verantwortungsbewußtsein geführt wurden.

Niemand von uns hat aber auch einen Lohnstopp verlangt, wie es so oft zu lesen war und wovon so oft gesprochen wurde, denn wir wissen ganz genau, daß in einer modernen Wirtschaft weder für einen Lohnstopp noch für einen Preisstopp Platz ist. Worauf es uns ankommt — darin bin ich mit dem Präsidenten des Gewerkschaftsbundes einer Meinung —, ist, daß wir das richtige Maß für diese Lohnerhöhungen finden.

Wenn bei meinen Ausführungen auch von der Gefährdung der Arbeitsplätze durch übermäßige Lohnforderungen die Rede ist, so ist das — ich komme auf den Herrn Minister Probst zurück, der das gestern zum Ausdruck gebracht hat — kein Wunsch der Wirtschaft, keine Drohung der Wirtschaft, sondern wir sind uns vollkommen im klaren über die Wirkung der Freisetzung von Arbeitskräften; das kennen wir aus einer bitteren Erfahrung noch sehr genau. Meine Feststellungen gründen sich vielmehr auf eine echte und auf eine ehrliche Sorge, die wir um das Gedeihen der Wirtschaft haben.

Beide Sozialpartner sitzen in einem gemeinsamen Boot, das durch eine ungerechtfertigte Belastung leicht die Orientierung verlieren könnte. (*Abg. Ing. Häuser: Wer lenkt denn das Boot?*) Wir beide! (*Abg. Ing. Häuser: Nein, nein! Nur Sie allein!* — *Abg. Weikhart: Es gibt nur einen Kapitän!*) Ich möchte aber doch glauben, daß trotz der unterschiedlichen Meinung ... (*Abg. Ing. Häuser: Nur jetzt, wo das Boot ein Leck hat, jetzt brauchen Sie uns dazu!*) Nein, nein! Wir haben schon vorher darüber gesprochen. Ich glaube doch daran, daß wir ein gemeinsames Fundament haben, und das ist die Sorge um die Zukunft der österreichischen Wirtschaft.

Es erscheint bei realer Betrachtung der derzeitigen wirtschaftlichen Möglichkeiten fraglich, ob man momentan eine Lohnwelle haben muß, die etwa eine Million Arbeitnehmer, das sind zirka 40 Prozent der selbstständig Beschäftigten Österreichs, erfaßt. (*Abg. Weikhart: Und die Preiswelle, Herr Präsident?*) Bei der gegebenen Marktlage sind überproportionale Lohnforderungen zwangsläufig inflationistisch; sie belasten die Kostenseite der Unternehmungen mit allen negativen Wirkungen auf dem Preis- und Investitionssektor. (*Abg. Ing. Häuser: Gibt es überproportionale Lohnforderungen? Erst sprachen Sie von der Verantwortung, und jetzt reden Sie von überproportionalen Lohnforderungen!* — *Abg. Dr. Withalm: Das*

Ing. Sallinger

sagt er für das Fernsehen!) Ich habe gesagt, wenn solche da sind! Herr Kollege Häuser! Wir haben in den letzten Tagen darüber gesprochen. *(Abg. Dr. Withalm: Das sagt er fürs Fernsehen — den Häuser meine ich! — Weitere Zwischenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)*

Eine kräftige Förderung der Investitionen ist aber die wichtigste Voraussetzung für das Wirksamwerden konjunktur- und strukturpolitischer Maßnahmen. Die Gewerkschaften haben bis zum Herbst, Herr Kollege Häuser, Verständnis für eine verhaltene Lohnpolitik gezeigt — ich habe das in meiner Rede in der Bundeswirtschaftskammer genauso deutlich zum Ausdruck gebracht. Sie haben allerdings auch den Betriebsräten die Möglichkeit gegeben, auf innerbetrieblicher Ebene auch eine gewisse Lohnhöhe zu fordern und zu erreichen.

Die gegenwärtigen Lohnforderungen werden vornehmlich damit begründet, daß höhere Löhne die Konsumnachfrage und damit auch die Konjunktur ankurbeln. Eine expansive Lohnpolitik — nicht auf eine direkte hingewiesen — kann jedoch die Konsumnachfrage nicht wesentlich beleben. Wie sollen die Unternehmungen noch all diese Belastungen verkraften? Investitions- und Rationalisierungsmöglichkeiten sind oftmals nicht mehr durchführbar, der Markt trägt auch keine höheren Preise. Angesichts der prekären Lage der Betriebe müßte eine expansive Lohnpolitik aller Voraussicht nach eine fühlbare Freisetzung von Arbeitskräften zur Folge haben. Im Interesse der Erhaltung der Vollbeschäftigung müßte das Ziel verfolgt werden, diesen erarbeiteten Produktionsfortschritt als Obergrenze für Lohnerhöhungen zu betrachten. — Auch das habe ich gesagt. Das ist die unterschiedliche Meinung, die wir haben. Ich habe aber ebenfalls schon festgestellt, daß wir uns bei den Verhandlungen, die sehr verantwortungsvoll geführt worden sind, in vielen Berufssparten auch sehr vernünftig gefunden haben. — Andernfalls würde die Arbeitslosigkeit eine Erhöhung erfahren und dadurch wieder eine Konsumdrosselung erfolgen.

Im Hinblick auf die zunehmend schärfer werdende internationale Konkurrenz und den internationalen Wettbewerb, der durch die Pfundabwertung noch zusätzlich schwieriger wird, gerät die österreichische Exportwirtschaft durch eine derartige Lohnpolitik in eine angespannte Situation. Eine dadurch ausgelöste weitere Anhebung der gesamtwirtschaftlichen Kosten müßte sie empfindlich treffen. Der Anteil der Löhne an den Kosten beträgt bis zu 58 Prozent. Auch dieses Argument müßte berücksichtigt werden. Aus diesen Gründen erscheint mir eine verständnisvolle

und sachliche Erfordernisse respektierende Zusammenarbeit der Sozialpartner, so wie wir sie auch praktiziert haben, im gegenwärtigen Zeitpunkt von besonderer Bedeutung. Die vordringliche und gemeinsame Aufgabe der Regierung und des Parlaments, der Parteien und der Sozialpartner besteht meiner Meinung nach darin, der Wirtschaft auf der Kostenseite eine Atempause zu ermöglichen, bis wir die Auswirkungen einer internationalen Konjunkturbelebungs- und erwartendürfen. *(Abg. Ing. Häuser: 18 Monate haben Sie jetzt Atempause gehabt! Jetzt ist der Atem ausgegangen! — Abg. Weikhard: Die Regierung tut ja nichts!)* Herr Kollege, die Hauptaufgaben der Konjunkturpolitik liegen in der Sicherung der Beschäftigung durch eine möglichst kräftige Unterstützung der gesamten Inlandsnachfrage. Das ist vornehmlich der Konsum in gesamtwirtschaftlich vertretbaren Grenzen, die Investitionen und die Erhaltung und Sicherung der österreichischen Exporte.

Kurzfristige konjunkturbelebende Maßnahmen müssen mit zielführender Wachstumspolitik gekoppelt werden. In ihrem Mittelpunkt hat die Investitionsfinanzierung zu stehen. Um in Österreich eine leistungsfähige industriell-gewerbliche Produktionsstruktur erreichen zu können, müssen den Unternehmen billige und langfristige Finanzierungsmittel zur Verfügung gestellt werden. Mit den Wachstums-gesetzen wurden wesentliche Voraussetzungen geschaffen, daß die Unternehmen den Wertpapiermarkt in Anspruch nehmen können. Neben der Betriebsgröße, auf die ich heute schon verwiesen habe, ist es aber vor allem die schlechte wirtschaftliche Lage vieler Großbetriebe, die die Aufnahme von Finanzierungsmitteln auf dem Kapitalmarkt verhindert. Der Großteil der österreichischen Unternehmen muß über eine institutionelle Kredit-beziehungsweise Beteiligungsfinanzierung erst emissionsfähig gemacht werden. Das Problem der langfristigen, institutionellen Investitionsfinanzierung müßte auch auf der Basis einer Kooperation zwischen Kreditunternehmungen, Notenbank und Finanzministerium gelöst werden. Die Eigenkapitalbasis und Selbstfinanzierungsmöglichkeiten der kleineren und mittleren Betriebe wurden durch den Kostendruck der letzten Jahre stark vermindert. Für sie sollten andere Einrichtungen, wie etwa die Errichtung von Kapitalbeteiligungsgesellschaften, ins Auge gefaßt werden. Um auch die Kreditfähigkeit der gewerblichen Betriebe zu verbessern, haben einzelne Handelskammern in Zusammenarbeit mit den Ländern und dem Kreditapparat schon Bürgschaftseinrichtungen geschaffen. Gerade diese können das Problem der Kreditbesicherung im Bereich des Mittelstandes erleichtern. Solche Bürg-

6568

Nationalrat XI. GP. — 81. Sitzung — 14. Dezember 1967

Ing. Sallinger

schaftseinrichtungen sollten in jedem Bundesland gegründet werden. Erfreulich ist in diesem Zusammenhang, daß trotz einer notwendigen Kürzung der Förderungsansätze im Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie die Zinsenzuschüsse für die BÜRGES von 30 Millionen Schilling im Jahre 1967 auf 36 Millionen Schilling im Jahre 1968 erhöht werden konnten. Ziel einer wachstumsfördernden Kreditpolitik muß es sein, daß die langfristigen Finanzierungsmittel vor allem für wachstumssteigernde Investitionen und wachstumssträchtige Investitionen zur Verfügung gestellt werden. Ich bin der Auffassung, daß es uns gelingen müßte, die Kreditströme vor allem in die industriell-gewerbliche Produktion zu lenken. Die Selektion der zu finanzierenden Projekte sollte rein bankmäßig und weitgehend nach den Kriterien der Ertragslage und Ertragsaussichten der einzelnen Unternehmungen durchgeführt werden. Die dingliche Besicherung sollte deshalb von untergeordneter Bedeutung sein, weil Investitionskredite ja nicht aus dem Vermögen, sondern aus der Ertragslage zurückgezahlt werden.

Eine noch so sorgfältig durchgeführte Investitionsfinanzierung würde allerdings Stückwerk bleiben, wollte man nicht gleichzeitig dem technischen Fortschritt und der Forschung kräftige Impulse verleihen. Mit differenziertem Sachverstand wäre daranzugehen, sowohl Forschungsprojekte der Großindustrie zu unterstützen, als auch im Rahmen einer richtig verstandenen Mittelstandspolitik den kleineren und kleinsten Betrieben die Teilnahme am technischen Fortschritt zu ermöglichen.

Im Zusammenhang mit der Notwendigkeit, die industrielle Dynamik in Österreich zu stärken, erachte ich es als besonders erfreulich, daß der Forderung der gewerblichen Wirtschaft nach höherer Dotierung der Zweckforschung im Budget 1968 Rechnung getragen wurde. Während die gewerblich-industrielle Zweckforschung noch im Jahre 1964 mit nur 2,9 Millionen Schilling angesetzt war, wurde sie im Budget 1968 mit 15,55 Millionen Schilling dotiert und ist auch höher als im Jahre 1967, wo sie nur mit 12 Millionen Schilling angesetzt war. Das ist kein besonderer Erfolg (*Ruf bei der SPÖ: Das denke ich mir!*), sondern ein erster Ansatzpunkt zur Erfüllung unserer Forderung. (*Abg. Dr. Broda: Das ist ein Tröpfchen auf den heißen Stein!*) Herr Minister! Das ist ein erster Ansatzpunkt zu unserer Forderung, und wir hoffen und wünschen, daß in den kommenden Budgets gerade für diese notwendige Sache mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden. (*Abg. Ing. Häuser: Es sind immerhin 25 Prozent!*) Überdies sind im Eventualbudget weitere 17 Millionen Schilling

für Förderungsausgaben im Bereich der gewerblich-industriellen Wirtschaft einschließlich Forschung enthalten. Angesichts des rasanten Fortschritts der Technik und des gesteigerten Konkurrenzkampfes kommt unsere Wirtschaft ohne eine entsprechende staatliche Förderung von Forschung und Entwicklung nicht aus. Die Förderung aussichtsreicher Forschungsprojekte, die Mitwirkung an internationalen Forschungs- und Entwicklungsarbeiten und an einem weitgespannten internationalen Erfahrungsaustausch ist ein Anliegen, von dem die wirtschaftliche und damit soziale Entwicklung unseres Landes wesentlich abhängt.

Die Interessenvertretung der gewerblichen Wirtschaft unterstützt schon seit langem aus eigenem Akten zur Förderung des technischen Fortschrittes. Die Wirtschaftsförderungsinstitute der Handelskammern führen seit vielen Jahren Rationalisierungs- und Beratungsaktionen durch; im Bereich der Kammern wird vor allem die kooperative Forschung nach Kräften unterstützt und der Zusammenarbeit mit internationalen Vereinigungen, wie zum Beispiel mit der UNIDO und dem CERN, ganz große Bedeutung zugemessen.

Ebenso ist die Kammerorganisation seit Jahren bemüht, das Normenwesen zu fördern. Im Zuge der stark expansiven industriellen Entwicklung ist der Bedarf an nationalen und übernationalen Normen- und Standardfestlegungen für die Bereiche der Lehre, der Forschung, der Produktion, des Bauwesens und auch der Verfahrenstechnik so sehr angestiegen, daß sich die Bundeswirtschaftskammer entschlossen hat, den Normenausschuß großzügig auszubauen.

Zur Förderung der technischen Entwicklung erscheint es auch dringend geboten, eine umfassende Industriedokumentation einzurichten. Ich glaube, daß gerade jetzt dieser Zeitpunkt sehr günstig ist, weil auch die UNIDO beschlossen hat, im nächsten Jahr in Österreich eine internationale Industriedokumentation anzulegen. Die Mitarbeit an diesem Vorhaben darf nicht versäumt werden, weil daraus ebenfalls wichtige Impulse für den technischen Fortschritt auch für unsere Wirtschaft ausgehen könnten.

Ich glaube, daß die Wirtschaftsförderungsinstitute der Kammerorganisation geeignet sind, sich noch stärker als bisher mit aktiven Aktionen im Bereich der Information, der Marktforschung, der Betriebsführungs- und Verfahrenstechnik einzuschalten, sich an die Unternehmungen zu wenden und neue Initiativen zu wecken.

Die Mitwirkung des Staates an diesen Aufgaben ist aber dringend erforderlich, wenn Österreich in technologischer Hinsicht und

Ing. Sallinger

damit zwangsweise auch in der wirtschaftlichen Entwicklung nicht hoffnungslos ins Hintertreffen geraten soll. Der Staat kann wesentlich dazu beitragen, die Wirtschaftsförderung zu spezialisieren und zu verstärken; dies könnte vor allem durch eine sorgfältige Kooperation aller Kräfte geschehen, die an der Forschung und an dem technischen Fortschritt interessiert sind und daran mitarbeiten können.

Im Rahmen des Forschungsförderungsgesetzes wird eine enge Zusammenarbeit zwischen Staat und Wirtschaft unerlässlich sein. Neben der Bereitstellung finanzieller Mittel erwartet die Wirtschaft vom Staat eine möglichst klare Kompetenzregelung in allen Fragen der Forschung und des technischen Fortschrittes. Damit würden die vorhandenen Mittel so rationell wie nur möglich eingesetzt werden können. Das Zusammenführen aller Kräfte könnte der Staat zur Stärkung der technischen Entwicklung unseres Landes in die Wege leiten, ohne durch Mehrausgaben belastet zu werden.

Hohes Haus! Ich habe darzulegen versucht, daß angesichts der budgetären Schwierigkeiten vom Budget allein nicht erwartet werden kann, die wirtschaftspolitischen Probleme unseres Landes zu lösen, sondern daß vielmehr alle Verantwortlichen Maßnahmen setzen müssen, die koordiniert und wirtschaftspolitisch wirksam sind.

Dies gilt in Anbetracht der intensiven Außenhandelsverflechtung unseres Landes im besonderen Maße für die österreichische Exportwirtschaft, deren Entwicklung wir im kommenden Jahr besonderes Augenmerk schenken müssen. Die im Budget vorgesehenen Förderungsmittel mußten zwar gekürzt werden, durch Umschichtungen wird es aber möglich sein, daß die Exportwirtschaft genauso unterstützt wird. Vor allem die Novellierung des Ausfuhrförderungsgesetzes hat Maßnahmen gesetzt, die die schwierige Situation in der Exportfinanzierung etwas erleichtern.

Die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft hat besonders auf dem Gebiet der Außenhandelsförderung eine rege Aktivität entfaltet. Neben der Unterstützung von Messeveranstaltungen in der ganzen Welt — ich habe hier eine Aufzeichnung, wonach die Bundeswirtschaftskammer im Jahre 1968 zirka 60 Messen und Ausstellungen in allen Erdteilen abhalten und damit unseren exportierenden Firmen eine sehr wirkungsvolle Unterstützung leihen wird —, der Abhaltung von Österreich-Wochen in vielen Ländern, der Entsendung von Wirtschaftsdelegationen in das Ausland, einer regen Marktforschungs- und Publikationstätigkeit, der Abhaltung von Außenhandelstagungen, von Firmensprech-

tagen, von Exportbasisbesprechungen fällt den österreichischen Außenhandelsstellen eine besonders wichtige Rolle zu.

Die Auslandsorganisation der Bundeswirtschaftskammer umfaßt derzeit 66 Außenhandelsstellen, 18 Exposituren und 5 Ehrenamtliche Korrespondenzstellen. Von diesen 89 Außenstellen sind 35 in Europa, 19 in Asien und Australien, 16 in Afrika und 25 in Nord- und Südamerika. Die Außenhandelsstellen der Bundeskammer sind für die österreichische Wirtschaft wertvolle Stützpunkte, ohne deren Bestehen die Exporttätigkeit Österreichs kaum den bisherigen Umfang erreicht hätte, ja in vielen Fällen sogar weitgehend in Frage gestellt worden wäre. Und trotzdem müssen wir dem Außenhandel im nächsten Jahr mehr noch als bisher unsere Aufmerksamkeit schenken.

Ich habe schon erwähnt, daß die finanzielle Stabilität als wichtigste Voraussetzung der außenwirtschaftlichen Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Exportbetriebe gesichert werden muß. Ich habe deutlich ausgesprochen, daß der Lohnpolitik in nächster Zeit eine Schlüsselstellung hinsichtlich der weiteren Gestaltung unserer Konjunktursituation und in bezug auf die so dringend notwendige Ankurbelung der Investitionstätigkeit zukommt. Ebenso bedeutsam wird die Haltung der Gewerkschaften auf dem lohnpolitischen Gebiet für die weitere Entwicklung des Außenhandels sein. Die Kollektivvertragspartner, die Verhandlungen derzeit führen oder führen werden, sollten sich immer über die nennenswerten Auswirkungen der Lohnerhöhungen auf die Preise, auf die Exportwirtschaft und damit ganz besonders die Beschäftigungssituation im klaren sein. In jenen Bereichen der österreichischen Wirtschaft, die mit dem Ausland nicht unmittelbar im Wettbewerb stehen, haben Lohnerhöhungen zwar geringere Auswirkungen auf die Arbeitsplätze, führen aber zu entsprechenden Preiserhöhungen. Ein erheblicher Teil des Preisauftriebes der letzten Zeit wurde durch Preissteigerungen im Dienstleistungssektor bewirkt.

Ich bin der Auffassung, daß wir so rasch wie möglich mit allen beteiligten Stellen zu einer Koordinierung kommen und daß wir die lohnpolitische Vorgangsweise genau besprechen müssen; ich bin auch der Meinung, daß preispolitische Maßnahmen ein solches Gespräch wirkungsvoll unterstützen müssen. Allerdings bin ich auch der festen Überzeugung, daß punktuelle preispolitische Maßnahmen nicht zum Ziele führen würden. Dazu gehört beispielsweise eine von Arbeitnehmerseite schon immer geforderte Verschärfung von administrativer Preiskontrolle. Die Verfahrensweise

6570

Nationalrat XI. GP. — 81. Sitzung — 14. Dezember 1967

Ing. Sallinger

bei der Behandlung von Lohn- und Preis-anträgen in den Paritätischen Lohn- und Preisunterausschüssen führt übrigens dazu, daß der unmittelbare Konnex zwischen Preis-erhöhungen im Anschluß an Lohnerhöhungen nicht richtig erkennbar ist. In den überwiegenden Fällen von Lohnerhöhungen müssen entsprechende Korrekturen auf der Preisseite erfolgen, da kaum eine Sparte mehr in der Lage ist, diese zu verkraften. Es wird auch öfters durch Einholung von neuen Unterlagen oder durch eine Behandlung von Lohnangelegenheiten eine gewisse Verzögerung entstehen, sodaß die Konsumenten sich dann nicht mehr des tatsächlichen Grundes der notwendigen Nachziehung der Preise bewußt sind.

Ich glaube, meine Damen und Herren, wir sollten aber aus den bisherigen Erfahrungen auf dem Lohn- und Preissektor lernen und diese stärker berücksichtigen, da es sich deutlich gezeigt hat, daß punktuelle und administrative preispolitische Maßnahmen nicht zum Ziele führen können, sondern höchstens wachstumshemmend wirken.

Es sollte vielmehr angestrebt werden, Maßnahmen zur Förderung des Wettbewerbes zu setzen.

In diesem Sinne sollten vor allem die vorhandenen handelspolitischen und gewerbe-rechtlichen Hemmnisse dort beseitigt werden, wo sie allgemein wirtschaftlich notwendig beseitigt werden müssen. Unser Ziel ist es, kurzfristige Maßnahmen zur Überwindung der Konjunkturdämpfung bei möglicher Auf-rechterhaltung der Stabilität der Währung und des Arbeitsmarktes ins Auge zu fassen. Längerfristig müßten die strukturellen budgetären Defizite bereinigt werden, die notwendigen Strukturanpassungen der Wirtschaft erleichtert und eine Investitionswelle neu ins Leben gerufen werden.

Diesen Zielen nahezukommen, ist die Haupt-aufgabe des Budgets für 1968. An diesen Zielen sollte sich die gesamte Wirtschaftspolitik orientieren, allen voran die Lohnpolitik der Gewerkschaften und eine wohlverstandene Preispolitik, die nur dann wirtschaftsgerecht ist, wenn sie auch wettbewerbsfördernd wirkt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Kostroun. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Kostroun (SPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Jeder, der die Berichte des Wirtschaftsforschungsinstituts im zweiten Halbjahr des Jahres 1966 sowie die im ersten Halbjahr 1967 mit Aufmerksamkeit verfolgt hat, muß mit Sorge die negative Entwicklung unserer Wirtschaft registriert haben.

Schon im Herbst 1966 wurde in einem Bericht des Wirtschaftsforschungsinstituts — ich zitiere jetzt einiges wörtlich — auf die „Schwächeerscheinungen in unserer Wirtschaft“ verwiesen, der „Rückgang unserer Industrieproduktion“ festgestellt, aber ebenso vermerkt, daß die „Einzelhandelsumsätze unbefriedigend“ sind. — Ich betone und unterstreiche noch einmal: im Herbst 1966 und im ersten Halbjahr 1967!

Im Dezemberbericht des Instituts vom Jahre 1966 heißt es, daß die „Investitionstätigkeit nicht mehr so lebhaft wie im ersten Halbjahr“ war und „der Binnenkonjunktur stärkere Auftriebskräfte fehlen“.

Nicht optimistischer waren die Feststellungen in den Wirtschaftsforschungsberichten seit dem Beginn des heurigen Jahres.

Die Betriebsinhaber oder Leiter von immer mehr Wirtschaftsunternehmungen konnten aus eigenen Erfahrungen — sie waren auf den Bericht des Wirtschaftsforschungsinstitutes gar nicht angewiesen, in ihm waren nur die Erfahrungen der einzelnen Unternehmungen zusammengefaßt — den Feststellungen des Wirtschaftsforschungsinstituts nur beipflichten. Auch die Arbeiter und Angestellten unzähliger Betriebe haben es gewußt und gespürt.

Aber auch die Wirtschaftstreibenden aus immer mehr Branchen des Gewerbes und Handels haben die negative Wirtschaftsentwicklung durch verringerte Aufträge und Umsätze zu spüren bekommen.

Nur unsere Regierung hat in der gleichen Zeit diese Entwicklung und Gefahr in keiner Weise gesehen und sich offenbar ahnungslos einem rosigen Optimismus hingeben.

Wir Sozialisten haben vor dieser gefährlichen Entwicklung unserer Wirtschaft gewarnt, ziel-führende Maßnahmen zum Abstoppen des Konjunkturrückschlags und zur Wiedergewinnung einer gesunden Wirtschaftsentwicklung verlangt. Auch unser Verband, der Freie Wirtschaftsverband, hat in seinem Organ unentwegt aufgezeigt, wie sich die Situation in vielen Branchen immer bedrohlicher gestaltet, und auch ich habe es im Vorjahr als meine Pflicht angesehen, auszusprechen, was ist und was droht.

Im Fernsehen hat man meine damaligen Feststellungen an dieser Stelle damit kommentiert, daß ich „ein düsteres Bild von der Wirtschaftssituation und Entwicklung gegeben habe“.

Noch im Frühjahr des heurigen Jahres hat der Herr Bundeskanzler die Warnungen und Mahnungen unseres Parteivorsitzenden Doktor Kreisky über die Situation in unserer Wirtschaft im Fernsehen als „Schwarzmalerei“

Kostroun

bezeichnet und sie als solche abzutun versucht. Erst vor Sommerbeginn ist offenbar Finanzminister Dr. Schmitz auf Grund der verringerten Steuer- und Abgabeneingänge die Situation in unserer Wirtschaft zum Bewußtsein gekommen.

Diese Gleichgültigkeit, diese unverantwortliche Kurzsichtigkeit der Regierung und insbesondere ihres Kanzlers und Finanzministers gegenüber den realen Gegebenheiten der Wirtschaft ist meiner Meinung nach die entscheidende Ursache für die gegenwärtige Wirtschafts- und Budgetsituation.

Wir Sozialisten haben bereits in unserem Minderheitsbericht zur gleichen Zeit des Vorjahres festgestellt, daß das Budget für 1967 „keine Vorsorge für eine reale Erhöhung der öffentlichen Investitionen noch sonstige ausreichende Maßnahmen zur Förderung des privaten Wirtschaftswachstums enthält“.

In unseren Alternativvorschlägen zum Budget 1967 haben wir unter anderem verlangt:

ein mehrjähriges Programm für öffentliche Investitionen,

eine zweckmäßige Förderung der Investitionen der Privatwirtschaft durch eine Reform der Bewertungsfreiheit,

zielführende Maßnahmen zur Industrie- gründung und Gewerbeförderung und schließlich

eine Überprüfung der Besteuerungsgrundlagen unserer Agrarwirtschaft.

In einem völlig unangebrachten Machtdünkel hat die Regierung nicht einen unserer Vorschläge aufgegriffen! Darum stehen wir heute vor einer gegenüber dem Vorjahr noch verschärfteren Wirtschaftssituation. Darum mußten wir heuer schon ein Mehrdefizit — neben dem veranschlagten — von 3½ Milliarden und die Bedeckung durch teure — das ist nicht zu leugnen, das müssen wir feststellen —, kurzfristige Auslandskredite hinnehmen. Darum liegt uns jetzt ein Budget für 1968 vor, das außer einem neuerlichen Milliardendefizit keinerlei Wachstumsimpulse, keinerlei zusätzlich erforderliche Wachstumsimpulse angesichts der derzeitigen Wirtschaftssituation enthält, dafür aber in der zur Behandlung stehenden Budgetgruppe für die gewerbliche Wirtschaft erhebliche Kürzungen mehr denn je notwendiger Förderungsmittel für die gewerbliche Wirtschaft enthält und dazu noch erhebliche Erhöhungen indirekter Steuern und Abgaben, wie der Umsatzsteuer, der Importausgleichsabgabe sowie der Margarinesteuer vorsieht und so eine Teuerungswelle mit allen ihren Folgen auszulösen droht.

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, noch eine andere Feststellung machen: Wir Sozialisten wissen, daß auch andere Länder einen Konjunkturrückschlag hinnehmen mußten und in wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind. Der Unterschied gegenüber unserem Lande besteht aber darin, daß bei uns die immer schlechter werdende Situation durch eine falsche Regierungspolitik noch wesentlich verschärft wird, daß bei uns bisher aus einer völlig falschen Einschätzung der Wirtschaftssituation nichts geschehen ist, um dem wirtschaftlichen Rückschlag entgegenzuwirken, während in anderen Ländern von den Regierungen bereits mannigfache Maßnahmen zur Überwindung der wirtschaftlichen Krisenerscheinungen gesetzt wurden.

In England erhofft man sich mit Recht von den jüngsten Maßnahmen eine Überwindung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten. In Holland — ich habe bereits in der Budgetdebatte im Vorjahr darauf verwiesen und zu ähnlichem gemahnt — hat man bereits im Vorjahr zur Meisterung wirtschaftlicher Schwierigkeiten ein Wirtschaftsförderungs-gesetz beschlossen.

Damit man die wirtschaftlichen Schwierigkeiten leichter überwindet, haben sich in der deutschen Bundesrepublik die beiden großen Parteien in diesem Land zu einer Koalition zusammengeschlossen. Sie haben mit dem Stabilitätsgesetz oder, wie es jetzt modifiziert heißt, „Gesetz zur Förderung der Stabilität und des wirtschaftlichen Wachstums“ zielführende Maßnahmen zur Wiedergewinnung der höchstmöglichen Konjunktur gesetzt, die nach allgemeiner Ansicht aller Kreise und aller Wirtschaftsfachleute jetzt bereits das weitere Abschlittern der Wirtschaft verhindert haben und die ersten Anzeichen für den schließlichen Erfolg der Bemühungen aufweisen.

Nur bei uns hat die Regierung bisher vor allen Realitäten des wirtschaftlichen Lebens den Kopf in den Sand gesteckt. Erst jetzt erwartet man von dem neuberufenen Staatssekretär Professor Dr. Koren Wunder oder zumindest, daß er den verfahrenen Karren wieder aus dem Schmutz zieht. Staatssekretär Dr. Koren hat der Regierung bisher einen Bericht erstellt, den er nunmehr nach einigen Modifikationen als Arbeitsgrundlage bezeichnet, der aber jetzt nur mehr 14 Seiten Inhalt hat. Zur Ausarbeitung eines Wirtschaftskonzepts, das jetzt schon längst wirksam sein müßte — wenn sich die Regierung nicht einer Täuschung über die Entwicklung und durch den Erfolg des 6. März 1966 nicht einem illusionären Optimismus hingegen hätte —, ist es bis heute nicht gekommen.

Kostroun

Wer die bisherige falsche Einschätzung der Wirtschaftsentwicklung durch die Regierung, ihre bisher gesetzten falschen Maßnahmen, ihre Säumigkeit und Sorglosigkeit kennt und dazu noch abzuschätzen weiß, welche Anlaufzeit man zum Erfolg eines Wirtschaftskonzeptes braucht, der ist sich längst darüber im klaren — und die Wahlen der letzten Monate haben es zum Ausdruck gebracht —, in welchem Sumpf der Ausweglosigkeit die heutige Alleinregierung der ÖVP steckt oder, wenn Sie wollen, auf welchen tönernen Füßen sie steht. Immer mehr werden sich aber auch darüber klar, daß von dieser Regierung kaum etwas Gutes zu erwarten ist.

Ich könnte mir jetzt, meine Damen und Herren, den Einwand vorstellen, der einer Diskussion wert wäre. Vielleicht bringt ihn ein Redner — der Herr Abgeordnete Mussil steht ja schon bereit — der Regierungspartei mit anderen Worten, aber mit dem gleichen Sinn zum Ausdruck. (*Zwischenruf bei der ÖVP.*) Vielleicht wird damit argumentiert: Auch wir würden ja gerne ein Wirtschaftskonzept erstellen. Auch wir würden — wie es Abgeordneter Staribacher kürzlich verlangt hat — gerne eine Lawine öffentlicher Investitionen auslösen, damit durch diese Aufträge aus dem Titel der öffentlichen Investitionen unsere Gesamtwirtschaft wieder befruchtet und ins volle Rotieren gebracht wird. Aber — so kann ich mir die Antwort vorstellen —: Woher das Geld nehmen?

Lassen Sie mich auch dazu etwas sagen und zwei unwiderlegliche Beispiele anführen. Für einen öffentlichen Investitionsplan, durch den einer weiteren Abwärtsentwicklung unserer Wirtschaft Einhalt geboten und unserer Gesamtwirtschaft neue Impulse zugeführt werden würden, wäre die Aufnahme von Auslandskrediten gerechtfertigt, nicht aber, meine Damen und Herren, zur Abdeckung von Millionendefiziten im Bundeshaushalt.

Und ein Zweites: Auch die Ausgabenseite des Bundes müßte dort verringert werden, wo es längst nötig und möglich wäre. Vielleicht pflichtet mir jetzt hier der Herr Abgeordnete Dr. Mussil bei. Ja, ich muß es Ihnen, meine Herren von der Agrarseite, sagen. Aber hören Sie mich erst einmal an. Ich meine vor allem bei bestimmten Agrardotierungen, die nach der gegenwärtigen praktischen Handhabung höchstens 10 Prozent aller Agrarier — den Großen unter ihnen — alle Vorteile bringen, während alle anderen das Nachsehen haben.

Unsere Gesamtwirtschaft — das ist unsere Auffassung — kann sich nicht mehr von Jahr zu Jahr steigende Agrardotierungen unter mannigfachen Titeln leisten. Jetzt

werden Sie kommen und sagen: In diesem Budget ist ja eine Verringerung vorgenommen worden. Nun, sie ist gegenüber der Förderungseinschränkung für die gewerbliche Wirtschaft wahrlich klein. Dazu aber sind — das wissen Sie alle —, wenn das Eventualbudget in Kraft tritt, die Agrardotierungen wieder — auch im kommenden Jahr — höher. Sehen Sie also: Hier sind Einsicht, ein Umdenken und eine Neuordnung, die dem Staatssäckel und den Steuerzahlern weniger kostet, aber zum gleichen Entwicklungseffekt für unsere Agrarwirtschaft führt, dringend notwendig.

Neben diesem einen Beispiel für die Minderung von Staatsausgaben würde ich noch ein zweites anführen, durch das der Staat ab heuer auf der Einnahmenseite jährlich Millionen verlieren wird. Am 6. Juli 1966 wurden hier die Kapitalmarktgesetze unter dem ominösen Titel „Wachstumsgesetze“ mit den Stimmen der derzeitigen ÖVP-Mehrheit gegen unsere Stimmen beschlossen. Während unter anderem bis dahin die vorzeitige Abschreibung von Portalbauten gesetzlich mit einem Betrag von jährlich 60.000 S begrenzt war, wurde durch dieses Gesetz ab 1. Jänner 1967 jede Begrenzung der vorzeitigen Abschreibung von Anschaffungs- und Herstellungskosten für den Bau von Portalen aufgehoben.

Ich habe damals an dieser Stelle darauf verwiesen, daß mir die bisherige Regelung zu eng erschienen ist. Ich habe aber ebenso darauf verwiesen, daß uns Sozialisten die völlige Aufhebung jeder Begrenzung der Anschaffungs- und Herstellungskosten von Geschäftsportalen, also die vorzeitige steuerliche Absetzbarkeit jeder Summe der Herstellungskosten, unverantwortlich und unmöglich erscheint.

Das wurde auch begründet: Einerseits deshalb, weil dadurch Waren- und Versandhäusern sowie Geldinstituten mit Millionenerträgen die Möglichkeit geboten wird, sich auf Kosten der Steuer noch mehr und noch protzigere Luxusportale anzuschaffen, damit aber gegenüber den anderen, ertragsärmeren Geschäften eine zusätzliche Konkurrenz geschaffen wird, und andererseits, weil auf diese Weise dem Staat Millionen an Steuereinnahmen entzogen werden.

Wir Sozialisten haben in einem Antrag eine Begrenzung der vorzeitigen Abschreibung von Portalanschaffungskosten von bisher 60.000 S auf 200.000 S vorgeschlagen. Das wäre doch für alle kaufmännischen Mittelbetriebe ausreichend gewesen, es hätte aber ebenso für die Waren- und Versandhäuser sowie Geldinstitute mit oder ohne Filialen genug sein müssen.

Kostroun

Die derzeitige ÖVP-Mehrheit hat unseren Antrag glatt abgelehnt und die Regierungsvorlage gegen unsere Stimmen angenommen. Seither zahlen jene Großen der Wirtschaft, die diese Begünstigung der Regierung und des von der ÖVP beschlossenen Gesetzes in Anspruch genommen haben, entweder fast keine oder jedenfalls weniger an Einkommen- oder Körperschaftsteuer, während alle anderen Einkommensträger — ob Arbeiter und Angestellte oder Gewerbetreibende und Kaufleute — ungeschmälert ihre Steuerpflicht erfüllen müssen.

Ich frage Sie, meine Damen und Herren von der rechten Seite: War diese damalige Regelung nicht ein Wahnsinn? Unbegrenzte Abschreibung, das heißt doch: Wenn in einem Großwarenhaus ein Betriebsertrag von 80 Millionen Schilling da ist — das ist wahrscheinlich nicht zu hoch gegriffen — und man einen Portalbau von 10 Millionen Schilling macht, dann werden eben nur 30 Millionen Schilling versteuert.

Haben wir uns das damals leisten können? Wäre es nicht wenigstens jetzt an der Zeit, daß die Regierung und Sie, meine Damen und Herren, einsehen, daß wir angesichts der staatsfinanziellen Situation das damals gegen unsere Warnungen und Stimmen beschlossene Gesetz sofort revidieren müßten? Wir können uns Wachstumsbestimmungen nicht leisten, die praktisch auf Kosten der Staatseinnahmen und der anderen Steuerzahler allein den Großwaren- und Versandhäusern sowie anderen Großunternehmungen zur Verbesserung ihrer Konkurrenz und zu unnötigen Filialausweitungen dienen (*Beifall bei der SPÖ*), aber die Wettbewerbsverhältnisse und die Wettbewerbsbedingungen zuungunsten aller anderen kaufmännischen Betriebe verändern, dazu aber noch dem Staat einen unvertretbaren Einnahmenentfall bringen.

Ich habe hier nur zwei von vielen Beispielen für eine verfehlte Regierungspolitik aufgezeigt und — Sie können das nicht widerlegen — unter Beweis gestellt, wo man einerseits auf der Ausgabenseite des Bundes erhebliche Einsparungen vornehmen und andererseits auf der Einnahmenseite durch Aufhebung unvertretbarer Begünstigungen wesentliche Mehreinnahmen erzielen könnte.

Die derzeitige Regierung hat aber weder den Mut, die immensen, immer mehr steigenden, zugunsten der Großen unserer Agrarwirtschaft gewährten Budgetdotierungen in ausreichendem Maße zu kürzen, noch die von mir aufgezeigten erst im Vorjahr eingeräumten ungerechtfertigten Begünstigungen für die Großwaren- und Versandhäuser wieder zu sistieren, obwohl — ich sagte es schon und unterstreiche

es im Bewußtsein meiner Verantwortung nochmals — die staatsfinanzielle Situation diesen Mut längst erfordern würde.

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, nun auch ein heißes Eisen anpacken! Ich habe den Mut, als Selbständiger darüber zu reden: Wir alle kennen den untrennbaren Zusammenhang zwischen Löhnen und Preisen. Die Löhne sind in den meisten Branchen ein für den Preis entscheidender Kostenfaktor. Es besteht doch in Wahrheit — reden wir doch nicht herum! — auf der Seite der Bundeskammer und auf der Seite des Gewerkschaftsbundes Übereinstimmung darüber, daß sich die Lohnpolitik nach den wirtschaftlichen Gegebenheiten zu richten hat. Ich habe als Selbständigenvertreter auch an einer anderen Stelle — es war am Bundeskammertag — in aller Klarheit ausgesprochen: Eine der Gegebenheiten ist aber die Tatsache der Lebenshaltungskostenindexsteigerung und der vom Herrn Finanzminister in seiner Budgetrede prognostizierten Erhöhung des Lebenskostenindex im kommenden Jahr um wahrscheinlich 4 Prozent. Meine Damen und Herren! Das muß ich Ihnen jetzt sagen. Diese Regierungspolitik ist schuld, daß die Preise in die Höhe gehen müssen und die Arbeiter- und Angestelltenschaft sich sagt: Wir müssen hier nachkommen!

Meine Damen und Herren, vergegenwärtigen Sie sich jetzt nur folgendes: Seitdem diese Regierung besteht, hat es bereits mannigfache Abgabenerhöhungen gegeben!

Meine Herren von der ÖVP! Sie haben ja keine Mietersorgen, Sie wissen das ja als Vertreter der Agrarier nicht: Ab 1. Jänner des kommenden Jahres tritt durch das Mietrechtsänderungsgesetz, das gegen unsere Warnungen und Stimmen von Ihnen mit Mehrheit beschlossen wurde, nicht nur für die Mieter aller Objekte eine Belastung durch eine namhafte Erhöhung der Verwaltungskosten, durch eine Umlagerung und Erhöhung der Betriebskosten ein, sondern es kommt außerdem noch für alle Mieter von Geschäftslokalen und Werkstätten auch zu einer Verdoppelung der Hauptmietzinse, und es tritt, wie es im Gesetz vorgesehen ist, gleich auch für das nächste Jahr eine weitere Verdoppelung der Hauptmietzinse ein.

Wenn Sie jetzt das dazunehmen, was in diesem Budget enthalten ist, aber erst im nächsten Jahr beschlossen und per 1. Februar wirksam wird, wenn Sie sich vergegenwärtigen: Warenumsatzsteuererhöhung und mannigfache Abgabenerhöhungen, Importausgleichsabgabenerhöhung und dazu Verdoppelung der Geschäftslokalmietten sowie der Abgaben, dann müssen Sie sich fragen: Wer ist da der Preistreiber? Wer steht an der Spitze bei der Herbei-

6574

Nationalrat XI. GP. — 81. Sitzung — 14. Dezember 1967

Kostroun

führung der gefährvollen Ursachen, die dazu führen, daß sich durch die unvertretbare Preisentwicklung und durch die Lohnentwicklung die sogenannte Lohn- und Preisspirale wieder zu drehen beginnt, und zwar mit allen ihren Folgewirkungen, die wir gemeinsam schon einmal erlebt haben und nur gemeinsam werden meistern können? Das sage ich Ihnen, weil ich diese Dinge zu gut kenne.

Die Stabilität auf dem Gebiete der Preise muß durch ein Zusammenwirken herbeigeführt werden. Ich will darüber nicht mehr sagen, Sie können sich darüber Gedanken machen; ich möchte Sie darum bitten.

Ich muß zum Schluß noch auf das Problem der Umwandlung der derzeitigen Umsatzsteuer in eine Mehrwertsteuer zu sprechen kommen. Wir wissen, daß die Mehrwertsteuer bereits seit einigen Jahren in einer Reihe von europäischen Staaten, wie Frankreich, Dänemark, besteht und daß sie nunmehr auch in der deutschen Bundesrepublik mit 1. Jänner 1968 die bisherige Umsatzsteuer ablösen wird.

Finanzminister Dr. Schmitz hat vor einigen Wochen, sicherlich nicht ohne Einvernehmen mit der Regierung, wie ich annehme, angekündigt, daß der Gesetzentwurf zur Einführung der Mehrwertsteuer bereits in den ersten Monaten des nächsten Jahres den Kammern zur Begutachtung und nachher dem Parlament zur Beschlußfassung vorgelegt werden wird. Das Gesetz soll nach seiner Meinung bis spätestens 30. Juni beschlossen und ab 1. Jänner 1969 wirksam werden. Der Herr Abgeordnete Meißl hat bereits darauf verwiesen, daß der Herr Bundeskanzler ausgerechnet vor der Sektion Gewerbe der Meinung Ausdruck gegeben hat, daß unsere Wirtschaft und auch das Gewerbe auf die Einführung der Mehrwertsteuer bereits vorbereitet ist. Welche Ahnung hat der Herr Bundeskanzler von der Wirtschaft? Das gerade Gegenteil ist wahr! Die Mitteilung des Herrn Finanzministers, daß er die Absicht hat, die Mehrwertsteuer schon ab 1. Jänner 1969 einzuhellen, hat in weiten Kreisen unserer Wirtschaft größte Bestürzung und Beunruhigung hervorgerufen. Herr Dr. Hauser! Stimmt es? *(Abg. Dr. Gorbach: Kommt nicht zustande! — Abg. Kulhanek: Hat er gar nicht gesagt! Du warst im Finanz- und Budgetausschuß dabei!)* Was? Er hat den Termin genannt, und jetzt hat er unter dem Eindruck der Proteste ein bißchen abgeschwächt; aber diese Absicht hat er gehabt. Weil wir aber das Feuer fürchten, müssen wir jetzt auftreten und an dieser Stelle zum Ausdruck bringen, was wahr ist!

An anderer Stelle — ich bin sehr vorsichtig, wenn Sie wollen, nenne ich diese Stelle — wurde von einem Ihrer Herren bereits von einer ver-

dächtigen Eile gesprochen, und es wurde die Meinung geäußert, daß sich Finanzminister Dr. Schmitz von der raschen Einführung der Mehrwertsteuer erhebliche Mehreingänge, Mehreinnahmen für den Fiskus erhofft. So wie aber bereits am Bundeskammertag die Vertreter der Industrie — drei waren es, ich habe das mit Aufmerksamkeit verfolgt —, maßgebliche Vertreter der Industrie, Vertreter des Gewerbes, des Fremdenverkehrs und so weiter, vor einer übereilt beschlossenen Umwandlung der derzeitigen Umsatzsteuer in eine Mehrwertsteuer auch im Bewußtsein ihrer Verantwortung vor den von ihnen Vertretenen gewarnt haben, so sehe ich mich ebenso verpflichtet, an dieser Stelle die Regierung rechtzeitig vor unüberlegten Beschlüssen auch in dieser Richtung zu warnen.

Ich weiß, daß sich die ÖVP-Vertreter der Sektion Handel durch die Mehrwertsteuer vor allem die Herstellung einer Wettbewerbsneutralität wenigstens auf dem Gebiet der Umsatzsteuer, also der Warenabgabesteuerung erhoffen und darum mit Finanzminister Schmitz in der Meinung übereinstimmen, daß diese Steuer rasch beschlossen werden soll, sodaß sie ab 1. Jänner 1969 in Kraft treten kann.

Dagegen scheinen mir aber die Stimmen gewichtiger, die vor allem darauf hinweisen, daß Österreich doch erst die Erfahrungen in anderen Staaten prüfen und die Auswirkungen dieser Steuer in der deutschen Bundesrepublik abwarten sollte. Auch ich bin der Auffassung, daß Experten aller Interessenverbände und -gruppen, aber auch Vertreter der einzelnen Abgeordnetenklubs — Herr Präsident, es wäre gar nichts dagegen einzuwenden und es wäre wohl zu verantworten, wenn es auch zu einer Entsendung einer Parlamentsdelegation käme — im nächsten Jahr die diesbezüglichen Erfahrungen vor allem in Frankreich und in Dänemark studieren sollten, also in Ländern, in denen die Mehrwertsteuer schon einige Jahre besteht, wo also Erfahrungen mit ihr gemacht wurden. Erst dann, wenn Erfahrungen gesammelt sind, die deutsche Mehrwertsteuergesetzgebung geprüft wurde und die Vor- und Nachteile für unsere Gesamtwirtschaft verantwortungsbewußt abgewogen worden sind, sollte man der Frage der Einführung der Mehrwertsteuer und ihrer schließlichen Verwirklichung in Österreich nähertreten.

Jede Hast und jeder voreilige Beschluß könnte aber leicht dazu führen — das sage ich Ihnen, meine Damen und Herren, ich hoffe, daß Sie es dem Herrn Bundeskanzler und dem Herrn Finanzminister mitteilen —, daß wiederum ein Unglück mehr geschieht. Jede Hast und jeder voreilige Beschluß könnte leicht dazu führen, daß unsere Gesamtwirtschaft völlig deroutiert wird und der Schaden für

Kostroun

alle, auch für den Handel, größer wird als die vermeintlichen Vorteile aus dieser Steuerneuordnung. Es könnte dazu kommen, daß der Schaden bei einer Deroutierung der Wirtschaft auch für die Staatsfinanzen größer wird.

Die gegenwärtige Regierung hat mit der derzeitigen kleinen Mehrheit in diesem Haus seit eineinhalb Jahren unserer Bevölkerung und unserer Wirtschaft mit einer Reihe von übereilten, in ihren allseitigen Auswirkungen nicht überlegten Gesetzen wahrlich viel zugebetet. Die Regierung hat aber auf der anderen Seite rechtzeitige Vorkehrungen gegen die Wirtschaftsabschwächung versäumt. Jetzt versucht sie, aus der Sackgasse, in die sie sich hineinmanövriert hat, durch die Kürzung von Förderungsmitteln für die gewerbliche Wirtschaft in diesem Budget herauszukommen. Im Finanz- und Budgetausschuß habe ich mir mit Zahlen aus dem Budget aufzuwarten erlaubt, wie sehr die Förderungsmittel für die gewerbliche Wirtschaft gekürzt wurden. Auch Herr Präsident Sallinger hat das heute zugeben müssen. Jetzt versucht die Regierung, durch die Kürzung von Förderungsmitteln für die gewerbliche Wirtschaft, durch die Erhöhung indirekter Steuern und die Verschuldung unseres Staates durch Aufnahme ausländischer Kredite zur Defizitdeckung aus der Sackgasse herauszukommen. Diese Regierungspolitik ist mit diesem Budget, von dem keinerlei Wirtschaftsimpulse ausgehen, am besten Weg, unsere Wirtschaft noch weiter abwärtszuführen. Darum kommt man in immer weiteren Kreisen — das soll Sie nicht wundern — unserer Bevölkerung zur Erkenntnis, daß mit dieser Regierung — es wurde schon ausgedrückt, ich sage es auch mit diesen einfachen Worten — kein Stich zu machen ist.

Ich bin felsenfest davon überzeugt, daß wir zu einer wahren „Wiederordnung“ unseres Staatshaushaltes — nicht zur plakatierten der ÖVP —, zur Sicherung notwendiger Förderungsmittel für unsere Wirtschaft, zur Sicherung der Stabilität und zur Vollbeschäftigung durch die Wiedergewinnung eines gesunden Wirtschaftswachstums nur dann kommen werden, wenn die Alleinregierung der ÖVP überwunden und Österreich von ihr befreit wird! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Marberger. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Marberger** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Das Bild, das mein geschätzter Herr Vorredner Kostroun für die Zukunft der österreichischen Wirtschaft gemalt hat, ist sehr schwarz, Herr Präsident! (*Abg. Dr. Gorbach: Apokalyptisch!*) Ich bin froh, daß ich von meiner Wirtschaftssparte, vom Fremdenver-

kehr aus, der in diesem Jahr nicht immer die besten Erfahrungen machen konnte, nicht so dunkel in die Zukunft sehe. (*Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner übernimmt den Vorsitz.*)

Die Ausgaben für Förderungszwecke und die Mittel für Werbung, die im Staatshaushalt für den Fremdenverkehr vorgesehen sind, finden sich im Bundesfinanzgesetz 1968 im Kapitel 63, Handel, Gewerbe, Industrie, das heute zur Behandlung steht. Die Ansätze sind nicht sehr hoch, sie wurden aber zumindest auch nicht gekürzt.

Es wäre aber zu billig, meine Damen und Herren, die Auswirkungen des Budgets für den so unentbehrlichen Wirtschaftszweig Fremdenverkehr nur in diesem Kapitel zu suchen. Die Fremdenverkehrswirtschaft interessiert das Budget in seinem ganzen Aufbau, auch in seinen Auswirkungen auf den Finanzausgleich. Es ist sowohl auf der Einnahmenseite, Steuern, wie auf der Ausgabenseite, Ausgaben für die Infrastruktur, Ausgaben des Bundes, der Länder und der Gemeinden für den Fremdenverkehr direkt, von ausschlaggebender Bedeutung.

Gestatten Sie mir dazu einige Ausführungen: Wenn auch das Jahr 1967 mit dem Slogan „Reisen ist der Paß zum Frieden“ zum Jahr des Reisens ausgerufen wurde, ist doch rückschauend festzustellen, daß sich die Erwartungen des österreichischen Fremdenverkehrs heuer nicht ganz erfüllt haben. Eine Reihe von Maßnahmen und Ereignissen, die im Ausland eingetreten sind, haben Auswirkungen auf die Reiseströme nach Österreich gezeitigt. Die wirtschaftliche Rezession sowie eine starke Werbeaktivität für den Inlandsurlaub in der Bundesrepublik Deutschland haben viele Deutsche bewogen, auf einen Auslandsurlaub überhaupt zu verzichten. Dies trifft besonders auf die breiten Grenzsichten der Nachfrage zu, die sich bei guter Konjunkturlage den Urlaub im preislich günstigen Österreich gerade noch leisten konnten.

Zu Beginn der Hauptreisezeit kam es zu Kriegshandlungen im Nahen Osten. Übervorsichtige Touristen, vor allem aus überseeischen Herkunftsländern, haben sich auch durch den Nahostkonflikt von einer Auslandsreise abhalten lassen.

Die Weltausstellung in Montreal, eine Fremdenverkehrsattraktion größter Klasse, war in diesem Jahr ein Mittelpunkt des touristischen Interesses.

Nach wie vor stellen die neu hinzukommenden Fremdenverkehrsländer für den österreichischen Fremdenverkehr eine beachtliche Konkurrenz dar. In den europäischen Oststaaten wird das touristische Angebot nach

6576

Nationalrat XI. GP. — 81. Sitzung — 14. Dezember 1967

Marberger

dem herrschenden Wirtschaftssystem planwirtschaftlich erstellt und mit gewaltigen Investitionen eine Fremdenverkehrsindustrie im wahrsten Sinne des Wortes aus dem Boden gestampft. Im Rahmen eines Fünfjahresplanes werden zum Beispiel in Rumänien 14 Milliarden Schilling in Fremdenverkehrsprojekte investiert. Dumpingpreise, die weitab von jeder kaufmännischen Kalkulation liegen, locken den devisabringenden ausländischen Gast an, zumal auch die strengen Einreisebestimmungen eine Lockerung erfuhren. Diesem staatlich gelenkten Fremdenverkehr liegen daher völlig andere Voraussetzungen zugrunde, die mit jenen der österreichischen Fremdenverkehrswirtschaft nicht zu vergleichen sind und zu Wettbewerbsverzerrungen im europäischen Raum führen. Außerdem stellt der Tourismus in den Oststaaten leider noch immer eine Einbahnstraße dar, weil die Ausreise aus diesen Ländern durch verschiedene Formalitäten und Devisenbeschränkungen sehr erschwert ist.

Eine weitere dirigistische Maßnahme — leider aus einem westlichen Land — hat Großbritannien gesetzt. Im Vorjahr wurde die Devisenausfuhr für Reisende auf maximal 50 Pfund beschränkt. Diese Einschränkung mußte die Auslandsreisepläne empfindlich treffen. Doch nicht genug damit: Vor wenigen Wochen bekam die britische Reiselust mit der Pfundabwertung einen neuerlichen Schlag versetzt. Dazu kommt noch eine Verringerung des Durchschnittseinkommens sowie eine allgemeine wirtschaftliche Unsicherheit in England. Die britischen Urlauber können — wenn sie auf die zur Ausfuhr genehmigten 50 Pfund, das sind jetzt etwas mehr als 3000 S, angewiesen sind — nur noch durch besonders günstige Pauschalarrangements für einen Österreichaufenthalt gewonnen werden. Es sollte versucht werden, den zu erwartenden Rückgang englischer Gäste durch erhöhte Werbung in anderen Ländern, aber auch in England, wettzumachen. Nach meinen Informationen wurden bis jetzt noch keine Buchungen für Wintergäste zum Weihnachtsurlaub und für die kommende Wintersaison storniert. Anfragen nach Verbilligungen und Forderungen und Wünsche nach Verbilligungen der Arrangements und der Preise wurden zum Teil positiv beantwortet.

Als weitere Auswirkung der Pfundkrise werden alle jene Länder, deren Währungen mit dem Pfund abgewertet wurden, für ausländische Touristen billiger. Besonders der Fremdenverkehr in Spanien wird von der Pesetenabwertung profitieren. Wir hoffen, daß sich dies nicht allzusehr zum Nachteil Österreichs auswirken wird.

Die internationale Konkurrenzlage hat sich also wiederum verschärft, und es wird intensiver Anstrengungen bedürfen, unsere Werbetätigkeit und das touristische Angebot zu verbessern, damit die gute Position Österreichs unter den Fremdenverkehrsländern gehalten und ausgebaut werden kann.

Die Bundesbeiträge für die Österreichische Fremdenverkehrswerbung wurden von Einsparungsmaßnahmen nicht betroffen und sind gegenüber dem Vorjahr gleichgeblieben. Dies ist eine dringende Notwendigkeit, weil die Kosten der Werbung im Ausland ständig ansteigen. Dadurch nimmt der Effekt der Fremdenverkehrswerbung schon bei gleichbleibendem Aufwand von Jahr zu Jahr ab, während die Konkurrenzländer verstärkte Anstrengungen unternehmen.

Gute Erfolge wären vielleicht durch gewerbemäßige Zusammenarbeit der verschiedenen Wirtschaftszweige zu erzielen, wie etwa durch eine Werbung für den Winterurlaub in Österreich in Verbindung mit einer Präsentation österreichischer Wintersportartikel. Eine solche Kooperation würde Vorteile sowohl auf der Kostenseite als auch vom Werbeeffekt her bringen. Durch gute Ideen und Initiativen kann auch mit bescheidenen Mitteln ein beachtlicher Werbeerfolg erzielt werden. Viele Fremdenverkehrsgemeinden geben ihrem Angebot eine spezifische Note, zum Beispiel in gastronomischer Hinsicht, andere werben wieder mit Folklore-Gruppen in ausländischen Städten.

Anzuführen ist der große Etat, den die Bundesländer für Fremdenverkehrsförderung und -werbung aufwenden. Das Tiroler Landesverkehrsamt hat zum Beispiel im Jahre 1967 mehr als 50 t Werbematerial an die verschiedenen Länder verschickt.

Hand in Hand mit einer intensiven Werbetätigkeit muß eine qualitative Anhebung des Angebotes, dessen Struktur im Fremdenverkehr vom gastgewerblichen Betrieb bis zum Naturpark reicht, erfolgen.

Auf dem betrieblichen Sektor muß versucht werden, das Angebot mehr der Nachfrage anzupassen. In manchen Orten kommt es noch zu Verpflegungsengpässen, in vielen besteht ein Überhang an Fremdenbetten, der seinen Niederschlag in erschreckend niedrigen Auslastungszahlen findet.

Die Betten in gewerblichen Betrieben sind im Durchschnitt von den 365 Tagen des Jahres nicht einmal an 100 Tagen vermietet, die übrige Zeit stehen sie leer. Um die richtige Relation im Angebot herzustellen, sollten verschiedene fremdenverkehrspolitische Instrumente eingesetzt werden, vor allem auf dem Kreditsektor, wo durch eine Lockerung beziehungsweise

Marberger

ein Anziehen der Kreditbedingungen für bestimmte Projekte Schwerpunkte gesetzt werden können.

Zur Problematik des übergroßen Bettenangebotes hat auch die Zunahme der Privatzimmervermietung nicht unwesentlich beigetragen. Dieser unbefriedigenden Entwicklung müßte durch legisistische Maßnahmen der Landesgesetzgebung und im neuen Gewerbebereich Einhaltung geboten werden. Im weiteren wären eine gewisse qualitative Mindestausstattung der Privatzimmer sowie die Einhaltung der Bettenhöchstgrenze in jedem Fall zu überprüfen. Eine kontrollierte Bettenvermehrung entsprechend der steigenden Nachfrage ist eigentlich nur in touristischen Hoffungsgebieten, in denen der Fremdenverkehr erst langsam Fuß zu fassen beginnt, vertretbar. Gerade in diesen Gebieten wird das Angebot an Unterkünften durch die Zimmervermietung auf Bauernhöfen abgerundet werden können.

Weiters erscheint zum Beispiel eine Verschärfung der Mindestausstattungsrichtlinien erforderlich, die aus dem Jahre 1963 stammen. Damit soll die Einhaltung von gewissen Mindestanforderungen in den Beherbergungs- und Verpflegungsbetrieben gesichert werden.

Die Durchführung von qualitätsverbessernden Maßnahmen hängt natürlich im letzten von den finanziellen Möglichkeiten der Fremdenverkehrsbetriebe ab. Die eingangs aufgezeigte Verschärfung der Wettbewerbslage im internationalen Fremdenverkehrsangebot bedingt eine verstärkte finanzielle Förderung der österreichischen Fremdenverkehrswirtschaft, deren Notwendigkeit nicht genug betont werden kann.

Es ist sehr erfreulich, daß die Mittel der BÜRGES-Aktion im Voranschlag für 1968 keine Kürzungen erfahren haben. Mit Beginn des Jahres ist eine Sonderaktion angelaufen, bei der die Bürgschaftsfonds-Gesellschaft Kreditnehmer durch die Bürgschaftsübernahme und Gewährung von Zinsenzuschüssen unterstützt. Ein Zwischenergebnis zeigt, wie stark diese Kredite nachgefragt werden. Im Zeitraum von Anfang Jänner bis Ende November dieses Jahres konnten 305 Kreditfälle mit einer Gesamtsumme von 101,407.000 S aufrecht erledigt werden.

In diesem Zusammenhang ist auch ein Wort zur Steuergesetzgebung am Platz — und in diesem Falle befinde ich mich in Übereinstimmung mit meinem Vorredner, Herrn Kollegen Kostroun —, insbesondere im Hinblick auf die kommende Mehrwertsteuer. Die Fremdenverkehrswirtschaft gehört dem Dienstleistungssektor an, daher ist der Anteil der Personalkosten sowie die Wertschöpfung überdurchschnittlich hoch. Der volle Mehrwertsteuer-

satz würde die Fremdenverkehrswirtschaft stärker belasten als die bisherige Umsatzsteuerregelung und hätte Preissteigerungen in dieser Wirtschaftssparte zur Folge. Eine Verteuerung der Fremdenverkehrsleistungen müßte aber die Position der österreichischen Fremdenverkehrsbetriebe international zwangsläufig beträchtlich schwächen. Um nachteilige Folgen für den österreichischen Fremdenverkehr zu vermeiden, sollte bei der Einführung des neuen Steuersystems unbedingt darauf geachtet werden, daß der Fremdenverkehrswirtschaft keine zusätzlichen Belastungen aufgebürdet werden. Im Interesse der Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Gastronomie und Hotellerie muß ich heute schon anmelden, die bescheidenen Vorteile, die uns das bestehende Umsatzsteuersystem für Einnahmen aus der Beherbergung und zum Teil aus Küchenerlösen ermöglicht, auch bei der Mehrwertsteuer zu berücksichtigen. Für kleinere Betriebe, denen eine detaillierte Buchführung nicht zugemutet werden kann, sollte die Möglichkeit einer Steuerpauschalierung erhalten bleiben. Außerdem erscheint es notwendig, bis zur Einführung des neuen Steuersystems noch einige Zeit verstreichen zu lassen, um aus den in anderen Ländern gemachten Erfahrungen lernen zu können. Es wäre sinnvoll, die praktischen Auswirkungen der Mehrwertsteuer in den EWG-Staaten, besonders aber in Deutschland, gründlich zu studieren, bevor man an eine Einführung in Österreich denkt.

Das deutsche Hotel- und Gaststättengewerbe befürchtet, daß bei der Einführung der Mehrwertsteuer Preiserhöhungen um zirka 3 bis 5 Prozent auftreten könnten. Zudem sind in der Bundesrepublik die Verhältnisse anders gelagert, da Geschäftsreisen überwiegen und die deutsche Fremdenverkehrswirtschaft bei weitem nicht diese Stellung im Rahmen der Gesamtwirtschaft einnimmt, wie das in Österreich der Fall ist.

Neben den sehr wesentlichen finanziellen Voraussetzungen für eine Qualitätssteigerung des österreichischen Fremdenverkehrs sind in diesem Zusammenhang auch Ausbildungsfragen zu erwähnen. Geeigneter Nachwuchs muß durch gediegene fachliche Schulausbildung herangezogen werden, wie sie in den gastgewerblichen Fachschulen bereits gepflogen wird. Aber auch die Leistung der bereits im Fremdenverkehr Beschäftigten wird in vielen Fällen noch einer Verbesserung bedürfen. Vor allem in der Hochsaison werden immer wieder Beschwerden von Gästen laut, die ihren Unmut über eine unbefriedigende Behandlung in einem Fremdenverkehrsbetrieb kundtun. Diese Kritiken richten sich in fast allen Fällen gegen den Unternehmer. Ich will damit keineswegs

Marberger

grundsätzlich gegen eine Kritik an eventuell auftretenden Mißständen in manchen Fremdenverkehrsbetrieben Stellung nehmen, aber ich möchte die Mitverantwortlichkeit aller im Fremdenverkehr Beschäftigten herausstreichen. Jeder Fehler eines Angestellten — nicht nur des Unternehmers — ist dazu angetan, den österreichischen Fremdenverkehr in den Augen unserer Gäste abzuwerten. Daher sollte sich jeder, der beruflichen Kontakt mit Reisenden und Gästen hat, seiner Verantwortung um den Ruf unseres Fremdenverkehrs bewußt sein. In diesem Zusammenhang läßt sich erfreulicherweise die Feststellung machen, daß bei der Bundesbahn und beim Postdienst in letzter Zeit dem Gast gegenüber mehr Zuvorkommenheit gezeigt wird.

Über die Fachausbildung hinaus sollte die Fremdenverkehrslehre auch im stärkeren Maße in unseren Universitäten und Hochschulen Eingang finden. Bis auf einige Ausnahmen wird der Fremdenverkehr im Rahmen der Wirtschaftswissenschaften kaum berücksichtigt. Da der Fremdenverkehr heute zu einem wesentlichen Wirtschaftszweig in Österreich geworden ist, müßte diesem Umstand auch zunehmend in wissenschaftlicher Arbeit und Lehre Rechnung getragen werden. Dadurch könnten mehr akademischer Nachwuchs sowie neue theoretische Erkenntnisse für den Tourismus gewonnen werden.

Die geringe Auslastung der Fremdenverkehrsbetriebe, die mit Ausnahme der Hauptsaison in den übrigen Monaten des Jahres zu gering frequentiert sind, hat die verschiedensten Bemühungen um eine Ausweitung der Saison zur Folge.

Der Winterurlaub erfreut sich immer größerer Beliebtheit. Es bestehen noch zahlreiche Möglichkeiten für eine weitere Forcierung dieser Saison. Vom medizinischen Standpunkt wird der Erholungswert des Winterurlaubes besonders hoch geschätzt. Das große Netz von Seilbahnen, Sessel- und Schleifliften wird immer noch verbessert. Ich kann dazu melden, daß heuer in Tirol wiederum 50 Seilbahnen und Sessellifte neu in Betrieb gegangen sind. Außerdem ist die verstärkte Betreuung der Pisten mit modernen Geräten erforderlich. Auch hier werden größte Anstrengungen gemacht.

Für die Nichtschifahrer müßte durch die Bereitstellung von attraktiven Möglichkeiten ebenfalls Anreiz zur Konsumation eines Winterurlaubes geboten werden. Daher stehen in zahlreichen Wintersportorten geheizte Hallenbäder, Eislaufplätze, Rodel- und Eisschießbahnen sowie schneegeräumte Wege für Spaziergänge und Pferdeschlittenfahrten zur Verfügung.

Österreich macht alle Anstrengungen, um den Gästen wirklich ein attraktives Angebot zu geben. Die Gelder, die man hierfür aufgenommen hat, verursachen eine drückende Zinsenlast, und es ist nicht sicher, ob sie sich in kurzer Zeit amortisieren werden. Sie sind Mittel zum Zweck. Trotz aller damit verbundenen Schwierigkeiten müßte stärker als bisher ins Auge gefaßt werden, örtliche Pauschalarrangements zu erstellen und dem Gast Inklusivpreise zu bieten. Auch dies wird in sehr vielen Orten schon gemacht. Besonders auch in den größeren Wintersportorten ist ein Schipap eingeführt worden. Man kann mit einer Wochenkarte sämtliche Aufstiegshilfen und Seilbahnen in einem Wintersportort benützen. Die Art des Angebotes wird international immer mehr verlangt, und als Fremdenverkehrsland müssen wir diese Tatsache berücksichtigen.

Außerdem sind Bemühungen um Erstreckung der Saison durch gezielte Aktionen im Gange. Eine Reihe von Betrieben von ganzen Orten erklärten sich bereit, in der Vor- und Nachsaison Preisnachlässe zu gewähren, und es wird im Rahmen einer gemeinsamen Aktion um einen verstärkten Besuch in der Vor- und Nachsaison geworben. Auf diese und ähnliche Art bestehen zahlreiche Möglichkeiten, unser Angebot auf dem Fremdenverkehrssektor interessanter und differenzierter zu gestalten.

Diese Maßnahmen erweisen sich auch vor allem wegen des Inländerfremdenverkehrs als notwendig. Die Inländerübernachtungen haben erfreulicherweise im abgelaufenen Fremdenverkehrsjahr um etwa 4 Prozent zugenommen.

Eine besonders krasse Zunahme war aber auch bei den Ausgaben der Österreicher im Ausland festzustellen, wodurch der Trend der letzten Jahre in dieser Richtung bestätigt wurde. Meine Meinung ist, daß die EXPO in Montreal einen Teil dieser 20 Prozent Mehrausgaben verschlungen hat. Österreichische Urlauber gaben im Fremdenverkehrsjahr 1966/67 im Ausland 5179 Millionen Schilling aus. Damit wurde der Vorjahrswert um mehr als 20 Prozent übertroffen. Die Zuwachsraten bei den Deviseneinnahmen betrug heuer hingegen — immer noch eine Zuwachsraten — 2,3 Prozent. Dies brachte es mit sich, daß der Aktivsaldo der österreichischen Reisebilanz in der Höhe von 10.595 Millionen Schilling zum erstenmal eine rückläufige Tendenz aufwies. Also der Grund der rückläufigen Entwicklung waren die großen Ausgaben für Reisen ins Ausland.

Diese Entwicklung unterstreicht die Notwendigkeit einer Werbung für den Urlaub

Marberger

in Österreich. Bisher wird eine solche Werbung, die Anregungen und Initiativen entwickelt, auf Bundesebene nur von der Bundeswirtschaftskammer betrieben. Der Bedeutung der Inlandwerbung, die auch in vielen anderen Ländern stark forciert wird, wäre es aber wohl angemessen, wenn man ihr unter Beteiligung mehrerer anderer Stellen eine breitere Basis gäbe.

Zur Sorge um die Erhaltung einer gesunden Fremdenverkehrswirtschaft kommt noch die Notwendigkeit, die Infrastruktur des Fremdenverkehrs zu verbessern — wie schon vorher gesagt — und schädliche Einflüsse abzuwehren. Gerade das österreichische Straßennetz, das die Hauptlast der motorisierten Reiseströme trägt, hat heuer einige wesentliche Verbesserungen erfahren. Mit der Fertigstellung der Felbertauernstraße wurde eine wintersichere internationale Nord-Süd-Verbindung durch den Alpenhauptkamm geschaffen und vor allem Osttirol und Kärnten verkehrsmäßig besser erschlossen. Auch die Timmelsjochstraße, die auf österreichischer Seite schon länger fertiggestellt ist, konnte heuer zum erstenmal — wenn auch nur sehr kurz — durchgehend befahren werden. Das Autobahnteilstück Schönberg—Matrei/Steinach wurde vor wenigen Tagen dem Verkehr übergeben und damit die Brennerautobahn ihrer Vervollständigung etwas nähergerückt.

In den letzten Jahrzehnten wurden in die Natur Eingriffe vorgenommen, sodaß nicht zuletzt im Interesse des Fremdenverkehrs schützende Maßnahmen ergriffen werden müssen. Ein Beispiel stellen die österreichischen Badeseen dar, um welche immer wieder heiße Debatten geführt werden. Vor einigen Wochen nahmen Tausende Freiwillige aus den Anrainerstaaten an einer exemplarischen Reinigungsaktion des Bodenseeufer teil. Viele Tonnen groben Unrats wurden gesammelt und auf Ablagerungsplätze geführt oder verbrannt. Dadurch wurde sehr spektakulär auf die Notwendigkeit von Maßnahmen gegen die Seenverschmutzung hingewiesen.

Ein anderes Beispiel: In Salzburg wurde vor einigen Jahren der Zellersee saniert und kann als europäischer Modellfall in dieser Hinsicht angesehen werden. Die durch die Wasserverschmutzung aufgetretenen Übelstände sind im großen und ganzen beseitigt.

Dieser Problemkreis ist keineswegs ein spezifisch österreichischer. Er betrifft auch andere europäische Länder, wo bereits an Sanierungsprojekten gearbeitet wird. Österreich darf den Anschluß nicht verlieren. Es wird auch hier notwendig sein, sich über Gewässerschutz Gedanken zu machen und mit Hilfe

der Länder und des Bundes tragbare Lösungen zu erarbeiten. Dadurch könnten schwerwiegende Folgen, die vielleicht einmal später auftreten, im Keime erstickt werden.

Meine Damen und Herren! Das war nur eine kleine Auswahl der dringendsten fremdenverkehrspolitischen Anliegen, die keineswegs nur für eine Minderheit der österreichischen Bevölkerung interessant sind. Die Pressekampagne im heurigen Sommer und während des ganzen heurigen Jahres, auch jetzt wieder, zeigt die Aufgeschlossenheit und Wichtigkeit des österreichischen Fremdenverkehrs. Vielleicht hat man durch diese Pressekampagne, die nicht immer sehr objektiv geführt wurde, doch auf die Wichtigkeit des österreichischen Fremdenverkehrs besonders hingewiesen. Die Einnahmen aus dem Fremdenverkehr stellen in vielen Gebieten die Existenzgrundlage der Bewohner dar; nicht so sehr im Osten des Bundesgebietes, wo zum Beispiel auf 100 Einwohner in Wien zirka ein, in Niederösterreich im Durchschnitt etwa fünf Fremdenbetten kommen. In den westlichen Bundesländern liegt diese Quote, die recht gut die lokale Bedeutung des Fremdenverkehrs veranschaulicht, um ein Vielfaches höher. In Tirol kommt auf zwei Einwohner schon ein Gästebett, wobei in besonderen Spitzengemeinden des Fremdenverkehrs sogar auf einen Einwohner vier bis fünf Fremdenbetten entfallen. Daraus ist zu ersehen, wie sehr manche Gemeinden mit dem Fremdenverkehr, der die Haupteinnahmequelle darstellt, verbunden sind. Dies trifft vor allem in Gebieten zu, die eine landwirtschaftlich orientierte Wirtschaftsstruktur und ein relativ niedriges Einkommensniveau aufweisen. Die dort ansässigen Menschen sind mit ihrer engeren Heimat stark verbunden und wandern trotz besserer Verdienstmöglichkeiten nicht in Industriegebiete ab. Die Arbeitsbedingungen gestalten sich oft schwierig, da der Fremdenverkehr großen Nachfrageschwankungen je nach Saison und vielen anderen Umständen, die ich heute zum Teil schon genannt habe, unterliegt.

Ich komme zum Schluß: In unserer Zeit ist sehr viel und ausführlich von der Arbeitsplatz- und Existenzsicherung die Rede. Die vielen kleinen Unternehmer der Fremdenverkehrswirtschaft, deren Arbeit mit hohen Risiken verbunden ist, müssen erwarten, daß sie gebührende Unterstützung finden.

In der Regierungserklärung vom April 1966 ist die Förderung des Fremdenverkehrs zum Programm erhoben worden. Der Fremdenverkehr ist auch heute in einer Zeit weitgehender Stagnation anderer Wirtschaftszweige immer noch nach oben gerichtet. Dieser Trend ist nach allen Expertenäußerun-

Marberger

gen auch in den kommenden Jahren weiter zu erwarten. Damit Österreich seinen Anteil an diesem Reisepotential behalten kann, bedarf es aktiver und energischer staatlicher Anstrengungen, um auch die bisher erfolgreiche private Initiative der Fremdenverkehrswirtschaft zu unterstützen. Allen Bemühungen, durch fremdenverkehrsfördernde Maßnahmen die Einnahmen in dieser Wirtschaftssparte nicht absinken zu lassen, kommt im Sinne einer ausgleichenden Einkommenspolitik und aus regionalpolitischen Erwägungen hervorragende Bedeutung zu. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Peter das Wort.

Abgeordneter **Peter (FPÖ):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Während die Außenpolitik der Österreichischen Volkspartei einem Scherbenhaufen gleicht (*Abg. Staudinger: Gredler behauptet anderes!*), ist die Integrationspolitik der Österreichischen Volkspartei in die Sackgasse geraten. Da die Österreichische Volkspartei auch über kein ziel führendes Wirtschaftskonzept verfügt, ist die Finanzpolitik der ÖVP in eine Pleite geraten, was letzten Endes zum Bankrott der Bundesregierung geführt hat.

Es ist daher verständlich, daß die Österreichische Volkspartei in dieser — von ihrem Standpunkt aus überaus unleidlichen — Situation eines Auftriebs elementes bedarf. Sie scheint den Ausweg aus dieser Lage neuerdings in einem „Büchel“ gefunden zu haben. Es ist diesmal nicht das in hoffnungsvollem Grün gehaltene Wahlprogramm der Österreichischen Volkspartei, sondern die neue Wunderwaffe, die den Ausweg darin sieht, daß in diesen Bänken die „echte Schwungmasse“ der Österreichischen Volkspartei sitzt. (*Abg. Melter: Das ist eine Schwungmasse!*)

Hier also sitzt die erstarrte Schwungmasse! (*Der Redner zeigt eine Broschüre.*) Dieses Bild zeigt einen Ausschnitt aus der „ÖVP-Schwungmasse“, repräsentiert durch die Herren Abgeordneten Helbich, Glaser, Mayr und den Herrn Altbundeskanzler Dr. Gorbach. (*Abg. Dr. Gorbach: Ich bin auch darauf?*) Ja! Aber den vier Herren scheint es nicht gelingen zu wollen, die erstarrte Schwungmasse richtig in Bewegung zu bringen. Diese Broschüre schließt mit dem Hinweis: „Jetzt geht es mit voller Kraft voraus!“ — Ob mit voller Kraft mit Klaus oder mit voller Kraft ohne Klaus, ist allerdings diesem Bilderrätsel nicht zu entnehmen. (*Ruf bei der FPÖ: Aber mit Graus!*)

Versucht man dieses ÖVP-Bilderrätsel aufzulösen, so bietet sich folgende Lösung an:

Nimmt man den Anfangsbuchstaben von den Namen der beiden Herren, die hier abgebildet sind, so ergibt sich ein „WM“, Withalm—Maleta, „wenn möglich — ohne Klaus“ scheint die Auflösung dieses Bilderrätsels der Österreichischen Volkspartei zu lauten. (*Heiterkeit und Beifall bei FPÖ und SPÖ. — Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Wo kriegt man das?*) Die neue ÖVP-Broschüre ist überaus lustig. Sie ist gestern in Wien verteilt worden. Eine Wählerin hat sie mir gestern ins Haus geliefert.

Blättert man weiter, so kommt nach der „Schwungmasse“ ein äußerst illustres Bild, das folgendermaßen überschrieben ist: „Und das sind wir — die Schwungmasse der 85 ÖVP-Abgeordneten“.

Nach der „Schwungmasse“ der 85 ÖVP-Abgeordneten heißt es: „Wir 85 haben Schmitz!“ — Schmitz wird (*Ruf bei der SPÖ: Als Geißel Gottes!*) mit einem Rechenschieber dargestellt, an dem er herumknobelt. Wahrscheinlich befragt er das ÖVP-Orakel: Gehe ich oder gehe ich nicht? Gehe ich oder geht der Klaus, oder gehen wir beide? Das scheint die Aufgabe zu sein, die die „ÖVP-Schwungmasse“ dem Finanzminister Schmitz gestellt hat! (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Es bleiben beide!*)

Blättert man weiter, dann findet man den Staatssekretär a. D. und derzeitigen Präsidenten der ÖIG, Dr. Taus, sehr nachdenklich in die Zukunft (*Abg. Dr. Gorbach: ...blickend!*) blickend — danke, Herr Altbundeskanzler! —, beschäftigt mit der Problemstellung: Wann gehe ich, Taus, das zweite Mal, denn einmal bin ich schon gegangen?

Kommt man dann im weiteren Verlauf zur Mitte des Büchels, so findet man den „Eisberg“. Hier stellt die ÖVP dar, daß nur ein Achtel ihrer gesamten Arbeit über der Oberfläche für die österreichische Öffentlichkeit erkennbar ist. Wenn die österreichische Bevölkerung erst jene sieben Achtel kennen würde, die von dieser Arbeit nicht sichtbar sind, dann würde sie sich noch mehr wundern, als sie dies bereits bis zur Stunde getan hat! Der Eisberg unterkühlt und lähmt (*Abg. Doktor Gorbach: Konserviert!*) die Schwungmasse, Herr Bundeskanzler. Darum setzt sich der ÖVP-Koloß nicht in Bewegung.

„Wir 85“ — heißt es dann — „leisten in einem Jahr mehr, als die Koalition in vier Jahren geleistet hat!“ Zum Teil haben diese 85 ÖVP-Abgeordneten leider noch Schlechteres geleistet, als die Koalition in den vorangegangenen Jahren zustandebrachte. (*Abg. Weikhart: 85 noch weniger! — Abg. Machunze: Jetzt kommt die Liebeserklärung, Kollege Weikhart!*)

Peter

Interessant ist, daß in der neuen Broschüre der Österreichischen Volkspartei außer dem Finanzminister Schmitz überhaupt von keinem anderen Regierungsmitglied die Rede ist. Ebenso wird die Tätigkeit der Bundesregierung mit keinem Wort erwähnt. Man spricht nur mehr von der Arbeit der 85 ÖVP-Abgeordneten! Die 85 ÖVP-Abgeordneten scheinen von der Arbeit der Bundesregierung genausowenig überzeugt zu sein wie die übrigen beiden Fraktionen dieses Hohen Hauses!

Mit dieser Broschüre setzt die Österreichische Volkspartei jenen fragwürdigen Weg fort, den sie seit dem 6. März 1966 beschritten hat. Die Fragwürdigkeit dieses Weges sehen wir Freiheitlichen darin, daß die Österreichische Volkspartei mit einem großen Geld- und Propagandaaufwand, den sie zum Teil aus Steuergeldern bestreitet — wie die aufwendige Plakataktion der einzelnen Ministerien eindeutig unterstreicht —, dazu beiträgt, die Erwartungen der Österreicher äußerst hochzuschrauben, um dann die gleichen Österreicher vor die Tatsache zu stellen, daß sich diese Erwartungen eben nicht erfüllen.

Die ÖVP-Abgeordneten haben erst Einwände erhoben und protestiert, als ich sagte, sie, die Österreichische Volkspartei beziehungsweise die von ihr getragene Bundesregierung bestreite ihren Propagandaufwand vielfach aus Steuergeldern. Schauen Sie sich die derzeitige Plakataktion des Sozialministeriums an! Sie wird aus Steuergeldern bestritten und kostet ein Vermögen. Wenn aber in den Beratungen des Finanzausschusses von den Oppositionsfraktionen berechnete Anliegen vorgetragen werden, dann schiebt die ÖVP diese berechtigten Anliegen mit einer Handbewegung zur Seite, scheut sich aber nicht, das fragwürdige Arbeitsergebnis ihrer ÖVP-Regierung mit einem kostspieligen Propagandaufwand auf Kosten der Steuerzahler ins Blickfeld der Öffentlichkeit zu rücken. (*Ruf bei der SPÖ: Das ist ja Information und keine Propaganda!*)

In dieser neuen Schrift geben Sie, die „ÖVP-Schwungmasse“, neuerdings kräftig an. Sie übertreiben, Sie verzerren, Sie beschönigen, und Sie stellen leider die derzeitige wirtschaftliche und finanzpolitische Situation Österreichs nicht so dar, wie sie verantwortungsbewußt der Öffentlichkeit dargestellt werden müßte. Sie wecken Hoffnungen und erfüllen die damit verbundenen Erwartungen nicht. Dabei geraten Sie selbst in die Tretmühle des fragwürdigen Beginns dieser Bundesregierung, einer hektischen, betriebsamen, geschäftigen Bundesregierung, die das Parlament auf Grund ihrer Betriebsamkeit vor immer größere Schwierigkeiten und Probleme stellt.

Was ist gegenüber dem vorigen Jahr hier im Hohen Hause anders geworden? Die Bundesregierung bekennt sich nach wie vor in ihrer legislativen Arbeit zu dem Grundsatz: Quantität geht vor Qualität! Vor lauter Abänderungen, die immer wieder dem Nationalrat vorgelegt werden, sieht man allmählich die Gesetze nicht mehr. Diese hektische Betriebsamkeit hat dazu geführt, daß die Abgeordneten allmählich keine Zeit mehr für ihre Wähler erübrigen können, weil sie die meiste Zeit hier im Hohen Hause und seit Wochen in den Ausschüssen zu verbringen haben. Wenn wir uns den Arbeitsplan für den Jänner 1968 vor Augen führen, dann zeigt uns derselbe, daß diese Betriebsamkeit von der ÖVP ab dem Jänner des nächsten Jahres unerbittlich fortgesetzt wird. (*Abg. Doktor Gorbach: Richtig! — Abg. Dr. Gruber: Wir arbeiten!*) Ja, Herr Gruber! Sie arbeiten. — Die Frage ist nur, wie Sie arbeiten. (*Abg. Weikhart: Was Sie arbeiten!*) Leider ist die Qualität dieser Arbeit für die überwiegende Mehrheit der österreichischen Bevölkerung nicht erfreulich.

Meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei! Hören Sie doch in Ihre eigenen Reihen hinein! Hören Sie, was die Freiberufler, hören Sie, was die Selbständigen aus Ihrer Fraktion uns draußen in den Couloirs klagen: daß allmählich der Zeitpunkt erreicht ist, in dem ein Freiberufler und ein Selbständiger dieses Arbeitstempo aus beruflichen Gründen nicht mehr durchstehen können. (*Abg. Dr. Gruber: Noch ein Lehrer! — Abg. Kinzl: Jetzt ist er sprachlos!*) Sie, Herr Kinzl, werden mich garantiert niemals sprachlos finden. Nehmen Sie das zur Kenntnis! Aber weil Sie gerade ... (*Abg. Machunze: Kollege Peter! Kennen Sie das Arbeitsprogramm des Deutschen Bundestages?*) Ja. Dort gibt es Sitzungswochen, Herr Machunze! (*Abg. Dr. Gruber: Drei Sitzungswochen und eine frei!*) Dort gibt es mehr Systematik als bei uns. Dort gibt es mehr Konzentration als hier im österreichischen Nationalrat. — Ich aber möchte die Antwort auf eine gestellte Frage nicht schuldig bleiben: „Na die Lehrer!“ Es ist besser, ein öffentlich Bediensteter trägt die Sorgen der Selbständigen und der Freiberufler vor. Er ist in dieser Frage nicht befangen. Wir, die wir zur Ausübung unseres Mandates freigestellt sind, haben es wesentlich leichter, unsere Aufgabe zu bewältigen als die einen freien Beruf ausübenden und selbständig tätigen Kollegen. Daß diese Argumente berechtigt sind, das bestätigen Ihnen Ihre eigenen Kollegen aus den Reihen der Österreichischen Volkspartei. (*Zustimmung bei der FPÖ.*)

Das ist es ja eben, was wir Freiheitlichen den ÖVP-Abgeordneten zum Vorwurf machen

Peter

müssen: Immer wieder unternehmen Sie den Versuch, Dinge lächerlich zu machen, die wesentlich ernster sind, als Sie zugestehen wollen.

Wir Freiheitlichen müssen auch an den Herrn Präsidenten die dringende Bitte richten, daß er die Abgeordneten dieses Hohen Hauses vor der Bundesregierung und der Ausbeutung, der sie durch die Bundesregierung ausgesetzt sind, mehr in Schutz nimmt, als er das bisher getan hat. Hier geht es wirklich — das ist ein Anliegen aller Fraktionen — um eine bessere, konzentriertere Arbeitsgestaltung, als es in der Vergangenheit der Fall war. Schutz vor der Beschäftigungstheorie, Schutz vor dem Hektizismus der Bundesregierung ist eine Forderung, die wir freiheitlichen Abgeordneten erheben müssen. Wir richten nun, da diese Budgetdebatte sich dem Ende zuneigt, nochmals den dringenden Appell an die Bundesregierung, mit jener Schönfärberei Schluß zu machen, die die ÖVP-Propaganda nach wie vor nicht lassen kann.

Diese Bundesregierung ist konfrontiert mit unerfreulichsten wirtschaftspolitischen Realitäten, was nicht zuletzt heute vom Präsidenten der Bundeshandelskammer bestätigt wurde. Genauso eindringlich charakterisieren die Tageszeitungen die wirtschaftspolitische Situation Österreichs und vermitteln anschaulich den Ernst der Lage. Man braucht nur zwei, drei Tage hindurch die Wirtschaftsteile der Zeitungen durchzublättern, so begegnen einem Schlagzeilen wie folgende: „Zuwenig Kapital für das Gewerbe“ — „Handel im unerbittlichen Existenzkampf“ — „Stagnation bei Eisen und Metall“ — „Rückschläge der Industrie im ersten Halbjahr“ — „Scharfer Gewinnrückgang in der Industrie“ — „Industrielle Baubetriebe pessimistisch“ — „Textilindustrie vor dem Tiefpunkt“ — „Schuhproduktion eingeschränkt“ — „Seidenindustrie unter härtestem Konkurrenzdruck“.

Auch das ist ein unbefangenes, von keinem parteipolitischen Standpunkt aus eingefärbtes Urteil über die tatsächliche Leistung der derzeitigen österreichischen Bundesregierung. Diese Arbeit ist charakterisiert durch Versäumnisse, die zum Teil in die Koalitionszeit zurückgehen, ist aber darüber hinaus charakterisiert durch Fehlbeurteilungen und Fehlentscheidungen, für die die Österreichische Volkspartei seit dem 6. März 1966 die alleinige Verantwortung zu tragen hat.

Die Österreichische Volkspartei war es auch, die zusammen mit der Sozialistischen Partei einen grundsätzlich falschen Weg in der Integrationspolitik eingeschlagen hat. Wir kennen bis zur Stunde keine klare und zielstrebige österreichische Alternative in der Integrations-

frage. Mit diesem Mangel haben wir uns auseinanderzusetzen, und dieser Mangel birgt weitreichende Nachteile für die österreichische Wirtschaft in sich.

Die ÖVP hat in der EWG-Frage Jahre hindurch nichts anderes als ein Programm der Resignation vertreten, ein Programm der Resignation vor einer sehr klaren Haltung des seinerzeitigen sozialistischen Koalitionspartners. Man hat sich auf der ÖVP-Seite einfach damit abgefunden, daß man den sozialistischen Regierungspartner von einst nicht zu einem besseren Integrationsweg bewegen konnte. Ein echter Modellfall Österreich unter Einschluß aller neutralitätspolitischen Erwägungen ist weder von den Koalitionsregierungen noch von der derzeitigen Bundesregierung jemals erarbeitet worden. Natürlich bedarf es — und das entspricht unserer freiheitlichen Überzeugung — einer EWG-Teilnahme Österreichs mit einer entsprechenden wirtschaftspolitischen Bewegungsfreiheit, die auf unsere Neutralitätsverpflichtungen Rücksicht nimmt.

Was ist aber von Österreich im abgelaufenen Jahrzehnt getan worden, um das erforderliche Verständnis bei den einzelnen Staaten der Sechsergemeinschaft zu wecken und zu bereiten? Was haben wir wirklich getan, um Verständnis für die Neutralen als Bestandteil der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu finden? Immer wieder war es eine mangelnde Initiative, immer wieder war es eine mangelnde Koordination des einzuschlagenden Weges, die man den einstigen Koalitionspartnern und der Einparteienregierung zum Vorwurf machen muß.

Wir haben in diesem Zusammenhang einen gewissen „Neutralitätskomplex“ nicht bewältigt, von dem wir uns bei der Lösung der Integrationsfrage immer wieder haben hemmen lassen. Schon im Jahre 1955 — ich darf das heute wiederholen — war es der Sozialist Oskar Helmer, der auch darauf verwies, daß unserer Neutralität gewisse Gefahren zugrunde liegen und daher mit der Neutralität sehr sorgsam umgegangen werden müsse. Der seinerzeitige Innenminister Oskar Helmer war es auch, der expressis verbis zum Ausdruck brachte, daß wir in bezug auf Neutralität bei Gott keine Fleißaufgaben zu machen brauchen und daß uns diese Neutralität aus einer realpolitischen Situation heraus als der einzige Ausweg erschienen ist, um unsere Freiheit zu erhalten.

Ich habe bei der Debatte über das Kapitel Außenpolitik die Ausführungen Oskar Helmers aus dem Jahre 1961 zitiert. Ich darf heute eine Helmer-Feststellung aus dem Jahre 1955,

Peter

dem Staatsvertragsjahr, in Erinnerung rufen. Kurze Zeit nach Abschluß des Staatsvertrages stellte Oskar Helmer bereits fest:

„Der Beschluß des Nationalrates, nach dem sich Österreich zur immerwährenden Neutralität verpflichtet, darf nur so ausgelegt werden, daß die Neutralität auf militärisches Gebiet beschränkt bleibt.“

Dieses Herausarbeiten der einzig und allein bestehenden militärischen neutralitätspolitischen Verpflichtungen ist von den vorangegangenen Koalitionsregierungen genauso wenig vorgenommen worden wie von der derzeitigen Einparteienregierung der Österreichischen Volkspartei.

Wenige Jahre später, ab dem Jahre 1959, setzte dann die so intensive Anti-EWG-Kampagne der sozialistischen Seite dieses Hauses ein. Eingeleitet durch eine Feststellung des seinerzeitigen Vizekanzlers Dr. Pittermann vom 4. September 1959 in der Hütte Krems, wo er jene Österreicher, die sich für eine Teilnahme unseres Landes an der EWG aussprachen, als „Titularösterreicher“ degradierte und deren Österreichertum er in dieser Rede darüber hinaus als fragwürdig bezeichnete.

Man wundert sich in der Sozialistischen Partei, wenn wir Freiheitlichen ihr im Zusammenhang mit der EWG-Frage vorhalten, daß sie es war, die die besten Argumente gegen die Teilnahme Österreichs an der EWG dem Kreml taxfrei und kostenlos ins Haus geliefert hat.

Der gleiche Dr. Pittermann hat im Jahre 1959 eine zweite Rede zum Thema der Integration gehalten. Auf dem Landesparteitag der SPÖ in Vorarlberg sagte er:

„Um seine europäische Position zu sichern, ist der Kartellkapitalismus zur Bildung der EWG geschritten. Der in der EWG geschaffene übernationale Bürgerblock leitet eine Entwicklung ein, der man rechtzeitig entgegenzutreten muß.“

Ich frage Herrn Pittermann: Was will denn sein Parteifreund Wilson im EWG-Bürgerblock? Warum bemüht sich sein Parteifreund Wilson so inständig, das Tor zum Beitritt Großbritanniens in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zu öffnen?

Später ist „Die Furche“ in den Chor der sozialistischen Anti-EWG-Linie mit jener Erklärung vom 9. Jänner 1960 eingetreten. Es war jener Appell der „Furche“ an alle nichtsozialistischen Österreicher, dem „drohenden Zerfall“ Europas entgegenzuwirken, dem „Zerfall“ Europas in einen faschistischen EWG-Block und in einen liberalen EFTA-Block, wie „Die Furche“ es damals formulierte.

Diese Linie hat dann der Abgeordnete Czernetz am 18. Jänner 1961 in diesem Hohen Hause mit folgender Feststellung fortgesetzt: „Der Gedanke, daß einzelne EFTA-Staaten oder die gesamte EFTA der EWG beitreten, ist unreal.“

Der Gedanke, daß EFTA-Staaten der EWG beitreten, ist unreal, erklärte der Herr Abgeordnete Czernetz in diesem Hohen Hause. Wozu also dann die Bemühungen Großbritanniens, in die EWG zu kommen?

Allerdings: Herr Czernetz begann drei Vierteljahre später seine Auffassung zu ändern. Er stellte fest:

„Ein Verzicht Österreichs auf eine Assoziation mit der EWG würde Österreich in eine schwere wirtschaftliche Krise bringen.“

Man könnte beinahe sagen: Czernetz erwies sich im Jahre 1962 als Prophet. Er hat die heutige Krise vorausgesagt. Sie ist inzwischen eingetreten. Die Ursachen für die nunmehrige Krise hat aber die Sozialistische Partei Österreichs weitestgehend mit der Österreichischen Volkspartei gemeinsam geschaffen. *(Zustimmung bei der FPÖ.)*

Im gleichen Jahre hat der damalige Außenminister Dr. Kreisky zu diesem Problem Stellung genommen. Er sagte: „Die Gefahren des Fernbleibens Österreichs von der EWG werden übertrieben und die Vorteile der Zugehörigkeit zur EFTA unterschätzt.“

Das sind einige der einheitlichen Anti-EWG-Stellungnahmen der führenden Sozialisten im letzten Jahrzehnt. Immer ist es die Sozialistische Partei Österreichs gewesen, die sich gegen Einzelverhandlungen und Einzelvereinbarungen Österreichs mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ausgesprochen hat. Immer wieder war es die Sozialistische Partei Österreichs, die nur von einem kollektiven Weg der EFTA-Staaten in die EWG ohne Rücksicht auf die sich daraus ergebenden wirtschaftlichen Nachteile gesprochen hat.

Die Österreichische Volkspartei hat — und das ist ihr entscheidender Fehler und auch ihre historische Schuld — in der EWG-Frage Jahre hindurch eine Politik der Resignation vor der Anti-EWG-Haltung der Sozialistischen Partei Österreichs betrieben.

Am 31. Jänner 1962 kam es in diesem Hohen Haus zu einer entscheidenden Auseinandersetzung zwischen dem Abgeordneten Czernetz und meinem Parteifreund Dr. Gredler. Dr. Gredler war es, der daran erinnern mußte, daß Herr Czernetz ja seine Meinungsänderung nicht nur im Nationalrat, sondern darüber hinaus auch vor dem Europarat mit folgender Feststellung bekundet hat:

6584

Nationalrat XI. GP. — 81. Sitzung — 14. Dezember 1967

Peter

„Herr Präsident, ich stehe nicht an, etwas zu tun, was man in der Politik, zumindest in der Demokratie, offen tun sollte, nämlich bei einem Mißerfolg — oder soll ich sagen: einer Niederlage — einer bestimmten Auffassung zu sagen: Wir sind unterlegen. Ich stehe nicht an, offen zu sagen: Wir sind mit unserem Konzept zuerst der umfassenden Wirtschaftsassoziations und dann eines Brückenschlages gescheitert; ich habe zu denen gehört, die dieses Konzept mit vertreten haben. Die, die eine andere Auffassung vertreten haben, haben damit Erfolg gehabt.“

Trotz dieser Erkenntnis des Abgeordneten Czernetz — ausgesprochen zur Zeit der Jahreswende 1961/62 — sind die Schlußfolgerungen der Sozialistischen Partei ausgeblieben. Durch das Ausbleiben dieser Schlußfolgerungen ist letzten Endes eine Situation herbeigeführt worden, unter der heute die gesamte österreichische Wirtschaft entscheidend zu leiden hat.

1963 trat allerdings wieder eine neuerliche Haltungsänderung des Abgeordneten Czernetz ein, wenn er vor sozialistischen Juristen in Salzburg unter anderem feststellte:

„Bisher hatte Österreich keinen Nachteil davon, daß es noch zu keinem Arrangement mit der EWG gekommen ist. Der Handel mit den EFTA-Partnern ist beträchtlich gestiegen, und der Export in die EWG ist nicht zurückgegangen.“

1963 noch nicht zurückgegangen. Der Exportrückgang ist aber inzwischen eingetreten. Czernetz führte weiter aus:

„Selbstverständlich würden aber Österreich schwere wirtschaftliche Probleme erwachsen, falls sich einmal die Diskriminierung unserer Exporte durch die Zollsenkungen innerhalb der EWG und durch den gemeinsamen Außenzoll voll auswirken sollten.“

Trotz dieser besseren Einsicht wiederum keine Revision der Haltung der Sozialistischen Partei Österreichs. Die Ursachen dieser Entwicklung liegen Jahre zurück. Von dieser Entwicklung, von dieser Fehlbeurteilung, von diesem falschen Weg kann die Sozialistische Partei Österreichs genausowenig freigesprochen werden wie die derzeitige Regierungspartei, die Österreichische Volkspartei.

In den Chor der Anti-EWG-Stimmen im linken Lager hat leider Gottes auch immer wieder der Österreichische Gewerkschaftsbund miteingestimmt. Hier war es gerade Herr Hindels, der die unerfreulichsten und sachlich unhaltbarsten Feststellungen gegen die Teilnahme Österreichs an der EWG zum Ausdruck gebracht hat.

Nach wie vor ist jene SPÖ-Linie erkennbar, die leider letzten Endes auch der Bundeskanzler im „Spiegel“-Interview mitvertreten hat und die in dem Ausspruch gipfelt: Lieber arm, aber neutral!

Möge es uns allen in einer gemeinsamen, überaus verantwortungsbewußten Zusammenarbeit gelingen, die Krise zu bewältigen, in der sich die österreichische Wirtschaft derzeit befindet.

Ich darf mich jetzt mit der anderen Seite des Hohen Hauses beschäftigen und den für die Integration zuständigen Herrn Bundesminister daran erinnern, daß auch er einer der ausgeprägtesten Mitgestalter des EFTA-Weges gewesen ist. Ich setze mich mit jenem Regierungsmitglied auseinander, das bereits 1960 anlässlich der Grazer Messe feststellte: „Der Weg in die EFTA war doch der bessere.“

Man muß aber dem Herrn Dr. Bock zugute halten, daß er inzwischen dem EFTA-Irrtum abgeschworen hat. Er ist vom EFTA-Saulus zum EWG-Paulus geworden und hat tätige Reue geübt. Allerdings kam diese tätige Reue zu einem so späten Zeitpunkt, daß sie für Österreich und seine Wirtschaft bis zur Stunde noch nicht fruchtbringend sein konnte.

Auf der einen Seite steht heute Vizekanzler Dr. Bock auf einsamer Flur im Westen und versucht, die Integrationsfrage zu klären; auf der anderen Seite sieht der Bundeskanzler anlässlich seiner Ostblockreisen keinen Silberstreif am östlichen Horizont.

Immer wieder aber können wir an Hand der Feststellungen der beiden genannten Exponenten der Bundesregierung die Gegensätzlichkeit des Tuns und Handelns der einzelnen Regierungsmitglieder wahrnehmen. Sie setzen zuwiderlaufende Handlungen. Sie geben entgegengesetzte Stellungnahmen ab. Sie treffen widersprechende Entscheidungen und beschreiten voneinander abweichende Wege.

Die Desintegration in der EWG-Frage ist im Kabinett Klaus II auf einem noch nie dagewesenen Tiefpunkt angelangt. Diese Bundesregierung ist nicht in der Lage, die Balance zu finden und die Ausgewogenheit des Konzeptes durch eine entsprechende Koordination zu gewährleisten.

Österreichs Bundesregierung war zehn Jahre hindurch nicht in der Lage, in der Integrationspolitik einen überzeugenden und glaubwürdigen Weg zu beschreiten. Erst in den letzten Tagen war es wieder der Außenminister selbst, der vor dem Europarat eine geradezu unglückliche Haltung eingenommen hat. Er hat bezüglich der Ostblock-Initiative neuerlich eine überflüssige Aktivität an den

Peter

Tag gelegt. Außenminister Dr. Tončić war es, der sein ganzes Beginnen darauf richtete, die Beziehungen zu den Ostblockstaaten via Straßburg zu intensivieren. Mag dies auch erfreulich und begrüßenswert sein, so sind wir Freiheitlichen der Ansicht, daß es derzeit für Österreichs Wirtschaft dringendere Probleme gibt, als in Straßburg Ostblockanregungen zu geben, was Tončić etwa in folgendem Sinne getan hat:

Er regte eine Einladung der osteuropäischen Länder zu einem technischen Treffen des Europarates an. Dr. Tončić hat sich aber in keiner Weise damit auseinandergesetzt, was von Österreich bei den Staaten der Sechsergemeinschaft getan werden müßte, um Österreich die Teilnahme an der EWG zu ermöglichen. Kein Bericht über Österreichs Integrationskonzept des österreichischen Außenministers erfolgte zu diesem Gegenstand.

Es drängt sich daher die Frage auf: Kann er nicht, will er nicht oder darf er nicht? Vertritt etwa Außenminister Dr. Tončić ein anderes Konzept als der für die Integrationsfrage zuständige Bundesminister Dr. Bock? Man gewinnt mehr und mehr den Eindruck, daß der Ressortminister allein und isoliert dieses Anliegen vertritt und daß ihm die übrige Bundesregierung bei der Bewältigung der Integrationsbelange die Mitarbeit versagt.

Angesichts dieser Situation sind wir Freiheitlichen der Auffassung, daß eine Bestandsaufnahme in der Integrationsfrage unerläßlich ist. Es muß unverzüglich geprüft werden: Hält die Bundesregierung an ihrem bisherigen Integrationsziel der Teilnahme Österreichs an der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft fest, oder beabsichtigt sie, dieses Integrationsziel zu verändern? Sollte sie die Absicht haben, das Integrationsziel zu verändern, dann hat sie die Pflicht, dem Nationalrat zu sagen, was sie an seine Stelle zu setzen beabsichtigt. Wir bedürfen — da pflichte ich dem Abgeordneten Czernetz bei — eines ausgewogenen Konzeptes. Es fehlt derzeit!

Wir bedürfen aber darüber hinaus auch des gemeinsamen Weges, um dieses schwerwiegende und bedeutsame Anliegen für Österreich, seine Wirtschaft und die Arbeitnehmer, ganz gleich, wo sie parteipolitisch beheimatet sind, zu lösen. Ziel dieses Beginns muß es sein, für Österreich und seine Wirtschaft die Arbeitsmärkte und Absatzmärkte zu sichern. Dies ist eine der entscheidenden Voraussetzungen dafür, daß die Sicherheit der Arbeitsplätze gewährleistet wird und damit darüber hinaus die Existenzgrundlagen aller Österreicher gewährleistet werden.

Solange aber dieses Integrationsziel fehlt und solange die Bundesregierung nicht in der Lage ist, einen wirklich klaren und überzeugenden Weg einzuschlagen, sind wir Freiheitlichen nicht in der Lage, diesem Kapitel die Zustimmung zu erteilen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Robert Graf das Wort.

Abgeordneter Robert Graf (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bevor ich einige grundsätzliche Feststellungen zur EWG-Politik der Regierung mache, würde ich gerne zwei Fragen, Herr Kollege Peter, doch an Sie angebracht wissen.

Ich werte Ihre Bemühungen und Sorgen um die EWG; ja und nein. Aber glauben Sie nicht, Herr Abgeordneter, daß es zu einfach ist, der Regierung dafür die Schuld zu geben, daß der EWG-Vertrag noch nicht abgeschlossen ist? Sie dürften ja selbst auch wissen, daß zu einem Vertragsabschluß zwei Partner gehören, die beide dasselbe wollen müssen, dann erst gibt es einen Vertrag. Ich glaube, so einfach sollten Sie sich die Dinge nicht machen, auch nicht als Oppositionspolitiker. *(Abg. Zeillinger: Da müssen Sie erst zur EWG wollen! Die ÖVP hat zehn Jahre lang nicht gewollt!)*

Zweitens möchte ich gerne sagen: Wenn Sie, Herr Abgeordneter Kollege Peter, die Reisen des Herrn Bundeskanzlers in den Ostblock kritisieren ... *(Abg. Peter: Ich habe sie nicht kritisiert heute!)* Na ja, heute nicht, es muß ja nicht heute gewesen sein. Aber ich habe ein gut entwickeltes Erinnerungsvermögen. Sie taten das. Warum sollte er es denn nicht tun? Ist es etwa die Aufgabe eines Belgiers, sich um den transdanubischen Raum zu kümmern? Ich glaube, daß das absolut EWG-konform ist, wenn wir „lustig sind“, auch dem Osten etwas zu verkaufen. Als Drittes, aber schon mehr humoristisch: Wenn ich gewußt hätte, daß Sie so lange an dem Nichtbesitz dieses Heftchens litten, mit dem Sie Ihre Rede aufmachen — ein Wort von Ihnen, und ein Dutzend hätte Ihnen gehört, Herr Kollege; ganz bestimmt. *(Abg. Dr. van Tongel: Sie werden an dem Druck Ihres Heftchens leiden! — Abg. Peter: So schlecht ist der Absatz?)* Für Sie hätte ich ein Dutzend erübrigt, Herr Kollege.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Darf ich nun doch einiges sagen. Ich möchte keine polemische Debatte anheizen, aber doch einige Bemerkungen zur Politik der Regierung in der Frage EWG — EFTA machen dürfen.

Nachdem es feststand, daß Europa durch zwei Handelsblöcke, EWG und EFTA, ge-

Robert Graf

spalten war, zeigte es sich, daß verschiedene Initiativen zur Überwindung dieser Spaltung leider keine positiven Ergebnisse brachten.

Diese Umstände bestärkten die österreichische Bundesregierung in der Ansicht, daß eine Lösung dieses Problems nur im Wege bilateraler Verhandlungen gefunden werden könne.

Schon am 12. Dezember 1961 richtete die damalige österreichische Bundesregierung ein Schreiben an den Vorsitzenden des EWG-Ministerrates, in dem der Wunsch zum Ausdruck gebracht wurde, eine rein wirtschaftliche Vereinbarung mit der EWG einzugehen; eine Vereinbarung, welche sowohl der Aufrechterhaltung unserer immerwährenden Neutralität als auch unseren zwischenstaatlichen Verpflichtungen Rechnung trägt.

Am 28. Juli 1962 hat der damalige österreichische Außenminister in Verfolgung dieses Zieles den Wunsch nach einer Assoziation vor dem EWG-Ministerrat erläutert. Und wenn sich der jetzige Parteiboss der SPÖ von diesen Dingen heute etwa distanziert, so entspringt dies nicht einer Änderung der Regierungspolitik. In diesen Dingen änderte sich grundsätzlich nichts, sondern seine Haltung ist wohl auf seine geänderte Position und die seiner Partei zurückzuführen. Die nachfolgenden, positiv verlaufenden Gespräche schufen erst die Voraussetzungen für die Erteilung eines Mandates an die EWG-Kommission zur Einleitung offizieller Verhandlungen. Die offiziellen Verhandlungen zwischen der EWG und Österreich wurden am 19. März 1965 eröffnet.

Die Richtigkeit des bilateralen Verhandlungsweges erwies sich erneut durch die Haltung der Briten, als man mit 11. Mai 1967 den Antrag auf Verhandlungen zwecks Beitritt einbrachte. Diese britische Initiative, von uns immer begrüßt, bestätigte die Richtigkeit der Vorgangsweise Österreichs. Außerdem hätten die Briten kaum diesen für sie weiß Gott nicht angenehmen Weg beschritten, wenn sie nicht der Überzeugung wären, daß — wenn überhaupt — nur bilaterale Verhandlungen zum Ziele führen; zu dem Ziel, durch Bildung eines gemeinsamen europäischen Marktes die eigene Wirtschaft zu beleben.

Die Aktionen im Sommer dieses Jahres von Dänemark, Norwegen, Irland und letztlich jetzt der Schweiz — verbunden mit Anträgen auf Eröffnung bilateraler Gespräche — bestätigen augenfällig die Richtigkeit des Weges Österreichs in den letzten Jahren.

Eine informative Diskussion über die weiteren Schritte Österreichs ist sicher gut und wünschenswert, aber eine seinerzeit erfolgte einheitliche Willensbildung darf heute nicht angezweifelt werden, und es darf nicht — wie bisher — hie und da durch Erklärungen von

Oppositionspolitikern im Ausland der Eindruck entstehen, daß ein erheblicher Teil unseres Volkes ein Abkommen mit der EWG gar nicht wünscht.

Die Verhandlungsrichtlinien der österreichischen Delegation sind unverändert jene, welche der Ministerrat am 9. März 1965 beschlossen hat. Dies zeigt, daß die Opposition heute etwas ablehnt, was sie seinerzeit als Regierungspartei gutgeheißen hat. Es spricht für die Flexibilität unserer Unterhändler, daß der Antrag, welcher ursprünglich auf Assoziation lautete, nachdem im Umfang einer möglichen Vereinbarung Änderungen auftauchten, in der Form den Umständen angepaßt wurde, daß seither von einem Abkommen zur Regelung unserer wirtschaftlichen Beziehungen zur EWG gesprochen wird.

Ich darf, trotz seiner Abwesenheit, Herrn Abgeordneten Czernetz zitieren. Wenn Herr Abgeordneter Czernetz in einem Artikel in der „Zukunft“ von der Unmöglichkeit einer Assoziation spricht, so sollte er gleichzeitig sagen — er weiß es sicher —, daß sich Österreich schon seit drei Jahren um ein Arrangement sui generis bemüht, wie schon gesagt, um ein Abkommen zur Regelung unserer wirtschaftlichen Beziehungen mit der EWG.

Es stimmt ebenso wenig, wenn Herr Abgeordneter Czernetz davon spricht, daß die jetzige Bundesregierung ein Abkommen mit der EWG unter allen Umständen und um jeden Preis erreichen will. Die Bundesregierung unternimmt natürlich alle Anstrengungen, um zu einem Abkommen zu gelangen, aber nie tat sie dies um jeden Preis. Die Bundesregierung hat nie einen Zweifel aufkommen lassen, daß es eine unabdingbare Forderung, eine *Conditio sine qua non* für sie ist: Im Abkommen mit der EWG sind die Neutralität und die Beachtung von Verpflichtungen aus dem Staatsvertrag unbedingt zu berücksichtigen.

Des weiteren führte Herr Abgeordneter Czernetz aus: „Im Sommer“ — ich darf das wörtlich zitieren — „kam aus der EWG-Verwaltung der Rat an die österreichische Bundesregierung, sich mit einem Präferenz-Zollvertrag im Sinne des Artikels 24 des GATT zu begnügen und nicht weiter auf einer Assoziation oder einem anderen institutionellen Arrangement zu bestehen.“

Dem steht eine Erklärung der Europäischen Kommission entgegen, wonach die Kommission zu keiner Zeit der österreichischen Bundesregierung Ratschläge über die Art und den Inhalt des von Österreich anzustrebenden Vertrages mit der EWG erteilt habe. Von Anbeginn an habe die österreichische Regierung einen Vertrag angestrebt, der den vollständigen Abbau der Zölle zwischen den Vertragspartnern zum Gegenstand hat.

Robert Graf

Nach unserer Auffassung, Hohes Haus, gibt es keine Alternative zu dem Ziel, zwischen Österreich und der EWG einen Warenfreiverkehr herzustellen. Die Österreichische Volkspartei, die sich in der Vergangenheit zu diesem Ziel bekannt hat, wird dies auch in Zukunft tun. Vor allem sind Pläne dann keine Alternative — auch der sogenannte Dr. Kreisky-Plan nicht —, wenn sie neuerlich auf einem multilateralen Brückenschlag zwischen EFTA und EWG aufbauen. Nach sechsjährigen Versuchen — 1961 bis 1967 — beurteilen fast alle Staatsmänner der EWG und auch ein Großteil der Staatsmänner des EFTA-Raumes nur die bilaterale Verhandlungsmethode als geeignet. Herr Bundesminister a. D. Dr. Kreisky kommt in seinem Stufenplan auf den multilateralen Brückenschlag als zweite Phase zurück. Was die erste Phase, nämlich einen Zollkontingentvertrag anbelangt ... (*Abg. Dr. Kreisky: Das ist falsch! Das habe ich nicht gesagt; multilateral habe ich nie gesagt! Zitieren Sie wörtlich, was ich gesagt habe!*) — Sie sagten es, Herr Minister. Die erste Phase, nämlich einen Zollkontingentvertrag ... (*Abg. Dr. Kreisky: Das habe ich nicht gesagt, zitieren Sie wörtlich!*) Ich habe es nicht wörtlich hier, aber ich kann es mir besorgen. (*Abg. Dr. Kreisky: Wenn Sie mich zitieren, dann zitieren Sie mich wörtlich!* — *Abg. Weikhart: Wenn zitiert wird, dann wörtlich zitieren!*) Warum soll ich Sie nicht zitieren? Sie haben diese Äußerungen ja getan. Ich werde schon geradestehen für das, was ich sage. Solange ich hier nicht Unwahrheiten zitiere, muß ich es nicht expressis verbis zitieren, Herr Doktor. (*Beifall bei der ÖVP.*) Darf ich aber fortfahren, vielleicht geben Sie mir irgendwo doch recht.

Was die erste Phase, Herr Dr. Kreisky, nämlich einen Zollkontingentvertrag anlangt, scheinen Sie sicher nicht zu vergessen — aber Sie wissen es doch, daß der EWG-Vertrag, Herr Dr. Kreisky, nach dessen Bestimmungen nationale Kontingente immer mehr eingeschränkt werden, nach der Übergangszeit ... (*Abg. Dr. Kreisky: Das hat Ihnen jemand ganz falsch aufgeschrieben!*) Das hat jemand aufgeschrieben — meine Sekretärin! (*Heiterkeit bei der ÖVP.*) Ja — wenn Sie nichts dagegen haben!

Nach der Übergangszeit vom 1. Jänner 1970 — das stimmt doch wirklich, Herr Dr. Kreisky! — spricht man ja nur mehr von einer Regelung des Art. 28 EWG-Vertrag, und von Gemeinschaftskontingenten dieses Vertrages ist ja dann nicht mehr die Rede. Ich will gar nicht auf die Schwierigkeiten zu sprechen kommen, Herr Minister Dr. Kreisky, die uns dann durch diese Regelung beschieden sein würden. Welche Wirtschaftssparte macht eine

Gegenleistung oder ein Zugeständnis an eine andere Wirtschaftssparte der EWG? (*Abg. Dr. Kreisky: Einen Übergangsvertrag könnte man machen!*) Das würde uns in ungeheure Schwierigkeiten versetzen. Herr Dr. Kreisky! Die bisherigen Gespräche und Verhandlungen haben ja die Möglichkeit einer weitgehenden Einigung über die technisch-wirtschaftlichen Fragen gebracht oder zumindest abgezeichnet.

Was die politische Seite anlangt: Es ist klar, daß verschiedene Faktoren aufgetaucht sind, die den Gang der Dinge beeinflussen. Die Bundesregierung hat speziell diesen Fragenkreis in den letzten Monaten besonders eingehend abgeklärt:

das Gewicht des englischen Beitrittsansuchens;

die Beitrittsansuchen anderer EFTA-Mitgliedstaaten und Irlands;

die Evolution der Beitrittsphilosophie der EWG: Man lehnt sich jetzt viel strenger und dogmatischer an den Römischen Vertrag an;

die Entwicklung der Ost-West-Beziehungen in Europa und damit verbunden ihre Ausstrahlungen auf die Integrationspolitik; und last not least

das italienische Veto.

Das alles hat gewiß einen retardierenden Einfluß und verzögert ein umfassendes Abkommen; aber deswegen haben sich ja die Gründe nicht geändert, warum wir so ein Abkommen, wenn es auch längere Zeit dauert, bis wir es kriegen, anstreben. Diese Gründe haben sich nicht geändert; ich darf einige nennen:

Österreich erfüllt seit Jahrhunderten in seinem politischen und kulturellen Bereich eine europäische Aufgabe, die es immer wieder Initiativen suchen ließ, die geeignet sind, das Verständnis und die Zusammenarbeit zwischen den Völkern dieses Kontinents verstärkt zum Ausdruck zu bringen.

Zur Sicherung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschrittes unserer Bevölkerung ist es notwendig, daß die Struktur der österreichischen Wirtschaft im vollen Wettbewerb mit hochindustrialisierten Ländern bestehen und diese Wettbewerbswirtschaft an der Dynamik eines großen Marktes teilnehmen kann.

Und letztlich und schließlich, Hohes Haus: Die Beseitigung der Diskriminierung der österreichischen Exporte in die sechs EWG-Staaten, die fast 47 Prozent der österreichischen Exporte aufnehmen, verlangt gleichfalls ununterbrochen und immer richtig ein solches Abkommen. Die Notwendigkeit eines derartigen Vertrages wird ja deshalb nicht geringer, wenn die Schwierigkeiten den Vertragsabschluß verzögern.

Robert Graf

Abschließend darf ich vielleicht noch eines sagen: Die Herstellung des Warenfreiverkehrs auf allen Gebieten zu einem bestimmten Zeitpunkt bleibt das österreichische Integrationsziel. Andere Maßnahmen, die die Situation des österreichischen Außenhandels erleichtern, sind dann willkommen, wenn sie das endgültige Integrationsziel nicht tangieren. Fragen außerhalb des Warenfreiverkehrs sollten möglichst im autonomen Bereich geregelt werden.

Und als letzten Satz lassen Sie mich sagen, Hohes Haus: Unsere EFTA-Politik ist und war eine Politik der strengen Vertragserfüllung unter Berücksichtigung der Fortschritte unserer Gespräche mit der EWG. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Kreisky das Wort.

Abgeordneter Dr. Kreisky (SPÖ): Hohes Haus! Zuerst ein paar Bemerkungen zu dem, was der Herr Abgeordnete Peter hier gesagt hat; vor allem deshalb, weil ich glaube, daß man solche Bemerkungen und Betrachtungen über die Politik der Vergangenheit, die er angestellt hat, deshalb nicht unwidersprochen lassen darf, weil es sonst zu einer Legendenbildung kommen könnte, die für die Geschichte unserer Beziehungen zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft von Nachteil wäre.

Der Herr Abgeordnete Peter wiederholt immer und immer wieder — von seinem Standpunkt aus verstehe ich es auch —, daß es für Österreich früher Gelegenheiten gegeben hätte, sein Verhältnis mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu regeln. Ich will jetzt nicht — wenn auch nur für ein paar Minuten — die alte Koalition fröhliche Urstände feiern lassen, aber ich kann nicht anders, als hier zu sagen, daß wir damals in der Regierung alles geprüft haben, und zwar von allem Anfang an, und daß uns immer wieder gesagt wurde — der Herr Abgeordnete Peter ist nicht da, aber es sitzen ja zwei Herren seiner Fraktion hier, die werden es ihm mitteilen, damit er es endlich weiß und es sich merkt —: Wir haben jetzt im Augenblick so viele große Probleme zu lösen, daß wir eine so komplizierte Sonderfrage, wie sie durch Österreich präsentiert wird, gar nicht in Angriff nehmen könnten.

Zum Unterschied vom Abgeordneten Peter bringe ich jetzt einen Zeugen für diese Behauptung und Erklärung. Ich mache es mir nicht leicht, denn der Zeuge lebt, der Zeuge kann sich wehren, und der Zeuge kann mich berichtigen. Es ist der gegenwärtige Präsident der EWG, der frühere belgische Minister Rey, der das übrigens, worauf ich von einem meiner Kollegen aufmerksam ge-

macht wurde, der Abgeordnetendelegation des österreichischen Parlaments gesagt hat. Ich weiß nur jetzt nicht, wo ich in der Geschwindigkeit die Liste hingegeben habe, wer da aller an dieser Delegation beteiligt war. *(Zwischenruf des Abg. Peter.)* Ich bin jederzeit bereit, das dann nachzutragen. Der Abgeordnete Tödling — so wurde mir gesagt — hat diese Frage gestellt, und Präsident Rey hat beim Mittagessen — es sitzen ja hier überall die Herren, auch von der ÖVP waren einige dabei — gesagt: Ich erkläre Ihnen — so ungefähr hat es gelaute —, daß wir so viele Probleme zu lösen hatten — und er soll dabei eine solche Bewegung *(Redner streckt beide Arme aus)* hinsichtlich der Größe der Probleme gemacht haben —, daß wir gar nicht die Zeit und die Möglichkeit gehabt hätten, uns mit der österreichischen Frage zu befassen. — Hier steht also Peter gegen Rey, und da ist halt für viele von uns der Präsident der bessere Zeuge als der Abgeordnete Peter.

Nun zu einer zweiten Frage — auch um der Legendenbildung entgegenzuwirken. Abgeordneter Peter sagt, wir hätten damals, als wir unseren Standpunkt vertraten, daß für uns nur eine Lösung in Betracht komme, die mit unserer Neutralität und mit unserem Staatsvertrag vereinbar wäre, den Russen, der Sowjetunion Argumente taxfrei ins Haus geliefert. Also, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, anzunehmen, daß die Russen den Inhalt des Staatsvertrages nicht kennen sollten ... *(Abg. Zeillinger: Aber die Russen zitieren doch jetzt Kreisky!)* Aber Moment! Es ist doch gar kein Malheur, wenn sie mich zitieren. Aber wir haben uns auf den Staatsvertrag und auf die Neutralität berufen, und zu glauben, daß wir den Russen den Inhalt des Staatsvertrages verheimlichen könnten, wäre, wie ich einmal schon gesagt habe, ungefähr das gleiche, wie wenn man den Fahrplan der Bundesbahn für geheim erklärte. Das hat doch alles gar keinen Sinn! Ich könnte Ihnen doch hier — auch wir in der Opposition wahrscheinlich ebenso wie die Herren der heutigen Regierung — aus unzähligen, vorher erfolgten russischen Demarchen zu dieser Frage beweisen, wie sehr sich die Russen von allem Anfang dieser Umstände bewußt waren.

Ich erkläre nun im Namen der Sozialistischen Partei, daß wir uns nach wie vor dazu bekennen, daß wir keinerlei völkerrechtliche Vereinbarung abzuschließen bereit sind oder ihr zustimmen könnten, die im Widerspruch zum Staatsvertrag, den wir freiwillig beschlossen haben, steht oder zur Neutralität. Und nichts anderes ist behauptet worden! *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Peter: Das hat niemand*

Dr. Kreisky

verurteilt!) Soweit ich weiß, hat die gegenwärtige Regierung in dieser Beziehung ihren Standpunkt jedenfalls immer wieder im gleichen Sinne wiederholt. *(Abg. Zeillinger: Diese Ausführungen sind alle ins Leere gegangen!)* Ja, das weiß ich schon. Ich kann nichts dafür, daß Sie so wenige sind und daß es dort oben in Ihren Bänken so leer ist. Da müssen Sie halt bei den Wahlen schauen, daß die Bänke bei Ihnen gefüllt werden. *(Abg. Zeillinger: Was der Gredler verlangt hat, haben Sie zehn Jahre später auch vertreten! — Abg. Lanc: Sie rauchen die EWG-Probleme in der Pfeife!)* — Das ist ja nicht richtig! Wir haben immer den gleichen Standpunkt in dieser Frage vertreten; das ist, glaube ich, bekannt.

Aber ich möchte weiters hinzufügen ... *(Zwischenruf des Abg. Zeillinger.)* Aber das ist immer dasselbe, passen Sie doch auf, Herr Abgeordneter Zeillinger! *(Abg. Zeillinger: Jetzt kommen Sie darauf, auf die Ausrede!)* Wir kommen jetzt auf gar nichts, das ist immer dasselbe, Sie müssen sich nur die Mühe machen *(Abg. Zeillinger: Jawohl!)*, die Protokolle nachzulesen. Ich lade Sie ein, anstatt daß Sie jetzt Zwischenrufe machen — wogegen ich an sich überhaupt nichts habe —, das nächste Mal aus den Protokollen des Hauses zu zitieren. *(Abg. Zeillinger: Kann ich nicht, weil Sie es nicht gesagt haben, was Sie heute sagen!)* Aber da werden Sie genau dasselbe finden! *(Abg. Zeillinger: Ja, aber nicht das, was Sie nicht gesagt haben!)* Sie werden aber zitieren müssen, Sie werden das zitieren, was ich gesagt habe. Schauen Sie, mit mir können Sie da nicht so „umanandreden“, das geht nicht. Sie werden zitieren müssen, was Sie behaupten. Sonst geht's halt nicht. *(Abg. Zeillinger: Ich kann Kreisky nicht zitieren, wenn Kreisky es nicht gesagt hat!)* Und damit ist jetzt Schluß.

Ich möchte mich jetzt dem Herrn Abgeordneten Graf zuwenden, das ist ja, glaube ich, nützlicher; nicht nur deshalb, weil er hier die Regierungspartei vertreten hat, was an sich ja auch wichtig ist, sondern auch, weil wir einen Streit über eine sehr konkrete und sehr wichtige Frage hier haben, von der ich glaube, daß wir sie in unser aller Interesse von der Frage loslösen sollten, ob es sich um die Meinung eines Oppositionspolitikers oder um die eines Regierungspolitikers handelt.

Es geht jetzt gar nicht darum, Herr Abgeordneter Graf, ob man sich in seinen Auffassungen geändert hat. Das ist nämlich auch gar nicht richtig. Ich bin immer — das nur nebenbei — der Auffassung gewesen — auch in der Regierung, und ich zitiere das nur deshalb, weil es der Herr Vizekanzler gelegentlich in der Öffentlichkeit getan hat —, daß

man vollberechtigtes Mitglied von zwei Präferenzsystemen nicht gut sein kann. Ich habe in einer Ministerratssitzung dem Herrn Vizekanzler ... *(Abg. Mitterer: Das ist aber keine Offenbarung!)* Na vielleicht lassen Sie mich jetzt ausreden. Es läßt Sie der Ruhm des Herrn Abgeordneten Zeillinger nicht ruhen! *(Abg. Mitterer: Sie lassen mich auch nicht reden, Sie reden auch dazwischen! Warum darf ich das nicht?)* Aber ja! Aber Sie wollen gegen mich polemisieren, hören Sie mich doch erst an! Wir haben damals über diese Fragen gesprochen. *(Zwischenrufe.)* Aber ja, ich bin ja gar nicht dagegen, Sie wollen ja hören, was ich sage, nicht? *(Abg. Mitterer: Sie haben die Zwischenrufe nicht gepachtet! — Abg. Weikhart: Der Mitterer keift heute! Er hat einen schlechten Tag! Das ist der Föhn! — Abg. Horr: Eine Beruhigungsspiel braucht er!)* Aber, Herr Abgeordneter Mitterer, Sie kriegen heute noch so viel Gelegenheit, sich aufzuregen, das verspreche ich Ihnen, daß Sie Ihre Energie ein bißchen sparen sollten. *(Abg. Mitterer: Sie auch!)* Damals habe ich den Standpunkt vertreten, daß man eine Vollmitgliedschaft oder eine vollberechtigte Zugehörigkeit zu zwei Präferenzsystemen sich zwar wünschen kann, daß sich das aber nicht verwirklichen läßt. *(Abg. Dr. Mussil: Das ist eine Binsenwahrheit!)* Jawohl, das ist es ja!

Und jetzt kommt die Konsequenz, die sich daraus ergibt, nämlich daß ich der Meinung bin, daß man mit jedem der Präferenzsysteme eben verschiedenartige Vereinbarungen schließen muß. Die eine kann ein maximales Gewicht haben, die andere muß dann ein dementsprechend minimaleres haben. Da ich der Meinung war, daß es für uns nicht gut wäre, die EFTA zu verlassen, war ich der Auffassung, daß man zwar alles das verlangen soll, was wir da formuliert haben, aber daß wir uns darüber klar sein müssen, daß dieses Mandat, das seinerzeit der EWG-Kommission erteilt wurde, nicht ausreicht für das, was wir wünschen, sondern daß wir ein anderes brauchen werden.

Nun sind wir, weil wir einig und geschlossen in diese Verhandlungen gehen wollten, unter Berücksichtigung der politischen Auffassungen beider Parteien — in der Koalition mußte man ja zu einem Ausgleich kommen — nach Brüssel gegangen und haben dort Formulierungen vertreten, zu denen ich mich auch heute noch bekenne — es wäre ja töricht, wollte ich das leugnen, es steht ja überall gedruckt.

Wenn ich jetzt mit dem Diskutieren darüber, was der eine und was der andere gemeint hat, keine kostbare Zeit verlieren möchte, so

Dr. Kreisky

können Sie doch nicht leugnen, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, daß sich die Situation in Europa, was die EWG betrifft, verändert hat. Lassen wir jetzt diesen Streit — ich bin bereit, ihn zu führen —, aber jetzt wollen wir ja eine nützliche Debatte abführen. Lassen wir also den Streit über diese verschiedenen Interpretationen, und wenden wir uns der gegenwärtigen Situation zu.

Worum geht es heute? Wir sind in den Verhandlungen mit der EWG zu einem bestimmten Punkt gekommen, von dem viele Ihrer Herren in der Regierung der Meinung waren, daß es ein sogenannter „point of no return“ wäre, nämlich ein Punkt, von dem es kein Zurück mehr gäbe; der Weg in die EWG wäre praktisch offen. Wir waren der Meinung — das habe ich schon oft gesagt, auch in anderen Zusammenhängen —, daß dieser mystische Punkt, von dem es kein Zurück mehr gäbe, primär nicht ein verhandlungstechnisches Datum ist, sondern ein politisches Datum. Diesen Punkt hat man in Verhandlungen dann erreicht — das galt für England genauso, wie es für Österreich gilt —, wenn die politische Übereinstimmung vorliegt, denjenigen, mit dem man handelt, auch in diese Gemeinschaft in der oder jener Form hereinzulassen. Bei den Verhandlungen mit England, wie sie seinerzeit von der konservativen Regierung, von dem damaligen Minister Heath geführt wurden, hat man technisch ein sehr avanciertes Stadium erreicht. Es war so avanciert, daß viele der Meinung waren, jetzt sei alles in Ordnung. Ich habe damals die etwas abweichende Auffassung vertreten und gemeint: Der „point of no return“ ist erst dann erreicht, wenn General de Gaulle der Meinung ist, die Engländer sollen in die EWG. Da können die Herren in Brüssel verhandeln, wenn aber ein Partner von der Bedeutung Frankreichs sich in dieser politischen Frage nicht klar geäußert hat, kann man nichts über diese Verhandlungen für die Zukunft voraussagen. Und de Gaulle hat auch dann die Türe zugeschlagen.

Gegenwärtig wollen die Engländer zum zweitenmal verhandeln. Sie werden gleich sehen, warum ich von den Engländern rede. Jetzt befindet sich die EWG in einer schwierigen Lage; ja EWG-Männer der ersten Reihe sprechen sogar von einer Krise. Sie befindet sich nämlich in der schwierigen Lage, was geschehen soll, wenn ein Mitglied der EWG Verhandlungen mit England ablehnt. Jeder weiß, daß das nun praktisch zum zweiten Male geschehen wird, wobei niemand voraussagen kann, ob am 18. formell ein Verhandlungsbeschluß gefaßt oder schon ein direktes Veto ausgesprochen wird, das sich aber im

wesentlichen von dem ersten Beschluß wenig unterscheiden würde.

Nun müssen wir uns doch klar darüber sein, daß, wenn die ganze EWG, die Kommission und die Mitgliedstaaten, von der Frage England hypnotisiert sind, man nicht bereit ist — ich sage das ohne jeden Unterton der Schadenfreude oder des Spottes —, daß man gar nicht bereit sein kann, eine an sich komplizierte, aber doch für die EWG zweitrangige Frage, wie es die österreichische für sich darstellt, nun einer Lösung zuzuführen. Das geht ganz einfach nicht. Dazu sind die Mitgliedstaaten nicht bereit und nicht in der Lage. Schon aus diesem Grund muß man sich, wenn man wirklich ein Nahverhältnis mit der EWG herstellen will — wofür ich bin, das habe ich immer gesagt —, um eine Übergangslösung bemühen.

Es gibt noch andere Gründe. Ich behaupte hier, daß es ja nicht nur das italienische Veto gibt, sondern daß man auch von französischer Seite uns einige Zeit vor dem italienischen Veto sehr ernste und ernstzunehmende Einwände gemacht hat; vor allem anläßlich eines Gesprächs, das der Herr Vizekanzler Dr. Bock mit dem französischen Außenminister Couve de Murville hatte, der da eine ganze Reihe neuer Argumente, für uns jedenfalls neu deshalb, weil sie von französischer Seite zum ersten Male erwähnt wurden, vorgebracht hat.

Hier hat sich eben etwas geändert. Da wir nun der Meinung sind, daß man trotzdem einen Weg, eine Vereinbarung mit der EWG suchen muß, so habe ich einen schon bei früherer Gelegenheit von mir gemachten Vorschlag erneuert. Herr Abgeordneter Graf, ich habe nicht von einer multilateralen Lösung gesprochen, sondern ich habe gesagt, man kann der EWG nicht zumuten, mit uns eine Vereinbarung zu schließen, durch die ein Vertragssystem, dem die EWG-Staaten angehören und ebenso wir, verletzt wird. Und auf der Suche nach einer Lösung, bei der das nicht der Fall ist, habe ich — aber nicht zum erstenmal — damals schon darauf aufmerksam gemacht, daß der GATT-Vertrag, der Artikel 24 in seinem Punkt b Ausnahmen dann zuläßt, „wenn im Falle einer Freihandelszone oder einer mit dem Ziel der Bildung einer Freihandelszone getroffenen vorläufigen Vereinbarung, daß die in den teilnehmenden Gebieten beibehalten und bei der Bildung der Zone oder im Abschlusse die vorläufig vereinbarten und geltenden Zölle und Handelsvorschriften für den Handel mit den in die Zone bezogenen ...“ und so weiter, daß das also nicht möglich ist, daß man dann

Dr. Kreisky

einen Übergangsvertrag, einen transitorischen Vertrag abschließen kann, der Ausnahmen vom GATT statuiert, wenn die Vertragschließenden die Absicht haben oder ein Programm haben, keinen Vertrag ... (*Abg. Robert Graf: Herr Doktor, das scheint mir eine Interpretation zum GATT zu sein!*) Nein! (*Abg. Robert Graf: Sicherlich!*) Nein, das steht drin. Wenn zwei Staaten, zwei Vertragspartner, die Absicht haben, eine Freihandelszone oder eine Zollunion zu schließen und hierüber die Absichtserklärung besteht oder ein Programm hierfür — also kein Vertrag —, dann haben sie das Recht, in einem Übergangsvertrag bis zu dem Zeitpunkt, in dem sich diese Dinge verwirklichen lassen ... (*Abg. Dr. Mussil: Es müssen beide Teile eine Absichtserklärung abgegeben haben!*) Natürlich! (*Abg. Dr. Mussil: Das bestreiten Sie!*) Ich will Ihnen gleich sagen, was ich meine. Das ist ja für uns alle sehr wichtig, daher lassen Sie mich einen Moment ausreden. Ich habe nichts dagegen, daß Sie mir Zwischenrufe machen, aber ich glaube, wir verständigen uns leichter. In einem solchen Fall kann man also eine solche Vereinbarung abschließen.

Und nun sage ich: Laßt uns doch jetzt zur EWG gehen und sagen: Ihr habt jahrelang mit uns verhandelt, ihr habt uns während dieser Verhandlungen immer wieder Hoffnungen gemacht, daß wir zu einer Lösung kommen. Jetzt seid ihr aus Gründen, über die man verschiedener Meinung sein kann, außerstande, mit uns auf dieser Ebene über diese Fragen weiter zu verhandeln. Jetzt laßt uns doch wenigstens für eine Übergangszeit von, Herr Abgeordneter Graf, sagen wir, drei oder vier Jahren — ja, das ist ja die Frage des Vertrages — Vereinbarungen schließen, die uns die ärgsten Folgen der Diskriminierung ersparen! Innerhalb dieses Zeitraumes — so hoffe ich, weil ich trotz meiner Vergangenheit als Außenminister ein Optimist geblieben bin — werden sich für alle europäischen demokratischen Staaten, also für die EFTA-Staaten, Lösungen der verschiedensten Art finden lassen. Jedenfalls werden die Voraussetzungen dazu bestehen. Und wenn da mehr Möglichkeiten bestehen als in unserem Übergangsvertrag, dann werden wir gleichziehen, synchronisieren müssen.

Und jetzt komme ich zur dritten Stufe. Wenn sich die Entspannung in Europa fortsetzen sollte, was viele von uns für durchaus denkbar halten — das hat sich in der Weltpolitik oft gezeigt ... — (*Abg. Robert Graf: Darf ich eine Zwischenfrage an Sie stellen: Warum wollen dann Ihre britischen Freunde keine solche Zwischenlösung, sondern streben partout die Mitgliedschaft an?*) Das

werde ich Ihnen gleich sagen. Vielleicht haben wir dann ein höheres Maß an Entspannung erreicht, denn jeder muß zugeben: Im Jahre 1950 hat es in Europa anders ausgesehen als 1955, damals, als wir den Staatsvertrag bekamen; im Jahre 1960 hat es wieder anders ausgesehen, und auch im Jahre 1970 kann es ja doch wieder ein wenig besser ausschauen. Es würde ja in Europa, hätten wir nicht die Krise, für die Frankreich verantwortlich zeichnet, auch wesentlich besser ausschauen. So könnte man sich vorstellen, daß die Sowjetunion zu einer ganz neuen Auffassung von der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der europäischen Integration überhaupt gelangt, und das wieder könnte nun Verwirklichungen ermöglichen, die meine Parteifreunde und wir alle für ein echtes politisches Ziel der Sozialisten in Europa halten, nämlich ein hohes Maß an politischer, kultureller und wirtschaftlicher Vereinigung Europas.

Das ist das, was ich gemeint habe, aber ich leugne nicht, daß diese letzten Entwicklungen von der weltpolitischen Entwicklung im allgemeinen abhängig sind.

Nun zu der Frage, warum die britische Regierung eine Zwischenlösung ablehnt. Erstens einmal bin ich der Meinung — und das ist es ja, was ich der österreichischen Regierung vorwerfe —, daß man sich nicht im vorhinein schon Fesseln anlegt, indem man aus innerpolitischer Rason sagt: Das werden die anderen nie annehmen. Das lassen wir doch die anderen erst einmal sagen! (*Zwischenrufe. — Ruf bei der ÖVP: Politik ohne Erfolg!*) Moment, wo sind wir denn bis jetzt hingekommen? (*Zwischenruf des Abg. Dr. Mussil. — Ruf: Wo kommen die Engländer hin?*) Moment! Lassen Sie mich jetzt die Frage beantworten. Das ist das erste. Die Engländer sagen: Wir wollen die Mitgliedschaft haben! Ja, und wenn ich die Mitgliedschaft haben will, dann werde ich mich doch nicht schon vorher in eine schlechtere Position versetzen, indem ich sage: Aber ich mache es dann billiger. Das ist doch ganz gegen jede Verhandlungstaktik. Aber jetzt kommt das entscheidendere. (*Abg. Robert Graf: Diese Antwort ist Ihrer nicht würdig! Da bin ich eine bessere Auskunft wert!*) Sie haben keine Ausnahme, Herr Abgeordneter Graf! Jeder ist von mir die beste Antwort wert, die ich ihm geben kann. (*Abg. Robert Graf: Das ist eine magere Antwort!*) Niemand macht das, da kenn' ich mich ein bißchen aus. Niemand geht in Verhandlungen hinein und sagt: Ich will das haben, aber ich mach's dann billiger. Ja das ist ja das, was wir zum Beispiel bei den Südtirol-Verhandlungen kritisieren und bei anderen auch.

Dr. Kreisky

Aber das entscheidendste Argument — es mag sein, das vorige gefällt Ihnen nicht, mir gefällt's, aber jetzt gehen wir zu den anderen Argumenten —: Die Engländer erklären nämlich: Wir sind gar nicht in der Lage, einer Integrationslösung zuzustimmen, wenn wir nicht von vornherein in allen policy making bodies vertreten sind — sie sagen also genau das Gegenteil von dem —, wenn wir nicht von vornherein auch die Politik der EWG mitbestimmen können!, weil ein Land wie Großbritannien sich eine Außen-seiterrolle nicht gefallen lassen kann. Ganz im Gegenteil: Wir gehen hinein, weil uns die politische Seite der Frage primär interessiert. Wir wissen gar nicht, ob uns die EWG wirtschaftlich guttun wird. Wir sind zu der Überzeugung gekommen, daß wir politisch mitarbeiten sollen.

Wie Sie wissen, hat Winston Churchill in Zürich in seiner großen Europarede — ich habe bei einer Jubiläumsfeier in Zürich darauf verwiesen — zwar einen herrlichen Plan über die Vereinigten Staaten von Europa entwickelt, aber die Zuhörer deutlich wissen lassen, daß es neben den Vereinigten Staaten von Europa noch das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten geben wird. Es hat sich also dort eine Entwicklung vollzogen, die schon die konservative Regierung markiert hat und die jetzt die Labour-Regierung fortsetzt. Das ist also die Antwort. Diese können Sie nicht bestreiten, Herr Abgeordneter Graf, weil sie uns am vorigen Freitag in Chequers jemand gegeben hat, der autorisiert ist, sie uns zu geben: der britische Premierminister. Das sind die Gründe, warum sich die britische Regierung auf eine andere Lösung nicht einlassen kann.

Nun, wir sind ja in einer ganz anderen Lage. Der Herr Vizkanzler — und da unterstütze ich ihn — sagt bei jeder Gelegenheit, daß wir eine solche Lösung gar nicht anstreben können, denn wir wollen keine politische Integration. Wir wollen an der wirtschaftlichen teilnehmen, und zwar mit einem Minimum an politischen Verpflichtungen, die sich danach bestimmen lassen, was uns unsere eigene Neutralitätspolitik sozusagen als Maß angibt. Hier sind wir also weitgehend einer Meinung; es gibt nur eine Verschiedenheit in der Auffassung: über die Methoden und über die Chancen.

Damit habe ich, glaube ich, zur Integration das meiste gesagt, das ich sagen wollte. Jetzt möchte ich noch ein paar Feststellungen treffen, die ich, wie ich glaube, treffen muß. — Sollte sich aber zeigen, daß ich nicht klar genug gewesen bin, so möchte ich gleich ankündigen, daß ich von meinem Recht, mich noch einmal zum Worte zu melden, Gebrauch machen werde.

Wir sind in eine schwierige Lage gekommen. Ich möchte den Herrn Abgeordneten Peter auch bei dieser Gelegenheit davor warnen, zu verallgemeinern. Wenn er sagt, daß unsere schwierige beziehungsweise schwierigere wirtschaftliche Situation eine Folge des Umstandes ist, daß wir noch kein Arrangement mit der EWG haben, so muß ich ihn darauf aufmerksam machen, daß ein Teil der Schwierigkeiten, die wir haben, darin besteht, daß die deutsche Automobilindustrie weniger produziert und daher auch weniger Bleche von uns kauft. Ein Teil der Schwierigkeiten, die wir haben — und zwar der größte Teil, sofern sie sich nicht aus unserer Struktur ergeben —, ist darauf zurückzuführen, daß wir vieles von dem, was wir früher unserem größten Kunden verkauft haben, ihm heute deshalb nicht verkaufen können, weil er es nicht braucht. Daher fällt dieses Argument mit der EWG platt auf die Erde! (*Abg. Peter: So ist das nicht! Es kommt auch auf die Bedingungen an!*) Schwierigkeiten gibt es nämlich auch innerhalb der EWG!

Ich darf nichts über den Inhalt der Beratungen in Chequers sagen, weil das dem Charakter dieser Beratungen widersprechen würde, aber ich darf sagen: Der holländische Vorsitzende der Parlamentsgruppe hat seinen Bericht mit folgenden Worten begonnen: Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die wir in Holland haben, sind darauf zurückzuführen, daß wir einfach ohne irgendeine Schutzmaßnahme die wirtschaftlichen Schwierigkeiten aus der Bundesrepublik sofort und unmittelbar voll zu spüren bekommen.

Er hat daraus nicht abgeleitet, daß Holland aus der EWG hinaus möchte, er hat nur gesagt: Wir spüren Entwicklungen sofort, und daher gibt es für uns eine Reihe ernster Krisen. Das sage ich Ihnen, Herr Abgeordneter Peter, damit Sie ein bißchen vorsichtiger mit dem Argument, daß die jetzigen Schwierigkeiten nur deshalb entstanden sind, weil wir mit der EWG noch kein Arrangement haben, umgehen. Das ist also nicht der Fall, sofern sich das nicht (*Abg. Peter: Sie argumentieren heute so einseitig wie noch nie, Herr Dr. Kreisky!*) aus unseren Strukturschwächen ergibt. (*Abg. Dr. Mussil: Wollen Sie ein Arrangement mit der EWG oder nicht? Reden Sie nur, daß Sie es wollen, oder wollen Sie es auch in Wirklichkeit?* — *Abg. Mitterer: Wie mit dem Frack: Frack ja, aber nur selten!*) Herr Abgeordneter Dr. Mussil! Wollen Sie mir auf eine Frage Antwort geben: Ist es so, daß die österreichische Wirtschaft — Sie müssen das ja wissen — im Augenblick deshalb gewisse Absatzschwierigkeiten in der Bundesrepublik hat, weil man dort weniger kauft? Ist das so? (*Abg. Dr. Mussil: Auch!*)

Dr. Kreisky

Zweifellos: auch!) Sehen Sie! Wenn ich Sie also jetzt in Schutz nehme ... (*Unruhe bei der ÖVP.*)

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner**: Bitte keine Zwiesgespräche! Wir sind noch verhältnismäßig zeitig am Tag. Es kann sich jeder zu Wort melden und argumentieren, aber vom Rednerpult!

Abgeordneter Dr. **Kreisky** (*fortsetzend*): Ich möchte also nochmals bemerken, daß das Argument, die Schwierigkeiten, die wir heute haben, wären ausschließlich und in erster Linie auf das ausgebliebene Arrangement zurückzuführen, übertrieben und falsch ist. Die Herren, die mir zugehört haben und gemerkt haben, mit welchem Ernst ich diskutiert und wie ich mich bemüht habe, Ihnen einen Gedanken, den wir in unserer Partei haben, näherzubringen, können sich doch selbst die Antwort geben: daß wir ein Arrangement haben wollen, es muß nur ... (*Abg. Peter: Aber wie es ausschauen soll, sagen Sie uns nicht, Herr Dr. Kreisky!*) Aber das habe ich ja gesagt, als Sie nicht da waren, Herr Abgeordneter Peter! (*Abg. Peter: Ich habe Ihnen am Lautsprecher zugehört! Das ist ein billiges Argument.* — *Abg. Mitterer: Sie sagen immer, daß die ÖVP schuld ist, daß die Rezession da ist!*) Ja, dazu komme ich jetzt, darauf haben nicht Sie mich gebracht, sondern dazu wäre ich gerade jetzt gekommen!

Jetzt komme ich zu der Situation, wie sie sich im Augenblick für uns ergibt. Darüber kann man sehr wohl und auch beim Kapitel Handel reden. Wenn man weiß, daß das mit der EWG — ich wiederhole nur das, was wir in dieser Debatte immer gesagt haben — noch lange dauern kann, dann darf uns das aber nicht hindern, echte strukturpolitische Maßnahmen zu ergreifen. Ich wiederhole nur das, was ich schon immer gesagt habe: Das ist ein Vorwurf an die Regierung, daß sie das nicht getan hat! Im kommenden Jahr — das behaupten wir — wird das auf Grund der Budgetsituation noch schwieriger, wenn nicht überhaupt unmöglich sein. Warum? Weil der Finanzminister ein solches Maß an Krediten auf dem inländischen und auf dem ausländischen Kapitalmarkt in Anspruch nimmt, daß für die Wirtschaft beziehungsweise für eine vernünftige strukturpolitische Planung, die natürlich auch entsprechend finanziert werden muß, nicht genügend Mittel vorhanden sein werden.

Ich behaupte also, daß die Kreditpolitik der Regierung in wirtschaftlicher Hinsicht falsch und im höchsten Maße gefährlich ist! Der Herr Finanzminister hat gestern oder heute die Behauptung aufgestellt — dazu muß ich nun Stellung nehmen —, daß er meine Bemerkung, daß ich über die Kreditsituation, die es für

Österreich draußen gibt, beunruhigt bin, nur so verstehen könne — Sie können ja nachlesen, was heute im „Volksblatt“ steht —, daß ich von mir aus — er greift also an — die Kreditwürdigkeit Österreichs im Auslande untergraben hätte. Lesen Sie das nach! Meine Damen und Herren! Ich erkläre hier, daß es eine Unwahrheit ist, wenn behauptet wird, vom Herrn Finanzminister insinuiert wird, daß ich auch nur einen Satz im Ausland gesagt hätte, der unserer Kreditsituation abträglich wäre. (*Zwischenruf des Abg. Doktor Mussil.*) Aber im Inland hat auch der Herr Finanzminister Sachen gesagt, die für die Kreditsituation ungünstig sind. Er hat nämlich ein Budget mit einem horrenden Defizit vorgelegt. Das schadet uns natürlich auch ein bißchen im Ausland. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Aber jetzt fühle ich mich verpflichtet ... (*Die TV-Scheinwerfer werden eingeschaltet.* — *Abg. Anton Schlager: Bis zum Fernsehen waren Sie ausgesprochen sachlich! — Abg. Czettel: Der Mussil war anderer Meinung! — Abg. Weikhart: Er soll sich das mit Mussil ausmachen! — Ironische Heiterkeit bei der SPÖ.* — *Abg. Peter: Haben Sie eine Vorstellung von Sachlichkeit!*)

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner** (*wiederholt das Glockenzeichen gebend*): Meine Damen und Herren! Ich bitte ... (*Zwischenruf des Abg. Dr. Mussil.*) Herr Abgeordneter Mussil! Ich bitte, sich zu beruhigen. Ich bin am Wort! (*Abg. Peter zum Abg. Anton Schlager: Sie kriegen einen Pfeil in Gold!*) Herr Abgeordneter Peter! Für Sie gilt dasselbe: Ich bin am Wort! Ich möchte Sie bitten, sich zu beruhigen; es ist noch zeitig am Tag. Es ist noch viel zu früh für die „unruhige Stunde“. (*Heiterkeit.*) Um die Zeit ist es ... (*Abg. Peter: Herr Präsident! Wegen Doktor Kreisky muß der Empfang verschoben werden!*) Es wird sich ausgehen, wenn Sie ein wenig mehr Geduld zeigen. (*Abg. Peter: Kreisky spannt uns auf die Folter! — Neuerliche Heiterkeit.*)

Abgeordneter Dr. **Kreisky** (*fortsetzend*): Meine Damen und Herren! Ich werde Ihnen jetzt sagen, was mir mitgeteilt wurde. Ich tue dies deshalb, weil ich glaube, daß viele, vielleicht sogar nahezu alle Damen und Herren des Hohen Hauses diese Umstände nicht kennen. Ich glaube, daß es eine sehr gefährliche Politik ist, die der Herr Finanzminister eingeleitet hat. Ich möchte das nun begründen.

Erstens einmal hat sich der Herr Finanzminister zur Deckung des Defizits dieses Jahres neben der Inanspruchnahme des in-

Dr. Kreisky

ländischen Kapitalmarktes 40 Millionen Dollar für $7\frac{1}{8}$ Prozent ausborgt, und das für 18 Monate! Man fragt sich im Ausland: Ja, wird denn im nächsten Jahr ein solcher Goldregen auf Österreich niedergehen, daß der Herr Finanzminister diese Milliarde so mir nichts, dir nichts zurückzahlen kann? Abgesehen davon fragt man sich überhaupt, welchen Sinn dieses kurzfristige Ausborgen hat.

Zweitens — das behaupte ich, und ich werde es beweisen — ist die Erklärung des Herrn Finanzministers, wonach diese Anleihe zu $7\frac{1}{8}$ Prozent — es sind ja in Wirklichkeit mehr, wenn alles dazugerechnet wird — die günstigste nach den geltenden Konditionen sei, unrichtig. Ich bin ein aufmerksamer Leser ausländischer Zeitungen und stellte unter anderem fest, daß in derselben Woche beziehungsweise in derselben Zeit, in der sich der Herr Finanzminister für $7\frac{1}{8}$ Prozent auf 18 Monate — wie ein Kreditdar, der sich ganz geschwind Geld ausleiht und sagt, er gebe das gleich wieder zurück ... (*Abg. Dr. Mussil: Das ist kein Kreditverruß?*) Moment! Ich kann ja das noch kritisieren, was da geschieht. Aber Sie werden ja sehen, ob ich das begründen kann. — In derselben Zeit gibt es einen Prospekt der Swissair, also nicht den Prospekt eines Staates, sondern einer Gesellschaft. Sie schreibt eine Anleihe über 360 Millionen für $5\frac{1}{2}$ Prozent und mit einer Laufzeit von 15 Jahren aus. Das ist zwar eine angesehene große Fluggesellschaft, aber der österreichische Staat, so könnte man annehmen, müßte doch genauso gut sein. Aber nun könnte man sagen: Da gelten andere Gesichtspunkte.

Das Engadiner Kraftwerk in Zernez im Kanton Graubünden borgt sich 240 Millionen, also rund $\frac{1}{4}$ Milliarde Schilling — ungefähr in der gleichen Woche oder in den gleichen 14 Tagen —, aus, Zeichnungsfrist: 7. bis 13. November, Laufzeit 15 Jahre — ja, 15 Jahre! — für 5,5 Prozent! Also die „geltenden Konditionen“ auf dem ausländischen Kapitalmarkt sind das nicht.

Jetzt können Sie kommen und sagen — ich weiß schon —: Das sind Schweizer Firmen, die sind halt für die Schweizer besser als jeder Ausländer. Schön! Da gibt es also um dieselbe Zeit: Zeichnungsfrist: 15. bis 21. November — der Kapitalmarkt war also flüssig, und jetzt hören Sie! —, eine Anleihe für acht Jahre zu 6 Prozent, und wissen Sie, für wen? Für eine Zuckerfirma in Finnland. Glauben Sie mir's nicht? (*Redner weist ein Schriftstück vor.*) Ich lese hier: „6prozentige Anleihe auf Schweizer Franken, 4,5 Millionen, FAZER AB., Helsinki.“

Also, meine Damen und Herren, wenn man schon auf dem Standpunkt steht, den Schweizern sind ja Ausländer vielleicht nicht ganz so kreditwürdig wie die eigenen Leute, dann muß ich sagen: Eine finnische Konfektfabrik kriegt Geld zu günstigeren Bedingungen als der österreichische Staat, und zwar, das behaupte ich, nicht deshalb, weil er so schlecht ist, sondern weil eine sehr schlechte Kreditpolitik gemacht wird. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Ich kann Ihnen weiters mitteilen, daß die Steirische Elektrizitätsgesellschaft 30 Millionen für 15 Jahre zu 5,5 Prozent, davon 6 Jahre tilgungsfrei, bekommen hat. Ich sage Ihnen ganz offen: Ich verstehe das alles nicht. Hoffentlich versteht es der Finanzminister. (*Abg. Dr. Pittermann: Der Mautner versteht's auch!*) So schaut es jedenfalls aus.

Und jetzt kommt das Allergrößte! Da kann ich Ihnen jetzt vollkommen frei von jeglichem Kommentar folgendes mitteilen: Der Herr Finanzminister braucht für das nächste Jahr 160 Millionen Dollar. Was macht er? Nicht nur, daß er sich einer kleinen Bank in Österreich bedient, die sich wieder einer nicht sehr großen in New York bedient — wo doch der Herr Finanzminister drei verstaatlichte Banken mit Weltverbindungen zur Verfügung hat, die hört er nicht einmal an —, der Herr Finanzminister geht also hin und sagt der Firma Lehman Brothers und dem Bankers Trust in New York: Verschafft mir 160 Millionen, das meiste davon für fünf Jahre! Wieder also unter den normalen Bedingungen, wieder zu diesem Zinssatz, wobei er nicht einmal die Chance hat, daß, wenn der Kapitalmarkt sehr flüssig wird, eventuelle Zinsvorteile berücksichtigt werden können. Aber ich will mich darauf gar nicht einlassen. Jetzt kommt das, was wir alle unfassbar finden müssen, glaube ich: Er übernimmt die Verpflichtung dem Bankhaus Lehman gegenüber, daß er, wenn die Republik Österreich oder irgendein anderer österreichischer Anleihewerber, zum Beispiel die Verbundgesellschaft, zum Beispiel ein Land oder eine Stadt, die ja alle die Garantie der Bundesregierung brauchen, ganz gleich wo, ob auf dem englischen, dem amerikanischen, schweizerischen oder deutschen Kapitalmarkt, eine Anleihe aufnehmen wollen, vorher die Zustimmung des Bankhauses Lehman Brothers einholen muß. (*Abg. Dr. Pittermann: Jetzt wissen wir, wer unser Kommandant ist in Österreich! — Abg. Weikhart: Das ist ja ärger als beim Zimmermann in der Ersten Republik!*)

Meine Damen und Herren! Ja was sind denn das für Bedingungen? Jetzt will ich

Dr. Kreisky

gar nicht mehr darüber weiterreden, aber doch feststellen: Der Herr Finanzminister sollte vorsichtiger sein, wenn er mir vorwirft, daß ich die Kreditwürdigkeit Österreichs herabgesetzt habe! *(Beifall bei der SPÖ. — Präsident Wallner übernimmt den Vorsitz.)* Ich könnte noch einiges dazu sagen. Wenn sie irgend jemand herabgesetzt hat, dann war es der Herr Finanzminister!

Meine Damen und Herren! Dabei muß ich Ihnen sagen, daß ich ihn nicht einmal für einen Bösewicht halte, sondern daß ich der Meinung bin, er ist — wie ich unlängst einmal sagte — wie der „Hans im Glück“. *(Zustimmung bei der SPÖ.)* Wer dieses Märchen nicht kennt *(der Abgeordnete zeigt ein Märchenbuch)*, für den habe ich es mitgebracht, der kann es bei mir nachlesen. *(Heiterkeit. — Ruf bei der ÖVP: Das ist aber nett! — Abg. Weikhardt: „Wolfert im Glück“! — Zwischenruf des Abg. Minkowitsch.)* Es besteht im wesentlichen darin, daß der brave Hans, der sieben Jahre, glaube ich, brav gedient hat, einen Klumpen Gold — groß wie sein Kopf — bekommen hat und auf dem Weg nach Hause immer schlechter eintauscht, bis er am Schluß gar nichts mehr hat und froh und glücklich war, weil er nichts mehr zu tragen hatte. — Das kann sich der „Hans im Glück“ leisten, aber nicht der österreichische Finanzminister! *(Lebhafter, anhaltender Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Wallner**: Zum Wort gemeldet ist der Herr Vizekanzler Dr. Bock. Ich erteile es ihm. *(Abg. Machunze: Ich möchte nur wissen, warum der Minister Kreisky jetzt den Vizekanzler geprügelt hat! — Abg. Dr. Kreisky: Weil das zusammenhängt! Ich habe begründet!)*

Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Vizekanzler Dr. **Bock**: Herr Präsident! Hohes Haus! Ich habe mir erlaubt, mich schon jetzt zum Wort zu melden, weil ich glaube, daß es zweckmäßig ist, im Anschluß an eine heute außerordentlich interessante und sachliche Integrationsdebatte der hier im Hause vertretenen Parteien auch kurz den Standpunkt der Bundesregierung zu diesem Problem darzulegen.

Ich glaube, das geschieht am besten, wenn man von einer Anregung des Herrn Abgeordneten Peter ausgeht, der eine Bestandsaufnahme der Integrationspolitik vorgeschlagen hat. Diese Bestandsaufnahme, Herr Abgeordneter Peter, ist nämlich recht kurz zu geben.

Wir haben am 2. März 1965 das erste Verhandlungsmandat von der EWG erhalten. Unmittelbar darauf hat die erste Verhandlungsrunde stattgefunden. Insgesamt sind acht

solche Verhandlungsrunden über die Bühne gegangen. Die letzte wurde am 1. Februar dieses Jahres geschlossen. Wir alle wissen, daß es zunächst infolge des italienischen Vetos zu weiteren Verhandlungen nicht gekommen ist.

Es ist aber auch richtig — ich glaube, der Herr Abgeordnete Dr. Kreisky hat darauf verwiesen —, daß es nicht nur die Frage des italienischen Vetos ist, die ein neues Element in die österreichischen Bemühungen um einen Vertrag mit den europäischen Gemeinschaften gebracht hat, sondern auch die Frage, wie die französische Regierung sich nun zu den österreichischen Vertragsbemühungen stellt, nachdem die Vertreter der französischen Regierung in den bisherigen Verhandlungen eine sehr kooperative Haltung gegenüber den österreichischen Bemühungen eingenommen haben.

Als Ergebnis der bisherigen Verhandlungen zitiere ich eine Erklärung der EWG-Kommission, die nach Abschluß dieser achten Verhandlungsrunde erfolgt ist und in der es unter anderem geheißen hat, daß die Vertragsmaterie weitgehend geklärt ist und festgestellt werden konnte, daß es keine unüberwindlichen sachlichen Schwierigkeiten für das Zustandekommen des österreichischen Vertragsvorhabens mehr gebe.

Damit möchte ich auch eine Antwort auf das geben, Herr Abgeordneter Peter, was Sie unter dem Mangel eines österreichischen Modellfalles für einen Vertrag mit der EWG angeschnitten haben. Es war von allem Anfang an das Bestreben der EWG, uns verständlich zu machen, daß der Vertrag, den die Gemeinschaft mit Österreich abschließen soll, keine präjudiziellen Wirkungen gegenüber Drittstaaten haben darf mit Rücksicht darauf, daß dieser Vertrag mit Österreich einerseits wegen des Status der immerwährenden Neutralität, andererseits wegen der Staatsvertragsverpflichtungen eben Besonderheiten und Eigenheiten haben muß, damit er in unser staatliches Konzept hineinpaßt.

Es ist aber auch nicht so, wie, ich glaube, Herr Dr. Kreisky gesagt hat, daß nun unser Vertragsvorhaben das Konzept des EWG-Vertrages stören würde, denn — und damit bin ich beim springenden Punkt der ganzen Problematik — was wollen wir von der EWG? Wir wollen nicht mehr, aber — weil es gar nicht geht — auch nicht weniger, als ein System erarbeiten, verifizieren und herstellen, das uns den Warenfreiverkehr auf allen Sektoren von Handel, Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft garantiert.

Vizekanzler Dr. Bock

Wie stellen wir uns vor, daß dies möglich ist? Durch die Beseitigung der Zwischenzölle und durch die Harmonisierung eines gemeinsamen Außentarifes.

Das ist im wesentlichen der einzige materielle Inhalt des von Österreich angestrebten Vertrages, wobei Dinge, die sich aus dem Neutralitätsstatus ergeben, wie etwa die Verpflichtung, die Kündigungsmöglichkeit einzubauen, und einige andere sich aus der Neutralität ergebende Positionen, ich möchte sagen, Zutaten sind, die Österreich im übrigen braucht, wenn es einen Vertrag welcher Art immer mit wem immer auf internationaler Basis abschließt, denn Neutralität und Staatsvertrag sind — der Abgeordnete Graf hat es schon gesagt — *Conditiones sine qua non*, also Bedingungen, ohne die ein internationaler Vertrag Österreichs eben nicht abgeschlossen werden darf.

Aber die Beseitigung der Zwischenzölle und die Harmonisierung des Außentarifes, das heißt also, die Herstellung eines gemeinsamen Zollbereiches, ist etwas, was das System der EWG keineswegs stört. Es hat auch nie jemand in Brüssel behauptet, daß dem so sei. Auch dann nicht, wenn wir etwa auf Grund unserer wirtschaftlichen Überlegungen für diese oder jene Ausnahme — ich erinnere hier an das Problem Osthandel — besorgt sind, weil auch solche Ausnahmeregelungen in Wirklichkeit nicht dem System eines gemeinsamen Zollbereiches entgegenstehen.

Das führt aber auch zu der Frage, die ja nun seit Wochen und Monaten in der Öffentlichkeit — nicht nur in der österreichischen — diskutiert wird: Was sollen wir nun, da im Augenblick ein italienisches Veto überhaupt jede Verhandlung verhindert und da wir über die Stellungnahme der französischen Seite im Augenblick keine Klarheit besitzen — das ist ja bekannt genug —, machen? Ist es wirklich so, daß das Vertragsvorhaben Österreichs mit dieser Herstellung des gemeinsamen Zollbereiches etwas ist, was verändert werden kann? Gibt es dahin Übergangsstufen, Übergangslösungen, oder gibt es überhaupt etwas, was wir an die Stelle dieses Vertragsprogramms setzen könnten?

Herr Abgeordneter Dr. Kreisky! Sie zitierten in diesem Zusammenhang den Artikel 24 des GATT. Ich muß darauf aufmerksam machen: Alles, was wir mit der EWG bisher gemacht haben und was wir künftig machen werden, basiert auf dem Artikel 24 GATT; so wie der EWG-Vertrag an sich auf diesem Artikel basiert oder der Vertrag über die EFTA darauf basiert, weil das jener Artikel ist — Sie wissen es ja —, der uns eben die Ausnahme von der Generalpräferenz des GATT

gewährleistet. Es ist also keine neue Erfindung, wenn jetzt gesagt wird: Wenn es auf dem bisherigen Weg nicht geht, dann probieren wir es auf dem Weg des Artikels 24! — Wir haben immer diesen Weg beschritten, weil es ja einen anderen nicht gibt.

Aber nun ganz konkret: Was könnte man sich so als Zwischenlösung oder Übergangslösung vorstellen? Hohes Haus! Wenn man sich überlegt, daß das Programm, wie ich vorhin gesagt habe, in Wirklichkeit die Herstellung des gemeinsamen Zollbereiches ist und nichts anderes — nur das ist es! —, so muß man sich fragen: Was kann man sich noch weniger als die Herstellung eines gemeinsamen Zollbereiches von einem Vertrag erwarten, der ein echter Integrationsvertrag, zwar ein sehr bescheidener und kleiner, aber eben der ist, der der österreichischen Situation angemessen ist? Da muß man sagen: Es gibt nichts weniger als die Herstellung des gemeinsamen Zollbereiches, wenn es überhaupt noch eine Integrationslösung sein soll.

Aber es ist richtig, daß man sich sagen könnte: Na gut, bis wir so weit sind mit diesem Ziele, versuchen wir, Übergangsstufen zu finden. — Da muß ich zunächst hinzufügen: Was wir bisher mit der EWG ausgehandelt haben, nämlich die vier- bis fünfjährige Übergangsfrist, ist nichts anderes als eine stufenweise Erfüllung des endgültigen Vertragsvorhabens.

Aber ich gehe noch weiter auf Ihre Argumentation ein. Wenn auch dieser endgültige Vertragsinhalt vielleicht im Augenblick jetzt nicht vereinbart werden könnte, sondern gemäß Artikel 24 Abs. 5 lit. c GATT nur die Absicht statuiert werden müßte, so muß ich sagen: Auch darüber müßte ja mit der EWG verhandelt werden! Und diese EWG verhandelt im Augenblick, zumeist wegen des italienischen Vetos, überhaupt nicht mit uns. Sie ist, weil auch hier so wie gegenüber den Briten die Einstimmigkeit erforderlich ist, nicht verhandlungsbereit und nicht imstande zu verhandeln.

Aber schließen wir das alles einmal aus und überlegen wir uns, abgesehen von all diesen äußeren Umständen, für die, bei Gott, die österreichische Regierung keine Verantwortung zu tragen hat: Welche könnten denn rein theoretisch gesprochen diese Zwischen-, Übergangs- oder Ersatzlösungen sein, immer wieder von dem Fixpunkt ausgehend, daß das Endziel der gemeinsame Zollbereich ist?

Es könnten Teile von Zollerleichterungen sein, zum Beispiel branchenmäßige Zollkontingente. Das geht einmal wegen des GATT nicht. Aber selbst wenn ich diese Schwierigkeit

Vizekanzler Dr. Bock

außer acht lasse, muß ich fragen: Welche Zollkontingente sollen wir, da es ja auf Gleichwertigkeit beruhen muß, da wir genausoviel konzedieren müssen, wie uns die EWG in diesem Fall konzedieren müßte, anbieten? Ich habe das Beispiel schon gebracht — es ist sicherlich nicht das einzige, aber so eklatant beweiskräftig —: Sollen wir für die Zölle, die wir künftig auf dem Stahlsektor brauchen — und mit der Vereinheitlichung der drei Gemeinschaften werden ja die Präferenzen nun in der Montanunion auch wieder in Frage gestellt —, die Textilzölle anbieten? Oder sollen wir für Textilzölle die Stahlzölle anbieten? Das Problem der kontingentweisen Zollerleichterungen besteht ja darin, daß man immer wieder einen Exportzweig dadurch fördert, daß man den Zoll vom Partner abgebaut bekommt, während man ihm gleichzeitig einen anderen Zoll anbieten muß, für den wir selbst in dieser Branche nichts erhalten können.

Ich halte es über die Ergebnisse der Kennedy-Runde hinaus — es mögen da vielleicht noch einige Kleinigkeiten drin liegen, wir haben ja bei der Debatte über die Kennedy-Runde darüber gesprochen — für unmöglich, so etwas im Interesse der österreichischen Wirtschaft zu fixieren.

Und das andere System: lineare Zollsensenkungen in einem gewissen Ausmaß, scheitert doch sofort an unserer EFTA-Mitgliedschaft. Denn es ist uns in den bisherigen Verhandlungen klargeworden und hängt mit dem, was Sie eben auch wieder gesagt haben von der Teilnahme an zwei Präferenzsystemen, zusammen, daß bei jedem linearen Zollabbau selbstverständlich von der EWG die Forderung käme, unseren EFTA-Zoll im gleichen Ausmaß wieder aufzubauen, weil ja dieses Loch eben nicht entstehen darf wegen der beiden Präferenzsysteme und der sich daraus ergebenden Schwierigkeiten.

Und hier teile ich wahrscheinlich Ihre Auffassung, Herr Dr. Kreisky, oder Sie meine, wenn ich sage: Wegen ein paar Prozent linearer Zollsensenkungen können wir die 100prozentige Präferenz der EFTA doch, bei Gott, nicht aufgeben.

Wie immer man die Dinge also dreht und wendet, man kommt immer wieder zu zwei Ergebnissen: erstens, daß das Programm, das wir uns vorgenommen haben, ein Minimalprogramm ist, von dem man sachlich nichts abhandeln lassen kann, wenn man noch ein Integrationsprogramm erfüllen will, und zweitens, daß es dafür keine Ersatzlösungen gibt.

Ich stelle aber fest: Wenn es in der Zeit, bis wir zu einem endgültigen Vertragsabschluß

kommen, möglich ist, handelspolitische Erleichterungen gegenüber der EWG und von ihr zu erreichen, so werden sie selbstverständlich gemacht und angenommen. Das ist so selbstverständlich, daß man darüber nicht zu reden braucht, nur muß man wissen, daß das eben handelspolitische Erleichterungen sind und kein Integrationsprogramm.

Eines, Herr Abgeordneter Dr. Kreisky, habe ich nicht verstanden. Sie haben heute wieder davon gesprochen — es ist ja eine Wiederholung Ihres bekannten Standpunktes —, daß sich irgendwann einmal die äußeren politischen Verhältnisse ändern könnten, die dann das österreichische Vertragsvorhaben erleichtern, und daß es zum Beispiel auch einmal eine Änderung der Haltung der Politik der Sowjetunion in dieser Frage geben könnte. Den Zusammenhang, muß ich ehrlich sagen, verstehe ich nicht.

Sicherlich ist es uns, ist es der Regierung, ist es Österreich sehr angenehm, wenn ein von uns angestrebter Vertrag mit den europäischen Gemeinschaften auch die Zustimmung und den Beifall anderer Regierungen, selbstverständlich insonderheit auch der Sowjetregierung, findet. Aber abhängig machen können wir doch unser Vertragsvorhaben nicht von den Meinungen anderer Regierungen, auch nicht von der der Sowjetunion! (*Beifall bei ÖVP und FPÖ.*)

Dieses Problem, Hohes Haus, gilt jetzt generell. Wenn es also im Augenblick durch die Haltung der italienischen Regierung, die wir ablehnen, weil wir ein Junktim zwischen unseren Integrationsbemühungen und der Südtirol-Frage und allem, was damit zusammenhängt, nicht anerkennen können (*Abg. Lanc: Nur nützt es Ihnen nichts!*), so ist, wenn die französische Regierung im Augenblick neue Überlegungen anstellt, über deren Inhalt sie uns bisher nicht informiert hat, wenn also da und dort eine neue Schwierigkeit auftaucht — ja das ist doch im internationalen Leben einmal nicht anders! Das ist sicherlich ein Anlaß, daß man den eigenen Standpunkt überprüft. Aber von dem haben wir eben festgestellt, daß er bezüglich unseres Vertragsvorhabens ein Minimalprogramm ist. Da muß doch Österreich gerade in einer solchen Situation sagen: Natürlich, es sind Schwierigkeiten, wir sind verpflichtet und bemüht, sie zu überwinden, aber von einem solchen Minimalprogramm, von dieser österreichischen Integrationspolitik, die uns die Teilnahme am größeren europäischen Wirtschaftsraum sichert, dürfen und können wir nichts abschreiben! Was wir in der Zwischenzeit machen, werden die Möglichkeiten der Tagespolitik ergeben, aber die österreichische Integrationspolitik,

6598

Nationalrat XI. GP. — 81. Sitzung — 14. Dezember 1967

Vizekanzler Dr. Bock

die dem neutralen Österreich angepaßte Teilnahme an dem westeuropäischen Wirtschaftsraum, muß unverrückbar feststehen und immer wieder erklärtes Ziel unserer Außenpolitik auf diesem Gebiet sein. (*Beifall bei ÖVP und FPÖ.*)

Präsident Wallner: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Leitner. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Leitner (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Wenn auch jetzt der Herr Vizekanzler bereits zu den Ausführungen in der Integrationsfrage Stellung genommen hat und es meine Aufgabe ist, über die Landwirtschaft und die Integration zu sprechen, so möchte ich doch zuerst dem Herrn Außenminister außer Dienst Dr. Kreisky bestätigen, daß er heute in der Integrationsfrage eine sehr zwiespältige Rede gehalten hat. Man weiß jetzt nicht, ob die SPÖ auf der alten Linie ist, die man in der Koalitionszeit eingeschlagen hat, oder ob sich hier eine Änderung ergeben hat. Der Herr Bundeskanzler Dr. Adenauer hat einmal, als er eine Meinung geändert hat, das Wort geprägt: man werde ihm ja zugestehen müssen, daß er gescheitert wird. Aber ich weiß jetzt nicht, was in der SPÖ eingetreten ist, ob man dazugelernt hat oder ob man diese zwiespältige Haltung auch in Zukunft weiterbetreiben will.

Herr Minister Dr. Kreisky! Sie haben gesagt, Sie sind mit der alten Zielsetzung selbstverständlich einverstanden. Das wäre sehr erfreulich, aber dann sprechen Sie von einem Übergangsvertrag. Dieser Übergangsvertrag wäre doch ein neuer Weg, und wir würden die alte eingeschlagene Richtung verlassen (*Abg. Dr. Kreisky: Nein!*), denn was wir wollen, ist ein Vertrag, der selbstverständlich Übergangsregelungen vorsieht, in dem aber das Endziel bereits festgelegt wird.

Wenn man nun sagt: Ja, das werden wir nicht erreichen!, Herr Minister Kreisky, so haben Sie bei den Engländern die Formulierung gebraucht, es wäre ein sehr schlechter Verhandlungsstandpunkt, wenn man es von Anfang an bereits billiger machen würde, und ich glaube, das gilt auch für uns in Österreich.

Die Meinung, daß es in absehbarer Zeit Lösungen verschiedener Art für die einzelnen EFTA-Staaten geben wird, daß die EWG für jeden einzelnen so quasi eine Extrawurst erzeugt, ist, glaube ich, auch nur ein Wunschdenken.

Herr Minister Kreisky! Sie haben dann den Ausdruck geprägt, wir müssen einen EWG-Vertrag suchen, der keinen anderen Vertrag verletzt, und haben damit vermutlich den Staatsvertrag gemeint. Herr Minister Kreisky,

Österreich hat 1951 den ersten Beschluß gefaßt, bei der EWG um die Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen (*Abg. Doktor Kreisky: 1961!*) zwischen Österreich und der EWG anzusuchen. (*Abg. Dr. Withalm: 1961 hat er gesagt!*) 1961. (*Abg. Dr. Kreisky: Ich habe 1951 verstanden!*) 1963 und 1964 fanden dann vorbereitende Gespräche statt, und am 2. März 1965, also nach drei Jahren und drei Monaten, beschloß der EWG-Ministerrat das erste Verhandlungsmandat für Österreich. Diese Verhandlungen wurden am 19. März 1965 offiziell eröffnet. Damals gab Vizekanzler Dr. Bock eine Grundsatzerklärung namens der Bundesregierung ab und legte die Verhandlungsziele Österreichs dar.

Diese waren die Beseitigung der Zölle und der mengenmäßigen Beschränkungen zwischen Österreich und der EWG, die Angleichung an den gemeinsamen Außenzolltarif der EWG, die Koordinierung der Wirtschaftspolitik, soweit eine solche zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen notwendig ist, und die weitgehende Angleichung der österreichischen Agrarpolitik an die sich auf Grund des Romvertrages ergebende gemeinschaftliche Agrarpolitik, das, was man Harmonisierung nennt. Ich nehme nun an, daß diese Stellung der österreichischen Regierung mit dem Staatsvertrag voll in Einklang zu bringen ist, denn es wäre ja sehr betrüblich, wenn sich die österreichische Bundesregierung der Koalitionszeit hier eine andere Haltung zu eigen gemacht hätte.

Dann, Herr Minister, haben Sie gesagt, daß man nach Ihrer Meinung kein vollwertiges oder zumindest vollberechtigtes Mitglied bei zwei Präferenzsystemen sein kann und daß Österreich die EFTA nicht verlassen darf.

Das ist geradezu der Standpunkt der Bundesregierung. Aber auf Grund dieses Standpunktes haben Sie dem letzten Integrationsbericht, der in diesem Haus behandelt wurde, nicht die Zustimmung gegeben. Ich muß also sagen: Wir kennen die Schwierigkeiten Ihrer Partei, aber es wäre für Österreich sehr zweckmäßig, wenn wir uns, so wie die Engländer, immer zu einem gemeinsamen Integrationsziel bekennen würden. In England haben 1950 und 1955 beide Parteien eine Teilnahme an der EWG abgelehnt. Es haben aber jetzt auch wieder beide Parteien gemeinsam eine Vollmitgliedschaft angestrebt und tun alles, diese Vollmitgliedschaft zu erreichen.

Das zweite Verhandlungsmandat für die Verhandlungen zwischen Österreich und der EWG wurde vom Ministerrat der EWG am 7. Dezember 1966 beschlossen. Im Mai

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

1965 und im Feber 1967 hat man sich bei diesen Verhandlungen speziell mit der Agrarfrage befaßt.

Die Verhandlungen in Brüssel nahmen im materiellen Bereich einen durchaus erfolgversprechenden Verlauf. Es sind also vor allem politische Gründe, die den EWG-Ministerrat bisher abgehalten haben, ein weiteres und vielleicht sogar — wir wollen hoffen — abschließendes Verhandlungsmandat zu erteilen.

Es ist heute schon öfters vom italienischen Veto gesprochen worden. Sicher ist das eine Tatsache, aber eine solche, die zum Ansehen Italiens in Europa und in der Welt nicht beigetragen hat. Man kann nämlich nicht nur von Europa reden und im konkreten Falle aus nationalistischen Motiven heraus gegen die Interessen anderer europäischer Länder handeln. Diesen Verstoß gegen die europäische Idee kann Italien auf die Dauer nicht aufrechterhalten.

Es ist auch oft schon über die zögernde Haltung Frankreichs gesprochen worden. Sie wird wohl daraus zu erklären sein, daß die EWG im Zusammenhang mit dem Beitrittsansuchen Englands und der anderen nordischen Staaten einen kritischen Punkt erreicht hat, bei dem über Grundsatzfragen für den weiteren Ausbau dieser Gemeinschaft einvernehmliche Lösungen gesucht werden müssen.

Rußland hat seinen Standpunkt sicher unverändert beibehalten. Dieser Staat war aber auch gegen die österreichische EFTA-Mitgliedschaft, und jetzt will er den Austritt aus der EFTA nicht verstehen. Wir werden daher weniger eine Zustimmung Rußlands erwarten können, und unsere Aufgabe muß es vor allem sein, mit der EWG eine Einigung zu erreichen, welche die strikte Einhaltung unserer Neutralität glaubwürdig erkennen läßt.

Diese Erschwernisse könnte man als Einwirkungen von außen betrachten, die weitgehend außerhalb des österreichischen Einflußbereiches liegen. Die unklare Haltung einer österreichischen Partei und auch verschiedener Berufsgruppen war zweifellos der ganzen Entwicklung der Integrationsfrage ebensowenig förderlich.

Professor Nemschak schreibt in der „Presse“ vom 11. November unter dem Titel „Stimmt der Wegweiser in Richtung Brüssel?“ folgendes: „Der eigentliche Grund jedoch, warum Österreich bisher in Brüssel zu keinem Erfolg gekommen ist, besteht darin, daß in unserem Lande ... starke Kräfte am Werk sind, die aus verschiedenen Gründen (ideologisch-politische Vorurteile, Ressentiments, Angst vor

Wettbewerb und so weiter) ein Abkommen mit der EWG entweder gar nicht wollen oder von einem Abkommen träumen, das uns möglichst alle Vorteile des Gemeinsamen Marktes sichert und gleichzeitig die Möglichkeit bietet, ... allen Unannehmlichkeiten aus dem Wege zu gehen, die uns im Falle einer dauerhaften und organischen Verbindung mit der ... EWG selbstverständlich nicht erspart bleiben.“

Nemschak schließt seinen Beitrag aber damit, daß er überzeugt sei, daß Österreich in absehbarer Zeit ein Abkommen sui generis mit der EWG schließen kann, das den lebenswichtigen Interessen unseres Landes gerecht wird.

Gerade in diesem Zusammenhang, meine sehr geehrten Damen und Herren, muß hervorgehoben werden, daß es die Landwirtschaft war und ist, die sich immer wieder klar für eine wirtschaftliche Verbindung mit der EWG ausgesprochen hat. Die Landwirtschaft kennt die Vorteile und auch die Schwierigkeiten, die ihr bei einer wirtschaftlichen Verbindung mit der EWG bevorstehen. Bei nüchterner Einschätzung der Lage ist aber nicht nur die bauerliche Führung, sondern der ganze Berufsstand überzeugt, daß die Landwirtschaft diesen schärferen Wettbewerb aushält, daß sie die menschlichen Qualitäten und die produktionstechnischen Voraussetzungen für ein Bestehen in der EWG mitbringt.

Aus einem dreifachen Grund ist die Landwirtschaft für den wirtschaftlichen Zusammenschluß mit der EWG:

Auf Grund ihrer natürlichen Gegebenheiten und ihrer regionalen Situation ist die österreichische Landwirtschaft eng mit der der EWG-Länder verbunden. Das gilt für die Produktion von Zucht- und Schlachtvieh, von Käse und von Holz ebenso wie für den Export dieser Waren in die traditionellen Absatzgebiete, welche die heutigen EWG-Länder sind.

Der zweite Grund ist der, daß die Ziele der EWG-Agrarpolitik weitestgehend mit den Zielen der österreichischen Agrarpolitik übereinstimmen. Die Ziele der österreichischen Agrarpolitik wurden im Landwirtschaftsgesetz 1960 festgelegt.

Zum Dritten mißt die Landwirtschaft der Teilnahme der gesamten österreichischen Wirtschaft an der Dynamik des wirtschaftlichen Großraumes größtes Gewicht bei, weil ohne diese Dynamik die strukturellen Probleme der gesamten Wirtschaft einschließlich der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes nicht gelöst werden können. Österreich braucht den kräftigen Wirtschaftsimpuls eines Großmarktes, der bereits jetzt 180 Millionen

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

Menschen umfaßt, zur Sicherung und zum Ausbau der Arbeitsplätze genauso notwendig wie zur Teilnahme an der raschen technologischen Entwicklung, an der Forschung — mit einem Wort zur Teilnahme am raschen Fortschritt in Europa. Und das sind die Gründe, welche die positive Haltung der österreichischen Land- und Forstwirtschaft zur Integration bestimmen.

Sicherlich wird der überwiegende Teil der land- und forstwirtschaftlichen Produktion Österreichs im Inland abgesetzt. Der Export gewinnt aber auch für die Landwirtschaft zunehmend an Bedeutung. 1956 wurden landwirtschaftliche Produkte um zirka 600 Millionen Schilling in das Ausland verkauft, 1966 erreichten die Agrarausfuhren einen Wert von 1900 Millionen Schilling. Zählt man die Holzexporte dazu, dann ergibt sich ein Gesamtbetrag von über 5500 Millionen Schilling. Und diese Exporte gehen zum überwiegenden Teil, zu zirka 80 Prozent, in den Wirtschaftsraum der EWG.

Als Außenseiter der EWG kann Österreich diese traditionellen Absatzmärkte nur sehr schwer halten. Ein weiterer Ausbau ist kaum möglich, und der Hauptgrund dafür sind die variablen Handelsschranken, die Abschöpfungen der EWG im landwirtschaftlichen Bereich, die den Export landwirtschaftlicher Produkte fallweise zum Erliegen bringen.

Derzeit wird von der EWG auf Lebewiehe ein Zoll von 16 Prozent und auf Fleisch ein solcher von 20 Prozent eingehoben. Gleichzeitig hebt gegenwärtig die EWG aber dazu noch eine Abschöpfung von 6,31 S je Kilogramm beim Schlachtvieh, lebend, ein. Bei einem Inlandspreis von 15 S beträgt also die gesamte Exportbelastung 8,70 S, das sind fast 60 Prozent des Inlandspreises. Der Schlachtviehexport mußte daher vorübergehend eingestellt werden. Eine so große Belastung verträgt ein landwirtschaftliches Produkt nicht.

Auf Grund dieser Abschöpfungsregelung mußte die Landwirtschaft im Jahre 1966 beim Rinderexport Erlösminderungen von 132 Millionen Schilling und beim Export von Milchprodukten solche von 60 Millionen Schilling hinnehmen. Ich verstehe aber trotzdem den Herrn Abgeordneten Pfeifer nicht, der ja bei der Landwirtschaftsdebatte die Forderung erhoben hat, die Agrarproduktion voll auf den heimischen Markt auszurichten und nicht zu exportieren. (*Abg. Pfeifer: „Im wesentlichen“ habe ich gesagt!*) Es hat damals so geklungen: Die Landwirtschaft soll nicht exportieren, das kommt zu teuer und hat keinen Zweck. Niemand kann eine solche Forderung an andere Wirtschafts-

gruppen stellen. Niemand! Wir stellen sie nicht an die Industrie, weder an die Elektro- noch an die Stahlindustrie, weder an die Maschinenindustrie noch an die Textilindustrie, auch nicht an die chemische Industrie, und ich verstehe es nicht, warum gerade ein Bauer für die Landwirtschaft eine solche Forderung erhebt, obwohl diese Landwirtschaft seit Jahrhunderten die Erzeugnisse des alpenländischen Raumes exportieren muß. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Österreich hat durch den starken Anteil bergbäuerlicher Grünlandbetriebe sehr gute Voraussetzungen für die Rinderzucht und für die Fleischproduktion, und die EWG ist auf lange Sicht ein Zuschußgebiet für Zuchtvieh und auch für Rindfleisch. Die Käseproduktion, insbesondere die Erzeugung von Emmentaler, wird von Fachleuten ebenfalls als Hoffungsproduktion bezeichnet, weil der Käse eine stark steigerungsfähige Absatzmöglichkeit hat. Die alten Absatzgebiete dürfen daher nicht durch neue Handelschranken verlorengehen.

Die Exporte der Holzwirtschaft und der Forstwirtschaft nach der EWG haben sehr gute Aussichten, ist doch dieser Raum ein starkes Holzzuschußgebiet, wobei der Bedarf an Holz und Holzwaren und auch an Papier in der EWG noch wesentlich zunehmen wird. Sogar für Qualitätsweizen aus den pannonischen Anbaugebieten besteht bei einer wirtschaftlichen Verbindung mit der EWG eine Exportmöglichkeit dorthin.

Der österreichische Bauer weiß genau, daß eine wirtschaftliche Verbindung mit der EWG einen scharfen Wettbewerb mit sich bringt. Er ist aber bereit, diesen Wettbewerb zu bestehen. Das Landwirtschaftsgesetz und der Grüne Plan bieten die Voraussetzungen hiezu. Die österreichische Agrarpolitik hat in der Übergangsperiode die Einrichtungen für die Wettbewerbsfähigkeit dort zu schaffen, wo diese Wettbewerbsfähigkeit noch nicht voll gegeben ist. Es sind zwar Einrichtungen für ein geschlossenes Angebot auf dem Markt. Die Landwirtschaft weiß, daß es Umstellungen geben wird und daß es nicht leicht sein wird, die auftretenden Schwierigkeiten zu überwinden, aber sie ist hiezu voll bereit, guten Willens und fähig.

In der Landwirtschaftsdebatte wurde auch behauptet, daß die französischen Bauern in der Bretagne gegen die EWG gestreikt haben. Meine sehr geehrten Damen und Herren, nicht gegen die EWG, denn Frankreich ist ja der größte Nutznießer des EWG-Ausgleichsfonds! Die Ursache für diese Unruhen sind die ungelösten Strukturprobleme, die mangelnde Vorsorge für diese Bauern.

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

Wir können schon vom Gesundwachsen der Landwirtschaft reden, wie es Herr Dr. Staribacher vorgeschlagen hat — er ist momentan nicht im Haus —, aber nur dann, wenn wir darunter das gleiche verstehen, nämlich das Wachsen des bäuerlichen Familieneinkommens, das Hinauf- oder Hineinwachsen dieses Einkommens zu dem anderer vergleichbarer Wirtschaftsgruppen. Dieses Wachstum wollen wir verstehen. Die Vergrößerung des Landwirtschaftsbetriebes ist aber nur eine Möglichkeit, dieses Wachstum zu erreichen. Eine andere Möglichkeit ist der Zuerwerb aus gewerblich-industrieller Tätigkeit, sei es selbständig oder unselbständig. Und diesen Weg sind bereits mehr als 160.000 Betriebe von den 380.000 insgesamt gegangen. Ein dritter Weg ist der Ausbau pflanzlicher Spezialkulturen und der Ausbau tierischer Veredelungsbetriebe in der mittleren Betriebsgrößenklasse.

Das Gesundwachsen darf jedoch nicht zur Aufgabe des ländlichen Raumes führen, auch nicht zur Aufgabe der Berggebiete, welche kommende Generationen der Industriegesellschaft Europas als Lebensraum noch sehr notwendig brauchen werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die österreichische Landwirtschaft hat also gute Gründe, den Weg nach Brüssel zu suchen. Die EFTA-Beziehungen Österreichs schaffen für sie keine Alternative zur EWG. Diese Staaten haben für die österreichische Agrarproduktion keinen aufnahmefähigen Markt und sind mit Ausnahme der Schweiz räumlich sehr weit entfernt.

Im industriellen und gewerblichen Bereich ist nach dem endgültigen Zollabbau für diese Produkte zwar eine sehr deutliche Verlagerung der österreichischen Exporte nach dem EFTA-Raum festzustellen. Der Exportanteil beträgt zwar erst 20 Prozent vom Gesamtexport, während in die EWG mehr als 45 Prozent der österreichischen Ausfuhren gehen. Dabei ist es sehr wahrscheinlich, daß die Aufwärtsentwicklung des Exportes in die EFTA durch die Pfundabwertung wieder nachhaltig unterbrochen wird.

Eine Erweiterung und ein Ausbau der EFTA-Regeln auf dem Agrarbereich erscheint in nächster Zukunft nicht erfolversprechend. Durch die EWG-Beitrittsansuchen Englands, Dänemarks, Norwegens und Schwedens ist es ja überhaupt in Frage gestellt, ob und wie die EFTA in Zukunft Bestand haben wird. Darüber hinaus wissen wir alle, daß Märkte nicht von heute auf morgen erobert werden können.

In dieser Situation ist es sehr bedauerlich — auch vom Standpunkt der Landwirt-

schaft —, daß die EWG-Verhandlungen wieder einmal ins Stocken geraten sind, daß die berechtigten Wünsche Österreichs auf einen Platz in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft auf die lange Bank geschoben erscheinen. Die Verhandlungen sind aber nicht nur für Österreich sehr schwierig. Wir werden alles tun, um den beschrittenen Weg fortzusetzen. Den Weg der bilateralen Verhandlungen zu beschreiten, war richtig.

Die Zielsetzung — den Warenfreiverkehr im Endstadium zu erreichen — hat sich seit Verhandlungsbeginn nicht geändert. Ich glaube, es besteht keine Ursache, von diesem Ziel abzugehen und durch unklare oder nicht verwirklichtbare Forderungen die Bevölkerung zu verwirren und den Standpunkt Österreichs in Brüssel zu schwächen.

Herr Vizekanzler Bock schreibt in der „Presse“, die ich vorhin zitiert habe, daß es eine gänzlich andere Frage ist, ob das Schwerkgewicht der Verhandlungen dann, wenn sie wiederaufgenommen werden können, mehr auf die Formulierung des von uns angestrebten Vertrages oder auf die Ausarbeitung der mehr oder minder lang befristeten, auf jeden Fall aber notwendigen Übergangsbestimmungen verlegt werden soll. Diese Frage wird sehr gründlich geprüft werden.

Bei realistischer Beurteilung der gegenwärtigen Verhandlungssituation ist sicher zu erwarten, daß ein vollständiger Abbau der Handelsschranken zwischen Österreich und der EWG in naher Zukunft kaum erreichbar sein wird. Es wird also wahrscheinlich darum gehen, in einer ersten Etappe gewisse Handels erleichterungen zu erreichen. Jede Handels erleichterung bedeutet zwar bessere Absatzmöglichkeiten für unsere Produkte im EWG-Raum, sie bedeutet aber auch eine schärfere Konkurrenz. Herr Vizekanzler Bock hat auf diese Problematik in seinen heutigen Ausführungen bereits deutlich hingewiesen.

Österreich muß alles daransetzen, um die Verhandlungen mit der EWG weiterführen zu können. Nur dadurch kann ein befriedigendes Ergebnis erreicht werden, nur dadurch wird es möglich sein, Österreich in einer angemessenen Zeitspanne unter Berücksichtigung entsprechender Übergangsbestimmungen das Ziel erreichen zu lassen: einen Platz in der sich bildenden europäischen Großraumwirtschaft, der seiner politischen und wirtschaftlichen Stellung angemessen ist. Die Landwirtschaft wird alles in ihrer Macht Stehende tun, um dieses Ziel zu erreichen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Wallner: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Kreisky. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Kreisky (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Lediglich ein paar Bemerkungen zu dem, was der Herr Bundesminister gesagt hat, weil ja, glaube ich, nach der Geschäftsordnung in dem Augenblick die Debatte als wiedereröffnet gilt, wenn der Bundesminister gesprochen hat. Ich möchte mich aber nur, wie gesagt, auf das äußerste beschränken.

Ich bin mir nicht ganz klar, Herr Vizekanzler, über den Inhalt des EWG-Vertrages in der rein prozeduralen Seite. Ich habe aber in Erinnerung — das kann ich aber jetzt nicht mit Bestimmtheit sagen —, daß es zwar ein Veto gegen die Mitgliedschaft eines Landes geben kann, daß aber der Ministerrat mit Mehrheit — aber ich habe kein Amt zur Verfügung, um das verifizieren zu lassen — die Führung von Verhandlungen beschließen kann. Ich sage das nur, weil ich glaube, daß man eine Prüfung auch in dieser Richtung hin vornehmen müßte, weil ja dann das italienische Veto in einem anderen Licht erscheint. Wir sollen uns nicht täuschen; wir sind nämlich auf dem besten Wege, uns zu täuschen. Es geht nicht nur um das italienische Veto, sondern es gibt auch andere Einwände, die der Herr Vizekanzler ja andeutungsweise erwähnt hat.

Wenn ich sage, wir sollen uns nicht täuschen, so meine ich damit, daß wir um Gottes Willen nicht für die Aufgabe eines Vetos etwas zahlen sollen, was uns dann schon gar nichts bringt. Ich hoffe, man versteht, was ich hier meine, Herr Generalsekretär: Man soll nichts zahlen für etwas, was uns dann am Ende, wenn man es aufgibt, doch nicht weiterbringt. Man soll schon so nichts hergeben auf anderen Gebieten, die nicht damit vergleichbar sind. Aber man soll sich auch sonst nicht dazu veranlaßt fühlen. (Abg. Dr. Withalm: *Da bin ich ganz Ihrer Meinung!*) Eben. Ich wäre also der Meinung, man soll das auch noch in dieser Hinsicht prüfen.

Ich bin in der Frage des Übergangsvertrages ganz anderer Meinung als Sie, Herr Vizekanzler. Sie haben ja auch Ihre Meinung geändert. Früher haben Sie einmal erklärt — das steht ja schwarz auf weiß in dem Interview —, das ist ja alles ein Unsinn, da brauchen wir einen eigenen Vertrag und so weiter. Aber ich will über all diese Dinge heute nicht reden, weil wir ja nicht unsinnig Zeit verschwenden sollen, um über solche Sachen zu streiten.

Ich will nicht leugnen, daß Ihre Argumentation formal richtig ist, daß alles, was wir tun, im Einklang steht mit dem Artikel 24 des GATT. Das ist sicher formal richtig. Aber da sage ich: Wenn ich dem Ziel, über

das ich schon weitgehende Gespräche geführt habe, das jeder kennt, auf diesem Wege — das ist jetzt für Sie gemeint, Herr Kollege — nicht näherkomme, weil ich weiß, die Situation ist eben im Augenblick für Monate oder weiß ich wie lange verbaut, ich will aber ein bestimmtes Ziel erreichen, dann versuche ich es eben auf eine andere Art. Das ist üblich, und das sollte man jedenfalls mit großer Energie probieren. Wenn sich dann zeigt, es geht nicht, dann ist es halt nicht möglich gewesen.

Wogegen ich mich nur wehre, ist, daß wir uns von vornherein immer wieder selber in eine solche schlechte sogenannte Bargaining position, Verhandlungsposition, versetzen.

Wenn Sie, Herr Vizekanzler, sagen, daß es mit diesen Kontingenten nichts wäre, so bin ich absolut nicht Ihrer Meinung. Absolut nicht! Wir könnten sehr wohl in einem solchen Übergangsvertrag zum Beispiel auf dem Gebiete der Automobilzölle — darüber wird ja diskutiert werden, ich bin überzeugt, es wird in ein paar Monaten auch wieder anders sein — wesentliche Konzessionen einräumen, die so groß sein könnten, daß wir einige der wichtigsten österreichischen Exportartikel auf der anderen Seite als Gegenleistung unterbringen könnten, wobei die Herabsetzung der Zölle für Automobile eigentlich sogar eine generelle Zollherabsetzung sein könnte, denn wir sind ja als EFTA-Mitglied autonom in der Gestaltung unseres Außentarifs. Daß die EWG bei den Automobilen besondere Schwierigkeiten machen wird, verstehe ich nicht recht, denn bei Automobilen braucht man ja bekanntlich kein Ursprungszeugnis, weil ohnehin bei jeder Marke jeder weiß, woher sie kommt, wer sie erzeugt.

Hier gäbe es eine ganze Menge von Möglichkeiten, die ja wahrgenommen werden. Ich bin fest davon überzeugt, Herr Vizekanzler, wenn wir jetzt nicht weiterkommen — was ich nicht hoffe, vielleicht gibt es doch wieder einmal eine Chance —, wird uns ja wahrscheinlich, wenn das alles überhaupt zu einer Stagnation führt, gar nichts anderes übrigbleiben, als so zu verhandeln. Jedenfalls hat Ministerpräsident Pompidou nach seiner Rückkehr aus Wien eine Andeutung in dieser Richtung gemacht.

Ich will mich jetzt nicht auf zu viele Einzelheiten einlassen. Aber jetzt kommt ein Mißverständnis — es kann nur ein Mißverständnis sein —, das ich doch richtigstellen muß. Man kann der Sozialistischen Partei von Ihrem Standpunkt aus alles mögliche vorwerfen — das ist Ihr gutes Recht. Daß man uns aber vorwerfen könnte, daß wir uns

Dr. Kreisky

der Sowjetunion gegenüber besonders servil verhalten hätten, das kann man doch nicht der Partei gegenüber einwenden, der Ihr Parteiboss einmal den Vorwurf gemacht hat, daß sie den „russischen Bären zuviel in seinen Schwanz zwickt“. Wir haben uns auf diesem Gebiet nicht als zu willfährig erwiesen.

Ich sage, daß es einmal sehr wohl der Fall sein kann, daß man auf der drübere Seite der großen Demarkationslinie, die durch Europa geht und die Diktaturen von den Demokratien scheidet, erkennt, daß die EWG und die europäische Integration an sich nicht ein solches Instrument eines beutegierigen Imperialismus ist — wie man ja früher auch den Völkerbund lange Zeit als eine imperialistische Räuberhöhle bezeichnet und dann von sowjetischer Seite aus diesen Weg dorthin angetreten hat.

Was die Entspannung in Europa anlangt — ich meine jetzt nicht einen Zeitraum eines halben Jahrhunderts, sondern, deshalb habe ich ja die Jahreszahlen genannt, innerhalb von fünf und zehn Jahren —, so haben wir Erleichterungen und Verschärfungen erlebt. Ich will Verschärfungen gar nicht ausschließen, ich habe persönlich auch in der Richtung Bedenken. Aber man kann Entspannungen nicht ausschließen, das hängt ja ausschließlich von der deutschen Frage und ihrer Behandlung ab. Wenn eine solche Entspannung Platz greift, wird für Österreich der Augenblick gekommen sein, Herr Vizekanzler, ein sehr hohes Maß an europäischer Integration zu akzeptieren — nicht weil die Russen es uns erlauben, sondern weil wir in dieser Situation eine Reihe von Bedenken nicht haben müssen, die der neutrale Staat unter den gegenwärtigen Verhältnissen haben muß.

Es hat gar keinen Sinn, sich da Illusionen zu machen. Wir haben eine Reihe von außenpolitischen Handlungen nur setzen können, weil wir mit der allgemeinen Zustimmung aller in Betracht Kommenden rechnen mußten. Sosehr ich auch der Meinung bin, daß wir unsere eigene Politik machen müssen, haben wir uns doch bei der Beurteilung dessen, was möglich ist, vom gesunden Menschenverstand leiten zu lassen.

Der Herr Abgeordnete Leitner hat Professor Nemschak zitiert und das Wort von der Angst vor dem Wettbewerb erwähnt. Ich möchte dazu sagen, daß diese Angst vor dem Wettbewerb auf unserer Seite nicht besteht. Das müssen Sie mit einer ganz anderen Blickrichtung sagen, Herr Abgeordneter! (*Abg. Dr. Bassetti: Verstaatlichte Betriebe!*) Wir sind der Meinung, daß auch ohne EWG im Bereich des Wettbewerbs in Österreich

viel mehr geschehen könnte, vor allem im Bereich des Handels. Es ist ein Gebot politischer Klugheit, daß, wenn man sich davon überzeugt hat, daß etwas, was man unbedingt braucht, auf eine Art nicht erreicht werden kann, es eben auf eine andere Art probiert werden müßte! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Wallner: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Robert Graf. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Robert Graf (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie, Herr Abgeordneter Dr. Kreisky, eine kurze Replik auf einige Ihrer Ausführungen, auf die ersten Ausführungen und auch auf die zweiten.

Die Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei haben mit großem Interesse Ihren Bericht, soweit er England, Ihre Reise und auch Ihre Erklärungen im Zusammenhang mit EWG und England betroffen hat, verfolgt.

Hier muß sicherlich eine Unterscheidung — auch wenn Sie das negiert haben — zwischen der Haltung der Sozialisten im österreichischen Parlament und der Haltung der Sozialistischen Internationale — soweit sie in diesen Fragen von Österreich repräsentiert wird — in England und in Österreich stattfinden. Das eine hat uns sehr interessiert. Wir begrüßen dankbar Ihre halbe Zustimmung zu einem Zwischenruf des Dr. Mussil, daß Sie ja wohl ein Arrangement mit der EWG wollen. Sie sprachen es nicht aus, aber Sie haben uns erlaubt, daß wir uns das denken können. (*Abg. Doktor Kreisky: Ich habe es ausgesprochen! Ausdrücklich! Jetzt schon wieder!*) Wir sind sehr dankbar, und es hat uns außerordentlich beruhigt, weil wir glauben, daß nur eine gemeinsame Vorgangsweise zwischen Opposition und Regierungspartei die Dinge richtig in Fluß bringen kann. (*Beifall bei der ÖVP.*) Das, Herr Dr. Kreisky, haben Sie mitgebracht, und das haben wir als erfreulich registriert.

Ich möchte aber replizieren, und ich bitte, sich nicht allzusehr zu alterieren, daß ich auch das tue. Sie haben in der Endphase Ihrer ersten Ausführungen über die Anleihe und über die Haltung des Dr. Schmitz gesprochen. Ich brauche darauf nicht näher einzugehen, es liegt mir auch das stenographische Protokoll nicht vor, aber Sie wissen, was ich meine. Sosehr Sie gute Ideen zur EWG mitgebracht haben, sowenig haben Sie vom Mutterland der Demokratie etwas mitgebracht! Darf ich das sagen, obwohl ich ein ganz junger Politiker bin, aber dort kenne ich mich aus, weil ich dorthin Beziehungen habe. Ich gehe sehr weit hier:

Robert Graf

Herr Doktor! Selbst wenn Sie sachlich recht gehabt hätten oder recht hätten, wäre es im Mutterland der Demokratie niemals möglich, daß ein Politiker einer Oppositionspartei bei aller Härte des politischen Krieges — und Sie wissen genausogut wie ich, daß in England Replik und Duplik mit ungeheurer Härte und Präzision im Unterhaus rollen — die Kreditwürdigkeit des Landes und Handlungen anzweifelt oder in dieser Form im Parlament diskutiert, wie Sie es taten! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Hohes Haus! Es geht nicht um die Person des Dr. Schmitz! *(Abg. Weikhart: Der Finanzminister darf es tun?)* Wenn Sie, Herr Abgeordneter Weikhart, mir zugehört haben, ich habe gesagt: Selbst wenn Herr Abgeordneter Kreisky materiell recht hat, glaube ich nicht, daß es in England möglich wäre, daß ein Oppositionspolitiker derartige Dinge sagt. *(Abg. Horejs: Das glauben Sie ja nur!)* Nicht nur ich glaube es! Erzählen Sie Ihren Freunden in der Downing Street und in Chequers davon, die werden Ihnen sagen, daß es nicht möglich ist, daß dort so etwas geschieht. Es gibt eine Menge von Beweisen. *(Abg. Czettel: Kritisieren Sie lieber die Politik und nicht die Kritik an der Politik!)* Bitte mir nicht vorzuschreiben, was ich wann wo kritisiere! *(Abg. Libal: Sie kritisieren ja gerade!)* Ich werde mich nicht erfreuen, zu kritisieren, wenn Sie kritisieren, aber daß ich eine Meinung dazu habe, Herr Libal, daß ich eine Meinung zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Kreisky haben darf, das wird mir sogar der Herr Kreisky zugestehen. Warum denn nicht?

Ich glaube also nicht — und ich bin mit diesem Glauben nicht allein —, daß das in England möglich ist — auch bei einer harten Opposition. Nehmen Sie das zur Kenntnis! *(Abg. Dr. Hertha Firnberg: „Glauben“ Sie nicht! Informieren Sie sich!)* Gnädige Frau! Ich bin informiert über die Vorgänge im englischen Parlament. *(Abg. Dr. Hertha Firnberg: Das scheint nicht der Fall zu sein!)* Das haben Sie nicht allein gepachtet. Das ist allgemein bekannt. Verzeihen Sie mir! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Hohes Haus! Darf ich nur noch einige Bemerkungen machen. Herr Abgeordneter Dr. Kreisky, Sie sagten mit Recht — das hat Ihnen Herr Dr. Withalm ja durch einen Zwischenruf bestätigt; wir sind vollkommen Ihrer Meinung —, für ein Veto oder für die Entblockierung dieses Vetos nichts zu zahlen. Die Österreichische Volkspartei ist sehr wohl Ihrer Meinung: Wir werden für gar nichts etwas zahlen, weil wir nicht glauben, daß wir durch Gesten und Verneigungen etwas

erreichen. Entweder es wird deblockiert oder nicht, aber zahlen möchten wir dafür nichts.

Ich darf noch etwas sagen. Das Bestreben danach auszurichten, ob die Weltpolitik besser ist, ob die Sowjets geneigter sind oder nicht: Herr Dr. Kreisky, Sie haben moniert, daß man Ihnen damit unterstellen wollte, eine sehr freundliche, eine sehr servile Haltung zur Sowjetunion einzunehmen. Das wollte man Ihnen nicht. Wir glauben nur nicht, daß es gescheit ist, zu warten, ob die Russen A oder B sagen oder ob das irgendein anderes Land macht. Es hat sich prinzipiell nichts geändert. Wir wollen die Zollfreiheit unseres Warenverkehrs mit anderen in einem Vertrag sui generis hergestellt wissen, und darum ringen wir. Wenn es außenstehende Kräfte verhindern oder hintanhalten ... *(Abg. Doktor Kreisky: Darum geht es ja nicht!)* O ja, darum geht's! *(Abg. Dr. Kreisky: Ich habe ja von der politischen Integration gesprochen und nicht von der wirtschaftlichen!)* Herr Doktor! Es geht darum, eine brauchbare Möglichkeit, einen Vertrag sui generis zu schaffen, den auch Sie jetzt im Interesse unserer Wirtschaft bejahen; darum geht's. Und wenn — darf ich das jetzt sehr humoristisch sagen — Sie, Herr Doktor, zitiert haben, daß man sogar Ihrer Partei gesagt habe, Sie hätten den russischen Bären in den Schwanz gezwickt — ich weiß: „Readers Digest“ sagte das vom Herrn Minister Helmer ... *(Abg. Dr. Kreisky: Der Raab hat's gesagt!)* — Auch! Ja! Ich habe es nicht vom Ing. Raab gehört, damals kannte ich ihn noch nicht, ich las es. Aber sachlich besteht kein Unterschied. Nur muß ich sagen: Glauben Sie, daß es ein besonderes Zeichen von Tapferkeit ist, einen Bären in den Schwanz zu zwicken? Man reizt ihn nur. Wir müssen versuchen, ein sachliches Vernehmen herzustellen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Wir müssen versuchen, durch eine fortgesetzte, zielbewußte EWG-Politik — und ich wiederhole ... *(Abg. Lanc: Herr Graf! Für die Zukunft kündigen Sie Ihren Witz an, sonst lacht niemand! — Zwischenruf des Abg. Czettel.)* Schauen Sie, Herr Abgeordneter Lane, ob Sie über einen Witz oder über meine Ausführungen lachen oder nicht, ist mir völlig egal.

Ich darf schon zum Ende kommen und noch einmal sagen: Wir laden Sie — ich bitte Sie, das auch sehr ernst zu nehmen —, Herr Dr. Kreisky, ein — und Ihre Erklärungen, die Sie von England brachten, lassen uns hoffen, daß wir zueinander kommen —: Das Ziel ist eine EWG-Politik, die es uns ermöglicht, zollfrei mit den anderen Handel zu treiben, und bei diesem Ziel gibt es für uns keine Alternative: ein Ja zu den Ver-

Robert Graf

suchen, die Situation zu entschärfen, zu erleichtern, sofern sie nicht das Gesamtziel und dessen Erreichung tangieren! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident **Wallner**: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Vizekanzler Dr. Bock. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Vizekanzler Dr. **Bock**: Der Herr Abgeordnete Dr. Kreisky hat an mich die Frage gestellt, ob wir Auskunft darüber geben können, ob für die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit der Kommission in Brüssel ein Mehrheits- oder ein einstimmiger Beschluß erforderlich ist. Die bisherige Praxis der EWG, sowohl des Ministerrates wie der Kommission, ging ohne Ausnahme und eindeutig darauf hin, daß solche Verhandlungsbeschlüsse einstimmig gefaßt werden müssen. Aber selbst wenn es irgendwo im Rom-Vertrag oder in der Geschäftsordnung eine Bestimmung geben sollte, die hier vielleicht eine Ausnahme möglich macht, bin ich im Augenblick nicht sicher, ob es sinnvoll wäre, einen Mehrheitsbeschluß zu provozieren. Jedenfalls die bisherige Praxis schließt das sogar aus.

Ich möchte auch ein paar von mir erwartete Worte zu den Autozöllen sagen, Herr Dr. Kreisky! Wir hätten die Senkung der Autozölle in der Kennedy-Runde angeboten, wenn die EWG in der Lage oder bereit gewesen wäre, uns dafür gleichwertige Gegenkonzessionen einzuräumen. Das war in der Kennedy-Runde nicht der Fall. Daher ist eine Zollsenkung dort nicht erfolgt, womit ich nur illustrieren will, daß in jedem künftigen Fall selbstverständlich das Gegenseitigkeitsprinzip gewahrt werden muß.

Hohes Haus! Mir ist vor einer halben Stunde ein Telegramm aus Brüssel auf den Tisch gelegt worden, das ich dem Hohen Haus — wenigstens auszugsweise — vermitteln möchte, weil es uns beweist, daß das Festhalten Österreichs an seinem Integrationsprogramm nicht überall — auch jetzt nicht überall — auf taube Ohren stößt. In der gestrigen Sitzung des Europäischen Parlaments, und zwar des Politischen Ausschusses des Europäischen Parlaments in Brüssel, wurde ein Berichterstatter bestellt, der einen Bericht auszuarbeiten hat, in dem folgende Punkte enthalten sein sollen:

die Beziehungen Österreichs zur Gemeinschaft in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht;

der gegenwärtige Stand der Verhandlungen;

die wichtigsten in den Verhandlungen aufgetretenen Probleme unter besonderer Berücksichtigung der neutralitätsrechtlichen und neutralitätspolitischen Fragen;

die Möglichkeiten für die Wiederaufnahme der Verhandlungen;

die langfristigen Aspekte der Beziehungen Österreichs zur europäischen Integration.

Ich glaube, daß allein die Tatsache eines solchen Beschlusses des Politischen Ausschusses des Europäischen Parlaments erwarten läßt, daß wir in absehbarer Zeit wieder einen Schritt weiterkommen. Danke schön. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident **Wallner**: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Scrinzi. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Scrinzi** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Doktor Kreisky hat früher die konsequente Haltung, die er und seine Partei in der gegenständlichen Frage hier im Hohen Haus immer eingenommen hätten, verteidigt und unter Beweis zu stellen versucht.

Wenn auch die Klärung der Vorgeschichte der jetzigen Situation vielleicht nicht die Lösung für die Gegenwart beinhaltet, so scheint es mir doch wichtig, darauf hinzuweisen, daß leider diese Konsequenz, die Herr Doktor Kreisky behauptet hat, weder von ihm noch von seiner Partei in dieser Frage in den abgelaufenen zehn Jahren eingenommen wurde.

Wenn man nämlich das, was Herr Doktor Kreisky zu dem Thema geäußert hat — sei es als Minister, sei es als Abgeordneter —, auf seinen Gehalt analysiert, so war es immer ein „auch — auch“, ein „grundsätzlich ja“, aber „prinzipiell nein“; dies ließe sich durch eine ganze Reihe von Zitaten aus den stenographischen Protokollen unter Beweis stellen. Für einige Fälle möchte ich das dann vornehmen.

Es war schon Inkonsequenz, bei der Begründung des österreichischen EFTA-Beitritts festzustellen — und zwar sowohl hinsichtlich der positiven Aussagen, die diesen Beitritt als zweckmäßig, notwendig, nützlich erscheinen ließen, wie auch zur Ausräumung von Bedenken, die es auch in dieser Richtung sowohl in wirtschaftlicher wie auch in politischer, unter Umständen auch in neutralitätspolitischer Beziehung gegeben hat —, es gebe keine Bedenken, daß in der EFTA England als Mitglied teilnahm, das ja auch ein NATO-Staat war und ist, während man umgekehrt sehr lautstark immer wieder damit argumentierte, daß der EWG-Beitritt des neutralen Österreich deshalb nicht möglich sei, weil es sich hier im wesentlichen um den militärisch definierten NATO-Block handle. Es wurden

Dr. Scrinzi

dann von sozialistischer Seite auch Bedenken geltend gemacht, welche die statutenmäßige Verfassung der EWG als bedenklich ins Treffen führten.

Man hat also jeweils jene Argumente herangezogen, die gerade dienlich schienen, um die grundsätzliche Ablehnung dieses freien europäischen Marktes und eines österreichischen Beitritts zu begründen.

Die Entwicklung der EFTA hat insbesondere auch ein sozialistisches Argument widerlegt, das häufig ins Treffen geführt wurde, nämlich das bekannte Brückenschlag-Argument oder das Argument, wie es auch der Herr Abgeordnete Dr. Kreisky hier formuliert hat, daß die EFTA als eine Verhandlungsorganisation gedacht sei, um die gesamteuropäische Integration herbeizuführen.

Es ist sowohl in den Äußerungen des Herrn Dr. Kreisky als auch in den Äußerungen des außenpolitischen Sprechers der SPÖ, des Abgeordneten Czernetz, nachzuweisen, daß es im Grunde politische Argumente waren, die offensichtlich die Haltung der Sozialistischen Partei bewirkt haben.

Wenn heute in sehr geschickter Weise formuliert wurde, daß ein Fortschreiten der Entspannungspolitik die Lösung der politischen Fragen, die im Zusammenhang mit dem österreichischen EWG-Beitritt oder der Assoziierung allenfalls entstehen werden, bringen werde, muß ich noch einmal davor warnen und sagen: Das ist doch nicht die Entwicklung, auf die wir uns verlassen können und die wir abwarten wollen, denn das werden wir offensichtlich wirtschaftlich nicht verkraften.

Gerade gegenwärtig sind wir in Europa in einer Entwicklungsphase, die man doch nicht als eine Phase der zunehmenden Entspannung bezeichnen kann. Gerade die Ereignisse der letzten zwei bis drei Wochen mit der hektischen Aktivität des Ostblocks zeigen, daß von einem Fortschreiten der Entspannung keine Rede sein kann. Es hat auch Sowjetrußland gerade in der letzten Phase der EWG-Entwicklung seine Haltung wieder geändert, seine Argumentation wiederum in das Gegenteil verkehrt. Es gab durchaus Zeiten, in denen auch Sowjetrußland der Auffassung war, die EWG sei eine Institution, geeignet und geschaffen, den Graben zwischen Ost und West in Europa zu verkleinern. Je nach der Lage wurde das Argument dann wieder in das Gegenteil verkehrt, und man meinte eben, die EWG sei jene Institution, welche es geradezu darauf abgestellt habe, das westliche Europa im Dienste des amerikanischen Imperialismus zu isolieren.

Ich glaube also, man sollte sich politisch nicht allzu sehr an dem sowjetrussischen Stim-

mungsbarometer orientieren, sondern einfach vom Standpunkt der österreichischen Notwendigkeit mit mehr Konsequenz als bisher versuchen, unsere Interessen in Brüssel wirksamer als bisher zu vertreten.

Darf ich zum Behuf dessen zum Beispiel zitieren, was Herr Dr. Kreisky bei der Debatte über den Bericht des Beitritts Österreichs zur EFTA im November 1959 hier im Hause geäußert hat, als wir auf die möglichen Konsequenzen, die die Schaffung dieser Organisation für Österreich haben könnte, warnend hingewiesen haben. Da hat sich Kreisky ausdrücklich auf den Standpunkt gestellt, den damals auch Bundeskanzler Raab eingenommen hat. Raab hat auf die staatspolitischen Verpflichtungen, die sich aus dem Staatsvertrag ergeben, hingewiesen und gemeint, gerade daraus ergebe sich die Notwendigkeit Österreichs, sich der Freihandelszone anzuschließen. Kreisky hat damals gemeint: Im Hinblick auf seine Verpflichtungen ist es für Österreich staatspolitisch richtiger, der Freihandelszone beizutreten. Gerade diesem Satz stimme er vollinhaltlich bei und möchte ihn besonders unterstreichen.

Er hat aber dann — und darin liegt ja die Inkonsistenz, die wir ihm vorwerfen — am Ende der gleichen Rede gesagt: „Ich glaube, daß die österreichische Wirtschaft gegenwärtig die Kraft besitzt, die sie in die Lage versetzen wird, nicht nur ein vollgültiges Mitglied der europäischen wirtschaftlichen Integration zu sein, sondern daß sie auch in der Lage sein wird, sich plötzlich ergebende Probleme erfolgreich zu meistern.“

Inzwischen hat sich doch offensichtlich unmißverständlich gezeigt, daß wir nicht in der Lage sind, diese Probleme ohneweiters und erfolgreich zu meistern, ja daß wir sehr viel weniger mit den Schwierigkeiten fertig werden, die sich schon damals für jeden aufmerksamen Beobachter der Entwicklung der Wirtschaftsstruktur in Österreich angekündigt haben.

Es stellt sich bei genauem Zusehen doch heraus, daß man seinerzeit, als man das Neutralitätsgesetz hier im Haus beschlossen hat, die wirtschaftlichen Konsequenzen entweder nicht bedacht oder sie gewußt und der österreichischen Öffentlichkeit falsch und unrichtig dargestellt hat. Darum glaube ich, ist es notwendig, daß hier im Hause auch von der Regierungspartei einmal ein klarer und einheitlicher Standpunkt eingenommen wird und daß vor allem der Satz ausgeräumt wird, der heute schon zitiert wurde, der Satz von „arm, aber neutral“. Denn das hängt noch immer irgendwie in der Luft. Es muß unmißverständlich der österreichischen

Dr. Scrinzi

Öffentlichkeit gesagt werden, daß Neutralität und Armut oder Wohlstand keineswegs einander ausschließen oder bedingen, daß wir also unsere wirtschaftliche Freiheit in jeder Richtung wahren können und unsere freiwillige Neutralität, deren Freiwilligkeit ja die beiden Koalitionsparteien damals im Hause betont haben, selber auslegen wollen und daß wir daher ganz unmißverständlich den sowjetrussischen Anspruch, sich hier eine Auslegung zu arrogieren, zurückweisen müssen.

Es wäre sehr wünschenswert, wenn wir diese politischen Voraussetzungen zur EWG wirklich einvernehmlich einmal abklären würden, denn die dann sich ergebenden Schwierigkeiten, die in den meritatorischen Beziehungen, die wir schaffen müssen, auftreten, sind noch groß genug, um uns wahrscheinlich auf Jahre hinaus Sorgen zu machen.

Wohl aber sind wir Freiheitlichen nach wie vor davon überzeugt, daß wir, wenn wir, als es um den österreichischen Beitritt zur EWG ging, die Sache Österreichs mit so viel Verve, mit so viel Begeisterung vertreten hätten, wie etwa jetzt von österreichischen Abgeordneten die Sache Englands vertreten wird, wirklich schon einen entscheidenden Schritt weiter sein könnten. *(Beifall bei der FPÖ. — Abg. Guggenberger: Sind Sie krank, Herr Kollege, weil Sie schon aufhören? — Abg. Peter: Er kann ja noch einmal hinausgehen und Sie krank reden! — Heiterkeit. — Ruf bei der ÖVP: Es genügt, wenn er einmal da war!)*

Präsident Wallner: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Krempl. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Krempl (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte der Wichtigkeit der Integrationsdebatte keinen Abbruch tun, wenn ich Ihre Aufmerksamkeit auf ein anderes Problem, das in diesem Kapitel behandelt wird, nämlich auf das Problem der Energiepolitik lenke.

Nachdem der Bischof von Graz, Dr. Josef Schoiswohl, in die Grube von Fohnsdorf eingefahren war, sandte er einen Brief an alle Regierungsstellen. Was man ihm, dem Bischof, über die Rentabilität der Kohlenbergwerke berichtet hat, möchte ich hier nicht erwähnen. Wir stimmen aber mit ihm überein, wenn er in seinem Brief zum Ausdruck bringt, daß der Kohlenbergbau zu den Sorgenkindern der Regierung und der gesamten verstaatlichten Industrie gehört. Wir wissen auch, daß die Kohle — darin sind wir auch mit ihm einer Meinung — einer der verlässlichsten Energieträger für Österreich ist.

Es gebührt dem Bischof nicht nur der Dank dafür, daß er in die tiefste Kohlengrube von Mitteleuropa eingefahren ist und sich an Ort und Stelle über die Härte der Arbeit überzeugt hat; wir danken ihm auch dafür, daß er die Konsequenzen aus diesem Besuch gezogen und in einem Brief an die Regierung seine Eindrücke geschildert hat.

Zur Kohle haben wir, die Österreichische Volkspartei, jedes Jahr hier Stellung genommen. Wir haben die Schwierigkeiten im Rahmen der Energieträger aufgezeigt, die bis heute nicht geringer geworden sind, und wir haben immer wieder betont, daß nicht nur Österreich mit diesen Problemen zu kämpfen hat. Das Vordringen anderer Energieträger — vor allem Erdöl und Erdgas — führte in den letzten Jahren zu einem stetigen Rückgang des Kohlenabsatzes. Die Verdrängung der Kohle durch andere Brennstoffe wird anhalten, eine ausreichende atomare Energiequelle wird eine neue Problematik bringen.

In allen Ländern mit Kohlenproduktion stehen die Regierungen vor derselben Situation wie Österreich, mit allen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. In Westdeutschland will man den gesamten Steinkohlenbergbau in einer Betriebsgesellschaft zusammenfassen. Die Produktion solle sich auf die leistungsfähigsten Zechen so verteilen, daß alle ihre volle Kapazität ausnützen können.

Die Förderung des österreichischen Braunkohlenbergbaues ging in den letzten Jahren zwar langsam, aber stetig zurück. Im ersten Halbjahr 1967 wurde mit 2 Millionen Tonnen die bisher niedrigste Gesamtförderung verzeichnet — im ersten Halbjahr 1966 waren es noch zirka 2,5 Millionen Tonnen —, und trotzdem sind die Halden auf 2,8 Millionen Tonnen angewachsen.

Der schwierigen Situation im Kohlenbergbau Rechnung tragend, hat der Ministerrat am 6. Juni 1967 dem Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen aufgetragen, die ÖIG aufzufordern, einen Plan für die Kohlenförderung vorzulegen. Die ÖIG hat am 27. Oktober 1967 ihre Stellungnahme zu diesem Ministerratsbeschluß vorgelegt. Diese ist jedoch durch die tragische Brandkatastrophe vom 1. November in Wolkersdorf im Kohlenbergbau der LAKOG überholt, weil sich dadurch die Situation völlig geändert hat.

Die ÖIG wurde deshalb auf Grund des Ministerratsbeschlusses vom 7. November 1967 aufgefordert, einen neuen Bericht zu erstellen, welcher der neuen Situation angepaßt sein soll. Inzwischen wurde der Bericht der Geschäftsführung der LAKOG vorgelegt und

6608

Nationalrat XI. GP. — 81. Sitzung — 14. Dezember 1967

Krempel

in einer Sitzung des Energie-Ministerkomitees unter dem Vorsitz des Herrn Vizekanzlers Dr. Bock behandelt. An dieser Sitzung, die am 1. Dezember stattfand, nahmen auch der Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen, der Bundesminister für Finanzen und die Frau Sozialminister teil. Später wurde auch der Obmann der Gewerkschaft der Metall- und Bergarbeiter, Abgeordneter Sekanina, beigezogen.

Am 1. November um 7 Uhr früh, meine Damen und Herren, ist in etwa 500 m Tiefe der Brand ausgebrochen. Die Arbeiter und Angestellten begannen sofort mit der Brandbekämpfung. Die Grubenwehren von Wolkersdorf und ab 12 Uhr auch die von Fohnsdorf haben in übermenschlichen Anstrengungen und unter Einsatz ihres eigenen Lebens versucht, die vom Feuer eingeschlossenen Bergleute zu retten. Fünf von den Bergleuten fanden den Tod — Frauen und Kinder trauern um ihre Gatten und um ihre Väter.

Es ist unsere Pflicht, die Pflicht des Hohen Hauses, nicht nur den Männern der Grubenwehren höchstes Lob und größten Dank auszusprechen, sondern auch in tiefster Trauer der Männer zu gedenken, die in treuer Pflichterfüllung in der Grube den Tod fanden.

Um des Schicksals der Hinterbliebenen willen steht es außer Zweifel, daß die Regierung für eine menschliche und sozial gerechte Lösung der Probleme im Lavanttal Sorge zu tragen hat. Es haben auch von der Regierung Sofortmaßnahmen eingesetzt. So hat zum Beispiel Frau Sozialminister Rehor 6 Millionen Schilling aufgebracht und zur Verfügung gestellt, damit unter anderem auch die Löhne und Gehälter ausbezahlt werden können, die nicht geringer sind als die normalen Löhne und Gehälter.

Wolkersdorf war auf Grund der besonderen Verhältnisse immer in einer schwierigen finanziellen Lage. Es ist klar, daß sich die finanziellen Schwierigkeiten durch die Brandkatastrophe noch erheblich verschärft haben. Die technisch gewinnbare aufgeschlossene Kohlensubstanz hat sich auf zirka 1 Million Tonnen verringert. Das unterste Flöz wurde durch den Brand in Mitleidenschaft gezogen, sodaß es nicht mehr in Betrieb genommen werden kann.

In dieser Situation hat die LAKOG nach der Katastrophe zwei Varianten für die Zukunft des Unternehmens ausgearbeitet. Variante 1: die Stilllegung des gesamten Betriebes; Variante 2: die Weiterführung mit beschränkter Produktion. Welche der beiden Varianten in Frage kommt, wird auf dem Verhandlungsweg gelöst werden.

Ich glaube, sehr geehrter Herr Vizekanzler, daß sich die Regierung mit dieser Frage sehr beschäftigen wird. Ich bin auch der Meinung, daß diese Frage sicherlich im Einvernehmen mit den zuständigen Stellen des Gewerkschaftsbundes gelöst werden kann. Ich möchte, Herr Vizekanzler, fragen, wieweit nun die Verhandlungen, was die LAKOG betrifft, fortgeschritten sind und in welcher Zeit hier eine endgültige Lösung erwartet werden kann.

Bundeskanzler Klaus beantwortete am 19. November 1967 eine Anfrage des Abgeordneten Eberhard über die Situation im Lavanttal dahin gehend, daß sich die Bundesregierung schon längere Zeit vor der Katastrophe um die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen bemüht hat. Bisher, so lautete die Antwort des Herrn Kanzlers, konnten im Bereich der LAKOG 5 Projekte mit 390 Arbeitsplätzen realisiert werden. Vorhaben für 900 Arbeitsplätze liegen vor und werden derzeit beschleunigt behandelt. Es werden Mittel aus dem ERP-Fonds für diese Zwecke zur Verfügung gestellt. 29 Projekte werden konkret bearbeitet und untersucht und beschleunigt abgeschlossen.

Ich kann diese Ziffern nur bestätigen. Es handelt sich im einzelnen um eine Werkzeugfabrik, eine Textildruckmaschinenfabrik, ein Baustoffunternehmen, eine Baufertigteilfabrik und ein Unternehmen, das Holz- und Aluminiumfenster erzeugt. Die Betriebe liegen in der unmittelbaren Umgebung und im unmittelbaren Bereich von St. Stefan, und zwar in St. Paul, das zirka 14 km entfernt ist, in Mittlern, das zirka 40 km entfernt ist, in Maria Rojach, in einer Entfernung von 10 km, in St. Leonhard, in einer Entfernung von 13 km, und schließlich in Klagenfurt, das am weitesten entfernt ist, nämlich 60 km. Das Unternehmen in Klagenfurt stellt einen Werksautobus zur Verfügung, um die Zubringung der Bergarbeiter zu beschleunigen. Drei Projekte sind Betriebsneuerrichtungen, zwei Projekte sind Erweiterungen.

Diese Betriebe haben bisher 131 Arbeitnehmern aus dem Bergbauggebiet neue Arbeitsplätze geboten und sind bereit, über 150 Beschäftigte aus dem Bergbauggebiet zusätzlich aufzunehmen (*Ruf bei der SPÖ: Wer erzählt Ihnen denn das?*), obwohl sich diese Betriebe teilweise erst in der Anlaufphase befinden. (*Abg. Lukas: Nennen Sie die Betriebe!*) Habe ich gerade genannt, Herr Kollege, Sie müssen besser aufpassen! (*Abg. Pansi: Nur die Zahlen haben Sie genannt!*) Das sind Tatsachen, meine Damen und Herren, die jederzeit an Ort und Stelle überprüfbar sind! (*Ruf bei der SPÖ: Sagen Sie doch, wie die Betriebe heißen! — Weitere Zwischenrufe.*)

Krempl

Ja, meine Herren, da sind Sie zuwenig informiert. Ich werde in meinen Ausführungen noch darauf zurückkommen. Hören Sie mir zu, meine Kollegen! (*Abg. Lukas: Nennen Sie die Betriebe! — Abg. Pansi: Sie haben nur die Zahl genannt! — Weitere Zwischenrufe bei SPÖ und ÖVP. — Präsident Wallner gibt das Glockenzeichen.*)

Es handelt sich bei diesen Arbeitsplätzen um moderne, konkurrenzfähige Betriebe, die maßgeblich zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur im Kohlengebiet beigetragen haben, und um Branchen, die den Bergarbeitern nach der vom Bund geförderten Umschulung annähernd gleich hohe, teilweise sogar höhere Löhne als in der Grube bieten. (*Abg. Lukas: Nennen Sie doch Namen! — Abg. Altenburger: Fünf Namen hat er gerade genannt! — Abg. Lukas: Orte, aber keine Betriebe!*) Ich habe fünf Betriebe genannt, und ich habe Ihnen auch gesagt, in welchen Orten diese Betriebe liegen. Ich möchte, Herr Kollege, jetzt nicht in den Jargon des Kollegen Ulbrich verfallen. (*Beifall bei der ÖVP. — Ruf bei der SPÖ: Diese Antwort paßt überhaupt nicht hierher! — Weitere Zwischenrufe.*) Ich kann es wirklich nicht sagen, aber vielleicht erkundigen Sie sich, was einmal der Kollege Ulbrich von unseren Kollegen gesagt hat. (*Abg. Lukas: Geben Sie uns eine Antwort! — Abg. Ofenböck: Er kann ja den Jargon Lukas übernehmen! — Präsident Wallner gibt das Glockenzeichen. — Ruf bei der SPÖ: Immer nur reden und nichts wissen!*) Sie wissen ja, worum es geht.

Meine Damen und Herren, die Diskussion, die Sie hier heraufbeschwören wollen, kann ja wirklich nur darauf beruhen, daß Sie sich in dieser Sache nicht auskennen. Sie wollen lediglich eines: Sie wollen hier im Hause polemisieren, Sie wollen Fehler aufzeigen. Aber Sie müssen selber einmal hingehen und nachschauen, ob die Angaben stimmen, die ich Ihnen hier gegeben habe. Dann werden Sie sich überzeugen können, daß die Angaben richtig sind. Mehr kann ich Ihnen wirklich nicht sagen. (*Ruf bei der SPÖ: Jetzt erzählen Sie hier einen Unsinn, den Sie selbst nicht glauben! — Abg. Pansi: Sie stellen Behauptungen auf, die hint und vorn nicht stimmen! — Präsident Wallner gibt erneut das Glockenzeichen.*)

Ich kann Ihnen noch mehr bieten. Die 390 Arbeitsplätze, die diese finanzierten Projekte bieten werden, beziehen sich auf den Endausbau. Gerade der Endausbau muß berücksichtigt werden, weil man doch schließlich und endlich die Größe der Hallen, die Anzahl der Maschinen, mit einem Wort überhaupt den Umfang des ganzen Investitionsvorhabens miteinbeziehen muß.

210 von den 390 Arbeitsplätzen sind für Bergarbeiter geeignet. Bis zum Grubenunglück waren im Bereich der LAKOG keine Bergarbeiter als Arbeitssuchende gemeldet, und es bestand die Schwierigkeit, den neuen oder erweiterten Betrieben entsprechendes Personal zu vermitteln. Aber auch derzeit besteht die Schwierigkeit, daß zwar die Freisetzung von Arbeitsplätzen geplant ist, aber noch keine Namenslisten vorliegen. Eine zielgerechte Umschulung der Bergarbeiter muß aber individuell gestaltet werden, das heißt, auf die bisherige Ausbildung, auf die Fähigkeiten und das Interesse des einzelnen Bergmannes Bedacht nehmen. Daher wurde von seiten der Bundesregierung und vor allem des Arbeitskomitees alles veranlaßt, um eine erfolgreiche, auch den individuellen Wünschen der Bergarbeiter Rechnung tragende Umschulung zu ermöglichen. (*Abg. Ing. Häuser: Mit welchen Mitteln?*) Mit ERP-Krediten, Herr Kollege — das habe ich erwähnt —, werden diese neuen Arbeitsplätze geschaffen, wurden sie schon geschaffen. (*Abg. Pay: Wissen Sie, wie schwer diese Mittel gewährt werden?*) Ich kann nicht für jene Kollegen, die mir nicht zuhören, immer wieder von vorne anfangen; entschuldigen Sie vielmals. (*Abg. Pansi: Wer hat Ihnen das alles aufgeschrieben? — Abg. Altenburger: Wieviel Mittel hat Ihnen die Regierung Kärntens gegeben?*)

Darf ich Ihnen folgendes noch sagen: Die Besprechungen, die Staatssekretär Dr. Koren in Kärnten geführt hat, sind im Einvernehmen mit dem Landeshauptmann Sima geführt worden. Die Kollegen aus Kärnten mögen sich doch beim Landeshauptmann Sima erkundigen, ob die Angaben, die ich hier gemacht habe, stimmen oder nicht stimmen. (*Abg. Lukas: Wir sind vollkommen informiert!*) Es tut mir wirklich leid, daß Sie sich nicht besser darüber informieren. Auch der Vertreter aus Kärnten, der in diesem Arbeitskomitee drinnen ist, bestätigt diese Ziffern, die ich Ihnen eben angegeben habe. (*Ruf bei der SPÖ: Wer ist denn das?*) Erkundigen Sie sich selbst darüber. (*Abg. Lukas: Das ist alles nur eine Plauderei! Das ist ja keine Antwort von Ihnen!*) Ich habe Ihnen doch schon genug Antwort gegeben. Hören Sie doch genau zu. (*Abg. Lukas: Sie haben keine Namen genannt! — Präsident Wallner gibt das Glockenzeichen.*) In der 8. Sitzung des Arbeitskomitees zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen wurde dem Vorhaben im Gebiete der LAKOG einstimmig Priorität zuerkannt und auch die Vorbesprechungen ... (*Weitere andauernde Zwischenrufe. — Abg. Lukas: Fahren wir gemeinsam hin, Altenburger!*)

Präsident Wallner: Ich bitte um Ruhe!

Abgeordneter Krempl (fortsetzend): Gehen Sie nach Leonhard und St. Paul und überzeugen Sie sich. Aber mir scheint's, ihr kennt euch in euren eigenen Bereichen nicht aus. Das ist das G'frett. (*Abg. Altenburger: Drei neue Betriebe, die anderen sind erweitert worden! — Weitere heftige Rufe und Gegenrufe. — Abg. Pansi: Ich war erst vorige Woche dort!*) Ich war selber schon drinnen, Herr Kollege, ich habe es mir angesehen. Aber Sie waren als Kärntner noch nicht dort, das ist der Fehler. (*Ruf bei der SPÖ: Er kennt diese Orte nur von der Landkarte aus! — Abg. Guggenberger: Sie können doch nicht die Taten, die für Kärnten kommen, so diskriminieren! — Abg. Lukas: Hinter diesen Ausführungen können nicht einmal Sie stehen, Guggenberger! — Präsident Wallner gibt das Glockenzeichen.*) Meine Kollegen sind darüber informiert worden, was im Bereich der LAKOG gearbeitet wird. Aber Sie sind nicht informiert. Es tut Ihnen anscheinend leid, daß die Regierung initiativ ist, daß sie etwas auf die Beine gestellt hat und daß Sie hier keine Möglichkeit haben zu kritisieren. Sie polemisieren ja nur, Sie können ja nicht kritisieren. (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP. — Abg. Pansi: Die Bundesregierung hat gar nichts auf die Beine gestellt!*) Sie polemisieren, denn ich habe Ihnen die Information gegeben. (*Weitere heftige Zwischenrufe. — Präsident Wallner gibt das Glockenzeichen. — Abg. Altenburger: Was habt denn ihr bereitgestellt, Kollege Pansi? Null Komma Null!*)

Präsident Wallner: Ich bitte, von den Zwischenrufen abzusehen, es kann sich jeder zum Wort melden!

Abgeordneter Krempl (fortsetzend): Es wurde auch im Rahmen des Arbeitskomitees überprüft, wieweit Möglichkeiten bestehen, öffentliche Bauten in das Gebiet des Lavanttales zu verlegen, und es wurden von den zuständigen Ressorts Vorschläge vorgelegt, durch welche 100 bis 200 Bergarbeiter in zusätzlichen Bauvorhaben untergebracht werden können. (*Abg. Fröhbauer: Wieviel haben Sie schon vermittelt, Herr Kollege Krempl?*)

Sehen Sie, jetzt muß ich wieder etwas sagen: Vor der Katastrophe hat sich kein Bergarbeiter zur Verfügung gestellt; das habe ich bereits erklärt. Nach der Katastrophe war bis jetzt auch noch keine Namensliste zu bekommen, das habe ich auch bereits erklärt, Herr Kollege. (*Abg. Konir: Das Protokoll schicken wir ins Lavanttal!*) Liegt es also vielleicht doch im Bereich der Kärntner und des Landeshauptmannes von Kärnten,

hier auch etwas mitzuhelfen und auch etwas agil zu werden und nicht zu sagen: Die Bundesregierung wird es schon schaukeln, sie wird es schon machen! (*Abg. Pansi: Herr Kollege Krempl, reden Sie doch nicht so demagogisch!*) Also ein bißchen mithelfen und nicht polemisieren wäre vielleicht etwas besser. (*Abg. Lukas: Sie sind ein Vorgeschickter!*)

Eine vorläufige Erhebung des Bundesministeriums für soziale Verwaltung ergab, daß rund 100 Bergarbeiter in der ersten Freisetzungphase einen Anspruch auf die neugeschaffenen Sonderunterstützungen haben würden. Weiters zeigte sich, daß zwei der fünf bisher finanzierten Projekte gegebenenfalls in der Lage wären, über die Auflageziffer hinaus Bergarbeiter einzustellen beziehungsweise ein zweites Projekt durchzuführen. Dem Vertreter Kärntens wurde ein Überblick über die neugeschaffenen Arbeitsplätze gegeben. Er bestätigte die bereits angeführten Ziffern, ich möchte das ausdrücklich noch einmal wiederholen.

Die bisherigen Bemühungen der Bundesregierung im Bereiche der LAKOG haben ihre Hauptaufgabe in der Realisierung einer erfolgreichen, wachstumsorientierten Regionalpolitik gesehen, und die Bundesregierung hat auch, wie Sie aus meinem Bericht ersehen können, alle Maßnahmen zur Weiterführung einer erfolgreichen Strukturpolitik für dieses Gebiet ergriffen.

Ich bitte das Hohe Haus um Entschuldigung, daß ich gerade über den Bereich der LAKOG so eingehend berichtet habe, aber die Polemik in den Tageszeitungen und die Polemik der Opposition, die wir ja heute wieder vernommen haben, zwangen mich dazu, so ausführlich zu berichten und dem Hohen Haus vor allen Dingen mit konkreten Zahlen aufzuwarten, um ein für allemal dieser Polemik die Spitze abzubrechen. Denn schließlich und endlich hat die Öffentlichkeit ein Recht darauf, durch uns, durch die Bundesregierung genauestens über den Stand der Dinge und über die Situation informiert zu werden; sie soll sich nicht auf das verlassen müssen, was in der gegnerischen Presse an Polemik produziert wird. (*Abg. Pansi: Die Bergarbeiter werden Ihnen schon die richtige Antwort geben!*) Ihnen vielleicht aber auch, weil Sie nicht richtig informiert sind, Herr Kollege! (*Beifall bei der ÖVP. — Zwischenrufe der Abg. Haas und Steininger.*) Vielleicht würden gerade Sie, die Sie immer glauben, die Vertretung der Interessen der Arbeitnehmer für sich allein gepachtet zu haben, gut daran tun, hier etwas leiser zu sein und nicht so laut zu schreien. Das wäre besser!

Krempel

(*Abg. Weikhart: Bitte sich dabei auch nach rechts zu wenden! — Abg. Konir: Das Leise-Schreien ist noch nicht erfunden!*)

Besondere Sorge, meine Damen und Herren, bereitet uns auch die Grube in Fohnsdorf, die der ÖAMG derzeit jährlich einen Betriebsverlust von etwa 80 Millionen Schilling verursacht. (*Abg. Pay: „Zusperren“ habt ihr verlangt!*) Auch hier sind dringende Maßnahmen notwendig. Der Aufsichtsrat der Alpine hat sich daher entschlossen, eine Umgestaltung der Konzernstruktur ab 1. Jänner 1968 so durchzuführen, daß Fohnsdorf aus der Alpine herausgenommen und in die Graz-Köflacher eingegliedert wird. Die GKB ist eine Tochtergesellschaft der Alpine. Mit diesem Schritt, mit dieser Maßnahme wird die Struktur des Alpinekonzerns insofern bereinigt, als die gesamten Kohlenbergbaue in eine Tochtergesellschaft, nämlich die GKB, konzentriert werden, während sich die Alpine selbst in ihrer vertikalen Gliederung vom Erz bis zu den Fertigerzeugnissen allein auf den Stahlsektor konzentriert. Durch diese Maßnahme wird die Alpine-Bilanz bereinigt, wovon man eine erhebliche Förderung der Konzerninteressen erwarten kann. Die GKB wird die bisherigen Dienstverhältnisse — und darauf haben wir ganz besonderen Wert gelegt — fortsetzen, sodaß den Dienstnehmern alle aus der Dienstzeit bei der Alpine beruhenden Ansprüche, wie Kündigungsfrist, Abfertigung, Pensionszuschuß, Urlaub und so weiter, gewahrt bleiben. (*Abg. Pay: Soll man ihnen das vielleicht nehmen?*)

Ich darf schließlich und endlich, Hohes Haus, noch darauf hinweisen, daß die GKB der wirtschaftlich beste Kohlenbergbau der verstaatlichten Industrie ist. Er weist derzeit einen Gewinn von etwa 40 Millionen Schilling jährlich aus. Natürlich können damit die Verluste von Fohnsdorf nicht abgedeckt werden, doch es besteht die Möglichkeit der Gewährung von Beihilfen aus der Bergbauförderung.

Der einzige verstaatlichte Kohlenbergbaubetrieb, der ab 1. Jänner 1968 nicht zum Bereich der GKB gehört, ist die Wolfsegg-Traunthaler Kohlenwerks AG. Die WTK konnte in letzter Zeit durch eine verhältnismäßig starke Senkung des Personalaufwandes die Wirtschaftlichkeit ihrer Leistung wesentlich verbessern. Auf Grund der vorhandenen Rücklagen kann die WTK jedoch noch etwa vier Jahre eigenständig bestehen.

Ob es nun zweckmäßig ist, daß die WTK gemeinsam mit den Betrieben der GKB in einer Kohlenbergbaugesellschaft zusammengefaßt wird, ist derzeit noch Gegenstand von Beratungen. Ich bin der Meinung, daß man

die finanziell gesunden Betriebe wie auch die WTK von der Zuteilung aus den Bergbauförderungsmitteln auf die Dauer nicht wird ausschließen können. Auch diese Betriebe benötigen aus wirtschaftlich begreiflichen Gründen eine finanzielle Injektion, um produktiv bleiben zu können.

Ich darf hier auch mit Dank feststellen und besonders bemerken, daß die Kohle aus den Beihilfen nach dem Bergbauförderungsgesetz im Jahre 1967 — also in einem Jahr — 105,5 Millionen Schilling erhalten hat, also in der Zeit der Alleinregierung der ÖVP, während sie in den Jahren 1963 bis 1966, als noch die berühmte Koalition bestand, pro Jahr zirka 62 Millionen Schilling, das sind insgesamt rund 186 Millionen Schilling, erhalten hat. Auch wieder ein „Fehler“ der Alleinregierung der ÖVP!

Nun noch einige Worte über das Erdöl. Der wichtigste Energieträger Österreichs — ich habe es schon betont — ist heute das Erdöl. Es wird in Zukunft den überwiegenden Teil des Bedarfszuwachses an Energie decken müssen. Der Mineralölverbrauch hat 1966 rund 6 Millionen Tonnen erreicht, wovon nur noch knapp die Hälfte durch die inländische Rohölproduktion gedeckt war. Da sich der Verbrauch von Rohölprodukten bis 1970 voraussichtlich auf 9 Millionen Tonnen und 1975 auf 12 Millionen Tonnen im Jahr erhöhen wird und bei der inländischen Rohölproduktion keine Steigerung zu erwarten ist, ergibt sich daraus ein stetig wachsender Rohölimportbedarf. Rohölimporte in dieser Größenordnung stellen aber ein wesentliches Transportproblem dar, wobei nach internationalen Erfahrungen nur eine Pipeline die Transportfrage, unabhängig von Witterung und sonstigen Einflüssen, technisch und wirtschaftlich einwandfrei bewältigen kann.

Aus diesen Gründen wurden am 6. Juli 1967 zwischen der ÖMV und den internationalen Erdölgesellschaften BP, Esso, Mobil, Shell, Total und Agip die AWP-Verträge unterzeichnet. Die Verhandlungen über den Bau der Adria-Wien-Pipeline und die damit verbundenen äußerst komplizierten kommerziellen und technischen Fragen, Verhandlungen, die seit Beginn des Jahres 1963 liefen, konnten nach Einschaltung der ÖIG erfolgreich beendet werden. Dabei wurden in langwierigen und schwierigen Beratungen gegenüber dem ursprünglichen Vertragsentwurf wesentliche Verbesserungen erzielt. Die ÖMV ist an der AWP-Gesellschaft mit 51 Prozent beteiligt.

Zum Abschluß darf ich noch folgendes sagen: Bei allen Reorganisationsmaßnahmen auf dem Energiesektor wird man immer wieder

Krempl

daran denken müssen, daß Österreich von ausländischen Erdöl- und Erdgaslieferungen abhängig ist und daß daher die heimischen Kohlenvorräte eines Tages von entscheidender Bedeutung sein können. Ein einmal geschlossenes Kohlenbergwerk kann nicht mehr reaktiviert werden. (*Abg. Pay: Das haben wir schon lange erklärt!*) Wenn man daher der Meinung ist, es müßten aus Gründen der Staatssicherheit unrentable Kohlengruben erhalten werden, dann muß man im Budget genauso vorsorgen wie etwa für die Landesverteidigung.

Daß bei allen Überlegungen die Sorge um den Arbeitsplatz den Vorrang hat, ist für einen verantwortungsbewußten und sozial denkenden Politiker eine Selbstverständlichkeit. Die Vollbeschäftigung war seit jeher das Ziel der Wirtschaftspolitik der ÖVP.

Wir können mit Genugtuung feststellen, daß dieses Ziel in der Vergangenheit stets erreicht wurde. Das Recht aller Österreicher auf Arbeit kann freilich nicht bedeuten, daß jeder auf einem bestimmten Arbeitsplatz gleichsam pragmatisiert ist. Denn nur gesunde, rationell arbeitende Unternehmen können auf die Dauer Vollbeschäftigung garantieren. Das schließt keinesfalls aus, daß Betriebe, die auf Grund der allgemeinen Entwicklung in strukturelle Schwierigkeiten geraten sind, vorübergehend gestützt werden müssen, damit die dort arbeitenden Menschen nicht schuldlos in Not geraten.

Die Regierung und die ÖVP wollen alle Kräfte guten Willens vereinen, damit ehebaldigst und energisch, aber mit Verständnis und mit Herz die Situation auf dem Energiesektor bereinigt wird. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Wallner: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, erteile ich dem Herrn Abgeordneten Lukas wegen seines Zwischenrufes „Hochstapler“ den Ordnungsruf.

Als nächster Redner kommt zum Wort Herr Abgeordneter Pay. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Pay (SPÖ): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Debatte über die EWG und über die EFTA hat vorerst sehr viel Raum eingenommen. Das ist an sich verständlich, denn das Problem EWG und EFTA betrifft doch das ganze österreichische Volk.

Wenn ich heute für die Bergarbeiter und insbesondere für die Kohlenbergarbeiter spreche, dann ist das bestimmt ein relativ kleinerer Kreis, aber die Sorgen, die diese Menschen, ihre Angehörigen und die Bezirke beziehungsweise die Gebiete haben, in denen Kohlenbergbau betrieben wird, sind in der

Relation genauso groß wie all die Sorgen, die wir im Zusammenhang mit der österreichischen Wirtschaft und mit der gesamten Volkswirtschaft haben.

Seit einigen Jahren steht der heimische Kohlenbergbau im Blickpunkt der öffentlichen Meinung. Bedauerlicherweise haben auch Katastrophen dazu beigetragen, die Diskussion über den Kohlenbergbau voranzutreiben.

Im August 1965 gab es die erste große Katastrophe im Kohlenbergbau. Es war der Dammbruch im Bergbau Piberstein, der nicht nur die Kohlenwäsche des Bergbaues Piberstein zerstört hat, sondern der außerdem durch die Flut, die er hervorgerufen hat, den Schutzdamm vor dem Karlschacht durchbrochen und damit den Tagbau Karlschacht und die Grube Karlschacht ersoffen hat. Das war eine Katastrophe, die — Gott sei Dank, möchte ich sagen — keine Opfer an Menschenleben gefordert hat. Aber sie hat das Bild des Voitsberg-Köflacher Kohlenreviers entscheidend verändert. Es war eine unerhörte Leistung, die die Knappen des ganzen Reviers vollbracht haben, daß sie imstande waren, nach der Katastrophe bis Anfang November diesen Tagbau und den Grubenbau wieder soweit instandzusetzen, daß beinahe wieder die alte Förderung erreicht worden ist. Damit ist beim Karlschacht-Tagbau und bei der Karlschacht-Grube die Gefahr für die dort Beschäftigten gebannt worden.

Ganz anders und viel schwieriger war es aber beim Bergbau Piberstein, von wo die Katastrophe ihren Ausgang genommen hatte. Beim Bergbau Piberstein mußte ein neuer Schlammteich angelegt werden. Für diesen Schlammteich war nur ein Ort vorhanden: dieser Teich mußte über dem fündigen Grubenbetrieb Franzschacht errichtet werden, das heißt, der unter dem Schlammteich befindliche Abbau mußte eingestellt werden. Damit war die Existenz von rund 800 im dortigen Grubenbetrieb beschäftigten Bergleuten schon in Frage gestellt. Es hat einer sehr großen Arbeit der Betriebsräte, der Werksleitungen und aller, die damals dieses Problem meistern mußten, bedurft, um die Situation dieser Knappen etwas zu erleichtern. Trotzdem mußten Hunderte frühpensioniert werden, und über 170 Arbeitskräfte mußten sich einen Arbeitsplatz außerhalb des Kohlenbergbaues suchen.

Im Juli 1967 gab es einen großen Wassereinbruch im Lavanttaler Revier, wobei ich gleich sagen möchte, daß Wassereinbrüche sehr oft vorkommen, und zwar auch im Köflacher Revier. Dafür ist die Grube Zangtal berüchtigt. Bei diesem Wassereinbruch im

Pay

Lavanttaler Revier wurde ebenfalls Schaden angerichtet, aber es gab keine Opfer an Menschenleben.

Besonders tragisch in jeder Beziehung war dagegen der verheerende Grubenbrand, der im Zentralschacht von Wolkersdorf am 1. November ausgebrochen war. Fünf Bergleute verloren dabei ihr Leben. Es gab viele Verletzte unter den Rettungsmannschaften, die aus Fohnsdorf zu Hilfe gekommen waren. Es war ein verzweifelter Kampf, den die Grubenwehren in jenen Novembertagen um das Leben ihrer Arbeitskollegen geführt haben. Dieser Kampf war leider, wie wir später gehört haben, vergeblich.

Damit liegt die ganze Problematik der im Kohlenbergbau und überhaupt im Bergbau Beschäftigten offen vor uns. Mein Parteifreund Kollege Eberhard hat über die Frage Lavanttal und Wolkersdorf hier schon ausführlich gesprochen.

Wie schwer die Bergmannsarbeit ist und welche Bedeutung der Bergmannsgruß „Glück auf!“ noch immer hat, möchte ich Ihnen vielleicht an einigen Unfallzahlen im Kohlenbergbau demonstrieren. Wir hatten im Bergbau 1965 und 1966 insgesamt 19 Unfälle mit tödlichem Ausgang, 1352 Unfälle, bei denen es Schwerverletzte gegeben hat, und 2671 Unfälle mit Leichtverletzten; also zusammen mehr als 4000 Verletzte.

Diese Zahlen zeigen, daß vor allem die Arbeit im Kohlenbergbau, in der Grube und im Tagbau, noch immer ihre Schwierigkeiten und Risiken hat, trotz Mechanisierung, trotz Ausbau und trotz umfangreicher Sicherheitsbestimmungen, die an sich von den Beschäftigten immer sehr genau eingehalten werden.

Das Los des Bergmannes ist nicht leicht. Und trotzdem — das ist nicht nur interessant, sondern auch hervorsteckend — sind die Bergmänner und ihre Helfer mit ihrer Arbeit äußerst verbunden, sie hängen an ihrem Arbeitsplatz, sie wollen im Kohlenbergbau weiterarbeiten, sie wollen ihre Arbeitsplätze nach Möglichkeit im Kohlenbergbau behalten.

Die Bergleute haben den Gefahren getrotzt, die an ihrer Arbeitsstätte vorhanden sind. Sie haben in den Nachkriegsjahren bewunderungswürdige Leistungen für den Wiederaufbau unserer Heimat erbracht. Das sollen wir bei unseren Betrachtungen nicht vergessen. Ich weiß, Dankesschuld und ähnliche Dinge spielen im wirtschaftlichen und im politischen Leben keine große Rolle. Aber ohne die Leistungen, ohne das Fahren von Sonntagschichten, Feiertagsschichten, zusätzlichen Schichten und Überstunden in den Jahren 1945, 1946 bis weit hinein in die fünfziger Jahre wären wir nicht imstande gewesen, die

österreichische Volkswirtschaft am Beginn des Jahres Null nach dem Kriege wieder so aufzurichten, wie sie heute vor uns steht.

Aber in allen Kohlenrevieren ist jetzt die Arbeitsplatzsicherung — das möchte ich besonders betonen — die Sorge Nummer 1. Diese Sorgen tragen nicht nur die Kumpels in den Gruben, tragen nicht nur diejenigen, die im Tagbau arbeiten, mit sich, diese Sorgen haben auch die Gewerbetreibenden in diesen Bezirken, denn sie wissen, daß mit der Einschränkung der Konsumkraft gleichzeitig auch eine Verringerung ihrer Einnahmen eintreten wird. Diese Sorgen haben in erster Linie auch die Gemeinden in diesen Kohlenbergbaugebieten. Ich darf Ihnen sagen, daß die Gemeinde Maria Lankowitz seit dem Dammbruch in Piberstein 800.000 S an Einnahmen Jahr für Jahr verloren hat, und das nur infolge dieses Dammbruches, der im Jahre 1965 in Piberstein passiert ist.

Ich habe mir, bevor ich mich für diese Rede vorbereitet habe, im österreichischen Montan-Handbuch alle entscheidenden Fakten über den gesamten österreichischen Bergbau angesehen und nun all das noch zusätzlich erarbeitet. Ich bin der Meinung, daß man über dieses Problem nicht in solchen Phrasen sprechen kann, wie sie vor mir Kollege Krempf von sich gegeben hat. Man muß bei Erörterung dieser Fragen konkrete Fakten auf den Tisch legen, man muß aufzuzeigen versuchen, wie die Schwierigkeiten sind, man muß Vorschläge unterbreiten, wie man sie meistern kann.

Im Montan-Handbuch 1967 findet sich eine interessante Aufstellung über die Förderung und über die Belegschaft im gesamten Kohlenbergbau in Österreich. Danach hat es im Jahre 1937 noch 49 Kohlenbergbaubetriebe mit einer Gesamtbeschäftigtenzahl von 10.700 und einer Förderung von 3.471.000 t gegeben. Wir müssen daher sagen, daß in der Ersten Republik die Förderung von Kohle beinahe um die Hälfte unter jener Förderung gelegen ist, die wir im Jahre 1957 mit dem Höhepunkt im Kohlenbergbau erreicht haben. Im Jahre 1957 gab es noch 42 Betriebe mit 18.286 Beschäftigten und einer Jahresförderung von rund 7 Millionen Tonnen. Für das Jahr 1960, als wir schon gewisse Schwierigkeiten innerhalb des Kohlenbergbaues sahen, ist die Zahl der Betriebe mit 34 angegeben; wir hatten 15.619 Beschäftigte, und die Förderung betrug 6.105.000 t. Im Jahre 1963 — das war jener Winter, in dem wir sehr froh waren, daß es sehr viel Kohle in unserem Land gegeben hat, in dem ein echter Engpaß an Kohle vorhanden war — hatten wir 27 Bergbaubetriebe mit 12.900 Beschäftigten. Sie

Pay

sehen also, daß die Zahl der Beschäftigten immer stark abnimmt; in diesem Jahre betrug die Förderung 6,156.000 t. Im Jahre 1966 gab es 14 Bergbaubetriebe mit 10.000 Beschäftigten bei einer Förderung von 5 Millionen Tonnen. Die vorläufige Zahl für 1967 gibt nur mehr 8455 Beschäftigte und 5,2 Millionen Tonnen Förderung an.

Das heißt also, daß die Zahl der im Kohlenbergbau Beschäftigten von 18.286 im Jahre 1957 auf 8455 zurückgegangen ist und daß die Förderung um rund 1,800.000 Jahrestonnen rückläufig war. Darin ist die gesamte Förderung enthalten, die von Braunkohle, von Glanzkohle und von Steinkohle.

Die Steinkohle können wir bei unseren Betrachtungen außer acht lassen, denn es gibt nur noch einen kleinen Steinkohlenbergbau in Höflein (*Abg. Czettel: Auch nicht mehr!*), und der wird auch schon zu Ende gehen. Aber er hatte im Jahre 1966 noch eine Förderung von 20.400 t, eine Lappalie, wenn man bedenkt, daß wir immerhin noch 3 Millionen Tonnen Steinkohle brauchen und einführen müssen.

Die Glanzkohlenförderung erfolgt nach der Auskohlung von Seegraben — das war ein Glanzkohlenbergbau — noch in Fohnsdorf, wo die Jahresförderung 1966 rund 541.000 t war, und in Pöfing-Bergla in der Weststeiermark, in meinem Wahlkreis, einem Glanzkohlenbergbau, wo die Förderung unter sehr erschwerten Umständen vor sich geht. Ich habe das bei meiner Grubenbefahrung erlebt. Die Strecke ist zum Teil 80 cm bis 1 m hoch, es ist Wasser drinnen, und es handelt sich um einen äußerst schwierigen Abbau, der von den Bergmännern dort geleistet wird. Die Jahresförderung in Bergla betrug im Jahre 1966 167.000 t.

Die Braunkohle wird zu 50 Prozent im Voitsberg-Köflacher Lignitrevier tagbaumäßig und grubenmäßig gefördert. In unserem Revier in der Weststeiermark haben wir für das Jahr 1966 eine Förderung von 2,3 Millionen Tonnen aufzuweisen, das ist schwach die Hälfte der Gesamtförderung an Braunkohle. Das zweitgrößte Revier ist in Wolfsegg-Traunthal mit einer Förderung von 950.000 t im Jahre 1966. Das drittgrößte Braunkohlenrevier befindet sich in Trimmelkam — es ist die SAKOG —, dort wurden im Jahre 1966 377.000 t gefördert. Das burgenländische Revier ist auch schon ausgeschieden. Wir alle haben ja über die Schließung des Bergbaues Tauchen in diesem Hause gesprochen und debattiert; wir haben Entschließungsanträge gefaßt. Tauchen ist stillgelegt und damit nicht mehr in österreichischen Kohlenrevier vorhanden.

Sehr interessant ist im Montan-Handbuch auch die Leistung des österreichischen Kohlenbergbaues in Schilling ausgedrückt. Es sind die Nettoerlöse und gleichzeitig die wertmäßige Angabe der Braunkohleneinfuhren enthalten, die wir noch immer in unserem Lande benötigen.

Der gesamte österreichische Braunkohlenbergbau einschließlich der Glanzkohle hat im Jahre 1966 einen Erlös von 944 Millionen Schilling gebracht — das ist beinahe eine Milliarde Schilling. Wir haben in der gleichen Zeit Braunkohle und Braunkohlenbriketts aus dem Ausland eingeführt und mußten dafür einen Betrag von 233 Millionen Schilling aufwenden. Wir haben im Jahre 1966 rund 40.000 t Braunkohle — ganz genau 39.638 t — und 499.000 t Braunkohlenbriketts benötigt, und zwar vor allem hier im Wiener Raum, wo die Braunkohle verheizt wird. — Ich möchte wiederum erklären, daß die Steinkohleneinfuhr außer Betracht gelassen werden muß, weil es keine heimische Steinkohlenförderung mehr gibt.

Betrüblich ist die Tatsache, daß es bisher leider nicht möglich war, die heimische Braunkohle zu brikettieren. Es sind schon jahrzehntelange Versuche in dieser Richtung unternommen worden, es haben Chemiker und andere Fachleute daran gearbeitet, aber es war nicht möglich. Wir haben versucht, die heimische Braunkohle mit ostdeutscher Braunkohle zu mischen, wir haben versucht, die heimische Braunkohle mit westdeutscher Braunkohle zu mischen, wir haben Waggon unserer Kohle nach Ostdeutschland und nach Westdeutschland geführt und versucht, eine Brikettmischung herbeizuführen, die den Konsumentenbedürfnissen entsprechen würde. Das ist nicht gelungen.

Es ist schon geglückt, die Kohle zu brikettieren, aber in einem so langsamen Arbeitsvorgang, daß eine Produktion äußerst unrentabel wäre. Wenn der Vorgang der Brikettierung schnell abläuft, dann zerfallen die Briketts entweder schon auf dem Transport, oder sie zerfallen, wenn sie auf den Rost des Ofens kommen. Es ist also eine wirkliche technische Schwierigkeit nicht bewältigt worden. Wir wollen deswegen niemandem einen Vorwurf machen, aber wir wollen es feststellen. Denn wenn wir die Frage der Brikettierung in unserem heimischen Kohlenbergbau lösen könnten, dann hätten wir nicht mehr Millionen Tonnen Feinkohle auf den Halden liegen. Das ist ein Problem, mit dem ich mich auch noch eingehend beschäftigen werde.

Über das gesamte Kohlenproblem ist sehr viel geschrieben worden, und im Hörfunk und im Fernsehen hat es Äußerungen dazu

Pay

gegeben. Es wurden Meinungen vorgebracht, die teils zustimmend, teils ablehnend waren, weil natürlich dieses Problem von bestimmten Personenkreisen jeweils von bestimmter Warte aus gesehen wird. Das ist verständlich. Wir wissen, daß die Bergleute eine andere Auffassung haben als zum Teil die Unternehmen, zum Teil die Wirtschaft überhaupt oder zum Teil auch die Konsumenten.

Ich habe mir schon einen ganzen Leit-Ordner angelegt, der nur mit Pressekommentaren über die Situation des heimischen Kohlenbergbaues gefüllt ist. Ich habe schon wieder einen neuen herrichten müssen, weil der andere voll ist. Stellungnahmen, Artikel und so weiter sind darin enthalten, die sich im Laufe von vielleicht drei Jahren angesammelt haben.

Darf ich Ihnen jetzt zwei Ausschnitte aus der Presse im Zusammenhang mit dem Kohlenbergbau bringen, und zwar zwei Presseaussendungen neueren Datums. Die erste will ich nicht als Aussendung bezeichnen, sondern als einen „Appell an die Regierung“.

Seine Exzellenz der Herr Bischof von Graz-Seckau hat vor einiger Zeit den Kohlenbergbau Fohnsdorf besucht. Er ist eingefahren, und er hat sich selbst davon überzeugen können, unter welchen Umständen die Kohlenleute von Fohnsdorf arbeiten. Er hat nach diesem Einfahren im Zusammenhang mit anderen Schreiben, die er schon an die Regierung gerichtet hat, einen „Appell an die Regierung“ gerichtet, in dem er das Problem von der menschlichen, von der wirtschaftlichen und von der sozialen Seite her beleuchtet. Ich möchte Ihnen nur — ich will Ihnen nicht diesen ganzen Artikel vorlesen, das wäre zu lange — einige kurze Auszüge aus dieser Erklärung des Herrn Bischofs hier bekanntgeben. Er sagt unter anderem in seinem „Appell an die Regierung“:

„Es gab viel guten Willen, es gab auch Bereitstellung von Mitteln, es gab aber auch genug Stimmen, die einer Liquidierung der ‚nicht mehr rentablen‘ Betriebe das Wort redeten.“

Er hat dann weiter erklärt: „Diese Unsicherheit kennzeichnet auch das Leben der Familien, ja sie bedrängt die ganze Bevölkerung, da ja praktisch ganz Fohnsdorf vom Bergbau abhängig ist. Auch bei Errichtung von geplanten Ersatzbetrieben bleibt die Beschäftigung von freiverdenden Knappen ein schwer lösbares Problem. Im Bergbau sind sie hochqualifizierte Arbeiter, die obendrein ständig Gesundheit und Leben riskieren müssen. In anderen Betrieben könnten sie lediglich als Hilfsarbeiter einsteigen ...“ Darin

liegt auch eine Erschwernis und ein Problem, das wir in einer gesunden und vernünftigen Art zu lösen versuchen müssen.

Der Bischof sagt weiter, daß es wohl möglich ist, die Achtzehn- bis Fünfunddreißigjährigen in der Wirtschaft unterzubringen, aber nicht mehr möglich, die fünfundvierzigjährigen und älteren Kumpels unterzubringen. Wir haben wohl das Gesetz über die Sonderunterstützung hier im Haus beschlossen, aber es bringt erst eine Unterstützung ab 55 Jahren, sodaß es also bei den kommenden Entscheidungen sehr schwer sein wird, für diesen Personenkreis entsprechende Arbeitsplätze zu finden.

Der Herr Bischof sagt auch: „Bei einer Schließung der Gruben könnte der größte Teil der Einrichtungen keine Verwendung mehr finden. Überdies würden die Kosten einer Schließung“ — davon werde ich noch sprechen — „zusätzlich viele weitere Millionen erfordern, sodaß die Fortführung des Betriebes nach dem Urteil von Fachleuten wenigstens auf ein Jahrzehnt immer noch billiger käme“ als die Schließung von Kohlenbergbaubetrieben.

Der Herr Bischof hat auch erklärt, er verstehe nicht ganz — und das verstehen wir alle nicht, das verstehen die Knappen nicht, das verstehen die in den Bergbaugebieten wohnhaften Menschen nicht —, warum wir bei den Dampfkraftwerken Tausende Tonnen Feinkohle liegen haben, trotzdem zugleich aber aus Ungarn Strom eingeführt wird. Ich werde mich auch noch mit dem Problem der Verstromung der Feinkohle beschäftigen.

Der Bischof von Seckau sagt — ich will mit diesem Brief zum Schluß kommen —: „Die Bergarbeiter — nicht nur in Fohnsdorf — warten darauf, daß sie bald bindend erfahren, was mit ihnen geschehen soll.“

Das ist kein unbilliges Verlangen, denn diese Sorge und dieses Reden und dieses Hören: einmal wird der Betrieb geschlossen, dann wird er nicht geschlossen, einmal soll die Förderung herabgesetzt werden, dann soll sie eingeschränkt werden, man spricht von vorzeitiger Pensionierung, Sonderunterstützung, all diese Dinge bewegen natürlich die Menschen in diesen Betrieben.

„Die Lösung der Probleme des österreichischen Bergbaues“ — sagt der Herr Bischof sachlich — „ist gewiß eine wirtschaftliche Frage. Aber sie ist das nicht allein, sie ist ebenso eine eminent menschliche Frage, und diese hat, wo es eben um lebendige Menschen geht, sogar den Vorrang.“

Wir können diese Erklärung des Herrn Bischofs nur voll und ganz unterstützen.

Pay

Nun muß ich Ihnen das Konträre sagen: Ein Artikel ist im „Kurier“ vom 7. 11. 1967 mit der großen Überschrift „Pläne für Gesundung des Kohlenbergbaues“ erschienen. Dieser Artikel beruht auf einer Stellungnahme der Geschäftsführung der ÖIG. In dieser Stellungnahme sind nun vier verschiedene Pläne enthalten, was bis zum Jahre 1970 mit dem österreichischen Kohlenbergbau geschehen soll. Mit diesen Plänen werde ich mich jetzt auseinandersetzen, weil sie zum Teil in krassem Widerspruch zu dem stehen, was die Meinung des Herrn Bischofs von Graz-Seckau ist. (*Abg. Dr. Mussil: Er hat den Bischof gepachtet! — Heiterkeit.*) Ich weiß nicht, warum Sie darüber lachen! Die Leute, die das betrifft, Herr Generalsekretär Mussil, lachen nicht darüber! Aber Sie können darüber lachen, das ist Ihre Privatangelegenheit! (*Abg. Weikhart: Warum kann man Worte des Bischofs nicht im Parlament zitieren?*) Sie zitieren ja auch mit Vorliebe den Genossen Ausch von uns. Warum darf ich nicht den Herrn Bischof zitieren? Sie haben es auch schon getan. (*Abg. Dr. Mussil: Nein, nein, das beweisen Sie mir!*) Das kann ich Ihnen beweisen, aber ich habe jetzt keine Zeit! Ich habe wichtigere Dinge zu besprechen als diese Fragen. (*Abg. Peter: Haust du meinen Bischof, hau ich deinen Ausch! — Abg. Weikhart: Den Vergleich dürfen Sie nicht machen!*)

Wir haben also vor uns jetzt diesen ÖIG-Plan liegen. Ich weiß, der Herr Vizekanzler hat im Ausschuß erklärt, daß dieser Plan von der Regierung zurückgestellt worden ist, weil ja durch die Katastrophe im Lavanttal der Inhalt dieses Planes nicht mehr den Gegebenheiten entspricht. Aber es wurden in diesem ÖIG-Plan, in dieser Stellungnahme vier Varianten für eine sogenannte „Gesundung des Kohlenbergbaues“ ausgearbeitet. Da heißt es jetzt im „Kurier“:

„Die von der ÖIG festgestellten Auswirkungen auf die Arbeitsplätze sind außerordentlich ernst: Bereits im kommenden Jahr müßten etwa 1000 Bergleute den Beruf wechseln, 1969 gar 1400 und 1970 weitere 1200.“

Das ergibt bis Ende 1970 zusammen 3600, die aus dem Kohlenbergbau gezogen werden.

Sie haben früher von mir gehört, daß wir jetzt nur mehr einen Belegschaftsstand von etwas über 8500 haben, und jetzt sollen nach diesem ersten Plan, nach diesem radikalen Plan 3600 innerhalb von drei Jahren wegkommen. Das ist mehr als ein Drittel der noch im Kohlenbergbau beschäftigten Personen. Bei dieser radikalen Variante ist eine Einschränkung der Förderung auf 3 Millionen Jahrestonnen bis Ende 1970 vorgesehen.

Im zweiten Plan, in der Variante 1, ist eine Förderungsreduktion auf 4,3 Millionen Tonnen 1968, 4 Millionen 1969 und 3,6 Millionen 1970 festgelegt; in dieser Variante 1 sollen 1710 Bergleute bis zum Jahre 1970 freigestellt werden. In der Variante 2 ist die Förderungsreduktion auf 4,3 Millionen Tonnen im Jahre 1968, auf 4 Millionen Tonnen 1969 und eine Stabilisierung auf 4 Millionen 1970 in Aussicht genommen. Aber auch hier würden die Konsequenzen eine Freistellung von rund 1180 Bergleuten bedeuten.

Da heißt es dann im „Kurier“ weiter: „Die ÖIG hat aber noch eine ‚Fleißaufgabe‘ gemacht und einen ‚Alternativvorschlag ÖIG‘ präsentiert. Er ist auf diversen Verkaufsgesprächen aufgebaut und geht davon aus, daß österreichische Kohle im Ausmaß von jährlich 3,5 bis 3,8 Millionen Tonnen abgesetzt werden kann — zumindest ‚in den nächsten Jahren‘.“

Dieser „Fleißplan“ der ÖIG, wenn ich ihn so bezeichnen kann, würde dann weitgehend an die Variante 1 herankommen, mit einer Endförderung von 3,7 Millionen Jahrestonnen, und würde nur — heißt es in diesem Artikel im „Kurier“ — 380 Arbeitskräfte freisetzen.

Das also ist der Plan, der momentan wohl vom Ministerrat zurückgestellt wurde, der aber — wie der Herr Vizekanzler erklärt hat — in einer anderen Form und in einer anderen Abhandlung wahrscheinlich, weil ja die Katastrophe vom Lavanttal irgendwie hineingenommen werden muß, dann im Ministerrat behandelt werden wird.

Was nun das Lavanttal betrifft, so hat hier der Herr Kollege Krempl früher sehr viel davon gesprochen. Das ist sein gutes Recht als Abgeordneter, auch als Steirer; wenn er für Kärnten spricht, macht das auch nichts. Aber ich weiß nicht, warum sich der Herr Abgeordnete Krempl nicht gemeldet hat, als wir vor ungefähr einer Woche beim Kapitel Verkehr und verstaatlichte Betriebe hier abends noch, knapp vor 21 Uhr, die große Auseinandersetzung gehabt haben: Gibt es Arbeitsplätze im Lavanttal oder gibt es sie nicht?

Hier von dieser Stelle aus hat der Vorsitzende der Metall- und Bergarbeitergewerkschaft, der Kollege Sekanina, dargelegt, daß nach seinen Erhebungen und nach den Mitteilungen, die er bekommen hat, im gesamten Lavanttal zu diesem Zeitpunkt sage und schreibe 23 freie Arbeitsplätze waren. Er hat sich dazu geäußert, was der Herr Bundeskanzler Dr. Klaus in einer Fragestunde gesagt hat. Der Herr Bundeskanzler hat erklärt, es sei vorgesorgt, es seien Hunderte Arbeitsplätze bereit. Wenn das wirklich zuträfe, was der

Pay

Herr Bundeskanzler gesagt hat — es wäre erfreulich —, dann hätte sich ja der Herr Bundeskanzler damals als Abgeordneter zum Wort melden können oder er hätte in irgendeiner anderen Form Stellung nehmen und den Abgeordneten Sekanina richtigstellen können. Er hat es nicht getan.

Heute haben wir wiederum vom Kollegen Krempf Zahlen gehört, die auch nicht entsprechen. Wir wissen leider, daß sie nicht zutreffen. Warum macht man hier eine Zahlenakrobatik, die nicht den Tatsachen entspricht? (*Abg. Dr. Gruber: Sekanina hat bis 9 Uhr geredet, und dann war es aus!*) Ja, Kollege Gruber, dann war es aus, aber er hätte ja am nächsten Tag weiterreden können, denn wir haben ja über diese Budgetgruppe weitergesprochen. Wir haben also keine präzise Antwort darauf erhalten: Haben wir die Arbeitsplätze im Lavanttal oder haben wie sie nicht? Das ist ja die Frage, Herr Doktor. Das ist die entscheidende Frage. Man kann nicht damit operieren, daß man sagt, einige Hunderte Arbeitsplätze stünden bereit, und dann, wenn wir sie brauchen, merken wir, daß wir sie nicht haben. (*Der Präsident übernimmt den Vorsitz.*)

Was machen wir jetzt mit diesen 1200 Bergleuten? Sollen wir den Betrieb weiterführen, der jährlich ein Defizit von 40 Millionen Schilling hat? Soll die Bundesregierung investieren, damit der Betrieb weitergeführt wird? Das muß alles überlegt werden. Denn wenn wir Arbeitsplätze damit erhalten können, müßten wir unter Umständen sogar diese Frage entscheidend prüfen, weil man nicht von Haus aus sagen kann: Der Brand ist uns — so spricht man in den Kreisen der Bergarbeiter — beinahe willkommen gewesen. Ich sage es offen: Es heißt, er sei manchen Leuten willkommen gewesen, denn jetzt könne man die LAKOG zusperren. Es ist ohnehin schon nicht mehr von ihr geredet worden. „Jetzt haben wir das Problem LAKOG gelöst.“ So geht es nicht. (*Abg. Dr. Mussil: Das sind aber böse Unterstellungen!*) So wird geredet, Herr Generalsekretär! Als Abgeordneter muß ich Ihnen sagen, was die Leute draußen reden, Herr Kollege, Sie können mich nicht daran hindern! (*Abg. Dr. Mussil: Die regionale Wirtschaftspolitik ist in erster Linie Landessache! Schauen Sie sich die Verfassung an! Gehen Sie in erster Linie zur Kärntner Landesregierung! — Abg. Weikhart: Schauen Sie sich das Regierungsprogramm an und lesen Sie darin! — Abg. Czettel: Bergbauförderung ist Bundessache! — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*) Das ist doch Bundessache. Was hat da die Kärntner Landesregierung allein dafür zu sorgen?

Ich möchte weiter sagen, daß eine wohl-durchdachte und überlegte Entscheidung bald

getroffen werden muß, um die Probleme des Lavanttaler Bergbaues zu lösen. Eine wohl-durchdachte und eine überlegte Entscheidung! Und ich möchte hinzufügen, daß man bei dieser Entscheidung, die getroffen werden muß, das Mitspracherecht der Belegschaftsvertreter und natürlich auch das Mitspracherecht der Gewerkschaft nicht außer acht lassen darf. Das gehört mit zu diesem Problem dazu. (*Abg. Altenburger: Das Mitspracherecht der Gewerkschaft bestreitet niemand!*) Kollege Altenburger! Darüber könnten wir auch ein bisserl reden, aber ich will meine Ausführungen nicht ausdehnen.

Ich wohne jetzt mitten im Kohlenrevier. Ich habe mich mit diesen Fragen sehr eingehend beschäftigt. Nicht nur in der Theorie, nicht nur bei Barbara-Feiern, im Gegenteil, ich lehne es ab, bei Barbara-Feiern schöne Reden zu halten, wenn man vielleicht das Gefühl hat, das nachher nicht halten zu können. (*Zwischenruf des Abg. Altenburger.*) Ich lehne es ab, Reden zu halten bei Barbara-Feiern, Herr Kollege Altenburger. Ich rede lieber hier für die österreichischen Kohlenbergarbeiter als bei einer schönen Barbara-Feier. Es freut mich, daß ich die Gelegenheit gehabt habe, im ganzen Revier den Ehrengedächtnis zu machen. Es freut mich, daß ich überall eingeladen werde, wenn die Bergarbeiter etwas machen. Ich habe das Gefühl, daß ich ihr Vertrauen habe. Aber weil ich das habe, ist es auch meine Pflicht, hier das zu sagen, was gesagt werden muß. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Czettel: Auch wenn es dem Herrn Mussil nicht paßt!*)

Ich habe bei Grubenbefahrungen die Gedanken kennengelernt, die die Menschen bewegen, die dort unten arbeiten, in Pöfing-Bergla, in unserem Revier. Ich weiß, daß ihre Kritik nicht immer zahm ist. Das sind nicht Menschen, die das Wort auf die Waagschale legen. Das bringt ja auch der Beruf mit sich, das wissen wir, das verstehen wir. Aber sie haben in ihrer Kritik in einigen Punkten recht, wenn sie immer sagen: In schwersten Zeiten hat man uns gebraucht; jetzt, wo es mit der österreichischen Wirtschaft doch relativ bergauf gegangen ist, jetzt hat man für uns nur mehr Dankesworte bei der Barbara-Feier und nicht mehr!

Ich habe auch mit den Betriebsleitungen gesprochen, weil man beide Teile hören muß, sowohl die Meinung der Betriebsvertreter als auch der Betriebsleitungen. Diese Äußerungen haben sich in den entscheidenden Fragen gedeckt. Wir haben sachliche Hinweise bekommen. Wir haben uns diese Hinweise angesehen.

6618

Nationalrat XI. GP. — 81. Sitzung — 14. Dezember 1967

Pay

Ich kann im Namen der sozialistischen Parlamentsfraktion sagen, daß eine Herabsetzung der Förderung auf 3 Millionen Tonnen im Jahre 1970 unsinnig, unsozial und unwirtschaftlich ist. Ich werde Ihnen diese drei Fakten in meinen nachfolgenden Ausführungen erklären.

Bei der Durchführung dieser Förderungseinschränkung müßten, was auch im ÖIG-Plan drinnen steht, die Bergbaue Pöfing-Bergla, Fohnsdorf und LAKOG — das ist geschrieben worden, bevor die Katastrophe in der LAKOG war — stillgelegt werden.

Warum ist nun diese radikale Einschränkung der Förderung auf 3 Millionen Jahrestonnen unsinnig? Weil das Hauptproblem des österreichischen Kohlenbergbaues nicht allein die Kohle an sich, die Grobkohle ist, sondern das Hauptproblem ist die Feinkohle. Wir können, wenn wir den Begriff der Kohlenkrise genau definieren, nur von einer Feinkohlenkrise sprechen. Die ist gegeben, die bedrückt uns, die macht uns Sorge. Mit der übrigen Kohle ist es nicht so. Wenn wir die Herabsetzung der Förderung so durchführen, wie es im Endplan mit 3 Millionen Jahrestonnen angezeigt ist, dann werden wir — davon werde ich noch sprechen — in einen Engpaß kommen.

Die Feinkohle ist unser Sorgenkind. Wir haben derzeit in den Depots bei den Kraftwerken 2.466.000 t Feinkohle gelagert, und bei den Gruben liegen rund 210.000 t. Das ergibt zusammen 2.676.000 t Feinkohle mit einem Gesamtwert von 554 Millionen Schilling, also einer halben Milliarde Schilling.

Allein bei der ÖDK in Voitsberg — ich fahre jeden Tag vorbei, und jeden Tag bedrückt mich dieser Berg — sind über 1 Million Tonnen gelagert — der Lagerplatz wird schon zu klein —, und bei der Bergdirektion sind ebenfalls 190.000 t gelagert. Die Bevölkerung unseres Gebietes spricht vom „Monte Kohlo“. Das ist ein Alptraum! Sie können mir glauben, das ist ein echter Alptraum für uns, wenn wir sehen, wie dieser Berg zunimmt und wie wenig er eigentlich trotz intensivster Bemühungen abnimmt.

Es gibt keine Schwierigkeiten beim Absatz der Grob- und Hausbrandkohle. Im Gegenteil, es gibt Beschwerden darüber — wenn Sie es in der Presse gelesen haben, auch in der Wiener Presse —, daß die Kohlenauslieferung nicht mit dem Bedarf mitkommt, daß die Lastwagen warten müssen, bis sie beladen werden. In diesem Zusammenhang möchte ich nur erwähnen, daß der Vorrang bei der Beförderung durch die Eisenbahn liegt. Aber die anfahren- den Frächter müssen oft — das müssen wir feststellen, vielleicht kann die Verkaufs-

organisation verbessert werden, das möchte ich anregen — wegfahren, weil es zuwenig Grob- und zuwenig Hausbrandkohle gibt.

Dagegen ist die sogenannte Industriekohle im Rückgang — das sind die Feinsorten in der Größenordnung von 10 bis 40 mm. Diese Sorten, die die Industriebetriebe brauchen, gehen leider arg zurück. In meinem Bezirk erlebe ich es: Die Glasfabriksunternehmer haben mir erklärt, sie können nicht mehr mit Kohle arbeiten, weil sie eine bessere Qualität brauchen, um mit den ausländischen Glasfabriken konkurrieren zu können; sie müssen also Öl oder Strom nehmen. Wir verstehen und begreifen das, obwohl sie ihre Betriebe sozusagen mitten auf der Kohle errichtet haben. Aber diese Feinkohlensorten sind zurückgegangen, sie kommen nun zur gesamten Feinkohle, die ja von 0 bis 10 mm reicht. Dieses Zusammenlegen bringt die Schwierigkeiten. Wir müssen sehen, daß wir noch mehr Stromkohle haben und daß diese Stromkohle sehr zunimmt.

Würden wir aber nun die Förderung auf 3 Millionen Jahrestonnen einschränken, dann würde der Feinkohlenanfall einschließlich der Feinsorten wohl etwas zurückgehen. Das haben wir alles mit Bergdirektoren, mit Betriebsleitern und mit Betriebsräten besprochen. Das habe ich nicht allein erarbeitet. Der Feinkohlenanfall würde wohl etwas zurückgehen, aber gleichzeitig würde der Rückgang an Grob- und Hausbrandkohle zwischen 40 und 50 Prozent liegen.

Und damit kommen wir jetzt nicht in ein Dilemma, sondern in die Situation, daß wir bei einer Herabsetzung der Förderung auf 3 Millionen Jahrestonnen auf jeden Fall Engpässe bei der Versorgung mit Hausbrandkohle und auch bei der Versorgung der Fernkraftwerke mit Feinkohlen hätten. Das heißt: Wir müßten dann — und das ist immer wieder von den Fachleuten, die das Problem kennen und durcharbeiten, betont worden — Braunkohle einführen, wir müßten Hausbrandkohle einführen. Das ist doch widersinnig! Nach dem großen Plan sollen wir 3600 Bergarbeiter bis Ende 1970 freisetzen. Und wenn wir die Jahresförderung von 3 Millionen Tonnen erreicht haben, sollen wir Braunkohle einführen. Das ist paradox, das ist widersinnig, das verstehen die Menschen nicht. Sie ärgern sich darüber, sie werden zornig werden, und sie werden sich selbstverständlich gegen eine solche Politik, die jetzt anscheinend gemacht werden soll, wehren.

Die Einschränkung der Förderung ist auch deshalb unsinnig, weil in diesem Plan die natürliche Auskohlung, die es in unserem Land, in unserem Bergbau geben wird, nicht berück-

Pay

sichtigt wird. Bis Ende 1971 wird der Tagbau Karlschacht und der Bergbau Franzschacht ausgekohlt sein, in ungefähr vier Jahren werden diese echt ausgekohlt sein. Ich habe den Bergdirektor, die Betriebsleiter und die Berginspektoren immer wieder gefragt: Stimmt diese Zahl? Ist es richtig? Können wir nicht damit rechnen, daß es länger dauert, damit wir die Hoffnung haben, die Leute dort noch länger zu beschäftigen? — Es wurde mir immer wieder erklärt: Nein, Herr Abgeordneter, in vier bis viereinhalb Jahren sind diese zwei Betriebe weg. Es handelt sich um einen äußerst rentablen Tagbau. Ich möchte erwähnen, daß der Tagbau Karlschacht alle Bilanzziffern des GKB-Reviere — ohne Fohnsdorf allerdings — immer aktiv gehalten hat. Durch den Tagbau Karlschacht hat es bei uns im GKB-Revier keine roten Zahlen gegeben. Jetzt, wo der Pachtvertrag zwischen Fohnsdorf und der GKB abgeschlossen ist, wird sich das Bild natürlich ändern. Das ist heute hier schon erwähnt worden.

Durch die Auskohlung des Tagbaues Karlschacht und des Franzschachtes haben wir bis 1971 einen Förderausfall von rund 840.000 t. Das bedeutet, daß wir dann nicht 3 Millionen Jahrestonnen zur Verfügung haben, sondern nur 2,2 Millionen Tonnen Kohle. Meine sehr geehrten Damen und Herren: Das ist zuwenig! Da können wir sagen, was wir wollen, da können wir von neuen Energieträgern, von Öl, von Erdgas und von Strom reden, das ist für die österreichische Wirtschaft und für die österreichischen Haushalte zuwenig.

Außerdem: Wo bleiben, wenn wir das machen, die Überlegungen der wirtschaftlichen Landesverteidigung, die wir im Landesverteidigungsausschuß diskutiert haben? Wo bleiben alle Überlegungen über die Energiereserve, wenn sich die Regierung entschließen sollte, diese Radikalkur für den Kohlenbergbau durchzuführen? Das ist doch unsinnig. Es geht auch nicht immer so, wie man es besonders in diesem Fall in der Presse lesen kann, daß man „unrentable“ und „unwirtschaftliche“ Kohlengruben auf jeden Fall schließen soll, man könne sie nicht weiterführen, das sei eine Belastung, das sei unmöglich.

Es ist interessant, daß im Vorjahr der Herr Finanzminister in der Budgetrede die Erklärung abgegeben hat, daß er nur dann bereit ist, mehr Bergbauförderungsmittel zur Verfügung zu stellen, wenn die entsprechenden Beschlüsse der Unternehmungen auf Einschränkung oder auf Schließung von Kohlenbetrieben kommen. Das steht in der Rede des Finanzministers Schmitz vom — ich glaube — 22. Oktober 1966.

Wir hören immer dieses Gerede vom „Zusperren“. Wir haben uns im Vorjahr darüber unterhalten. Es hat geheißen: Pöfing-Bergla, Fohnsdorf und die LAKOG müssen schließen. Dieses Gerede vom „Zusperren“ muß aufhören! Ich weiß, es gibt in unserem Lande einige Leute, bei denen das Wort „Sperren“ sehr hoch im Kurs ist: „Zusperren“, wenn die Betriebe nicht mehr rentabel sind, „aussperren“, wenn die Arbeiter streiken — das ist auch etwas, was es schon gegeben hat. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Hauser.*) Wir hatten leider diese Dinge, Herr Abgeordneter Dr. Hauser, in der Vergangenheit. Ich war selber in meiner Jugend ein Opfer einer Aussperrung. Dann kommt noch das Wort „Einsperren“. Das wäre das letzte, was zum Sperren dazukäme. (*Abg. Ing. Helbich: Na, na! — Ironische Heiterkeit bei der ÖVP. — Abg. Weikhart: Das haben wir auch schon erlebt!*) Das ist alles schon passiert. Hier sitzen viele, die das mitgemacht haben. Wir warnen nur davor, aber es ist alles passiert! (*Abg. Doktor Mussil: Wenn das der Bischof von Seckau hörte, was Sie jetzt erzählt haben! — Heiterkeit. — Abg. Weikhart: Der weiß es sogar, daß wir eingesperrt waren!*) Das macht nichts, das kann er ruhig hören, Herr Kollege, denn er hat sogar etwas gesagt, was eigentlich in meine Rede hineinpaßte, Herr Kollege Mussil.

Diese Einschränkung der Förderung ist unsozial — und damit komme ich zur zweiten Begründung, warum man diese Radikalkur nicht durchführen kann —, weil im ÖIG-Bericht kein Wort davon steht, was mit der Arbeitsmarktforderung sein soll. Im ÖIG-Bericht heißt es ausdrücklich auf Seite 3:

„Die Probleme, welche sich hinsichtlich der Schaffung entsprechender Ersatzarbeitsplätze ergeben, können von der ÖIG nicht gelöst werden. Es wird jedoch darauf hingewiesen, daß die Verhältnisse in den Kohlenbergbaugebieten ... ungünstig gelagert sind.“

Das heißt: Die ÖIG ist bereit, einen Plan auszuarbeiten, die Kohlenförderung auf 3 Millionen radikal zu senken, aber sie kann nicht einmal in einer Zeile angeben, was mit den freiwerdenden Arbeitnehmern, mit den Beschäftigten geschehen soll.

Auf Seite 8 dieses Planes — das ist auch eine sehr interessante Sache, wenn man es genau durchliest — steht: „Der Vertreter des Bundesministeriums für Finanzen im Aufsichtsrat der ÖIG hat mehrfach darauf hingewiesen, daß für die in allen Varianten vorgesehenen Maßnahmen keine budgetäre Deckung gegeben sei.“

Wenn Sie das durchlesen, werden Sie sehen, daß in einer Variante, in der radikalen Va-

6620

Nationalrat XI. GP. — 81. Sitzung — 14. Dezember 1967

Pay

riante — wenn ich sie so bezeichnen darf — Stilllegungsgelder in der Höhe von 478 Millionen Schilling notwendig sind. Aber es ist bereits erklärt, daß keine budretäre Deckung vorhanden ist. Was bedeutet dann der ganze Plan? Ist er nur dazu, um Zahlen aufzuschreiben, nur um die Bergarbeiter zu schrecken? Was bedeutet das, wenn hinter diesem Plan nicht einmal die finanziellen Möglichkeiten gegeben sind, diesen Plan zu verwirklichen? Man soll meiner Meinung nach von diesem Plan abgehen, weil er keinen Sinn hat.

Das entscheidende Argument, das wir Sozialisten gegen die radikale Einschränkung der Förderung und der damit verbundenen Schließung der Kohlengruben anführen, liegt darin, daß Ersatzbetriebe mit Dauerarbeitsplätzen sehr schwer errichtet werden können. Man schreibt in einer Zeile darüber, und man redet vielleicht in Versammlungen darüber, aber ich bin mir bewußt, daß das Errichten von Ersatzbetrieben mit Dauerarbeitsplätzen, die womöglich lohnintensiv sind, eine äußerst schwierige Sache ist. Es ist — wie soll ich das am besten erklären? — ein Begehen von Möglichkeiten, die sehr schwer zu erreichen sind.

In dieser Betriebsneugründung liegen so viele Fakten: die Grundbeschaffungen in den meisten Fällen zu Lasten der Gemeinden, die Aufschließungen ebenfalls in den meisten Fällen zu Lasten der Gemeinden, Kreditbeschaffungen — ich hatte in den letzten Wochen gerade mit einer solchen Kreditsache zu tun. Ein schwerfälliger bürokratischer Apparat hemmt diese Sache, die man rasch lösen sollte, trotz richtiger Überprüfung aller Unterlagen, die für solche Unternehmungen vorliegen. Dazu kommt noch der Verkehrslage eine wesentliche Bedeutung zu. Würde unser weststeirisches Kohlenrevier an der Donau liegen, hätten wir die größte Freude damit, weil wir wüßten, daß wir am Wasserweg ein Verkehrsmittel hätten. So liegt aber unser Revier in einer Gegend mit einem Sackbahnhof. Wir wissen noch nicht, wann die Autobahn gebaut werden wird. Der Herr Bautenminister hat erklärt: 1969 wird in Richtung Mooskirchen weitergearbeitet. Das heißt für uns: bis es in unseren Bezirk, bis es auf die Pack und über die Pack und nach Klagenfurt und Villach geht, werden noch sehr viele Jahre vergehen. Die Aufstellung von Ersatzbetrieben und die Errichtung von Dauerarbeitsplätzen hängt von so vielem ab.

Wir sind der Meinung, daß wir versuchen sollten — und unsere sozialistischen Gemeinden im Bezirk praktizieren das —, be-

stehende Betriebe nach Möglichkeit auszubauen, wenn sie die Möglichkeit haben, freiverwerdende Bergarbeiter unterzubringen. Da haben wir kleine Ansätze; nur kleine, weil auch in anderen Betrieben unseres Kohlenreviers, in der Glasindustrie, keine erfreulichen Voraussagen zu machen sind, weil auch in der Schuhindustrie Schwierigkeiten aufgetreten sind und weil auch die Problematik der übrigen Betriebe jetzt sehr schwer einzuschätzen ist.

Die letzte Entscheidung bei Betriebsneugründungen trifft ja nicht die Gemeinde, trifft nicht das Arbeitsamt, sondern trifft letzten Endes der Unternehmer, der bereit ist, irgendetwas hinzugehen.

Wir in Köflach haben das Glück, daß wir einen Betrieb bekommen werden. In Voitsberg war es auch möglich, einen kleinen Betrieb zu bekommen; in Maria Lankowitz ebenfalls. Aber das alles wird zuwenig sein, wenn wir im Jahre 1971 mit der von mir bereits erwähnten Auskohlung rechnen müssen. Die läßt sich leider nicht von der Hand weisen.

Ich möchte hier nochmals feststellen, daß die Gemeinden auf diesem Gebiet sehr viel leisten und daß die Auflagen der Unternehmungen, die ansiedeln wollen, sehr groß sind. Es wird beispielsweise die Beistellung der Gründe verlangt, die Aufschließungen, die Errichtung von Wohnstätten, die Errichtung von Büroräumen, und zwar zum allergrößten Teil auf Kosten der Gemeinden; oder die Gemeinden müssen Darlehen bereitstellen. Die Gemeinden müssen also ihr Budget noch mehr belasten, als dies schon der Fall ist. Das alles sind Schwierigkeiten, die die Gemeinden immer wieder tragen müssen. Auf der anderen Seite werden die Gemeinden durch den Bund und durch das Land an sich benachteiligt. Das wird der Herr Kollege Grundmann sicherlich wissen, wenn er den Finanzausgleich jetzt anschaut, nachdem das so praktiziert wird. Unsere Gemeinden haben mit dem Finanzausgleich keine guten Erfahrungen gemacht.

Am Schluß dieser meiner Betrachtungen möchte ich noch sagen: Diese Einschränkung der Förderung ist nicht nur unsinnig und unsocial, sie ist auch unwirtschaftlich, weil die Herabsetzung der Förderung auf 3 Millionen Tonnen letzten Endes die Förderung, die noch übrigbleibt, verteuern würde. Denn in diese rasanten Förderungseinschränkungen kann man ja nicht alles mit einbeziehen.

Ich habe schon erwähnt, daß für die Stilllegungen in diesem ÖIG-Plan ein Betrag von 478 Millionen Schilling vorgesehen ist — allerdings mit der Erklärung des Herrn

Pay

Finanzministers, daß er das Geld nicht hat. Ich glaube, sinnvoller und wirtschaftlicher wäre es doch, eine bessere, eine ausreichende Dotierung der Bergbauförderung vorzunehmen; erstens für den Hauptzweck, für den die Bergbauförderung ist, nämlich für die Sicherung des Bestandes des Kohlenbergbaues und des Buntmetallbergbaues, und zweitens für den Hoffnungsbergbau.

So seltsam das jetzt klingen mag, ich muß es aussprechen, weil es eine Forderung des Bezirkes Voitsberg und eine anerkannte Forderung der Fachleute ist: Wir müssen für den Hoffnungsbergbau Geld ausgeben! Der Tagbau Karlschacht wird Ende 1971 aufhören. Aber haben wir im Köflacher Revier die Möglichkeit, jetzt schon die Erschließung des sogenannten Georgflözes mit einer ungefähren Kohlenmenge von 4½ Millionen Tonnen vorzubereiten, und zwar durch die Aufschließung im Tagbau? Das bedeutet natürlich eine wesentliche Verbilligung der Förderung gegenüber dem Grubenbau. Wenn wir imstande sind, diesen Hoffnungsbau durchzuführen, sind wir im Köflacher Revier auch imstande, die Grube Karlschacht mitzuziehen. Die Bilanzseite würde relativ erfreulich bleiben. Unerfreulich wird sie im großen gesehen immer bleiben, weil wir jetzt Fohnsdorf im gesamten GKB-Revier mit drinnen haben. Die Aufschließung des Georgflözes im Rosental — das bedeutet eine Verlegung der Bahn, eine Verlegung der Bundesstraße, es bedeutet also sehr viel Arbeit — ist unumgänglich notwendig. Sie wurde auch von den Vorstandsleitern der Oesterreichisch Alpine-Montangesellschaft verlangt. Sie ist auch eine Forderung des Zentralbetriebsrates.

Ähnlich verhält es sich mit der Frage des Unterflözes im Zangtal, also auch im Voitsberg—Köflacher Kohlenrevier. Auch hier wäre eine wirkliche, ernste Prüfung notwendig, damit man auch in dem Unterflöz ein noch sehr großes Vorkommen aufschließen könnte. Damit wäre auch dann der Bergbau Zangtal in unserem großen weststeirischen Kohlenrevier — auf lange Sicht gesehen — zumindest für den derzeitigen Stand der Belegschaftsmittglieder gesichert.

Die Bergbauförderung ist 1963 und 1964 mit den eingesetzten 65 Millionen Schilling voll zum Tragen gekommen. Ab 1965 waren bereits Bindungen durch den Herrn Finanzminister gegeben, das heißt, er hat mit dem Rotstift die Bergbauförderung eingeschränkt: 56 Millionen Schilling waren für 1966, 43,9 Millionen Schilling für das heurige Jahr eingesetzt. Wir haben immer gesagt: Das ist zu wenig, wir brauchen mehr. Wir haben ent-

sprechende Entschließungsanträge gestellt, und erst jetzt wurden beim 3. Budgetüberschreitungs-gesetz noch zusätzlich 73,2 Millionen Schilling für die Bergbauförderung bewilligt, sodaß wir in diesem Jahr einen Gesamtbetrag von 117 Millionen Schilling haben. Davon erhält 10 Millionen Schilling der Buntmetallbergbau, und 107 Millionen Schilling werden dem Kohlenbergbau zur Verfügung stehen. Allerdings — das haben auch die Fachleute errechnet — wiederum in diesem Jahr um 20 Millionen Schilling zuwenig.

Nun schauen wir uns das Jahr 1968 an. Im Kapitel Handel ist unter Bergbauförderung ein Betrag von 80 Millionen Schilling eingesetzt. Wir haben im heurigen Jahr 117 Millionen Schilling bekommen. Jetzt haben wir nur mehr 80 Millionen Schilling drinnen. Es fehlen also zirka 40 Millionen Schilling. Das ist auch unverständlich, weil das ein Bagatellbetrag im Vergleich zu anderen Beträgen ist, die in diesem Budget ausgegeben werden, die versteckt angebracht sind und die nicht so wichtigen Zwecken dienen wie beispielsweise der Bergbauförderung.

Mein Kollege Probst hat davon gesprochen — wir wissen es, weil wir das Budget genau durchgearbeitet haben —, daß bei verschiedenen Budgetposten in diesem Bundesfinanzgesetz, das wir jetzt beraten, zur Finanzierung der äußerst aufwendigen Propaganda der Bundesregierung rund 40 Millionen Schilling eingesetzt sind. 40 Millionen Schilling! Das ist jener Betrag, den wir für die Bergbauförderung brauchen. Die Regierung ist bereit, 40 Millionen Schilling für riesengroße Plakate auszugeben, Plakate, mit denen man sich brüstet, wie groß die Leistungen der Sozialversicherung sind, und zwar auch in jenen Jahren waren, die jetzt so geschmäht werden, nämlich in den Jahren der Koalition mit einem sozialistischen Sozialminister. Wir machen riesengroße Plakate für die Wohnbauförderung, „Das Wohnen wird billiger“ steht oben, und ein großer Schlüssel ist auf diesen Plakaten angebracht. Das erregt die Menschen. Die Menschen sind ja auch nicht mehr so begriffstüchtig, daß sie nicht merken, daß das eine Parteipropaganda ist, daß das die Regierung, die Regierungspartei macht, damit sie sich selbst Geld aus ihrer Parteidose erspart. 40 Millionen Schilling sind schließlich kein Pappenstiel. (Abg. Doktor Hauser: Sie muß sich ja wehren!) Das geschieht ja, Herr Kollege Hauser. Wir sehen es ja überall, die Plakate sind ja nicht geheim, sie sind ja sehr groß und kosten auch sehr viel Geld. (Abg. Dr. Gorbach: Machen auch Sie welche?) Wir haben sie nicht gemacht,

Pay

Herr Altkanzler. Vielleicht werden wir es dann anders machen, aber vernünftiger als Sie. (*Abg. Dr. Hauser: Die Regierung muß sich wehren, wenn sie dauernd angeschüttet wird!*) Wir haben also die Feststellung zu machen, daß wir wohl 40 Millionen Schilling für schöne Propaganda der Regierungspartei haben, daß wir aber auf der anderen Seite für das Jahr 1968 wiederum zuwenig Geld für den Kohlenbergbau, für die Bergbauförderung haben.

Ein paar Worte zur Feinkohle. Für eine Entschärfung und Lokalisierung der Feinkohlenkrise liegen einige Vorschläge auf. In einem Vorschlag der Gewerkschaft der Metall- und Bergarbeiter, der im heurigen Jahr dem Herrn Vizekanzler überreicht worden ist, heißt es im dritten Punkt der Forderung, daß eine verstärkte Verstromung der Feinkohle vorgenommen werden soll. Es liegt hier ebenfalls eine Stellungnahme und eine Studie des Zentralbetriebsrates der GKB vor. Auch hier wiederum die Forderung und das Verlangen, eine stärkere Verstromung der Feinkohle in die Wege zu leiten. Das kann nicht nur eine Forderung bleiben, sondern sie muß aufgegriffen, muß geprüft und muß verwirklicht werden.

Die „Kleine Zeitung“ schreibt darüber am 28. Mai dieses Jahres: „Kohle: Kaum Fortschritte“, „Minister berieten Zwangs-Verstromung“ von Feinkohle“. Wenn man das genau durchliest, so ist das Ergebnis, daß in diesem Ministerkomitee keine Einigung über die Möglichkeiten der stärkeren Verstromung der Feinkohle erzielt worden ist.

Wir haben hier in diesem Hause am 25. Mai 1966 einen gemeinsamen Entschließungsantrag beschlossen — Kollege Gram von der Österreichischen Volkspartei ist beigetreten —, in dem wir die Bundesregierung aufgefordert haben, bis 31. Dezember 1966 einen Energieplan vorzulegen. Wir haben inzwischen zweimal den Herrn Bundeskanzler und den Herrn Vizekanzler befragt — beide Male war es der Herr Kollege Zingler —, die Antworten waren negativ. Es sind nicht einmal Ansätze für einen Energieplan vorhanden. Im Rahmen dieses Energieplanes müßte die Verstromung der Feinkohle enthalten sein. Daß das Problem zu lösen ist, hat die Bundesrepublik Deutschland gezeigt, die ja ungleich schwierigere Fragen bei der Bewältigung ihres Kohlenproblems hat, da sie ja Hunderte Millionen Tonnen vorher gefördert hatte. Die Bundesrepublik Deutschland hat ein Verstromungsgesetz beschlossen!

Ich möchte jetzt, zum Schlusse kommend, folgendes sagen: Die im Kohlenbergbau Beschäftigten — ob es jetzt die Knappen sind,

die unter oder ober Tag arbeiten, ob es die Lohnverrechner sind oder die Lampenausgeber, ob es das Büropersonal ist — sind alle zusammen keine Maschinenstürmer des 20. Jahrhunderts. Sie wissen als Menschen unserer Zeit sehr genau, daß sie auf die Dauer dem Vorwärtsdrängen der anderen Energieträger nicht Herr werden können. Sie wissen genau, welche Bedeutung der Strom, das Öl und das Erdgas haben. Sie wissen auch — weil sie auch lesen —, daß vielleicht in 10 oder 15 Jahren der große Energieträger Atom auftreten wird, und vielleicht geht es zu diesem Zeitpunkt dann den Wasserkraftwerken so ähnlich wie heute dem Kohlenbergbau. Der Herr Verkehrsminister weiß nach einer Studie, die er in London gemacht hat — und was er ja auch hier im Haus erklärt hat —, daß die Frage der Überprüfung der Donaukraftwerke vorgenommen werden soll, weil die Frage der Atomkraftenergie auch überprüft werden muß. Wir haben also schon vorausschauend gesehen, was auf uns zukommt. Aber was wir für die im Kohlenbergbau Beschäftigten verlangen, ist: Sie wollen nicht untergehen, sie wollen mit ihren Familien überleben, und sie wollen vor allem jene Maßnahmen erleben, die ihnen das wirtschaftliche Überleben ermöglichen.

Die Sozialistische Partei hat sich auch mit dem Kohlenproblem eingehend beschäftigt. Wir haben im heurigen Jahr sehr interessante Aussprachen auf großer Ebene mit Fachleuten und Betriebsräten gehabt und haben uns eine Studie erarbeitet. Auch der Parteivorstand unserer Partei hat sich mit dieser Frage beschäftigt und, was ich hier deponieren und untermauern möchte, festgestellt, „daß die Sozialistische Partei Österreichs der Schließung von Kohlengruben so lange nicht zustimmen kann, als entsprechende Ersatzarbeitsplätze in den betroffenen Gebieten nicht zur Verfügung stehen.“ „Die Sozialistische Partei Österreichs fordert daher neuerlich die Aufstockung der Bergbauförderungsmittel auf 140 Millionen Schilling im Jahre 1967 und die folgenden Jahre.“

Ich erlaube mir heute im Zusammenhang mit dem gesamten Kohlenproblem zwei Entschließungsanträge dem Hohen Hause vorzulegen. Ich bitte den Herrn Präsidenten, diese Anträge dann in Behandlung zu ziehen.

Der erste Entschließungsantrag der Abgeordneten Pay, Eberhard, Dr. Tull, Wiedländer und Genossen, betreffend Bergbauförderung, lautet:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Zur Sicherung der Arbeitsplätze im Bereich des Kohlenbergbaus wird die Bundesregierung aufgefordert, in den Jahren 1968

Pay

und 1970 ausreichende finanzielle Mittel für Zwecke der Bergbauförderung zur Verfügung zu stellen.

In einem weiteren Entschließungsantrag der Abgeordneten Pay, Eberhard, Dr. Tull, Wielandner und Genossen, betreffend Ersatzarbeitsplätze bei Schließung von Bergbaubetrieben, heißt es:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht, dafür Sorge zu tragen, daß keine Schließung von Bergbaubetrieben vorgenommen wird, solange nicht entsprechende Dauerersatzarbeitsplätze zur Verfügung stehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Man könnte über den Kohlenbergbau, über seine Probleme noch sehr viel sagen: über die Diskriminierung der Kohle durch die Steuer, man könnte darüber reden, in welche Schwierigkeiten die Versicherungsanstalt des österreichischen Bergbaues gekommen ist, man könnte über die Strukturpolitik reden. Ich will das heute nicht tun, weil wir ja noch öfter Gelegenheit haben werden, über diese so wichtigen Fragen bei uns in diesem Hohen Hause zu reden.

Ich habe heute eine Grubenlampe (*auf die Lampe am Rednerpultweisend*) mitgebracht, sie steht vor mir. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist eine Sicherheitslampe. Diese Sicherheitslampe hat der Bergmann, wenn er in der Grube ist, nicht nur für das Licht, das er braucht, nicht nur dazu, damit er den Ort findet, an dem er arbeiten muß, er hat diese Sicherheitslampe auch, damit er sieht, wenn Gefahr im Verzuge ist. Wenn diese Lampe zu flackern anfängt, dann weiß er, daß er sich in einem Gebiet befindet, in dem unter Umständen Gas sein könnte und damit Gefahr für den Bergmann besteht. Es ist eine Sicherheitslampe. Und so wie der Bergmann dieser Sicherheitslampe vertraut, so wie sie ihn begleitet — auch bei seiner letzten Grubenfahrt —, so will der österreichische Bergarbeiter, wollen die gesamten österreichischen Kohlenbergarbeiter und die Familien der Bergarbeiter eine Sicherheit haben. Sie wollen nicht immer mit der Frage konfrontiert werden: Zusperrten — nicht zusperrten? Einschränken — nicht einschränken? Sie wollen endlich wissen, wie es mit unserem Betrieb steht. Sie lehnen die Radikalkur, die man da vornehmen will und über die ich gesprochen habe, ab. Wir haben als Volksvertreter der Republik Österreich meiner Meinung nach die gemeinsame Verpflichtung, die Sorgenschatten zu vertreiben, wir haben die Sicherheit der Arbeit und damit der wirtschaftlichen Existenz der Kohlenbergarbeiter zu gewährleisten.

Wir Sozialisten lehnen dieses Budget — das haben wir bereits erklärt — aus verschiedenen Gründen ab. Aber wir werden morgen in diesem Hohen Hause für das Bergbauförderungsgesetz 1968 stimmen. Ich möchte die Kollegen der Österreichischen Volkspartei jetzt bitten, auch für meine von mir vorher vorgebrachten Entschließungsanträge zu stimmen.

Wir haben am 25. Mai 1966 auch einen Entschließungsantrag für den Kohlenbergbau gemeinsam gefaßt, und der Herr Kollege Gram hat damals als Sprecher der Österreichischen Volkspartei erklärt: „Daher glaube ich auch, daß wir von der Österreichischen Volkspartei diesem Entschließungsantrag beitreten, und ich wünsche dem Bergbau noch viel Glück und hoffe, daß es uns gelingen wird, ihm zu helfen.“

Wir können auch dem Bergbau helfen, wenn wir alle gemeinsam diese Entschließungsanträge annehmen und damit zum Ausdruck bringen, daß der österreichische Nationalrat, daß die Volksvertretung der Republik Österreich die Sorgen der Kohlenbergarbeiter kennt, daß sie diese Sorgen nicht leicht nimmt und daß sie alles tun wird, diese Sorgen von den Kohlenbergarbeitern zu nehmen. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Gorbach: Sie dürfen Ihr Licht nicht vergessen!*)

Präsident: Die beiden Entschließungsanträge der Abgeordneten Pay und Genossen, die der Erstantragsteller soeben verlesen hat, sind genügend unterstützt und stehen daher mit in Verhandlung.

Als nächste Rednerin zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Herta Winkler. Ich erteile es ihr.

Abgeordnete Herta Winkler (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Obwohl ich nicht dem Parlamentsausschuß für Handel, Industrie und Gewerbe angehöre, möchte ich doch aus gegebenem Anlaß vom Standpunkt der Konsumenten zur Konsumentenpolitik in Österreich sprechen. Die Konsumentenpolitik ist immerhin von wichtiger volkswirtschaftlicher Bedeutung, denn es besteht ein inniger Zusammenhang zwischen dieser Politik und der Wirtschaftsentwicklung.

In den fünf Jahren, die ich dem Hohen Hause angehöre, ist darüber ein einziges Mal bei einer Budgetberatung zu diesem Kapitel gesprochen worden. Es war in einer Zeit, in der es eine wirtschaftliche Hochkonjunktur in unserem Lande gab, und auch in dieser Zeit hat die damalige Abgeordnete Schella Hanzlik eine Fülle von Problemen aufgezeigt, die im Interesse der Konsumenten, aber auch im Interesse einer gesunden Wirtschaftsentwicklung dringend einer Lösung bedurft hätten.

Herta Winkler

Es sind damals folgende Forderungen angemeldet worden: Durchführung von Waren-tests und ihre Publikation; Einführung von Qualitäts- und Güteklassenzeichen; Kennzeichnungspflicht der verpackten Waren und Konserven; Überprüfung der Handelsspannen bei allgemeinen Wirtschaftsgütern und Beseitigung der Preisbindungen der zweiten Hand. Im besonderen ist der Frau Abgeordneten Hanzlik damals um die Förderung und den Ausbau der Konsumentenberatung in Österreich gegangen. Aber so gut wie nichts ist vom zuständigen Ministerium zum Schutz der Verbraucher in Österreich geschehen. Man war mit dem, so wie es war, recht zufrieden, alles hatte Arbeit und Verdienst, und jeder war irgendwie imstande, den geforderten Preis für die Waren zu bezahlen.

Die Abgeordnete Hanzlik hat in ihrer Rede im Jahre 1964 auch den gewaltigen Aufschwung hinsichtlich der Ausgestaltung mit technischen Geräten innerhalb der letzten zehn Jahre aufgezeigt. Es war sicherlich eine imposante Entwicklung der Technisierung der Haushalte mit diesen Gütern des gehobenen Bedarfs, wie Elektroherden, Heißwasserspeichern, Kühlschränken, Fernsehgeräten, Waschmaschinen und so weiter, zu verzeichnen. Es war aus dieser Statistik zu ersehen, daß innerhalb von einigen Jahren diese Güter des gehobenen Bedarfs in den österreichischen Hauswirtschaften um das Acht- bis Zehnfache angestiegen sind.

Wenn heute aber die Nachfrage und damit die Absatzmöglichkeit für diese Güter zurückgeht, so doch sicher nicht deswegen, weil durch diesen damaligen Aufschwung eine Bedarfssättigung eingetreten und nun kein Bedarf vorhanden wäre, sondern weil die Kaufkraft der österreichischen Bevölkerung durch die Preis- und Tarifierhöhungen auf Grund der ÖVP-Budgetpolitik um ungefähr jährlich 5 Milliarden Schilling abgeschöpft wurde.

Wenn man die Güterstatistik mit der Zahl der österreichischen Haushalte vergleicht, so muß man erkennen, daß mehr als die Hälfte der österreichischen Haushalte aufnahmefähig für jede Art von dauerhaften Konsumgütern, besonders an technischen Haushaltsgeräten ist.

Jährlich werden Tausende neue Wohnungen gebaut und vergeben. Die Erwerber dieser neuen Wohnungen sind bestrebt, diese auch der Zeit und wahrscheinlich auch den Leitbildern der Reklame entsprechend einzurichten. Leider werden durch das neue Wohnbauförderungsgesetz die Kosten für den Erwerb und die Miete einer nach diesem Gesetz erbauten Wohnung so hoch sein, daß diese

Wohnungseigentümer auf Jahre hinaus auf Anschaffungen für die Ausgestaltung dieser so teuer erworbenen Wohnung werden verzichten müssen. Und damit werden die Kurzsichtigkeit, die diesem neuen Gesetz Pate gestanden hat, nicht nur die unmittelbar betroffenen Haushalte, sondern auch die Wirtschaft empfindlich zu spüren bekommen. Jeder Übergriff auf die Leistungsfähigkeit des Verbrauchers durch einen Wirtschaftszweig wird zwangsläufig zur Einschränkung der Lebenshaltung führen und damit Rückschläge für die Absatzmöglichkeiten der übrigen Wirtschaftsbranchen nach sich ziehen, es sei denn, die österreichischen Haushalte weichen, wenn sie es können, ebenso wie der Herr Finanzminister in eine ausweglose Schuldenpolitik aus.

Es müßte eine der Aufgaben der Regierung sein, die sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen der Staatsbürger durch entsprechende Maßnahmen zu verbessern. Zumindest müßte alles getan werden, um Verschlechterungen hintanzuhalten.

Was Österreich mehr denn je braucht, ist eine fortschrittliche Konsumentenschutzpolitik. Dies ist keine neuzeitliche Forderung mit irgendeinem parteipolitischen Ziel, sondern eine volkswirtschaftliche Forderung. Die Idee des Schutzes der Konsumenteninteressen zum Zwecke des Allgemeinwohles geht auf das 18. und 19. Jahrhundert zurück und wurde von den Nationalökonomten Sismondi und Malthus wissenschaftlich vertreten. Österreich ist auf diesem Gebiet weit zurückgeblieben. Der Blick über die Grenzen unseres Landes hinaus in die nord- oder westeuropäischen Staaten zeigt die Fülle der Möglichkeiten, die zum Schutze und zur Hilfe für den Verbraucher gegeben sind.

Österreich ist aber auch in der hauswirtschaftlichen Grundausbildung der kommenden Hausfrauen gegenüber anderen Ländern ins Hintertreffen geraten. In Deutschland, Norwegen, Schweden, Dänemark und in der Schweiz gibt es bereits seit vielen Jahren im 8. und später auch im 9. Schuljahr den obligatorischen hauswirtschaftlichen Unterricht mit dem Ziel, einen festen hauswirtschaftlichen Grundstock, Warenkenntnisse und Verständnis für die volkswirtschaftliche Bedeutung der Hauswirtschaft zu vermitteln. Fast in allen Kantonen der Schweiz besteht die hauswirtschaftliche Berufsschulpflicht.

Aus dieser Nahsicht und gemäß dem Motto der Vorarlberger: „Schaffe, spare, hause, Katz verkaufe, selber mausel!“, haben die Vorarlberger als einziges Bundesland in dieser Hinsicht, also bezüglich der hauswirtschaftlichen Grundausbildung der Mädchen, sehr viel getan

Herta Winkler

und die Hauswirtschaft als einen wichtigen Zweig des Wirtschaftens erkannt. Bereits im Jahre 1890 hat der Vorarlberger Unternehmer Viktor Hämmerle die ersten hauswirtschaftlichen Kurse für Fabrikarbeiterinnen eingerichtet. Aus dieser Zeit heraus hat sich also das erlernte Hauswirtschaften in Vorarlberg besonders fortgesetzt.

Meine Damen und Herren! Immer wieder wird auf die niedrige Zahl der Ehescheidungen im Lande Vorarlberg hingewiesen, und es wird mit als wichtiger Grund dafür angesehen, daß die Frauen dort eben sehr hauswirtschaftlich ihren Haushalt und ihre Familie versorgen. (*Abg. Dr. Gorbach: Das ist in der Steiermark nicht so schön!*) Ich kann das nicht überprüfen; es wird behauptet. In Österreich sind wir also zurückgeblieben, aber mit der Einrichtung des 9. Schuljahres, so hoffen wir, wird auch dieser Mangel in Österreich langsam beseitigt.

Zum Schutze der Konsumenten ist weiters auch eine mit öffentlichen Mitteln geförderte Konsumenteninformation notwendig. Diese Konsumenteninformation muß dem Verbraucher im Trommelfeuer einer nicht immer sehr wählerischen Reklame helfen, sich einen Überblick über die Fülle der Marktgüter hinsichtlich der Preiswürdigkeit, Beschaffenheit und Zweckmäßigkeit der Waren zu verschaffen.

Die Bundesrepublik Deutschland, Italien, Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Großbritannien, die Vereinigten Staaten, Frankreich und die Schweiz geben beachtliche öffentliche Mittel für ihre Konsumentenorganisationen aus. In vielen dieser Länder gibt es nationale Forschungsinstitute und staatliche Prüfzentren für Haushaltsgeräte. Zum Beispiel gibt es zwei in der benachbarten Bundesrepublik Deutschland, und zwar eines in München und eines in Stuttgart-Hohenheim, die die Erzeugnisprüfung für die Konsumenten durchführen. Die den Handelsnormen entsprechenden Erzeugnisse werden dann mit einem Gütezeichen oder Qualitätszeichen versehen in den Handel gebracht, und der Konsument weiß, daß sie den an sie gestellten Anforderungen entsprechen.

In Österreich geschieht auf diesem Gebiet so gut wie nichts. Nicht einmal die ÖVE-Sicherheitsnormen sind beim Verkauf von Elektrogeräten zwingend vorgeschrieben. Der einzige Fortschritt, den die Konsumenten verzeichnen können, ist die Verordnung über die Kennzeichnungspflicht für Wollgewebe und in letzter Zeit das Qualitätsklassengesetz der Landwirtschaft, nach dem einige Produkte der Landwirtschaft nun gekennzeichnet

werden sollen. Aber auch dieses Gesetz ist noch nicht wirksam, weil die Kontrollorgane hierfür noch nicht eingesetzt sind.

Das Kapitel Handel weist trotz der Einschränkung der Kompetenzen im Budget eine beachtliche Steigerung des Sachaufwandes auf. Begründet wird diese beachtliche Erhöhung des Sachaufwandes unter anderem mit der Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit dieses Ministeriums. Diese Begründung hat nun mein Interesse und, ich möchte sagen, auch meine Hoffnung geweckt.

Ich möchte den Herrn Bundesminister fragen: Worin besteht diese Öffentlichkeitsarbeit? Gilt sie der objektiven Information der Staatsbürger, wie sie vor allem in den Konsumentenfragen dringend notwendig wäre, oder soll die Öffentlichkeitsarbeit weiterhin wie bisher als eine mehr oder minder versteckte ÖVP-Propaganda gehandhabt werden? Steuergelder sind unserer Meinung nach im Dienste der Staatsbürger und nicht einer Partei zu verwenden und einzusetzen. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Österreich hat auf Initiative verschiedener Interessenverbände — es waren das der Österreichische Gewerkschaftsbund, die Arbeiterkammern, die Bundeswirtschaftskammer, die Präsidentenkonferenz der österreichischen Landwirtschaftskammern — einen Verein „Konsumenteninformation“ geschaffen, der zu seiner Entfaltung und zur Erfüllung seiner Aufgaben gegenüber den Konsumenten dringend einer finanziellen Förderung bedarf. Die Abgeordnete Hanzlik hat bereits vor drei Jahren Sie, Herr Minister, um diese Förderung ersucht.

Eine Konsumenteninformation kann ihrer Aufgabe nicht gerecht werden, wenn zwischen den Mitteln der objektiven Konsumenteninformation, die ihr zur Verfügung stehen, und den Mitteln, die der Reklame und der Anpreisung von oft nicht vorhandenen Eigenschaften von Produkten, die manchmal an den Rand der bewußten Irreführung des Verbrauchers gehen, dienen, nun ein so arges Mißverhältnis gegeben ist. Während die Konsumenteninformation für ihre objektive Aufklärungsarbeit der Konsumenten als Jahresbudget rund 7 Millionen Schilling zur Verfügung hat, wurden für Reklame im Jahre 1966 1½ Milliarden Schilling, also 1500 Millionen Schilling, ausgegeben. Ein gigantischer Einsatz von Künstlern, Psychologen, Literaten im Rundfunk und Fernsehen wurde aufgeboten, um mit einer wirksamen Reklame den Verbraucher zum Kaufen um jeden Preis zu verleiten und bescheidene Ansätze eines Konsumentenbewußtseins zu torpedieren. Der gewaltige Einsatz dieser per-

Herta Winkler

sonellen und finanziellen Mittel wäre unserer Meinung nach eines besseren Zieles wert gewesen, weil sie — und ich glaube, darin sind viele österreichische Staatsbürger mit mir einer Meinung — zum großen Teil unwirtschaftlich vergeudet wurden.

Die neutrale Marktinformation ist ohne eine Stützung und Förderung des Staates durch Beistellung finanzieller Mittel und Schaffung von Gesetzen, die den Verbraucher vor Übergriffen und Überforderungen schützen, der Macht der hochorganisierten Wirtschaft einfach nicht gewachsen. Die Unzulänglichkeit der zur Verfügung stehenden Mittel für die Konsumenteninformationen kann mit einem einzigen Beispiel nachgewiesen werden. Für die Einführungswerbung eines „riesigen“ Waschmittels wurden in Österreich 1965 nicht weniger als 8 Millionen Schilling ausgegeben. Was soll da eine Konsumentenorganisation, die als gesamtes Jahresbudget nicht mehr zur Verfügung hat als eine einzige Waschmittelfirma für die Einführung eines Produktes, hier an echter und überzeugender Information entgegensetzen? Und Österreich braucht heute mehr denn je eine schlag- und aktionsfähige Konsumenteninformation.

Neben diesem Hilfsmittel für die Verbraucher sind aber auch einschlägige Gesetze zu ihrem rechtlichen Schutz notwendig. Die altherwürdige, über 100 Jahre alte Gewerbeordnung kann den gegenwärtigen Verhältnissen in keiner Weise gerecht werden. So wurde von den öffentlich-rechtlichen Interessenvertretungen und vom Gewerkschaftsbund immer wieder die Novellierung dieser veralteten Gewerbeordnung verlangt und von den Konsumentenvertretern im besonderen die Novellierung des § 59 der Gewerbeordnung. Mit der Neufassung dieses § 59 sollte einer wahren Landplage, dem Vertreterunwesen in Österreich im Entgegennehmen und Sammeln von Bestellungen in Privathaushalten begegnet werden.

Die Verabschiedung dieser Novelle wäre dringend notwendig. Österreich hat einen so gut besetzten Handel, Österreich hat in allen Ländern, ja heute fast schon in jedem Bezirk ein gut funktionierendes Versandhaus, das imstande ist, die Bedürfnisse der Verbraucher restlos zu decken. Wie die Praxis bis jetzt gezeigt hat, war es ohnedies nicht die Aufgabe der Vertreter, die manche Bezirke in ganzen Kolonnen überschwemmt haben, den Menschen bei der Deckung irgendeines Bedarfes behilflich zu sein, sondern sie haben ihnen einen Bedarf, und wenn es sein mußte, jeden Bedarf um jeden Preis eingeredet.

Die Opfer dieses Vertreterunwesens sind meist alte und unbeholfene Leute, die der Überredungskunst so mancher Vertreter einfach nicht gewachsen sind und die dann, wenn sie den Bestellschein unterschrieben haben, in schwerste finanzielle Bedrängnis geraten.

Mit welchen Mitteln da gearbeitet wird, möchte ich an ein paar Beispielen illustrieren. Eine Forstarbeitersgattin irgendwo oben auf dem Berg ist mit ihren Kindern allein zu Hause. Zwei Vertreter tauchen auf und reden der Frau ein, wie notwendig es sei, daß sie eine richtige Blitzschutzanlage auf ihrem Hause habe, wie der Schutz der Familie und alles andere von dieser Blitzschutzanlage abhängen. Daraufhin hat die Frau, die selten mit fremden Leuten zusammenkommt, ängstlich gesagt: Aber wir haben ja schon zwei Blitzableiter, den einen auf dem Haus und einen geerdeten Dachständer auf dem Stall! — Das Gespräch ist hin und her gegangen, die Frau wollte, von ihrer Arbeit gedrängt, die Vertreter loswerden. Sie sind ihr aber auf Schritt und Tritt nachgegangen, und das Ende vom Lied war, daß die Frau den Bestellschein für eine dritte Blitzschutzanlage unterschrieben hat.

Ein weiterer Fall. Er trug sich wieder in einem Bergbauernhaus zu, in dem Haus eines armen Keuschlers, in dem viele Kinder da sind, wo nicht einmal jedes Kind ein eigenes Bett hat. Als Vertreter auftauchen, sitzt die Familie gerade beim Mittagstisch, alle essen aus einer Schüssel, und der Vertreter redet nun dieser Bergbauernfamilie ein, welche Wertanlage der Besitz eines Silberbesteckes darstelle. So lang hat er auf diese armen Leute eingeredet, bis sie ein 25teiliges Silberbesteck im Werte von 18.000 S durch ihre Unterschrift auf dem Bestellschein bestellt haben.

Wir haben Waschmaschinenvertreter erlebt, die in irgendein Grabenhäusl hineingekommen sind und sich auf die Leute dort gestürzt und ihnen so lange zugeredet haben, eine vollautomatische Waschmaschine zu kaufen, bis diese Menschen einen Bestellschein unterschrieben hatten, obwohl sie nicht einmal über einen Lichtanschluß oder über einen Wasseranschluß für den Betrieb dieser Maschine verfügten.

So könnte ich Ihnen ein Dutzend und noch mehr Beispiele bringen. Auf der einen Seite haben diese Menschen keine Auswahl gehabt, sondern sie haben einfach das genommen, was ihnen mit unglaublicher Überredungskunst eingeredet worden ist. Sie haben oft gar keine Verwendung für die Gegenstände gehabt, aber sie sind den Vertretern einfach nicht entkommen.

Herta Winkler

Ich möchte auch den Vertretern Gerechtigkeit widerfahren lassen und sagen, daß nicht alle auf diese Art vorgehen. Aber durch Vertreter wurden im Jahre 1961 5 Milliarden Schilling an Verkaufsumsätzen erzielt. Meist waren es Geräte aus dem Ausland, ohne jeden Kundendienst, denn wenn die erste Reparatur fällig war, war die betreffende Handelsfirma längst eingegangen oder wieder aus dem Gewerberegister verschwunden. So sind die Leute oft mit teuren Maschinen dastanden und hatten nicht nur das Geld verloren, sondern aus ihren Anschaffungen auch keinen Effekt erzielt.

Ich könnte Ihnen von begabten Bauernmädels und Bauernbuben erzählen, die Opfer solcher Vertreter geworden sind, die ihnen teure Fernkurse eingeredet hatten, die, wenn sie bestellt wurden, 5000 bis 7000 S gekostet haben. Als der Fernkurs dann geliefert war — das hätte natürlich nicht einmal 1000 S kosten dürfen, aber es wurden 5000 bis 7000 S bezahlt —, sind diese Menschen dann darauf gekommen, daß sie mit diesen Unterlagen eigentlich gar nichts anfangen konnten, weil die entsprechenden Voraussetzungen nicht vorhanden waren.

Meine Damen und Herren! Daß solche Praktiken für den Betroffenen jeweils eine Tragödie bedeutet haben, muß ich wohl nicht besonders betonen. Deswegen — ich glaube auch wirklich im Interesse weiter Teile der österreichischen Bevölkerung zu sprechen — brauchen wir ein Gesetz, das das Aufsuchen privater Haushalte durch Vertreter und die Entgegennahme von Bestellungen in privaten Haushalten unter echter Strafandrohung verbietet. Leider sind in die Regierungsvorlage 551 der Beilagen aus 1967 entgegen den vorangegangenen Entwürfen heute schon wieder die berühmten Maschen für alle Möglichkeiten fürsorglich hineingewoben.

Gerade diese aufgezeigten Praktiken und auch die Umgehung des Ratengesetzes durch die Vertreter bei der Aufnahme und beim Sammeln von Bestellungen in privaten Haushalten zeigen aber, daß ein striktes Verbot und nicht bloß eine Einschränkung dieser Landplage zum Schutze der Bevölkerung notwendig ist.

Das Ratengesetz, das im Jahre 1962 in Kraft getreten ist, stellt das erste größere Gesetz dar, das der Initiative der österreichischen Konsumenteninformation zu danken ist. Gegenüber dem alten Gesetz ist es eine wesentliche Verbesserung. Ich erwähne nur die Rücktrittsmöglichkeit von einem Kauf innerhalb von fünf Tagen und die Verpflichtung zur Leistung einer An-

zahlung in der Höhe von 20 Prozent der Kaufsumme, die immerhin imstande war, viele Leute von unüberlegten Ratenkäufen abzuhalten.

Ein altes Sprichwort sagt aber, daß Gesetze dazu da sind, umgangen zu werden. Wieder war es eine beachtliche Gruppe von solchen Vertretern, wie ich sie vorhin angeführt habe, die Wege gefunden hat, das Gesetz, das den Käufer schützen sollte, zu umgehen und abzuschwächen. Das Ratengesetz wird in dem Augenblick seine Aufgabe voll erfüllen, in dem das Vertreterunwesen durch die Novellierung des § 59 der Gewerbeordnung beseitigt ist.

Der Ratenkauf ist gerade für die Bezieher von niedrigen Einkommen die einzige Möglichkeit, sich mit Gütern, die einen höheren Preis haben, einzudecken. Aus diesem Grund muß der Ratenkauf besonders geschützt werden. Der Ratenkäufer ist gegenüber dem Barkäufer ohnedies doppelt benachteiligt, weil er nicht nur mit keinem Rabatt zu rechnen hat, sondern außer dem vollen Preis noch eine hohe Zinsenbelastung zu tragen hat.

Her Burdesminister! Am Beginn meiner Ausführungen habe ich nachzuweisen versucht, daß der Schutz des Konsumenten vor Preisübergriffen im Interesse einer geordneten Wirtschaft notwendig ist. Es ist bis heute nicht gelungen, die Verbraucher in dieser Hinsicht wirklich zu schützen. Der Österreichische Gewerkschaftsbund und die Arbeiterkammern haben oft und oft auf die Mängel des Preisregelungsgesetzes aufmerksam gemacht, das echte und ungerechtfertigte Preiserhöhungen straflos läßt, wenn sie die ortsüblichen, nicht landesüblichen Preise darstellen. Die Strafbestimmungen für Verstöße gegen das Preisregelungsgesetz sind absolut nicht abschreckend, sondern eher ermunternd.

Auf jeden Fall ist und war die Preistreiberei bei der Gegenüberstellung von Gewinn und Strafe in Österreich noch immer ein gutes Geschäft. Im Mittelalter hat man probatere Mittel bei solchen Preiswucherern angewendet! (*Abg. Hartl: Bäckerschupfen!*) Es gibt die nicht umzubringende Legende, daß in Graz der sogenannte Murbäcker deswegen, weil er Brot zum gleichen Preis viel untergewichtiger, also kleiner, hergestellt hat, als vorgeschrieben war, vom damaligen Viertelmeister — das entspricht unserem heutigen Bezirksvorsteher — in einen Korb gesteckt wurde, der, an einem Strick hängend, mehrmals in die Mur getaucht worden ist. (*Abg. Weikhart: Herr Kollege Hartl! Da hätten wir heute etwas zu tun! — Heiterkeit.*) Die Legende erzählt weiter, daß das angeblich für ihn und auch für andere

Herta Winkler

Leute eine gute Lehre gewesen sei. *(Ruf bei der SPÖ: Da hätten wir Hochbetrieb!)*

Ich glaube, solche Methoden wären auch heute nicht schlecht, denn im Rechtsstaat ist es bis heute nicht gelungen, ein wirksames Gesetz gegen Preistreiber durchzusetzen. *(Abg. Machunze: Justizminister Broda hat kein solches Gesetz gebracht!)* Wenn der Justizminister Broda dieses Gesetz allein hätte beschließen oder verordnen können, dann hätten wir ein richtiges Gesetz. Aber derjenige, der das verhindert hat, ist nicht in diesem Lager gewesen, wo der Justizminister Prader — ach, Broda war! *(Heiterkeit. — Abg. Hartl: Des wär' a Bursch!)* Herr Prader würde das Gesetz, das Justizminister Broda gemacht hat, eher beschießen als unterstützen!

Mit Erstaunen habe ich in der Presse gelesen, daß das Handelsministerium einen Gesetzentwurf gegen Preisschleuderer, also Preisunterbieter zur Aussendung gebracht hat. *(Ruf bei der ÖVP: Jawohl!)* Wer hat da so laut „jawohl“ gesagt? Wer kann das gewesen sein, zumal Herr Mitterer gar nicht im Saal ist? *(Abg. Mitterer begibt sich auf seinen Platz. — Abg. Peter: Frau Winkler ruft, und Herr Mitterer kommt! — Ruf bei der ÖVP: Das ist Kundendienst!)*

Herr Bundesminister! Ich möchte doch fragen: Wem außer dem Initiator sollte mit diesem Gesetz gedient sein? Wer verlangt in diesen Zeiten einen derartigen zusätzlichen Protektionismus?

Es ist für die Lage der Konsumenten in Österreich bezeichnend, daß man all die Jahre nicht imstande war, die Millionen Verbraucher vor Preisübergriffen und die gesamte Volkswirtschaft vor Schaden zu schützen. Sie sollen aber auf der anderen Seite zur Kenntnis nehmen, daß im Interesse weniger nun ein Gesetz geschaffen werden soll, das die Möglichkeit bietet, Preisunterbieter, wie ich annehme, empfindlich zu strafen. *(Abg. Mitterer: Aber gnä' Frau, der Herr Kollege Kostroun wird Ihnen sagen, wie gut es den Greißlern geht! — Abg. Kostroun: Ich stelle mich nicht hinter Preistreiber!)* Es gibt auch heute noch Greißler in Österreich, das muß man immer wieder feststellen. Diese Greißler sind aber meistens nicht in den betreffenden Handelsbranchen zu finden — das ist das Interessante! *(Ruf bei der ÖVP: Wo denn?)* Es gibt ganz andere Greißler in unserer Gesellschaft!

Ich möchte anerkennend sagen, daß dieser Gesetzentwurf sogar der Industrie zuviel war und daß sie ihn mit der Begründung abgelehnt hat, daß dieser Entwurf ordnungs-, wirtschafts- und strukturfeindlich sei. Herr Handelsminister! Jetzt wissen die Konsumenten

in Österreich endgültig, was sie vom derzeitigen Handelsminister zu erwarten haben!

Noch ein Problem möchte ich im Zusammenhang mit der österreichischen Konsumentenpolitik, wie sie derzeit betrieben wird, aufzeigen. Aber vorerst möchte ich einen Antrag stellen: Der derzeitigen Bundesregierung soll ein Verdienstzeichen für Sprachschöpfungen verliehen werden. Was sie auf diesem Gebiet leistet, ist beachtlich und psychologisch äußerst interessant. Die durch die Budgets der österreichischen Bevölkerung nun mehrmals auferlegten Belastungen und Opfer bezeichnet die ÖVP als „Politik für alle Österreicher“. Die Kapitalmarktgesetze werden als „Wirtschaftswachstumsgesetze“ bezeichnet, und die kommenden Abgabenerhöhungsgesetze werden schlicht und einfach „Abgabenänderungsgesetze“ genannt.

Ich möchte so mancher Frau, die mit ihrem Mann schwer auskommt, raten, diese Sprachpsychologie der ÖVP zu studieren, weil sie dann sicher den ehelichen Frieden durch die Umschreibung harter Maßnahmen leichter aufrechterhalten wird. *(Abg. Dr. Gorbach: In omnibus caritas! Im Omnibus ist die Caritas! — Heiterkeit.)*

Nach diesem Abgabenänderungsgesetz soll ab dem Jahre 1968 eine gestaffelte Umsatzsteuer, aber nicht nach Waren, sondern nach dem Jahresumsatz der Einzelhandelsbetriebe, eingehoben werden. Die für die kleinen Einzelhandelsbetriebe bis zu 750.000 S Jahresumsatz festgelegte Umsatzsteuer von 4,14 Prozent soll auf 3,75 Prozent ermäßigt werden. Das bringt — wie die Berechnungen zeigen — einen Steuerausfall von 400 Millionen Schilling im Jahr. Nun aber ist die Warenumsatzsteuer eine Verbrauchersteuer, die der Verbraucher im Endpreis zu tragen hat.

Ich frage Sie nun, Herr Handelsminister: Ist bei dieser Maßnahme daran gedacht — da ja die Belastung der Preise um diesen Prozentsatz wegfällt —, daß nun die Kleinhandelsbetriebe ihre Preise in der Gesamtsumme um diesen Prozentsatz, also um rund 400 Millionen Schilling, senken? *(Abg. Guggenberger: Sofern sie über das Existenzminimum überhaupt hinauskommen!)* Ich rede von der Warenumsatzsteuer. *(Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Bis 750.000 S soll eine ermäßigte Umsatzsteuer eingeführt werden. *(Abg. Guggenberger: Ganz zu Recht!)* Herr Guggenberger! *(Abg. Guggenberger: Meine Mama hat eine kleine Tabaktrafik! Deshalb weiß ich das!)* Ich möchte Ihnen aber etwas anderes sagen: Soviel ich weiß, wurden diese kleinen Unternehmungen im letzten Einkommensteuergesetz durch günstige Pauschalierungssätze und entsprechende Freibeträge

Herta Winkler

berücksichtigt. (*Abg. Mitterer: Was für Freibeträge? Wo? Wo? Das müssen Sie falsch verstanden haben! Wir haben keine Freibeträge, gnädige Frau!*) O ja! Ich muß Sie nicht belehren; wenn Sie das behaupten, dann tun Sie das wider besseres Wissen, denn Sie sind ein besserer Steuerfachmann als ich.

Meine Damen und Herren! Ich möchte nur sagen: Wir haben nichts gegen Begünstigungen dieser anscheinend bedürftigen (*Abg. Dr. Gorbach: Greißler!*) Betriebszweige. „Greißler“ habe ich nicht gesagt, sondern „Betriebszweige“. Der Herr Altbundeskanzler möchte mir immer etwas in den Mund legen; ich muß mich halt wehren. (*Heiterkeit. — Abg. Hartl: Ein Zuckerl! — Abg. Peter: Er war immer ein Charmeur!*)

Ich möchte also sagen: Wir haben nichts dagegen, aber dann um Gottes willen, meine Damen und Herren, bei der Einkommensteuer und nicht bei der Warenumsatzsteuer! Wenn das bei der Einkommensteuer gemacht wird, so kann man sagen: Das ist eine soziale Maßnahme. Sie wird aber in dem Augenblick unsozial, wo diese Begünstigung bei der Warenumsatzsteuer durchgeführt wird. Das muß ja nicht der Herr Finanzminister, sondern das müssen die Verbraucher zahlen, weil die Preise nicht um den Betrag dieser Ermäßigung sinken, sondern diese nun eine stille Rendite für den betreffenden Händler bedeutet. Wir haben nichts gegen Begünstigungen, aber nicht immer auf dem Buckel und auf Kosten der Verbraucher in Österreich. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Herr Abgeordneter Mitterer! Es ist unsozial gegenüber den Verbrauchern, umsomehr, weil ja durch dieses Abgabenänderungsgesetz die Verbraucher im kommenden Jahr mit einer neuen Umsatzsteuerbelastung und einer Kaufkraftabschöpfung von 1,5 Milliarden Schilling zu rechnen haben. Als Konsumentin — jetzt komme ich wieder in Gegensatz zum Herrn Abgeordneten Mitterer, der im persönlichen Umgang sehr nett ist —, ich muß sagen, als Konsumentin, aber auch (*lebhaftes Heiterkeit und Zwischenrufe*) als Genossenschafterin möchte ich das sagen (*Abg. Weikhart: Mitterer wird rot! — Abg. Machunze: Das passiert nicht!*), müssen wir gegen die Einführung einer Sondersteuer für Einzelhandelsunternehmungen mit einem Jahresumsatz von über 20 Millionen Schilling protestieren.

20 Millionen Schilling Jahresumsatz — das hört sich sehr gut an. Aber wenn man dann überlegt, daß dieser Jahresumsatz in x Filialen mit vermehrten Betriebskosten hereingebracht wird ... (*Abg. Guggenberger: Die Reichen werden jetzt auf einmal immer ärmer!*) Die

Genossenschaften sind nicht reich, sondern ... (*Abg. Mitterer: Ah, arm! Ganz arm!*) Wenn Sie berücksichtigen, daß dieser Besitz auf 500.000 Genossenschaftsmitglieder aufgeteilt ist — das ist ja unser Besitz —, so kommt nicht so viel heraus, Herr Abgeordneter Mitterer, wie zum Beispiel bei der Firma Kastner & Öhler. Ich kenne die Bilanz der Firma Kastner & Öhler nicht — das ist eine große steirische Firma, „Alpenlandkaufhaus“ heißt sie —, aber man muß bedenken: wenn die einen Jahresumsatz von 19 Millionen Schilling hätte, so würde sie die allgemeine Umsatzsteuer zahlen (*Abg. Kulhanek: Eine Grenze ist immer da!*), und der Konsum mit seinen 1500 oder einigen mehr Filialen, mit den hohen Betriebs- und Personalkosten wird von dieser Sondersteuer betroffen. (*Abg. Mitterer: Der „arme“ Konsum!*) Nein! Ich rede gar nicht vom Konsum allein. Dasselbe gilt für die Firma Meinl, dasselbe gilt in Wien für die Firma Dittrich (*Abg. Weikhart: Bitte, Herr Abgeordneter Mitterer, etwas liebevoller!*) oder für die Firma Kunz oder wie diese Großunternehmungen mit ihren Filialen immer heißen sollen.

Eines steht fest, meine Damen und Herren: daß diese Betriebe sich nur deshalb entwickelt haben, weil sie einen entsprechenden Kundendienst haben und weil sie, wie zum Beispiel der Konsum, Pionierarbeit für die Konsumenten in Österreich geleistet haben. Aus dem Grund sind wir der Meinung, daß die Vorteile, die diese Großfirmen dem Kunden bieten, heute nicht durch diese Sondersteuer weggesteuert werden sollen. Das soll nicht sein!

Darin steckt also eine zweite Rendite für die Kleinhandelsbetriebe, da sie ja trotz der Begünstigung die Preise der Großunternehmungen sicher nicht unterbieten werden. Der Konsument muß alles bezahlen, er wird mehrfach von dieser Sondersteuer betroffen werden: einmal dadurch, daß die Wettbewerbsfähigkeit weiter behindert werden soll.

Ich habe heute dem Herrn Präsidenten der Bundeswirtschaftskammer, Sallinger, sehr aufmerksam zugehört. Er hat gesagt: Der Wettbewerb ist das Ziel der österreichischen Wirtschaft, denn er ist zu einer gesunden Wirtschaftsentwicklung notwendig. Ich habe mir dabei nur gedacht: Die Worte hör' ich, aber ... (*Abg. Dr. Gorbach: ... mir fehlt der Glaube! — Abg. Hartl: ... mir fehlt der Mitterer!*) Ja, der fehlt mir wirklich, wenn ich die Auswirkungen dieser Sondersteuer in der Warenumsatzsteuer durchdenke.

Zweitens wird der Konsument dadurch betroffen, daß ihm die Ermäßigungen für die

6630

Nationalrat XI. GP. — 81. Sitzung — 14. Dezember 1967

Herta Winkler

begünstigten Handelsbetriebe keinen Vorteil bringen, sondern das wird eben eine Rendite für diese Kleinbetriebe bedeuten. Der Verbraucher in Österreich muß also zirka 10.000 Kleinbetriebe in Form einer Warenumsatzsteuer, also im indirekten Verfahren mit 400 ... (*Abg. Dr. Mussil: Also sind Sie gegen diese Begünstigung?*) Jawohl! Dagegen bin ich! Gewähren Sie diese Ermäßigungen auf dem Einkommensteuersektor (*Abg. Dr. Mussil: Ah, sehr gut! Das steht im Protokoll! Darauf haben wir gewartet im Wirtschaftsausschuß!*), also bei der direkten Steuer, aber nicht auf Kosten des Verbrauchers in Österreich. Denn immerhin: 400 Millionen Schilling zu der übrigen Belastung von 1,5 Milliarden Schilling, das ist einiges zu dem, was uns diese Bundesregierung an Opfern in den vorangegangenen Budgets bereits beschert hat. (*Abg. Guggenberger: Wie es in „Arbeit und Wirtschaft“ vor einem halben Jahr gefordert wurde: eine Umschichtung der direkten Steuern zugunsten der indirekten!*) Ja, bitte schön, das kann schon sein, in „Arbeit und Wirtschaft“ schreiben allerhand Leute und ... (*Lebhaftes Heiterkeit bei der ÖVP. — Abg. Weikhart: Es müssen nicht lauter Rote sein!*) Ja, selbstverständlich! Freund und Feind, Indifferente und jeder, der etwas zu sagen hat. Bei uns ist es ja nicht so, daß wir keine Demokratie hätten, sondern bei uns kann jeder zum Wort kommen! (*Abg. Dr. Mussil: Ich schätze dieses Blatt unendlich, und ich möchte mir jede Kritik über die Zeitung „Arbeit und Wirtschaft“ verbitten! — Neuerliche Heiterkeit bei der ÖVP.*) Ich habe sie nicht kritisiert, sondern ich bin nur einer Behauptung entgegengetreten, von deren Richtigkeit ich nicht überzeugt war.

Meine Damen und Herren! Letzten Endes wird in dritter Linie der Konsument durch diese Sondersteuer noch einmal betroffen, weil durch sie bei einer Vielzahl von Waren echte Preiserhöhungen zu erwarten sind. Es ist also eine Kaufkraftabschöpfung in einer Zeit der Stagnation und des wirtschaftlichen Rückganges. Diese Maßnahme, Herr Abgeordneter Mussil, wird nicht nur die Verbraucher, sondern auch die Wirtschaft empfindlich treffen. Ich erinnere Sie nur an die Erhöhung des Milchpreises in Österreich um 1 S. Die Folge war, daß der Trinkmilchverbrauch um 4 Prozent zurückgegangen ist. Wenn man nur eine gewisse Kaufkraft zur Verfügung hat, kann man bei höheren Preisen weniger einkaufen. Das ist eine alte volkswirtschaftliche Regel, um die niemand herumkommen wird. Dieser Absatzrückgang wird nicht nur den Konsumenten, die Wirtschaft, sondern auch die Arbeitnehmer treffen und ihre Arbeitsplätze weiter gefährden.

Der Herr Abgeordnete Krempel hat davon gesprochen, daß das Ziel der Volkspartei die Vollbeschäftigung ist. Ich möchte dem Herrn Abgeordneten Krempel sagen: Der Weg dazu sind solche Maßnahmen nicht!

Meine Damen und Herren! Die unbegreiflichste Belastung ist die Beseitigung des begünstigten Steuersatzes für Margarine, Speiseöl und Speisefette, der nun von 1,7 Prozent auf 5,5 beziehungsweise 6,1 Prozent erhöht werden soll. Die dadurch erzielten Mehreinnahmen von 50 Millionen Schilling sollen aber nicht etwa der Budgetsanierung dienen, sondern der Exportförderung für Schnittholz. Die Margarinebrotesser in Österreich bezahlen die Erhaltung des Holzexportpreises. Ich glaube, so schlecht konnte es der Herr und die Frau Österreicher vor dem 6. März nicht einmal träumen, wie nach dem 6. März nun die Wirklichkeit auf sie zukommt.

Herr Vizekanzler, ich möchte nur sagen: Wenn Sie diese Regierungskunststücke, die uns bei dieser Sondersteuer an Maßnahmen erinnern, die in der Dollfuß-Zeit bereits praktiziert wurden, fortsetzen, ruinieren Sie in kürzester Zeit den mühsamen Aufbau der vergangenen 20 Jahre und den damit mühsam erreichten bescheidenen Wohlstand in Österreich. Sie ruinieren die Wirtschaft, Sie gefährden die Arbeitsplätze, und schließlich gefährden Sie mit dieser Schulden- und Katastrophenpolitik auch den Staat. Dem österreichischen Konsumenten nützt es wenig, wenn der Herr Bundeskanzler auf den Naschmarkt geht, und so tut als ob. Wir verlangen von der Bundesregierung eine Politik, die in unserem Lande Ordnung schafft und nicht Ordnung zerstört. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Kulhanek. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Kulhanek** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Es ist nicht leicht, eine Frau als Vorrednerin zu haben, weil man ja auf gewisse Bemerkungen notwendig auch eine Höflichkeit einzuflechten hat. (*Abg. Czettel: Bei Ihrem Charme! — Abg. Ing. Häuser: Sie werden doch nicht den Mitterer in den Schatten stellen!*) Dennoch bin ich ihr dankbar, weil sie quasi von den Höhen, die heute schon zur Debatte gestanden sind — der Integration, der Wirtschaftsmarktpolitik und so weiter — wieder in den Alltag des kleinen Mannes heruntergekommen ist. Sie erleichtert mir damit, dort anzuschließen und von jenen Menschen zu sprechen, die Diener der Konsumenten sind, nämlich den kleinen und mittleren Betrieben der gewerblichen Wirtschaft.

Ich muß aber doch auf manche Behauptungen oder Feststellungen eingehen. Meine Damen und Herren, wenn hier schon von dem

Kulhanek

alten Brauch des Bäckerschupfens gesprochen worden ist: bei der engen synchronen (*Abg. Herta Winkler: Zuckerbäcker waren nicht dabei!*) — wir waren immer ausgenommen, ich sage ja, die waren ausgenommen — Verbindung von Lohn und Preis ist es mir aber unvorstellbar, daß es nur auf der Preisseite beim Eintauchen ins Wasser bleiben würde. Wenn schon, dann werden alle zwei naß werden.

Frau Abgeordnete, Sie haben sich im Vortrag insofern richtig versprochen, als Sie ortsüblich und landesüblich schwer trennen konnten. Ich kann es mir schwer vorstellen, einen Preis für einen seltenen Artikel beim Demel in gleicher Höhe vorzufinden wie in Aderklaa oder Kledering. Da muß man wohl den Unterschied zugeben. Wenn Sie sich auch dagegen verwahrt haben, wenn Sie sagten, daß das Preisunterbietungsgesetz von Ihrer Seite nicht goutiert werden kann, dann, glaube ich, sollten Sie nachsehen. Der Grundgedanke liegt darin, daß wir eine reelle Gebärung auch in der Kostenerstellung herbeiführen wollen. Verfolgen Sie solche Betriebe, die dann à la longue gesehen zugrunde gehen, in Konkurs oder Ausgleich gehen und damit berechnete Forderungen eliminieren und die Arbeitsplätze gefährden, dann, glaube ich, ist es doch klüger, vorher in einer weisen Textierung einen Riegel vorzuschieben. (*Abg. Herta Winkler: Man soll sie nicht strenger bestrafen als die Preistreiber!*) Über das Ausmaß werden wir bestimmt einen Kompromiß schließen.

Nun darf ich zu meinem eigentlichen Thema übergehen. Als Vertreter des gewerblichen Mittelstandes habe ich mich schon für die gute Ouvertüre, die ich von einem Vertreter der Konsumenten bekommen habe, bedankt. Ich möchte jetzt nicht auf die Generaldebatte zurückgreifen und über Schuld und Nichtschuld an der derzeitigen wirtschaftlichen Lage sprechen. Das ist schon in der Generaldebatte geschehen. Ich möchte aber als Vertreter des Gewerbes feststellen, daß ich selbstverständlich nicht erfreut bin, wenn uns im nächsten Jahr weniger Geld an Förderungsmitteln zur Verfügung steht.

Es ist interessant, daß man eigentlich erst in solchen mehr oder weniger Depressionszeiten in Erfahrung bringt, wo man überall gute Freunde besitzt. So konnte ich im Organ des Freien Wirtschaftsverbandes lesen, daß es besonders die Klein- und Mittelbetriebe der gewerblichen Wirtschaft sind, die arg unter die Räder kommen, und daß sie es waren, die bei der sogenannten Steuerreform zu kurz gekommen sind, daß sie die Erhöhung der Miet-

zinse tragen müssen und nunmehr auch noch zusätzlich die geringere finanzielle Dotierung auf dem Förderungssektor.

Ich gebe Ihnen zu, das klingt im Ohr eines gewerblichen Vertreters wie Balsam. Ich weiß aber nicht, ob nicht irgendwo ein bisserl Baldrian dabei ist. Wenn ich so weiter forsche und nicht nur eine Richtung aus dem sozialistischen Lager sprechen lasse, sondern mir auch eine andere Gelegenheit aussuche, so komme ich auf ein Interview, das im „Wirtschaftshorizont“ gegeben wurde und wo kein Geringerer als der Sozialexperte der Sozialistischen Partei, Professor Veselsky, und zwar gemeinsam mit Professor Koren, zu der Frage Stellung nehmen sollte: Österreichs Wirtschaft, ihre Struktur und die Klein- und Mittelbetriebe. Dr. Veselsky vertritt eine ganz andere Meinung. (*Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner übernimmt den Vorsitz.*)

Er sagt: Es ist schlecht für Österreich, daß dieses Land eine so kleinbetriebliche Struktur hat, und er müsse sich gegen eine gewisse Förderung in der Mittelstandsromantik aussprechen. Er meint überhaupt, daß bislang gar nicht mit den Betrieben, denen Förderungsmittel zugegangen sind, eine Modernisierung betrieben worden ist, sondern nur eine Erhaltung der Struktur. Er verwahrt sich dagegen, daß man diese Kleinststrukturen in Österreich noch versteinert. Er wäre der Meinung: gefördert gehört in Österreich nur die Großindustrie.

Auf die Frage des Interviewers, ob er damit vielleicht sagen wolle, daß man die kleinen Betriebe zusperren solle, hat er gesagt: Zusperrern nicht, aber nicht fördern.

Nun, Hohes Haus: die Großen fördern, die Kleinen nicht fördern. Wenn ich mir dazu noch die Unterschiedlichkeit der Kapitalkraft hinzudenke, dann, glaube ich, muß ich selber das Wort prägen oder den Satz aussprechen, welche letzte Konsequenz in der Feststellung: Nicht zusperren, aber nicht fördern!, liegt.

Ich könnte mir vorstellen: Wenn heute noch ein Nestroy im Carl-Theater auftreten würde, hätte er bestimmt in seiner Vorliebe für den kleinen Mann eines Abends ein Extempore gebracht, das vielleicht so lauten würde: Net umbringen, laßt sie selber sterben, und räumt's die Toten weg, i' kann die Schlamperei net sehn!

Wenn man sich eine solche Einstellung vor Augen hält, dann frage ich schon, was ein Vater in einem Betrieb machen soll, der durch Generationen im Erbwege fortgeführt wurde, ob der wirklich verantwortungsbewußt seinen Kindern sagen kann: Führt den Be-

6632

Nationalrat XI. GP. — 81. Sitzung — 14. Dezember 1967

Kulhanek

trieb weiter, bleibt, wo ihr aufgewachsen seid, wo wir Generationen schon den Mann gestellt haben!

Man wird mir vielleicht sagen: Schön, das ist die Meinung eines Experten, das muß ja noch lange nicht die Meinung einer Partei sein. Das ist richtig. Dieser Ausweg bleibt uns ja beiden immer gegeben, daß wir hier ein gewisses Ausweichgeleise sehen. Aber es ist ja gerade vorher von der Frau Abgeordneten Winkler darüber debattiert worden, ob es vertretbar ist, daß man den Betrieben mit 20 Millionen Schilling Umsatz eine zusätzliche Steuererhöhung von 0,6 Prozent auferlegt, während man gleichzeitig den Betrieben mit 850.000 S Jahresumsatz eine Verringerung gibt.

Ich glaube, wenn man hier die massierte Verteidigung der großen Betriebe eindeutig erkennt, dann braucht man nicht zu fragen, wohin die Liebe der Sozialisten tendiert, ob zum großen oder zum kleinen Betrieb.

Ich darf noch auf ein Beispiel verweisen, das sich auch in der Budgetdebatte gezeigt hat. Hier war es der Abgeordnete Dr. Staribacher, der bei der Kritik an den Wachstums-gesetzen den Vorwurf erhoben hat: Wozu hat man dort überhaupt eine Investment-Rücklage geschaffen? Die ist ja nicht wachstumsfördernd, die ist ja wachstumshemmend! — Sie haben recht — recht, wenn man darunter nur die Förderung der Großbetriebe versteht, denn das heißt ja: eine Investition nicht im selben Jahr oder im nächsten Jahr durchzuführen, sondern erst in vier Jahren durchzuführen. Also der Effekt wird hinausgezögert.

Aber das war auch nicht der Gedanke der Volkspartei, sondern wir wollen, daß auch die kleinen Betriebe, die nicht das nötige Kapital haben, die nicht die Sicherungsmöglichkeit für einen Kredit haben, in die bevorzugte Abschreibung treten und damit ihre Betriebe modernisieren können. (*Abg. Dr. Staribacher: Herr Kollege! Wirtschaftlich ist das leider falsch! Das geben Sie zu!*) Das ist Ihre Frage. Da trennen wir uns. Ich bringe ja dann auch noch die Ansicht des Professors Koren; jetzt habe ich ja erst die Ansicht von Veselsky gebracht. Nun hat sich zum Fachexperten Veselsky auch der Politiker Dr. Staribacher gesellt. Ich habe also jetzt eine Feststellung machen können.

Aber ich darf ein Stück weitergehen. (*Abg. Dr. Staribacher: Es ist trotzdem falsch, wie Sie selber zugegeben haben!*) Moment! Das ist richtig: Für die Großbetriebe ist es falsch, aber für die Kleinen nicht! Da sind wir wieder gleich! (*Abg. Dr. Staribacher: Nein, Sie haben die Rede von Ihrem Präsidenten*

nicht gehört, heute vormittag!) O ja, ich war im Saal! (*Abg. Dr. Staribacher: Lesen Sie sich nach, was Präsident Sallinger gesagt hat!*) Herr Dr. Staribacher! Ich kenne doch Ihre Methode: Zuerst streiten Sie alles ab, dann können Sie sich an nichts erinnern, und zum Schluß reden Sie von etwas anderem. (*Heiterkeit bei der ÖVP.*) Das kennen wir doch schon! (*Abg. Weikhart: Daß sich der Staribacher an nichts erinnern kann, das bezweifeln wir! Der kann sich genau erinnern!*) Herr Staatssekretär! Das, was einem anderen wehtut, das weiß er noch am Jüngsten Tag. Das glaube ich Ihnen schon. (*Abg. Gertrude Wondrack: Elegant abgelenkt vom Herrn Präsidenten Sallinger!*)

Ich habe nicht abgelenkt, gnädige Frau! Wir können uns noch einmal darüber unterhalten. Ich gehe noch einmal darauf ein. Schön langsam zum Mitschreiben!

Aber von der Industrie kann man doch gar nicht erwarten, daß sie auf eine Modernisierung fünf Jahre oder länger wartet. Die muß rascher handeln, weil sie einem großen Konkurrenzdruck ausgesetzt ist. Der kleine Betrieb kann, weil er nicht das Geld hat, er muß notwendigerweise drei oder vier Jahre ansparen, um dann investieren zu können. Da ist eben die Investment-Rücklage, die für den kleinen Mann die einzige Möglichkeit darstellt, investieren zu können, die vorzeitige AfA in Anspruch nehmen zu können. Für den Großen haben wir ja sowieso die normale Abschreibung beziehungsweise die bevorzugte im selben Jahr. Ich glaube, da habe ich schon recht.

Ein anderes, wenn mir noch nicht geglaubt wird. Die Frau Dr. Firnberg hat einen Antrag über die Förderung von Wissenschaft und Forschung gestellt und dabei auch die finanzielle Bedeckung festgelegt. Hier legt sie fest: Über einen Zuschlag zur Gewerbesteuer sollen die finanziellen Mittel aufgebracht werden, und ab 50.000 S Jahresertrag hat auch schon der Kleingewerbetreibende seinen Beitrag hiezu zu leisten.

Dem darf ich folgendes gegenüberstellen: Wir haben heute eine Pensionshöchstbeitragsgrundlage und damit auch Bemessungsgrundlage von 6300 S, in ein paar Wochen haben wir 6750 S. Das entspricht einem Jahreseinkommen von 94.000 S. Bei 94.000 S Jahreseinkommen des Unselbständigen halten Sie es für vertretbar, daß der Staat 27 Prozent an Bundesmitteln, sprich Steuergelder, dazuzahlt. Aber einem Gewerbebetrieb, der nur 50.000 S Ertrag abwirft, also fast nur die Hälfte, dem muten Sie zusätzliche Lasten zu. Da kann man doch nicht zu der Meinung kommen, daß Sie wirklich gewerbefreundlich wären. Das

Kulhanek

ist doch ein Unterschied, der so exorbitant ist, daß er einen tatsächlich zu der Frage verleitet: Wie erklären Sie, Graf Örindur, diesen Zwiespalt der Natur? (*Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Ich möchte aber dem kontrastierend die Ansicht Professor Korens über die gewerblichen Mittelbetriebe gegenüberstellen. Er hat sich zu der Antwort Dr. Veselskys geäußert und hat vor allem gemeint: Ein Kleinstland wie Österreich könne es nicht in der Zielsetzung haben, eine Serie von Großbetrieben in die Welt zu setzen, weil die natürlichen Voraussetzungen fehlen, die Grundstoff- und Basisindustrie, und er meint, die Kleinstbetriebe werden in jedem Land Europas in überwiegender Zahl vorhanden sein. Er spricht eine weitere sehr bedeutsame Feststellung aus, indem er sagt: Wir stehen heute an der Wende zum tertiären Bereich, zum Bereich der Dienstleistungen. Jener Bereich hat nicht den Drang zur Konzentration in sich, sondern zum kleinen Betrieb, zum Familienbetrieb — also eine Chance für den gewerblichen Mittelstand. Er meint: Wenn man schon von kleinen und mittleren Betrieben spricht, dann gehört die mittlere Industrie ausgebaut. Sie müßte also auf einen größeren Stand gebracht werden.

Das ist eine ganz andere Einstellung zum gewerblichen Mittelstand in Österreich. Und wenn man bedenkt — das hat heute schon Präsident Sallinger gesagt —, daß wir rund 248.000 Betriebe dieser Art in Österreich haben und daß davon 99 Prozent unter fünf Angestellte beschäftigen, dann tritt da doch eine Struktur zutage, die eindeutig für sich spricht. Ich sage Ihnen dazu, daß in diesem Bereich 550.000 Dienstnehmer sind und daß sie gemeinsam einen Beitrag zum Nationalprodukt geliefert haben, der der zweithöchste in Österreich ist: 70,3 Milliarden die Industrie und 57,1 Milliarden das Gewerbe.

Wenn ich diese Merkmale zusammennehme, dann kann ich sehr wohl behaupten, daß dieser gewerbliche Mittelstand eine besondere Leistung in unserem Österreich erbringt. Ich führe diese Leistung an erster Stelle an und sage, daß das für den gewerblichen Mittelstand spricht. Ich halte mir weiters vor Augen, was auch schon vom Kollegen Meißl, glaube ich, gesagt worden ist, daß man das Gewerbe immer mehr, vornehmlich auch in großen Staaten heute noch, in den USA, in Deutschland, als Teilanfertiger und Zulieferer heranzieht, daß man in der Bundesrepublik Deutschland sogar im Kartellgesetz für die mittleren Betriebe Ausnahmebestimmungen geschaffen hat, daß denen dort ein freieres Handeln möglich ist, daß man ebenfalls bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen

ihnen ein gewisses Quantum von vornherein zusichert, um diese Betriebe lebensfähig zu erhalten. Ich komme noch einmal auf den tertiären Bereich zu sprechen, der tatsächlich eine rosige Zukunft für das Gewerbe darstellt. Ich erinnere Sie nicht zuletzt daran, daß man selbst im Osten, wo man es doch par excellence vorexerziert hat, um den Großbetrieb, die Großverteilung für den billigsten Preis zu erreichen, heute sieht, daß es ja doch nicht auf diese Weise geht, daß man dort heute wieder Handwerker und Gewerbetreibende selbständig werden läßt, bis zu drei und fünf Angestellten. Man nennt sie dort Mascheks, das sind also nach unserer Ansicht die, die von der Linken kommen, also von der gefehlten Seite nach kommunistischen Vorstellungen. Aber immerhin erkennt man auch dort, daß man die Privatinitiative als den notwendigen Motor in einem Wirtschaftsgefüge braucht. Man geht auch dort wieder auf diese Kleinbetriebe zurück. Ich glaube, wenn man sich das alles vor Augen hält, dann kann man mit Fug und Recht, auch wenn zu diesem Kapitel Themen in der Größenordnung einer Integration zur Debatte stehen, gleicherart auch über die Belange des gewerblichen Mittelstandes sprechen. Denn ich glaube, er hat ein Recht darauf, wenn ich hier behaupte, daß er auch in Zukunft existieren soll.

Auch Kollege Minkowitsch ist gestern in der Debatte zu diesem Schluß gekommen, es war beim Kapitel Landwirtschaft. Beim Kapitel Verkehr hat Herr Abgeordneter Sekanina in sehr sachlicher, ruhiger, Interesse erweckender Weise seine Sorgen um den Erhalt der Arbeitsplätze in der verstaatlichten Industrie vorgetragen. Ich spreche heute auch aus ernstlicher Sorge um den Erhalt der Existenz im gewerblichen Mittelstand. Ich glaube, es wird sich auch der Vertreter der Verstaatlichten, also der Abgeordnete Sekanina, dieser Meinung anschließen, wenn ich sage: Es gibt keinen Arbeitsplatz in Österreich, gleichviel ob er selbständig oder unselbständig genützt wird, der pragmatisiert sein könnte. Das Leben ist so vielseitig, Einflüsse von außen, technische Erfindungen, eine geänderte Nachfrage, andere Konsumwünsche zwingen zu einer Umstellung. Da muß man selbst mithelfen, obwohl — und das geschieht ja auch seitens der Regierung — für den Übergang eine gewisse Hilfe des Staates erbracht wird. Wogegen ich mich wehre, ist, daß dieser gewerbliche Mittelstand immer noch in unserem Österreich, in einem demokratischen Staat, diskriminiert ist.

Ich darf vielleicht — wenn ich Sie bitten darf, mir jetzt ein bißchen in der Argumentation zu folgen, damit Sie von den Sorgen

6634

Nationalrat XI. GP. — 81. Sitzung — 14. Dezember 1967

Kulhanek

wenigstens Kenntnis nehmen — ein Ehepaar unselbständiger Art und ein Ehepaar selbständiger Art gegenüberstellen. Alle sind berufstätig, die beiden Unselbständigen und die beiden Selbständigen wohl in einem Betrieb. Die erste Diskriminierung beginnt bei der Steuer. Die Unselbständigen dürfen ihre Einkommen bis zu 150.000 S getrennt versteuern. Sie haben also beide das Existenzminimum, und wenn sie ein Kind haben, kann sich jeder den Kinderfreibetrag abziehen. Bei den Selbständigen ist diese Bevorzugung nicht gegeben. (*Abg. Kostroun: Wir haben es beantragt, Sie haben es abgelehnt! Das ist die Wahrheit!*) Herr Kollege Kostroun, wir haben schon mehr darum gebeten, aber nur fordern und sich um keine Bedeckung umschauen und die Kosten auf ein anderes Gebiet zu verschieben, da kann man nicht mittun. Wir sind aber in diesem Wunsch auf einem Geleise. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Der zweite Unterschied auf dem Steuergebiet besteht in der Tatsache, daß die Unselbständigen nach laufendem Entgelt und bei den Sonderzahlungen getrennt besteuert werden. Ich habe mir dieses Exempel durchrechnen lassen. Die Sonderzahlungen haben einen bevorzugten Freibetrag. Wenn ich gerade die kleinen Einkommen bei 50.000 S vergleiche, ist eine Unterschiedlichkeit in der Steuerleistung bis zu 80 Prozent gegeben. Ich glaube, das ist nicht gerecht. Hier sollte man eine Änderung schaffen.

Jetzt kommt die weitere Diskriminierung. Die Frau des Selbständigen ist ex lege von einer Pensionsversicherung ausgeschlossen. Wenn sie mit ihrem Mann gemeinsam das Geschäft betreibt, ist sie ausgeschlossen, obwohl sie aus der Mehrbelastung der Steuer, die ihr auferlegt ist, ein Vielfaches als Pensionsbeitrag zahlen muß.

Nun nehmen Sie jene Zeit, von der ein Ferdinand von Saar so schön sagt: Jetzt am Abend des Lebens nach fast vollendetem Tagwerk. Wenn sie in Pension gehen, dann hat das unselbständige Ehepaar zwei Pensionen. Das selbständige Ehepaar hat eine Pension. Es steht also 1:2 zum Nachteil des Selbständigen. Wenn nun — wie es die Statistik nachweist, daß die Frau im Durchschnitt um fünf Jahre älter wird als der Mann — dann die Witwe zurückbleibt, dann hat die unselbständige Witwe ihre Pension und die halbe des Mannes, eineinhalb Pensionen. Die selbständige Witwe hat nur eine halbe Pension. Das Verhältnis von 1:2 hat sich auf 1:3 zum Nachteil der Selbständigen in der Wirtschaft gewandelt. Ich glaube, eine solche Ungerechtigkeit sollte man nicht bestehen lassen.

Ich weiß, man hat mir schon öfters gesagt: Wenn man das weiß und wenn man das als

Selbständiger überprüfen kann, warum bleibt er denn dann ein Selbständiger, warum geht er dann nicht zu den Unselbständigen hinüber, wenn er dort um so viel besser daran ist und viel mehr abgesichert ist? Die Frage kann man nicht direkt beantworten, aber ich möchte ... (*Abg. Gertrude Wondrack: Dort hat er wieder andere Nachteile!*) Das möchte ich nicht sagen. Der Nachteil bleibt hier, wenn Sie ideelle Momente ausschalten. Materiell ist er nur benachteiligt.

Ich möchte einen Satz zitieren, den Cromwell im englischen Parlament gesprochen hat. Er sagte: Es gibt Bäume, die nicht im Schatten anderer gedeihen können, und wieder gibt es Bäume, die nur im Schatten anderer gedeihen. Wenn ich diese Unterschiedlichkeit aus der Natur auf den menschlichen Bereich übertrage, was man voll und ganz tun kann, dann komme ich zu der Folgerung: Es gibt Menschen, die sich nur über Auftrag in der Lage fühlen, der Pflichterfüllung ihres Lebens nachzukommen und sich dabei wohlfühlen. Dann gibt es Menschen, die sich selbst den Auftrag geben müssen, um ihre Pflicht im Leben zu erfüllen. Darin liegt die Unterschiedlichkeit. Deshalb kann man nicht sagen: Selbständiger, wenn es dort besser ist, dann gehe hin! Er bleibt bei seinem Beruf, auch wenn er keine 45 Stunden-Woche kennt und keinen garantierten Dreiwochen-Urlaub und keine Abfertigung hat, mehr Anstrengungen und weniger Ertrag hat, er bleibt bei seinem Beruf, weil er ihn liebt und weil er ein Selbständiger ist.

Nun darf ich Sie, zum Ende kommend, um folgendes bitten: Es geht mir ja darum, daß man wirklich diese Diskriminierung endlich einmal aus der Welt schafft. Hohes Haus! Wenn Sie sich vor Augen halten, daß heute fast schon jeder Haushalt mechanisiert ist, ein technisches Gerät, eine kleine Küchenmaschine hat, die einer Wartung bedarf, die hie und da einer Reparatur bedarf, dann sind es die gewerblichen Betriebe, die Ihnen ihre Dienstleistung anbieten. Wenn Sie weiter überlegen, daß wir heute in einer Zeit der technischen Massenproduktion stehen, die, um billiger erzeugen zu können, den Menschen mehr oder weniger uniformiert, daß es aber dem Menschen eigen ist, sich ein bißchen von seinem Nachbarn zu differenzieren, in der Einrichtung der Wohnung, in der Art seiner Kleidung oder in einem sonstigen Detail, dann sind es wieder die gewerblichen Betriebe, die zur Verfügung stehen zu einer individuellen Leistung, zu einer Unterscheidung, zu einer persönlichen äußeren Form.

Wir haben heute einen gehobenen Lebensstandard einen Lebensstandard, der uns nicht nur mehr Freizeit gibt, sondern

Kulhanek

auch, wenn nicht ausreichend, so doch hinlänglich das Geld für Vergnügungen an einem Samstag oder an einem Sonntag, für eine kleine Reise, einen Ausflug oder einen Restaurantbesuch. Hier sind es wieder die Dienstleistungsbetriebe des Gewerbes, die dafür zur Verfügung stehen.

Wenn ich als letztes Argument für den gewerblichen Mittelstand noch eines anführen darf, dann tue ich es vielleicht etwas verschämt, aber doch mit einem gewissen Stolz: Wenn ich Sie an jenes geflügelte Wort erinnere, das man dem Meister Hans Sachs in Nürnberg zugeschrieben hat: „Hans Sachs war ein Schuhmacher und Poet dazu.“ Ich habe bewußt den Vers so stark akzentuiert, um schon im Vortrag gleichsam zum Ausdruck zu bringen, daß ich keineswegs den Handwerker als Künstler hinstellen will, aber sehr wohl möchte ich ihm seinen Hang zur Kunst und seinen Hang zum Schönen attestieren.

Wenn Sie all das zusammennehmen, ich glaube, dann müßte es doch einer gemeinsamen Anstrengung gelingen, auch diesem fleißigen gewerblichen Mittelstand in Zukunft Gerechtigkeit und Anerkennung zuteil werden zu lassen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Wielandner das Wort.

Abgeordneter Wielandner (SPÖ): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte hier nicht zu Fragen des Kleingewerbes Stellung nehmen. Ich möchte mir aber trotzdem gestatten, einen Satz aus den Ausführungen des Herrn Kollegen Kulhanek herauszugreifen: „Zuerst streiten Sie etwas ab, dann kann man sich nicht erinnern, dann reden wir von etwas anderem.“ *(Abg. Kulhanek: Da war nur einer gemeint, nicht die Mehrzahl!)* Der Herr Kollege Kulhanek hat jedenfalls hier diesen Satz zitiert. Ich möchte ihn für jemand anderen verwenden, und zwar für meine Salzburger Kollegen in diesem Fall. Ich darf beispielsweise erinnern an die Haltung in der Radstädter-Tauernstraßen-Sache, an die Haltung in der Felbertauernstraßen-Sache und zuletzt in Sachen Hochkönigstraße. Darauf möchte ich noch einmal ganz kurz zurückkommen. Mein Antrag, betreffend die Hochkönigstraße, wurde hier abgelehnt, und draußen hat man am nächsten Tag in den „Salzburger Nachrichten“ geschrieben: Wir sind doch dafür. Ich bin sehr dankbar, daß Sie dafür sind, denn es geht im wesentlichen — das habe ich auch beim Radstädter Tauern gesagt — ja doch nur darum, daß wir die angestrebten Ziele auch wirklich erreichen.

Aber jetzt ganz etwas anderes, meine Damen und Herren! Die Hochkönigstraße führt unter anderem in ein Gebiet, von dem ich heute hier reden will, und zwar führt sie nach Mühlbach am Hochkönig, zum Kupferbergbau Mitterberg. Über diese Dinge möchte ich mich heute mit Ihnen hier unterhalten. *(Zwischenruf des Abg. A. Schlager.)* Nicht zu früh freuen, Kollege Schlager, es kommt ganz nett.

Man hat auf der einen Seite jetzt hier im Hause abgelehnt, daß dieses Gebiet von der fremdenverkehrsmäßigen oder wirtschaftlichen Seite her gefördert werden soll, und wir sind nahe daran — das geht aus den Ausführungen des Herrn Staatssekretärs Koren und des Herrn Dr. Taus hervor —, daß dieser Kupferbergbau ebenfalls in Sorge sein muß um seine rund 450 Arbeitsplätze.

Deshalb, meine sehr geehrten Damen und Herren, gestatte ich mir als erstes, einen Entschließungsantrag hier einzubringen, und zwar namens der sozialistischen Fraktion:

Entschließungsantrag der Abgeordneten Wielandner, Adam Pichler und Genossen, betreffend Gewährung von finanziellen Mitteln zum weiteren Ausbau des Kupferbergbaues Mühlbach am Hochkönig für die österreichische Wirtschaft.

Der Nationalrat wolle beschließen:

(Zwischenruf des Abg. Steiner.) Kollege Steiner! Es wäre nett, wenn ihr beitreten würdet. *(Abg. Steiner: Das steht aber jetzt nicht in dem Antrag! — Weitere Zwischenrufe.)*

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner *(das Glockenzeichen gebend):* Ich bitte um etwas Ruhe und Geduld. Eine halbe Stunde noch, und dann haben Sie eine schöne Pause.

Abgeordneter Wielandner *(fortsetzend):*

In den letzten Wochen haben Politiker aller drei Parteien durch einen einstimmigen Beschluß im Salzburger Landtag sich positiv für die Weiterführung und den weiteren Ausbau des Kupferbergbaues in Mühlbach am Hochkönig ausgesprochen. Dieser Betrieb ist kein Zuschußbetrieb, sondern hat aus eigener Kraft in den abgelaufenen Jahren bewiesen, daß er im Rahmen der jeweiligen Weltmarktpreise seinen Bestand sichert. Trotz der positiven Stellungnahme der Politiker auf der Landesebene verdichten sich die Nachrichten, daß der Betrieb — ein Teil der verstaatlichten Industrie — in seinem weiteren Bestand gefährdet werden soll. Der Betrieb ist für die Zukunft der österreichischen Wirtschaft und des Landes Salzburg von wesentlicher Bedeutung.

Wielandner

Die unterzeichneten Abgeordneten fordern daher den Herrn Handelsminister in seiner Eigenschaft als oberste Bergbehörde auf, dafür Sorge zu tragen, daß der Bestand von 450 Arbeitsplätzen gesichert und dem Unternehmen alle Voraussetzungen gewährt werden, um die angefahrenen Erze zum Abbau vorzurichten. Diese Erze sichern den Bestand dieses Bergbaues für weitere 30 Jahre.

Gestatten Sie mir einige Ausführungen zur Unterstützung dieses Antrages. Bereits zur Keltenzeit wurde auf dem Mitterberg Kupfer gewonnen, und immer wieder kehrte man zu diesen Erzlagern zurück, um sie neuerlich aufzuschließen. Vor 100 Jahren etwa erfolgte eine neuerliche Aufschließung, und erst in den dreißiger Jahren, den Zeiten der damaligen Wirtschaftskrise, kam es zur Schließung des Betriebes und zur Abmauerung der Stollen. Damals kehrte größte Not in diesem Tal ein, und erst langsam erholte sich dieses Gebiet von dem schweren Schlag dadurch, daß man etwas Fremdenverkehr betrieben hat. Aber der Großteil der Leute wanderte ab, die Bergleute mußten aus den Gruben heraus.

Trotz der Fündigkeit, die sich in weiterer Folge wieder erwiesen hat, ist der Bergbau dann zugesperrt worden, und es sind die Realwerte, die Aufbereitungsanlagen, die Schmelzanlagen und so weiter durch die Creditanstalt verkauft worden. Man hat sie gewissermaßen zu Schrottpreisen in das Ausland verschleudert.

Als 1939 der Krieg unser Land überzog, erinnerte man sich wieder dieser Kupfererze auf dem Mitterberg, es kam wieder zur Aufschließung, und der Ort ist in den letzten Jahren wieder sehr wesentlich aufgeblüht.

Es war interessant: Aus den vermauerten Stollen hat man in weiterer Folge wieder das Erz fördern können, von dem man vorher behauptet hatte, daß es nicht mehr fündig wäre. Die Lager haben nun fast 30 Jahre gehalten. Vor einigen Jahren hat nun der Kupferbergbau den Auftrag erhalten, zu untersuchen, ob es möglich wäre, die Fortsetzung des Erzganges zu finden. Man hat damals nominell 12 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt und hat dann in drei Jahren in weiterer Folge 3,9 Millionen Schilling ausbezahlt. Mit den Geldern und den Zuschüssen des Betriebes war es möglich, den Erzgang auch tatsächlich zu finden.

Es ist interessant und eigenartig, daß man seinerzeit den Stollen gesperrt hat, und jetzt ist es möglich, neuerlich wieder weitere große Erzvorkommen zu finden. Immerhin sind in den abgelaufenen Jahren etwa 40.000 t

aus den Erzlagern des Betriebes gefördert worden. Es war manchmal — und das darf ich hier feststellen — für den Betrieb sehr schwer, ihn offenzuhalten und ihn vor allen Dingen so zu gestalten, daß er nicht geschlossen werden mußte.

Der Kupferpreis, der ja sehr wesentlich von den Weltmarktpreisen abhängt — er schwankt immerhin zwischen 160 und 800 Pfund —, ist es, der hier mitbestimmend ist. Doch können wir in der letzten Zeit feststellen, daß der Durchschnitt des Weltmarktpreises 550 bis 600 neue Pfund beträgt. Es war dank dieses Preises möglich, zirka 30 Millionen Schilling Eigenmittel für die Aufschließung des neuen Erzganges einzusetzen.

Es sind nun für die weitere Aufschließung und Vorbereitung zirka 70 Millionen Schilling, verteilt auf drei bis vier Jahre, notwendig.

Wenn man überlegt, daß beispielsweise im 4. Budgetüberschreitungs-gesetz 77 Millionen Schilling enthalten sind für die Erlangung von Krediten zur Abdeckung des Abganges des Jahres 1967 für eine verhältnismäßig ganz kurze Zeit — leider konnte der Herr Finanzminister in der Schnelligkeit keine entsprechende Aufklärung darüber geben, wie sich diese Beträge in Provision und Zinsen unterscheiden, aber ich nehme an, daß bestimmt auch ein sehr schöner Betrag für Provisionen mit drinnen ist —, dann muß ich sagen, diese 77 Millionen, die notwendig sind, um nur 1 Milliarde Schilling zu beschaffen, würden ausreichen und genügen, um dieses Erzvorkommen entsprechend sicherzustellen.

Die Mittel sind notwendig, um die Fortsetzung des Erzganges auszubauen. Die derzeitige, bereits längst in Betrieb befindliche Lagerstätte wird bis zum Jahre 1972, höchstens bis 1974 reichen. Jetzt ist, wie gesagt, die weitere Aufschließung notwendig, um den Anschluß nicht zu verlieren. Es sind ungefähr zwei Schächte in einer Länge von 400 m notwendig und dazu ein Verbindungsstollen von 1 km Länge. Das ist allerdings im Plan des Herrn Staatssekretärs Koren nicht mehr enthalten.

Als die Verantwortlichen im Kupferbergbau von den Dingen gehört haben, haben sie vor einigen Wochen die Öffentlichkeit mobilisiert. Presse, Rundfunk, Fernsehen, Landesregierung, Kammern und so weiter wurden eingeschaltet, und es fand auch eine Vorgesprache bei Herrn Staatssekretär Koren und bei Herrn Dr. Taus statt.

Ich darf aus der Aktennotiz ganz kurz zitieren, welche Stellungnahme diese beiden Herren abgegeben haben. Einleitend wurde festgestellt:

Wielandner

„Ferner wurden die Betriebsergebnisse von 1945 bis 1966 einer Analyse unterzogen und dabei festgestellt, daß den Erzeugungskosten für Kupferkieskonzentrat in der Höhe von 600 Millionen Schilling ein Erlös von 607 Millionen ... gegenübersteht.“ — Es ist also hier absolut der Ausgleich gegeben. — „Damit scheint erwiesen, daß die aufgestellte Behauptung, Mitterberg wäre ein ständig defizitärer Betrieb, nicht den Tatsachen entspricht. Außerdem wurde vermerkt, daß für obigen Zeitraum 60 Millionen Schilling an Steuern und Abgaben abgeführt wurden.“

Präsident Dr. Taus führte dazu aus, „daß die Berichte der einzelnen Fachexperten über den Betrieb Mitterberg bei ihm eingelangt seien und sich die ÖIG mit dem Problem in der allernächsten Zeit befassen wird. Wie aus den Berichten, die er sehr eingehend studiert hat, zu entnehmen ist, kam er zur persönlichen Auffassung, daß die großen Investitionen in Mitterberg nicht mehr durchzuführen seien, weil selbst bei Beistellung der geforderten 70 Millionen Schilling à fonds perdu die Gestehungskosten nicht unter 400 Pfund gesenkt werden könnten, was einen jährlichen Betriebsabgang von mindestens 10 Millionen Schilling bedeuten würde.“ Er stellte fest: „Obwohl die Schuld nicht bei ... der Betriebsführung liegt, ist das Problem der Rentabilität bei allen alpinen Bergbauen dasselbe.“

Ich darf in weiterer Folge ganz kurz auch den Herrn Staatssekretär zitieren:

„Herr Staatssekretär Dr. Koren führt aus, daß das Problem Mitterberg aus dem bereits hier Vorgetragenen sehr schwierig sei: erstens einmal von der Gemeinde- und Landespolitik aus gesehen, weil es sich immerhin um Arbeitsplätze für 450 Beschäftigte handelt, und zweitens, weil der Betrieb Mitterberg für ein ganzes Dorf mit seinen 2000 Einwohnern die einzige Existenzgrundlage darstellt.“

Er stellte die Frage, ob es richtig sei, daß die Hälfte der Beschäftigten Ausländer wären, was von den Mitterbergern insofern berichtet wurde, daß es sich nur um 40 slowenische Bergarbeiter handle.

Herr Staatssekretär Dr. Koren sagte weiter: Wenn sich der Betrieb Mitterberg im Wiener Raum befinden würde, wäre er schon vor Jahren geschlossen worden.

Er nahm zur Aufbringung der 70 Millionen Schilling Stellung und gab zu verstehen, daß aus dem ERP-Fonds unter gar keinen Umständen Mittel für Mitterberg gegeben werden könnten, da die zur Verfügung stehenden Gelder nur in Form von Krediten gewährt werden und Mitterberg für die Rückzahlung keinerlei Garantie biete.

Mittel aus dem Investitionsfonds stünden — wie aus den Ausführungen des Herrn Präsidenten Dr. Taus zu entnehmen ist — nicht zur Verfügung; so bleibt nur noch die Bergbauförderung. Auch hier müßte eine Gesetzesänderung vorgenommen werden, weil Gelder nur für Betriebsabgänge und nicht für Investitionen gegeben werden dürfen.

Auf eine direkte Anfrage des Betriebsrates Mühlberger, wie weit der Herr Staatssekretär es für möglich hält, die angeforderten Gelder zu erhalten, hat er die Delegationen an den zuständigen Minister Dr. Weiß unter Beiziehung des Herrn Vizekanzlers Dr. Bock verwiesen, der für die Bergbauförderung verantwortlich zeichnet.

Unter dem Hinweis, ob nicht Mitterberg wehrpolitisch eine Rolle spielt, hat Herr Staatssekretär diese Frage mit einem Lächeln abgetan. Er meinte, sollte es auf diesem Gebiet eine Vorratspolitik geben, wäre es vernünftiger, sich einen Stock von 10.000 t Kupfer anzulegen, und zwar zu einer Zeit, wo Kupfer billig ist, als für die Dauer einen defizitären Betrieb zu erhalten.“ — Ich werde mir gestatten, darauf noch zurückzukommen.

„Abschließend brachte Herr Staatssekretär Dr. Koren zum Ausdruck, daß Mitterberg nur ein volkswirtschaftliches Problem darstelle und dafür die Bundesregierung als Vertreterin des Eigentümers ihre Entscheidung zu treffen hätte.“

Es ist also hier festgelegt, daß der Betrieb wirtschaftlich nicht interessant wäre, angeblich sollen zu viele Verluste sein. Es soll eventuell noch eine volkswirtschaftliche Bedeutung darinnen liegen. Die Entscheidung darüber liegt bei der Bundesregierung.

Dazu gestatte ich mir folgendes auszuführen: Seit 1945 ist in Mitterberg — und das habe ich vorhin bereits angeführt — ausgeglichen gearbeitet worden. Mitterberg ist kein Zuschußbetrieb. Dieser Nachweis wurde auch gegenüber der Österreichischen Industrieverwaltungsgesellschaft erbracht. Nach dem Bericht der Fachleute im ÖIG-Ausschuß ist Mitterberg kein volkswirtschaftliches Problem, weil dort keine Gelder verlorengehen, sondern erarbeitet werden.

Immerhin werden mit diesen neuen Aufschließungen Erzlager für 1,5 bis 2 Milliarden Schilling erschlossen werden, also mit einem Einsatz von 70 Millionen Schilling wird es möglich sein, für 30 Jahre die Arbeitsplätze für ungefähr 450 Leute zu sichern.

Darüber hinaus gestatte ich mir darauf zu verweisen, daß das einzige nennenswerte Kupfervorkommen in Westeuropa in diesem Raum liegt. Der österreichische Verbrauch liegt etwa bei 30.000 t jährlich, und es ist

Wielandner

immerhin möglich, im Inland mit Schrott und mit Mitterberg ein Drittel, also zirka 10.000 t, aufzubringen. Wir könnten in Notzeiten ungefähr ein Drittel unseres Kupferbedarfes decken.

Nun zu der Überlegung des Herrn Staatssekretärs Koren, daß man hier einen Vorrat anlegen sollte. Eine Tonne Kupfer kostet ungefähr 40.000 S. 10.000 t Kupfer als Vorrat, wie es hier verlangt worden ist, stellen einen Wert von ungefähr 400 Millionen Schilling dar. Wenn ich eine Verzinsung von nur 4 Prozent für dieses Kapital annehme, so komme ich auf 16 Millionen Schilling, die ein totes Kapital darstellen, während man mit ungefähr 70 Millionen in der Lage wäre, den Betrieb für 30 Jahre zu sichern.

Wesentlich sind doch in der heutigen Situation die 450 Arbeitsplätze! Mitterberg befindet sich in einem Tal in ungefähr 10 km Entfernung von Bischofshofen. Es wird schwierig sein, diese Arbeitskräfte an entsprechende Arbeitsplätze heranzuführen beziehungsweise sie entsprechend auf Ersatzarbeitsplätzen einzusetzen.

Ich darf mir die Bemerkung gestatten, daß die Gemeinden, insbesondere die sozialistischen Gemeinden im Lande Salzburg, in den letzten Jahren sehr investitionsfreudig waren und vor allem für die zusätzliche Schaffung von Arbeitsplätzen gesorgt haben. Aber es wird bei der derzeitigen wirtschaftlichen Lage kaum möglich sein, diese 450 Arbeitsplätze sofort umzuschichten.

Diese Dinge hat auch der Salzburger Landtag erkannt. Es wurde dort einstimmig beschlossen, daß der Kupferbergbau entsprechend unterstützt werden müsse, um den Betrieb weiter zu sichern.

Der Herr Landeshauptmann hat anlässlich der letzten Barbara-Feier versprochen, daß er bei der Bundesregierung dafür sorgen werde, daß alles getan würde, um die Existenz dieses Kupferbergwerkes nicht zu gefährden. Im Lande Salzburg ist es also kein Politikum. Ich hoffe, daß es auch auf der Ebene des Bundes kein Politikum werden wird.

Der voraussichtliche Weltmarktpreis, wie er sich derzeit zeigt, wird im Durchschnitt bei 370 alten Pfund liegen. Um den Betrieb zu sichern, wäre ein Preis von ungefähr 470 Pfund erforderlich. Bei den großen Schwankungen des Preises wird sicherlich immer wieder eine Möglichkeit gefunden werden, daß der Betrieb entsprechend aktiv bleibt.

Vor 35 Jahren ist die damalige Schmelzhütte, die kaum neu gebaut gewesen ist, zum Schrottpreis nach Krombach in die

Tschechoslowakei verkauft worden. Die Schmelzhütte war damals beispielsweise in der Lage, 2000 t schwedisches Erz abzurösten. Heute muß das Mitterberger Erz nach Krombach gebracht werden. Interessanterweise wird es in Krombach in dieser seinerzeit dorthin verkauften Schmelzhütte abgeröstet. Die Röstkapazität in Österreich, in Arnoldstein, reicht nicht ganz aus, um allen Erfordernissen zu entsprechen. Deshalb ist es beispielsweise auch notwendig, Erze nach Hamburg zu transportieren. Daran sieht man wieder einmal eine Wirtschaftspolitik, wie sie normalerweise doch nur ein Hausmeister betreiben kann: Die Umsatzsteuer wird auf der einen Seite erlassen, und zwar ist das je Tonne 350 S, und auf der anderen Seite zahlt man an Fracht — zur Sanierung der Deutschen Bundesbahn, möchte ich fast behaupten — je Tonne 330 S. Man muß sich wirklich fragen, wo dabei das Konzept bleibt.

Vor wenigen Tagen hat der Herr Landeshauptmann Dr. Lechner unter dem stürmischen Beifall der Bergarbeiter erklärt: „Alles wird mobilisiert, um die Existenz des Kupferbergbaues nicht zu gefährden!“ — Meine Damen und Herren von der rechten Seite dieses Hauses! Überlegen Sie sich meine Ausführungen. Es sind wirklich Arbeitsplätze ernstlich gefährdet, und man sollte nicht wieder den Weg der dreißiger Jahre gehen, die Stollen zuzumauern und die Fündigkeit der Erze zu bestreiten.

Ich fordere Sie daher auf: Treten Sie meinem Entschließungsantrag bei, der sicherlich dazu angetan wäre, die Frage entsprechend prüfen und untersuchen zu lassen! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Der Entschließungsantrag der Abgeordneten Wielandner und Genossen, der eben verlesen wurde, ist genügend unterstützt und steht zur Debatte.

Wir haben noch knapp eine Viertelstunde. Ich bin der Meinung, daß es zweckmäßig ist, die Verhandlungen jetzt zu unterbrechen, sonst wird der Redner in seinen Ausführungen unterbrochen. Wenn kein Widerspruch ist, dann gehe ich so vor.

Ich unterbreche die Verhandlungen für heute. Wir setzen sie morgen um 9 Uhr fort. Als erster Redner ist der Herr Abgeordnete Skritek gemeldet. Nach Schluß dieses Kapitels wird eine kurze Unterbrechung sein und die nächste Sitzung, die vorgesehen war, mit der vorgesehenen Tagesordnung sodann aufgenommen.

Die Verhandlungen sind unterbrochen.

Die Sitzung wird um 17 Uhr 45 Minuten unterbrochen und am Freitag, dem 15. Dezember 1967, um 9 Uhr wiederaufgenommen.

Fortsetzung der Sitzung am 15. Dezember 1967

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner**: Ich nehme die unterbrochenen Verhandlungen über das Bundesfinanzgesetz 1968, Gruppe IX: Handel, Gewerbe und Industrie, wieder auf.

Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Fiedler. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Fiedler** (ÖVP): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vorgestern hat bei der Behandlung des Kapitels Inneres der Klubobmann der Freiheitlichen Partei, Herr Abgeordneter Dr. van Tongel, Gelegenheit genommen, Probleme des Kraftfahrrechtes zu behandeln, und zwar vom Standpunkt der Exekutive aus, wobei wieder einmal gezeigt wurde, daß dieser Fragenkomplex sowohl beim Bundesministerium für Inneres als auch beim Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie ressortmäßig behandelt wird. Ich bin dem Herrn Abgeordneten dafür sehr dankbar, daß er von sich aus klargestellt hat, daß diese Frage im Hohen Haus kein Politikum darstellt, und dankbar dafür, daß sie von ihm bereits in dieser Debatte angetönt wurde.

Ich glaube aber heute verpflichtet zu sein, einige Präzisierungen vorzunehmen, die mir im Sinne der Steuerung der Tatsachen und der Wahrheit unbedingt notwendig erscheinen.

Meine Damen und Herren! Wir alle haben am 23. Juni dieses Jahres das Kraftfahrzeuggesetz 1967, das mit 1. Jänner kommenden Jahres in Kraft treten wird, einstimmig beschlossen. Es ist Ihnen in Erinnerung, daß es dem Hohen Hause in der vergangenen X. Gesetzgebungsperiode nicht möglich gewesen war, dieses Gesetz beschlußreif zu machen, sodaß eine neue Behandlung in der XI. Gesetzgebungsperiode notwendig war. Durch intensive Ausschußarbeit ist es dann im ersten Halbjahr dieses Jahres gelungen, das Gesetz beschlußreif zu machen. Ich glaube, wir waren alle froh, daß dies durch diese intensiven Beratungen zwischen Abgeordneten und Experten möglich geworden ist.

Andererseits ist in der letzten Zeit wiederholt Kritik geübt worden, die besagt hat, daß wir zu rasch zu einer Beschlußfassung kamen. Man sieht also: Hier bemühte man sich eine ganze Gesetzgebungsperiode, zu einem Ergebnis zu kommen; in der darauf folgenden bemühten wir uns, zu einem raschen Abschluß zu gelangen, und da wird wieder — sachlich, nicht unsachlich — Kritik geübt.

Ich darf dem Hohen Hause aus einem Rechenschaftsbericht der Fachgruppe Lastfuhrwerksgewerbe, der am 8. dieses Monats gehalten wurde, nur einen Satz zitieren, in dem es heißt:

„Trotz der geäußerten Bedenken wurde dieses Gesetz im entscheidenden Moment etwas zu rasch über die Bühne gejagt.“

Allerdings: Von entscheidenden Bedenken war den Mitgliedern des Handelsausschusses beziehungsweise des Unterausschusses eigentlich nichts bekannt.

Nun sei mir auch im Rahmen dieser Debatte ein Wort an die Pressevertreter gestattet. Ich darf vorausschicken, daß ich zu jenen sehr interessierten Lesern gehöre, die sich ständig in sämtlichen Zeitungen den Motorteil und den Teil, der sich mit Verkehrsrechtsfragen befaßt, sehr genau ansehen. Deshalb darf ich von dieser Stelle aus heute die Gelegenheit benützen, eine Bitte und Einladung an die verschiedenen „Christmänner“ der Tageszeitungen zu richten.

Zuerst soll man speziell in diesen Fragen, die kein Politikum darstellen, wie ich nochmals betonen darf, prüfen und genau recherchieren und vor allem keine Pauschalurteile in solchen Fragen abgeben! Ich möchte dem Hohen Hause jenen konkreten Fall nicht vorenthalten, wo am 27. November eine Tageszeitung unter der Überschrift „Neues Kraftfahrzeuggesetz: Zum Haarausreißen! Eine einmalige Stümperei: Gesetzgeber verlangt von allen Beamten Unmögliches“ schrieb. Es heißt weiter: „Dieses Gesetz, das am 1. Jänner in Kraft tritt, ist ein dilettantisches Machwerk, dessen Stümperhaftigkeit kaum noch zu überbieten ist.“

Was sind die Tatsachen? Man bringt ein Beispiel, nämlich jenes Beispiel des Zulassungsscheines, mit welchem die Möglichkeit gegeben ist, nach den heutigen geltenden Gesetzesbestimmungen zwei Fahrzeuge und ab 1. Jänner des kommenden Jahres also auch drei mit einem Polizeikennzeichen anzumelden. (*Unruhe im Saale. — Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner gibt das Glockenzeichen.*)

Ich habe diesen Anlaß benützt, um dem Chefredakteur dieses Blattes ausführlich auseinanderzusetzen, wie die Dinge wirklich liegen — ein solches Formular war mir zufällig bekannt —, und ich habe ihn allerdings auch darauf aufmerksam gemacht, daß man zuerst richtig prüfen und recherchieren soll, bevor man Behauptungen aufstellt.

Zu meiner Freude habe ich von diesem Chefredakteur eine Antwort bekommen, aus der ich zwei Sätze zitieren darf:

„Wir geben jedoch gerne zu, daß einige sehr harte Ausdrücke, deren sich der Verfasser“ — hier meint er den Verfasser des Artikels — „bediente, nicht unbedingt nötig

6640

Nationalrat XI. GP. — 81. Sitzung — 15. Dezember 1967

Dr. Fiedler

waren.“ Weiter heißt es in diesem Schreiben: „Gewisse Überspitztheiten unseres Textes wollen Sie höflich entschuldigen.“

Man sieht also, daß durch eine sachliche Antwort auch zugegeben wird, daß man hier voreilig gehandelt hat.

Allerdings wurde dann am vergangenen Montag, dem 11., unter Vorlage der Photokopie eines solchen Zulassungsscheines, den ich dem Herrn Chefredakteur zur Verfügung stellte, wieder gezeigt, daß man nicht genau recherchiert, denn es wird dann in einem weiteren Kommentar davon gesprochen, daß bei der Bundespolizeidirektion einige hunderttausend Führerscheinformulare lagern, die man weiter verwenden will. Nun ist es mir unerfindlich, wie man das mit einem Zulassungsschein in Verbindung bringen kann. Alle Kraftfahrzeughalter unter uns werden bestätigen, daß ein fundamentaler Unterschied zwischen einem Zulassungsschein und einem Führerschein besteht. (*Anhaltende Unruhe im Hause.*)

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner:** Es entschuldige der Redner! Meine Damen und Herren! Der Empfang ist schon längst beendet. Ich glaube, wir sollten wieder verhandeln und auch zuhören.

Abgeordneter Dr. **Fiedler** (*fortsetzend*): Ich darf also feststellen, daß man sich in solchen Fällen die Dinge wirklich genau ansehen soll und nicht uninformatiert über Führerscheinformulare, in die bekanntlich nie die Zulassungsdaten eines Fahrzeuges eingetragen werden, berichten soll.

Ich möchte aber auch im Rahmen dieser Ausführungen festhalten, daß auch jene Ministerien, die damals ihre Experten in den Unterausschuß beziehungsweise in den Handelsausschuß entsandt haben, bemüht sein sollten, auf einschlägige Zeitungsmeldungen im klarstellenden Sinne zu reagieren. Ich glaube, die Möglichkeit dazu ist leicht gegeben: Es gibt in jedem Ministerium eine Pressestelle, die von den Fachreferenten die notwendigen Unterlagen rasch beschaffen kann.

Ich vermisste das aber in einigen Fällen und darf hier auf bestimmte Artikel verweisen, von denen einer beispielsweise unter dem Titel „Durcheinander im Kraftfahrsgesetz“ erschienen ist. Ebenso verweise ich auf den Artikel „Nach neuem Kraftfahrsgesetz: Staat macht Geschäfte mit der Sicherheit“ und ähnliche Artikel, bei denen ich bis heute eine sachliche ministerielle Klarstellung beziehungsweise Widerlegung vermisste. Es wäre auch hier nicht notwendig gewesen, jene Erklärung, die dann jenes Blatt unter der Überschrift „Ein gemeinsamer Erfolg des ÖAMTC und

des KURIER — Versicherungen decken jetzt Mängel im Gesetz“ gebracht hat, zu veröffentlichen, denn die zuständigen Experten im Ausschuß haben uns das erklärt, was jetzt als ein Erfolg einer Zeitung im Einvernehmen mit dem Versicherungsverband bezeichnet wird. Tatsache ist, daß die Rechtslage so war und auch schon zum Zeitpunkt des Abschlusses der Verhandlungen genauso gelagert war. Man soll also der Öffentlichkeit nicht einen publizistischen Erfolg vordemonstrieren, der gar nicht errungen wurde, sondern bei dem es sich um ein Faktum handelt, das sich auf die bisherige rechtliche Basis stützt.

Ich darf nun ganz offen eine aufrichtig gemeinte Einladung an die Vertreter der Presse richten, ich glaube, dabei im Sinne aller Mitglieder des seinerzeitigen Unterausschusses zu sprechen: Ich bitte Sie, wenden Sie sich mit konkreten Kritiken, Anfragen und Überlegungen an uns, an eines der Mitglieder des Unterausschusses; sie sind bekannt. Wenden Sie sich an diejenigen, der Ihnen am besten zu Gesicht steht! In politischer Hinsicht gibt es in diesen Fragen, wie ich heute schon einmal betont habe, keinen Unterschied. Wir sind in jeder Weise aufgeschlossen und bereit, auf diese Dinge einzugehen und ihnen auf den Grund zu gehen.

Gleichzeitig darf ich die Aufforderung aussprechen, dann, wenn auf Grund von Artikeln Initiativen ergriffen wurden, auch darüber zu berichten. Wenn das Hohe Haus, was in vielen Fällen geschieht, solche Initiativen und Vorschläge aufgreift, melden Sie auch das Ihren Lesern! Die „Parlamentskorrespondenz“ gibt über Anträge und Anfragen stets erschöpfend und genau Auskunft.

Ich darf nur einige Anfragen nennen, die von mir — aber ich spreche darüber hinaus im Namen aller Kollegen, denn es gibt sehr viele andere ähnliche Anfragen — eingebracht wurden und die auf Anregungen der Presse zurückgingen, die dann aber keine Berichtserstattung gefunden haben. Ich nenne beispielsweise eine Anfrage an den Baudenminister über Mittelsicherung auf Autobahnen, eine Anfrage an den Justizminister, betreffend Schutzgeländer auf der Autobahn, eine Anfrage an den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie, betreffend Grünphase der Verkehrsampeln, eine solche an den Baudenminister, betreffend weiße Randlinien für größere Straßen, und viele andere. Die von mir genannten Anfragen sollen nur einige Beispiele darstellen.

Nun sehe ich mich veranlaßt, auch von dieser Stelle aus einige Worte zur Frage der Polizeikennzeichen der Kraftfahrzeuge oder, wie es in der Öffentlichkeit genannt wird,

Dr. Fiedler

zur Nummernfrage zu sagen. Ich darf vorausschicken, daß dieses Problem im Unterausschuß ein Anliegen der acht Bundesländer war, denn die Kollegen aus den großen Bundesländern haben die berechtigte Sorge gehabt, daß in dem Moment, in dem zu dem Buchstaben des Bundeslandes eine siebenstellige Zahl kommt, die Unübersichtlichkeit der Nummer des Polizeikennzeichens gegeben wäre.

Kollege Minkowitsch hat am 23. Juni in sehr klaren Worten — das kann jeder im Protokoll nachlesen — dazu Stellung genommen und hat darüber hinaus in einer Fernsehreportage, die im Laufe des Monats Juli im Aktuellen Dienst des Österreichischen Fernsehens, und zwar in der „Frage der Woche“, gesendet wurde, eine klare Darstellung gegeben. Ich muß von dieser Stelle aus festhalten, daß man dabei Herrn Abgeordneten Minkowitsch leider zensuriert hat und wichtige Erklärungen, die zur sachlichen Darstellung des Sachverhaltes wesentlich und entscheidend gewesen wären, unterschlagen hat bzw. wahrscheinlich aus Zeitmangel nicht unterbringen konnte. Ich glaube, daß es ein Gebot der Fairneß wäre, in solchen Fragen dem Betroffenen den Streifen zu zeigen und ihn zu fragen, ob er glaubt, daß seine Darstellung damit richtig gebracht wird.

Ich darf aber nun zu dieser Frage, so wie es Kollege Dr. van Tongel vorgestern getan hat, eindeutig festhalten, daß auf diesem Gebiet der Gesetzgeber lediglich den Rahmen gegeben hat, daß aber die Durchführung allein Angelegenheit einer verordnungsmäßigen Regelung durch das für die Vollziehung zuständige Bundesministerium ist. Da muß ich auf die Reaktion der Presse, vor allem der Fachpresse verweisen, die von einem „Wirrwarr um die Neugestaltung“ spricht und die Überschrift bringt: „Kennzeichen: Hexeneinmaleins genannt“. Das schreibt das Organ der größten Kraftfahrervereinigung in seiner Nummer vom Dezember. Es ist uns bekannt, daß der Kraftfahrbeirat noch im November einen Vorschlag, der vom zuständigen Ressort ausgearbeitet wurde, nicht goutiert, sondern der Meinung Ausdruck gegeben hat, das alte System wäre weiterhin das richtige. Man hat hier vor allem etwas gemacht, was man schon früher hätte machen sollen, nämlich Versuche über die Wahrnehmbarkeit und Lesbarkeit von Kennzeichentafeln anzustellen. Da ist man nun draufgekommen, daß das alte System — ich nehme das an; ich kann das nämlich nur zwischen den Zeilen, aber nicht expressis verbis lesen — besser ist, nämlich daß man der Meinung ist, daß der Buchstabe plus sieben Ziffern lesbarer wäre als eine Kombination von Buchstaben und Ziffern beziehungsweise

eine Variation davon, die das Gesetz in sehr breitem Rahmen allenfalls ermöglichen würde. Was sich also nun bei diesen siebenstelligen Zahlen ergeben wird, wird die Zukunft erweisen. Tatsache ist, daß das Nummernsystem — das möchte ich festhalten — bis auf weiteres genauso bleibt, wie es jetzt ist.

Nun eine Klarstellung zu jener Gruppe von Polizeikennzeichen, die mit 1. Jänner 1968 geändert werden sollen. Auch da, das darf ich noch einmal betonen, ist nicht der Gesetzgeber, sondern es sind die vollziehenden Ministerien allein verantwortlich, denn wir haben im Gesetz nur die Möglichkeit von Sonderkennzeichen geschaffen, aber nicht deren buchstabenmäßige Bezeichnung vorgeschrieben.

Da gibt es meines Erachtens — ich drücke mich sehr vorsichtig aus — zwei besondere und wahrscheinlich zu berechtigter Kritik Anlaß gebende Vorschläge. Es gibt hier den Punkt: Sonderkennzeichen für Fahrzeuge, die zur Verwendung im Bereich der Bundespolizei bestimmt sind. Diese Fahrzeuge sollen nun das Sonderkennzeichen „BP“ erhalten. Also genau jenes Kennzeichen, das in der Ersten Republik den Fahrzeugen der österreichischen Postverwaltung vorbehalten war. Darüber hinaus aber laufen in der benachbarten deutschen Bundesrepublik nahezu 50.000 Postfahrzeuge mit dem gleichen Kennzeichen; und darüber hinaus, glaube ich, wird sich eine Weltmineralölfirma sehr freuen, wenn die Fahrzeuge der österreichischen Polizei mit ihrem Firmenzeichen über die Straßen Österreichs rollen.

Richtig wäre — dafür trete ich offen ein — die Bezeichnung „POL“, denn das ist eine internationale Abkürzung, kann vor allem auch vom Ausländer, der etwas Deutsch kann, verstanden werden. Wir wollen immer dem Fremdenverkehr dienen: Ein solches Fahrzeug wäre für den Fremden zur Orientierung, zur Information richtig bezeichnet.

Statt zwei Buchstaben drei Buchstaben, also die Buchstaben „POL“ zu nehmen, ist meiner Ansicht nach bezüglich der Lesbarkeit in keiner Weise eine Behinderung. Denn es wird sicherlich bei den Polizeifahrzeugen lediglich Nummerngruppen bis zu fünf Ziffern geben. Ich darf darüber hinaus wohl mit Sicherheit voraussetzen, daß man von einem Polizeifahrzeug, das bekanntlich auf Grund der Dienstvorschriften immer einen Kommandanten haben muß, nicht annehmen kann, daß hier ein Fall von Fahrerflucht eintreten wird.

Ähnlich, vielleicht nicht so kraß, ist es bei jenen Fahrzeugen, die zur Verwendung im Bereiche der Bundesgendarmerie vorgesehen

6642

Nationalrat XI. GP. — 81. Sitzung — 15. Dezember 1967

Dr. Fiedler

sind. Hier will man nun als Bezeichnung „BG“ nehmen. Das erscheint mir ebenso unverständlich, weil auch hier Vergleiche mit den verschiedensten Abkürzungen, wie „Burg“ oder „Bürgermeister“ und so weiter, naheliegen. Ich will mich nicht weiter verbreiten. (*Abg. Dr. Broda: „BG“ ist immer Bezirksgericht! — Abg. Dr. van Tongel: Ein Glück, daß es ein weiches „B“ ist! — Heiterkeit.*) Natürlich, Herr Minister, da haben Sie vollkommen recht. Es ist mir im Augenblick nicht eingefallen. Hier wäre die richtige Bezeichnung „GEN“, auch wieder ein Ausdruck, der international verständlich wäre, denn das Wort „Gendarmerie“ stammt aus dem Französischen und ist sicherlich eher verständlich im internationalen Verkehr als etwa die unverständlichen Buchstaben „BG“.

Deshalb darf ich mir wohl erlauben, Hohes Haus, ernstlich in Erwägung zu stellen, noch jetzt — wir schreiben heute den 15. Dezember, und es müßte möglich sein, diese Dinge in der Verordnung umzustellen — im Sinne meines Vorschlages eine Änderung vorzunehmen, um zu verhindern, daß die 914 Polizeifahrzeuge mit „BP“ und die 1926 Gendarmeriefahrzeuge Österreichs mit „BG“ ab 1. Jänner 1968 über die Straßen Österreichs rollen.

Abschließend eine kurze grundsätzliche Feststellung. Meine Damen und Herren! Das Kraftfahrzeuggesetz in der jetzigen Fassung bedeutet für uns Abgeordnete und insbesondere diejenigen, die sich bemüht haben, dieses Gesetz über die parlamentarische Bühne zu bringen, kein Dogma und kein Evangelium. Novellierungen sind durchaus möglich, wenn es nötig erscheint und die Zweckmäßigkeit von den zuständigen Fachleuten nachgewiesen wird. Es wird uns auch egal sein, ob das eine Regierungsvorlage oder ein Initiativantrag aus unserem Kreise sein wird. Oberster Grundsatz für uns als Abgeordnete und damit als Gesetzgeber muß es sein, die Voraussetzungen für die höchste Sicherheit im Kraftfahrzeugverkehr zu schaffen, wie ich überhaupt überzeugt bin, daß sämtliche Mitglieder dieses Hohen Hauses stets und jederzeit bestrebt sind, sich dieser Notwendigkeit voll und ganz bewußt zu sein. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Skritek das Wort.

Abgeordneter Skritek (SPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich gleichfalls zunächst mit ein paar Fragen aus dem Kraftfahrrecht beziehungsweise dem Kraftfahrzeuggesetz beschäftigen.

Ich muß aber gegenüber meinem Vorredner sagen: Wir haben das Kraftfahrzeuggesetz einstimmig beschlossen. Einige unserer Anträge

wurden nicht akzeptiert. Ich werde darauf noch zurückkommen, daß einige der abgelehnten Anträge oder Dinge, die bestanden haben, jetzt, wo sie außer Kraft treten, plötzlich von der Presse entdeckt werden und daß wertvolle Einrichtungen, wie Sie ja festgestellt haben, nicht mehr bestehen.

Ich denke an die Führerscheinentziehungskommission. Dazu gab es allgemein in der ganzen Presse Feststellungen, wieso denn jetzt auf die wertvolle Arbeit dieser Kommission verzichtet werden kann. Unsere Vorschläge, diese Kommission in einer anderen Form zu erhalten, sind seinerzeit leider nicht angenommen worden.

Ich komme auf das Kapitel Kraftfahrwesen aus einer Budgetpost zurück, und zwar betrifft es den Ansatz Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge. Es wurde hier im Haus von unserer Seite mehrmals darauf hingewiesen, daß die Erläuternden Bemerkungen zum Teil außerordentlich ungenügend, unzureichend sind, nicht genügend informativ sind. Diese Feststellung, glaube ich, trifft auf die Erläuternden Bemerkungen bezüglich der Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge gleichfalls zu, Herr Vizekanzler. Und zwar deshalb, weil Sie zwar hineinschreiben, was diese Bundesprüfanstalt alles zu tun hat, eine Ansatzserhöhung bei den Einnahmen von 200.000 auf 4 Millionen festlegen und mit keiner Silbe in diese Erläuternden Bemerkungen hineinschreiben lassen, wieso denn plötzlich aus 200.000 S 4 Millionen Einnahmen werden. Es wäre doch sicherlich für jeden Leser dieser Erläuternden Bemerkungen interessant zu wissen, wieso sich hier eine solche Vervielfachung der Einnahmen bei der Bundesprüfanstalt ergibt. Natürlich wissen die Eingeweihten, daß es sich hier um eine Gebühreneinführung bei bisher gebührenfreien Prüfungen nach dem Kraftfahrzeuggesetz handelt. Ich sage ausdrücklich: die Eingeweihten, denn das Kraftfahrzeuggesetz enthält immerhin mehr als 100 Paragraphen, und es ist nicht jedermanns Sache, alle 100 Paragraphen auswendig zu können. Sie führen zwar das Kraftfahrzeuggesetz in diesem Abschnitt an und daß die Bundesprüfanstalt jetzt eine bundeseigene Anstalt ist. Sie schreiben aber kein Wort davon, daß die Einführung der Gebühren diese Erhöhung bringt. Ich weiß nicht, ob Sie das aus Schüchternheit getan haben, um nicht darzustellen, daß dadurch für die Autofahrer eine neue Belastung kommt, um dem auszuweichen. Jedenfalls sind diese Erläuternden Bemerkungen sehr ergänzungsbedürftig.

Nun können Sie, Herr Vizekanzler, vielleicht sagen: ich konnte noch nichts hineinschreiben über die Höhe — Sie haben zwar den

Skritek

Betrag schon angenommen —, denn die Verordnung, die dazu notwendig ist, ist noch nicht fertig.

Hier komme ich auch auf etwas zurück — mein Vorredner hat darüber diskret geschwiegen —, ich möchte aber doch dazu ein paar Bemerkungen machen. Wir haben seinerzeit im Unterausschuß auch darüber debattiert, wann dieses Kraftfahrgesetz in Wirksamkeit treten soll. Unser Vorschlag war: Mitte 1968, weil wir der Meinung waren, daß das Ministerium nicht imstande sein wird, die notwendige Verordnung rechtzeitig herauszubringen.

Herr Vizekanzler, Sie haben darauf bestanden, daß das Kraftfahrgesetz am 1. Jänner 1968 in Kraft tritt, anscheinend aus finanziellen Erwägungen bezüglich der Einführung dieser Gebühren. Ich kann mir zwar nicht vorstellen, daß bei einem 80-Milliarden-Budget die Hälfte von 5, 6 oder 10 Millionen, also 5 Millionen, für die Einführung eines Gesetzes zu einem Termin entscheidend sein können, zu dem die Durchführung in Frage gestellt ist.

Wir erinnern heute an die damaligen dezidierten Erklärungen, daß die Durchführungsverordnung nur eine ganz einfache Sache sei, sie sei schon vorbereitet, sie werde ausgeschickt, selbstverständlich sei das Ministerium in der Lage, die Einwände zu berücksichtigen, zu bearbeiten und längstens bis, ich glaube, Ende Oktober, war angekündigt, eine Verordnung zu publizieren. Herr Vizekanzler, ich muß feststellen: Bis heute ist mir nicht bekannt — wir schreiben immerhin schon Mitte Dezember —, daß diese Durchführungsverordnung für ein Gesetz, das am 1. Jänner in Kraft treten soll, schon erlassen wurde. Soviel ich weiß — und hier kann man sich ja nur auf Zwischenberichte, die überall vom Hörensagen herkommen, stützen —, soll die Verordnung in der Woche zwischen den Weihnachtsfeiertagen und Neujahr publiziert werden.

Ich darf sagen, bei der Verordnung, die, wenn sie auch keine vollkommene ist — darauf komme ich auch noch zurück —, wichtige Neuerungen bringen muß, ist es unmöglich, daß Polizei- und Verwaltungsbehörden in drei Tagen diese Verordnung durchführen können; daß sie imstande sind, ihre Beamten zu informieren, ist unmöglich. Nachträglich haben wir vollkommen recht behalten, daß wir dafür waren, die Inkraftsetzung dieses Gesetzes erst im zweiten Halbjahr 1968 festzulegen. Die Versprechungen, die Ihr Ministerium gemacht hat, Herr Vizekanzler, haben sich nicht erfüllt. Abgesehen davon, daß die Durchführbarkeit dieser Verordnung

außerordentlich schwierig ist. Ich habe schon gesagt, die Beamten in den entsprechenden Ressorts — und das ist ja meistens nicht das Handelsressort, es ist die Bundespolizei, die Bezirkshauptmannschaften — sind verzweifelt darüber, wie sie denn eigentlich am 1. Jänner diese Bestimmungen erfüllen sollen.

Es sollen verschiedene neue Kennzeichentafeln ausgegeben werden. Solange die Verordnung nicht da ist, können sie nicht bestellt werden. Das soll alles in den paar Tagen zwischen den Weihnachtsfeiertagen und Neujahr geschehen, das sind einige wenige Tage; wozu noch kommt, daß sich viele Beamte mit Recht ein paar Urlaubstage nehmen, wenn sie sie noch haben. Wie sollen die Tafeln, die ab 1. Jänner auszugeben sind, tatsächlich hergestellt werden? Oder soll es so sein, daß man halt, wie man so sagt, unterm Hut inzwischen die Tafeln bestellt und dann feststellt: Wenn die Verordnung ein bisserl anders ist, kann man die ganzen Tafeln halt wieder wegwerfen, weil man sie nicht verwenden kann.

Das zu dieser Verordnung bezüglich des Termins. Auch wegen des Inhaltes, Herr Vizekanzler, wären ein paar Bemerkungen sicherlich angebracht. Sie werden jetzt keine ganze Verordnung bringen, sondern nur eine Teilverordnung. Das, was Sie dem Kraftfahrbeirat vorgelegt haben, ist eine sehr gewundene Erklärung von „Transformierung in neue Begriffsbestimmungen“ und so weiter. Ja, wenn man uns das damals gesagt hätte, wäre sicherlich der einstimmige Beschluß gekommen, das Gesetz Mitte 1968 in Kraft zu setzen und nicht mit dem 1. Jänner 1968.

Wir werden also eine Teilverordnung bekommen, ich möchte fast sagen, eine Notlösung, eine Art von „Notverordnung“ wird also kommen. Wir werden schrittweise dann jeweils zusätzliche Verordnungen, die einen Teil dieser Verordnung außer Kraft setzen, erhalten. Das heißt also, dem einheitlichen Gesetz, dem eine einheitliche Durchführungsverordnung gegenüberstehen sollte, werden verschiedene Durchführungsverordnungen gegenüberstehen.

Ich darf also sagen, komplizierter hätten wir es sicherlich nicht machen können. Aber ich möchte hier eindeutig feststellen, wie es mein Vorredner bei einigen anderen Punkten getan hat: Hier trifft die Verantwortung Sie, Herr Vizekanzler, zur Gänze. Ich glaube also, daß das Parlament nicht schuldig werden kann. Ich sage das auch deshalb mit aller Deutlichkeit, weil man dann wieder versuchen wird, die Nachteile dem Parlament in die Schuhe zu schieben. Hier sei es ganz klar festgestellt, besonders soweit es auch die Sozialistische Partei betrifft.

Skritek

Darf ich auch, Herr Vizekanzler, noch etwas zu den vorgesehenen Prüfungskosten bemerken. In Ihrem Verordnungsentwurf sind 80 S für einen PKW enthalten. Auch da munkelt man. Ich weiß es nicht, vielleicht können Sie heute eine Erklärung abgeben; wenn Sie es schon wissen, Herr Vizekanzler, wird es uns sicher freuen, zu hören, was endgültig in die Verordnung hineinkommt. Man sagt also, aus diesen 80 S sollen 100 S werden. Vielleicht können Sie auch erläutern, warum sich dieser Betrag erhöhen soll.

Darf ich dazu vielleicht ein paar Bemerkungen zur Ansatzpost im Budget der Bundesprüfanstalt machen. Nur in einer Erläuterung führen Sie an, daß täglich 300 Fahrzeuge geprüft werden. Multipliziert man das mit den Arbeitstagen, käme man auf eine Prüfzahl von etwa 70.000. Wenn man pro Fahrzeug mit 100 S rechnet, wäre die Ansatzpost auch unrichtig, denn dann müßten es 7 Millionen sein und nicht 4 Millionen. Vielleicht können Sie uns auch sagen, nachdem Sie es uns schon schriftlich schuldig geblieben sind, wieso Sie zu dieser Post gelangt sind.

Andere erzählen wieder in Gesprächen, die Prüfanstalt prüft nur 40.000. Das ist möglich. Da jeder Hinweis in den Erläuternden Bemerkungen über die Tätigkeit der Prüfanstalt fehlt, kann man das nicht nachrechnen.

Das, glaube ich, ist wichtig. Denn die Verordnungsermächtigung lautet ja nicht, daß Sie willkürlich die Höhe dieser Prüfungstaxen festsetzen können, sondern daß es ein Kostenbeitrag sein soll unter Beachtung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Es wäre also unmöglich, daß aus diesen Prüfungsgebühren noch ein Millionenbetrag für den Staatssäckel dem Finanzminister oder wem immer, welchem Ressort immer, zugute kommen würde.

Ich darf sagen, 100 S sind schon ein ganz schöner Betrag, wenn man noch rechnet, daß der Kraftfahrer unter Umständen zweimal 100 S zu bezahlen hat. Denn wenn er noch einmal zur Kontrolle vorgeladen wird, ob die vorgeschriebenen Mängel behoben worden sind, dann ist es ganz klar, daß es 200 S kostet. Da die älteren Fahrzeuge öfters geprüft werden — und ich darf hier sagen, daß die Dienstnehmer im Durchschnitt die älteren Fahrzeuge haben —, ist es eine Belastung, die sicherlich gar nicht wenig bedeutet, wenn 200 S nur für die Prüfung auf den Tisch zu legen sind. Ich würde also sehr daran interessiert sein zu hören, wieso diese hohen Beträge eingesetzt werden. Bevor der Verwaltungsgerichtshof diese Gebühren außer Kraft gesetzt hat, haben sie immerhin nur 50 S betragen. Also bei 100 S wäre es eine glatte Verdoppelung.

Des weiteren ist nichts geschehen bezüglich der im Gesetz möglichen Heranziehung von Vereinen, die eigene Prüfanstalten haben. Auch dazu ein Wort. Wenn man es flüchtig durchrechnet, sind jährlich zirka 400.000 Fahrzeuge zu prüfen. Die Bundesprüfanstalt hat eine Kapazität von 74.000, für Wien würde damit noch ein Rest von rund, sagen wir, 60.000 bis 80.000 Fahrzeugen zur Prüfung übrigbleiben. Sie, Herr Vizekanzler, haben bisher keine Anstalten gemacht, die Vereine ARBÖ und ÖAMTC in Wien, die Prüfungseinrichtungen mit einer Kapazität von 60.000 zu prüfenden Fahrzeugen haben, heranzuziehen.

Eine weitere Bemerkung noch zur Festsetzung der Gebühren, die die Kraftfahrer zu zahlen haben, und zur Vergütung für Gutachten. Sie verlangen in Ihrem Entwurf 100 oder 80 S für die Prüfung, Sie vergüten aber für Gutachten 25 S. So wird es nicht gehen, daß der Staat 80 oder 100 S einnimmt und dann, wenn er Vereine oder andere Anstalten dazu heranzieht, diesen die Prüfung mit nur 25 S bewertet. Zu dieser Frage sind, glaube ich, einige wesentliche Punkte außerordentlich aufklärungsbedürftig. Da sie auch aus dem Elaborat, das dem Kraftfahrbeirat vorgelegt wurde, nicht ersichtlich sind, habe ich mir erlaubt, die Dinge heute hier zur Sprache zu bringen.

Eine weitere Frage, die noch das Straßenverkehrsgesetz betrifft, ist die Frage der Versicherung, und zwar die Frage der Gewährung des Bonus. Da Sie, Herr Vizekanzler, auch ein Mitentscheidungsrecht in dieser Frage haben, würde ich Sie namens der Autofahrer dringendst ersuchen, beim Finanzminister darauf hinzuwirken, daß die Verordnung vorsieht, daß die Bonuszahlung nicht erst 1970, sondern bereits 1968 erfolgt.

Sie haben hier ein ganz entscheidendes Wort mitzureden, denn nach den Durchführungsbestimmungen ist dieser Paragraph im Einvernehmen zwischen Ihrem Ministerium und dem Finanzministerium durchzuführen. Ich hoffe also, daß Sie als Ressortverwalter mehr Verständnis für die Interessen der Kraftfahrer haben, als das der Finanzminister hat, der die Sache sicher nur rein vom fiskalischen Standpunkt sieht, obwohl es ihn nicht betrifft.

Leistungsfähig sind die Versicherungsgesellschaften sicher, diesen Bonus schon ab 1968 zu zahlen. Bezüglich der Auswirkungen, die man von einer Bonuszahlung erwartet — nämlich weniger Unfälle, weniger Lasten —, wäre es auch günstiger, wenn die Auszahlung bereits 1968 erfolgen würde.

Herr Vizekanzler! Noch eine Frage zum Straßenverkehr, ganz kurz. Sie haben eine

Skritek

Novelle zum Straßenverkehrsgesetz zur Begutachtung ausgesendet, die die Aufhebung des Wochenendfahrverbotes für LKW an Samstagen zum Inhalt haben soll. Darf ich, Herr Vizekanzler, annehmen, da Sie eine diesbezügliche Vorlage bisher nicht eingebracht haben, daß Sie von diesem Vorhaben abgekommen sind? Wir haben von der Kammer für Arbeiter und Angestellte sowohl im Interesse der Sicherheit im Straßenverkehr als auch im Interesse der Bediensteten, der Lastkraftwagenchauffeure, entschiedenst Einspruch gegen diesen Wunsch erhoben. Sie wissen ganz genau, daß das LKW-Fahrverbot am Samstag dazu dient, für den gestiegenen Ausflugsverkehr die Straßen freizuhalten. Wir können uns gar nicht vorstellen, daß am Samstag auch noch die großen Lastzüge die Straßen blockieren. Es würde wahrscheinlich der Verkehr fast zum Erliegen kommen. Noch dazu würde die Erholungspause für Lastkraftwagenchauffeure, deren sie ja dringend bedürfen, gefährdet werden. Es würde die Sonntags-, die Wochenendruhezeit dadurch sicherlich gekürzt werden, denn dafür würden sie keinen Ersatz erhalten.

Wir hätten also infolge der geringeren Ruhezeit mehr Unfälle, wir hätten auch mehr Gesundheitsschäden bei den Kraftfahrern. Ich würde daher dringend ersuchen, von dieser Absicht Abstand zu nehmen.

Meine Damen und Herren! Nun ganz kurz einige Bemerkungen zur Vergabe der Förderungsbeträge. Sie haben in Ihren Budgets für die Bundeswirtschaftskammer in den vergangenen Jahren Förderungsbeträge eingesetzt, die in die vielen Millionen gehen. Für die Arbeiterkammer, die eine ähnliche Institution, nämlich das Berufsförderungsinstitut, führt, haben Sie bisher keine Mittel gegeben. Diese Institution scheint also nicht förderungswürdig zu sein.

Die Gründe für die Ablehnung, die der Herr Vizekanzler in einem von ihm persönlich gezeichneten Schreiben anführt, stimmen alle miteinander nicht. Er meint, der Aufgabenbereich der Berufsschulung gehöre nur dem Wirtschaftsförderungsinstitut. Das stimmt nicht! Im Arbeiterkammergesetz ist gleichfalls die Bestimmung enthalten, daß die Arbeiterkammern entsprechende Einrichtungen erhalten können, daß sie dazu berufen sind, Berufsausbildungseinrichtungen nicht nur selbst zu führen, sondern sich auch an ihnen zu beteiligen.

Herr Vizekanzler! Sie schreiben weiter, daß das Wirtschaftsförderungsinstitut für alle Maßnahmen der Berufsweiterbildung, -umschulung und -nachschulung völlig ausreicht. Wir haben Ihnen einen Bericht gesendet,

aus dem hervorgeht, daß vom Berufsförderungsinstitut, das Arbeiterkammer und Gewerkschaften miteinander führen, rund 3000 Kurse mit fast 50.000 Teilnehmern durchgeführt werden. Sie werden doch nicht behaupten, Herr Vizekanzler, daß die Wirtschaftsförderungsinstitute auch nur annähernd imstande wären, diese Weiterbildungskurse glatt zu übernehmen!

Des weiteren kommt dazu, daß von der Arbeiterkammer eine Reihe von Einrichtungen geführt werden; ich denke hier an die Technisch-gewerbliche Abendschule, die der österreichischen Wirtschaft wertvollste Fachkräfte liefert. Ich würde Sie daher noch einmal sehr ersuchen, Ihre Einstellung bezüglich der Gewährung von Förderungsmitteln zu überprüfen.

Ich möchte ganz deutlich erklären, daß die österreichische Wirtschaft nicht nur aus den Dienstgebern und aus den Einrichtungen der Dienstgeber besteht. Die Dienstnehmer sind ebenso ein gleichberechtigter Teil der österreichischen Wirtschaft, und da die Unterstützungsbestimmungen im Arbeiterkammergesetz fast wörtlich gleichlautend mit den Bestimmungen im Handelskammergesetz enthalten sind, dürfen die Arbeiterkammern sicherlich erwarten, daß auch ihre Berufsbildungseinrichtungen entsprechend gefördert werden. Ansonsten würde es ja bedeuten, daß zwar Arbeiterkammer- und Handelskammergesetz die gleichen Bestimmungen über die Förderung und die Unterstützung durch Staat und Behörden enthalten, daß man diese aber bei der Handelskammer dahin gehend auslegt, daß sie maßgebliche Mittel erhält, daß man jedoch der Arbeiterkammer für die gleichen Einrichtungen nichts gibt. Herr Vizekanzler und Bundesminister! Das wäre eine Diskriminierung der gesetzlichen Interessenvertretung der Dienstnehmer, und Sie werden verstehen, daß die Arbeiter und Angestellten nicht bereit sind, eine solche Diskriminierung ruhig hinzunehmen.

Herr Minister! Im Ausschuß haben Sie mir versprochen, die Einwände, die Sie gegen die Sozialcharta haben, mir schriftlich mitzuteilen. Sie haben das bis heute unterlassen. Weil Ihr Ressort heute zur Debatte steht, würde ich Sie doch ersuchen, Ihre Einstellung etwas zu ändern, da das Handelsministerium verschiedene internationale Übereinkommen durch Einsprüche blockiert, seien es solche gegen die Sozialcharta oder Einsprüche gegen Übereinkommen beim Internationalen Arbeitsamt.

Ich möchte einen Vergleich aus dem Straßenverkehr bringen. Bisher haben Sie Ihre Ampeln immer auf Rot geschaltet, das heißt,

6646

Nationalrat XI. GP. — 81. Sitzung — 15. Dezember 1967

Skritek

Sie hindern die Durchführung dieser internationalen Übereinkommen. Vielleicht ist es doch möglich, daß Sie einmal umschalten, daß Sie auch auf Grün schalten, damit diese internationalen Übereinkommen doch auch ratifiziert werden und in Kraft treten können.

Zum Schluß möchte ich noch eine Bemerkung zur Rede des Herrn Präsidenten Sallinger von gestern machen. Er hat gerade bei dem Abschnitt, in dem er über Preise und Löhne sprach, das Fernsehen einschalten lassen. Es sind die Scheinwerfer aufgeflammt, und dann hat er festgestellt — dem Sinne nach, nicht wörtlich —: Eigentlich sind, wenn Preise erhöht werden müssen, nur die Lohnbewegungen der Gewerkschaften, nur die Arbeiter und Angestellten mit ihren Lohnbewegungen schuld! — Das hat er ins Fernsehen gehen lassen.

Ich darf dazu doch ein paar Feststellungen machen. In der Preisunterkommission der Paritätischen Kommission lag ein Antrag vor, eine Erhöhung der Kinopreise durchzuführen. Die Begründung dafür waren gar nicht Lohnbewegungen, sondern die Mieterhöhung, die Sie durch Ihr Mietengesetz verursacht haben. Das scheint sich bis zum Herrn Präsidenten Sallinger noch nicht durchgesprochen zu haben, obwohl seine Beamten in dieser Preisunterkommission sitzen. Es wäre doch gerecht und in Ordnung, wenn der Herr Präsident der Bundeswirtschaftskammer hier nicht solche Erklärungen abgäbe, die auf keinen Fall stimmen.

Bezüglich der neuen Steuerbelastungen darf ich folgendes sagen: Die Belastungen, die die großen Handelsbetriebe treffen werden, werden so hoch sein, daß sie einer 15- bis 20prozentigen Lohn- und Gehaltserhöhung gleichkommen. Davon hat der Herr Präsident nichts gesagt, obwohl ihm das genau bekannt ist. Oder hat er angenommen — was bisher allerdings nicht erklärt wurde —, daß diese Erhöhung zwar getragen werden könnte — was ich nicht glaube —, daß aber dann eine bescheidene Lohnbewegung die Ursache für die Erhöhung der Preise sein soll? Ich glaube, es wäre auch in Ordnung, wenn man von diesem Rednerpult aus für die gesamte Öffentlichkeit Feststellungen machen würde, die den Tatsachen entsprechen, und nicht versuchen würde, die Arbeiterbewegung zu diffamieren und ihr die Schuld zu geben, wenn auf dem wirtschaftlichen Sektor bei den Preisen Veränderungen vorgenommen werden.

Gestern hat der Herr Bundeskanzler — so lesen wir — von einer „disziplinierten Lohnpolitik“ gesprochen. Den Dienstgebern hat er nichts von Disziplin empfohlen, sondern nur eine funktionsfähige Konkurrenz. Da

Gesetze vorliegen, die diese Konkurrenz eher einschränken als ausbauen, kann ich mir nicht vorstellen, warum der Herr Bundeskanzler den Arbeitern und Angestellten Disziplin verordnet. Er hat es anscheinend bei der Industriellenvereinigung nicht gewagt, auch den Industriellen Disziplin zu verordnen. Dort sprach man's anders.

Es wird immer wieder gesagt: Wir sitzen alle in einem Boot, Dienstgeber und Dienstnehmer. Dazu darf ich sagen: Selbstverständlich! Wir wollen aber nicht, daß in diesem gemeinsamen Boot in der Luxusklasse, in den schönen Kabinen die Dienstgeber fahren und daß die schlechten Kabinen ganz unten für die Dienstnehmer reserviert sind, denen man empfiehlt: Seid schön brav, seid schön bescheiden, bleibt schön da unten, rührt euch nicht, dann wird das Boot nicht in Gefahr geraten!

Meine Damen und Herren! Eine solche Verteilung der Lasten und der Pflichten können wir nicht hinnehmen! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Adam Pichler das Wort.

Abgeordneter Adam Pichler (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Wenn jemand in den letzten Wochen die Debatten in diesem Hohen Hause verfolgt hat — wenn er sie aufmerksam verfolgt hat, denn auch solche Abgeordnete soll es geben —, dann kommt er von dem Gefühl nicht los, daß nur von Krisen gesprochen worden ist: von der Wirtschaftskrise, von Budgetkrisen, von Regierungskrisen. Sie dürfen deshalb auch nicht verwundert sein, wenn ich mich heute auch wieder veranlaßt fühle, über etwas Krisenhaftes zu sprechen. (*Abg. Dr. Fiedler: Das ist der Stehsatz der Opposition! — Abg. Weikhart: Es kriselt bei der ÖVP schon lang! Daran gibt es keinen Zweifel!*) Ich war ohnehin noch vornehm. Herr Doktor! Ich hätte auch sagen können „grauseln“, aber ich versuche, vornehm zu bleiben. (*Abg. Steiner: Du versuchst es wenigstens! — Abg. Dr. Fiedler: Solange die Worte nicht aus dem Zitatenwortschatz kommen, geht es ohnehin!*)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Wir sind nicht beim Empfang! (*Heiterkeit.*)

Abgeordneter Adam Pichler (fortsetzend): Ich möchte über die Krise im Fremdenverkehr sprechen. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch dies wird nicht nur von mir und einer Partei behauptet, denn im Blätterwald der Zeitungen, die Sie sicher alle kennen — es sind nicht nur sozialistische Zeitungen, sondern es sind zum Großteil Zeitungen, die

Adam Pichler

Ihrer Partei nahestehen —, wird seit Monaten von einer Krise im Fremdenverkehr gesprochen.

Ich gebe gerne zu, daß die Prognosen, daß der Fremdenverkehr so sehr nachgelassen hätte, nicht ganz der Wahrheit entsprechen, denn in den letzten Monaten des Jahres hat sich noch einiges auf diesem Gebiet nachholen lassen. Trotzdem aber sollte man diesem Wirtschaftszweig, dem Fremdenverkehr, die ihm zukommende Aufmerksamkeit schenken.

Wenn die Zeitung auch noch davon schrieb — es war eine Zeitung, die immerhin für sich in Anspruch nimmt, zu den besten und meistgelesenen Zeitungen gezählt zu werden —, daß es kein Wunder sei, daß für den Fremdenverkehr nicht das Notwendige geschehe, weil sich im Parlament niemand bereit findet, über die Fremdenverkehrsfragen zu sprechen, dann muß ich diesen Reportern, die doch auch einmal in diesem Haus gewesen sein mußten, um dies feststellen zu können, schon sagen, daß Sie zu wenig hingehört hatten, denn ich kann mich erinnern, daß in jedem Jahr von jeder Partei jemand zu diesen Fragen gesprochen hat. Richtig ist allerdings, daß keiner der Sprecher das notwendige Gehör gefunden hat. Ich glaube hier sagen zu müssen: Es wäre schon vor Jahren möglich gewesen, wenn der Herr Bundesminister alle Fakten überlegt hätte, die die Sprecher hier vorgebracht haben, und bereit gewesen wäre, dem Fremdenverkehr um einiges mehr zu widmen.

Der Fremdenverkehr ist nicht allein nur wegen unserer Handelsbilanz so notwendig, sondern ein florierender Fremdenverkehr hat auch allgemeinwirtschaftliche Bedeutung. Daher sollte man wirklich alle Probleme, die mit dem Fremdenverkehr zusammenhängen, ernster nehmen. Die Zeit ist nämlich vorbei, in der der gute, der gelernte Österreicher sagen konnte: Lassen wir es halt einmal, es wird schon wieder gehen, die Fremden kommen sowieso zu uns, wohin sollten sie denn sonst fahren, es ist ja kaum wo so schön und so billig wie bei uns.

Diese Zeiten sind vorbei. Wenn Sie betrachten, was sich in den Ländern um uns, die ebenfalls am Fremdenverkehr interessiert sind, abzuzeichnen beginnt, so können und müssen Sie doch feststellen, daß sich diese Länder sehr darum bemühen, für den Fremdenverkehr nicht nur das notwendige Interesse, sondern auch die notwendigen Mittel aufzubringen. Und darum geht es doch!

Ich hatte schon im vorigen Jahr Gelegenheit, Ihnen zu berichten, zu welchen anderen, wesentlich günstigeren Bedingungen im Ausland die Fremdenverkehrsinvestitionen getätigt werden können. Wenn Sie die Zinssätze in Italien, die Zinssätze in der Schweiz,

die normalen Zinssätze in Frankreich vergleichen und dazu noch vergleichen, daß man bei Aufwendungen für den Fremdenverkehr mit Geld zu 2 und 3 Prozent wirtschaften kann, ja in Italien sogar das Geld auf 50 Jahre bekommt, dann können Sie auch verstehen, daß in diesem Lande modernste Fremdenverkehrsorte wie die Schwammerln über Nacht herauswachsen können.

Wo könnte man das bei uns in Österreich machen? Es wäre sehr notwendig, denn — lassen Sie mich das auch hier sagen — es geht bei uns in Österreich nicht so sehr darum, Fremdenverkehrseinrichtungen quantitativ zu schaffen, sondern sie müssen qualitativ geschaffen werden. Der Nachholbedarf auf diesem Gebiet ist wahrlich von jedem leicht festzustellen. Gerade Sie, die Sie immer für sich in Anspruch nehmen, daß Sie von der Wirtschaft mehr verstehen als wir, die anderen, dürften diese Dinge nicht übersehen.

Beobachten Sie, wie sich andere Länder bemühen. Sehen Sie sich nicht nur die Länder im Westen oder im Südwesten an, schauen Sie sich auch an, was zu tun heute der Osten in der Lage ist. Beachten Sie die Aufwendungen, die der Osten und auch der Südosten auf diesem Gebiet machen und in den letzten Jahren gemacht haben, was diese Staaten an Werbematerial hinausgeben können. Die persönliche Werbung beginnt nicht nur beim Staatszirkus, den sie in alle Staaten schicken, sondern sie bereisen auch mit ihren Folkloregruppen die ganze Welt, und da kann man und darf man den Leuten gar nicht böse sein, wenn sie ihren Urlaub auch einmal in den Oststaaten verbringen.

Es gibt auch andere Überlegungen. Ich kann mir vorstellen, daß auch Leute, die früher in diesen Staaten marschieren mußten, heute diese Gegend auch wieder einmal sehen möchten.

Dann gibt es natürlich auch noch andere, die gern in die Oststaaten fahren. Es gibt aber auch solche Leute, die diesen Drang nach dem Osten für bestimmte Menschen nicht sehr verstehen können. Ich darf hier ganz kurz einblenden: Es gibt wirklich ungehaltene Leute, die den Drang unseres Herrn Bundeskanzlers, nach dem Osten zu reisen, nicht ganz gut verstehen können. Dabei kann man mit gutem Gewissen sagen — so habe ich es erfahren —, daß uns die Reise, der Urlaub des Herrn Bundeskanzlers keinen roten Rubel gekostet hat. Und noch eines: Man könnte annehmen: Da er jetzt in Österreich durch die Alleinregierung mit den Roten nicht mehr so viel Verbindung hat, wird man ihm irgendwo einmal gesagt haben, daß er ohne die Roten

6648

Nationalrat XI. GP. — 81. Sitzung — 15. Dezember 1967

Adam Pichler

schlecht auskommt. Vielleicht hat er deshalb den Drang, ab und zu einmal nach dem Osten zu reisen. Wir wollen ihm das nicht ankreiden. Er ist auch nicht der erste Österreicher. Ich hätte Verständnis für seine Reisen nach dem Osten gehabt, wenn er dabeigewesen wäre, als wir zu anderen Bedingungen den Osten kennenlernen mußten.

Aber es geht nicht nur darum. Zum Fremdenverkehr gehört nicht nur die Hotellerie und das Gastgewerbe, zum Fremdenverkehr gehört noch sehr viel anderes. Auch das habe ich voriges Jahr hier schon angemerkt und möchte es wieder sagen: Nicht nur ich, sondern auch die Herren von Ihrer Partei sprechen immer davon, allerdings hat es Herr Marberger so lieb gemacht, er hat es so gesagt, als wäre er sehr zufrieden mit dem, was auf diesem Gebiet geschieht. Auch im Vorjahr wurde mir gesagt, ich hätte nur die Ansätze im Budget nicht gefunden, es wäre vorgesorgt, es wären genügend Mittel vorhanden, um allen Ansprüchen aus dem Fremdenverkehr genügen zu können. Ich gestehe hier offen: Entweder bin ich so dumm, oder es ist so versteckt (*Abg. Steiner: Niemals!*), oder es steht woanders, daß ich die Posten nicht finden kann, die ich gern finden würde, um zusammenrechnen zu können, wie man mit diesen Posten dann wirklich fremdenverkehrsverbundend wirken könnte. (*Zwischenruf bei der ÖVP.*) Herr Doktor, auch Sie können mich nicht eines besseren belehren! Ich möchte mich ganz gerne einmal melden, wenn Sie mir die Posten zeigen könnten, die im Budget stehen und die wir gerne finden würden.

Herr Vizekanzler, Sie sind doch gerade der Mann, der die Dinge aus eigenem sieht. Man sollte von Ihnen doch annehmen können, daß Sie einem Wirtschaftszweig, der für uns so wichtig ist, in der jetzigen Situation mehr Verständnis entgegenbringen und mehr Mittel zur Verfügung stellen. Ich habe nämlich unlängst in der Zeitung gelesen, wie sehr Sie sich — laut einer Notiz in der Zeitung, einer Kritik an unserer Hotellerie, an unserer Gastronomie — sofort schützend vor diesen Wirtschaftszweig gestellt haben. Ich kann nur sagen: Das war sehr nett von Ihnen, aber glauben Sie nicht auch, Herr Bundesminister, daß es noch viel mehr Wirkung hätte, wenn Sie sich noch mehr schützend vor diese Fremdenverkehrswirtschaft stellen und trachten, mehr Mittel im Budget für diesen Erwerbszweig festzusetzen?

Ich bin der Meinung, es kann hier nichts nachgeholt werden, wenn es einmal versäumt wurde. Die Konkurrenz auf diesem Gebiet ist wirklich so groß, daß wir allen Ernstes daran denken müssen, das, was bei uns noch

fehlt, sofort nachzuholen. Noch dazu ist ja die Fremdenverkehrswirtschaft der Erwerbszweig, der sehr schnell Früchte trägt. Hier wäre es wirklich am Platz, sich so schnell wie möglich darauf zu besinnen, die notwendigen Vorkehrungen zu treffen.

Es geht nicht nur darum, Gastronomie und Restaurants zu verbessern. Zum Fremdenverkehr gehören Anlagen, die aber nicht die private Initiative zu schaffen vermag, weil die Aufwendungen für diese Anlagen einfach über das hinausgehen, was der Private hier aufzuwenden überhaupt in der Lage ist.

Erlauben Sie mir, daß ich wieder auf das alte Problem zurückkomme. Sie werden mir heute entgegenhalten, daß in diesem Budget andere Mittel vorhanden sind, die auch den Gemeinden zugänglich gemacht werden können. Das geschieht aber nicht in dem Ausmaß, als man es brauchte.

Meine Herren! Ich lade Sie ein: Ob wir nicht in der Lage wären, den Herrn Minister dazu zu bewegen, Budgetmittel zu günstigsten Bedingungen vorzusehen, die auch für Gemeinden erreichbar wären. Es müssen nicht nur Parkanlagen, Wasserversorgungsanlagen, Bäder und dergleichen mehr für den Fremdenverkehr neu gebaut werden, es gibt noch so viele andere Dinge, die den Gemeinden überlassen werden. Die Gemeinden und Länder haben aber wirklich schon so viel getan, daß man ihnen mehr nicht mehr zumuten kann.

Eines soll hier noch vermerkt werden: Wenn man hier — wie das in der Sitzung des Budgetausschusses der Fall war — davon spricht, es sollte mehr durch Privatinitiative geschehen, dann muß hier festgestellt werden: Was auf dem privaten Sektor in puncto Fremdenverkehr geschehen ist, ist wahrlich nicht zu übersehen. Hier hat die private Wirtschaft wirklich Bestes geleistet. Dazu kommen noch die Leistungen der Länder und Gemeinden. Nachdem hier schon so oft Gebrauch gemacht wurde, Leuten zu danken, die im Interesse der Öffentlichkeit arbeiten, sollte man auch einmal denen danken, die draußen in den Verkehrsvereinen wirklich beste Arbeit leisten (*Beifall bei der SPÖ*) und die nichts dafür bekommen, sondern im Dienste der Allgemeinheit ihre Zeit opfern. Sehr viel Arbeit wurde von diesen Einrichtungen geschaffen.

Noch etwas, was mit dem Fremdenverkehr zusammenhängt, soll hier auch noch vermerkt werden: Vor einigen Wochen — ich glaube vor zwei Wochen — hat mein Kollege Wielandner hier einen Antrag wegen der Hochkönigstraße eingebracht. Meine Damen und Herren! Überlegen Sie noch einmal, ob Sie nicht doch in der Lage wären, diesem Antrag

Adam Pichler

beizutreten. Denn hier ist nicht nur fremdenverkehrsmäßig Interesse vorhanden, sondern — wie ich mir sagen ließ — es wäre auch aus anderen, aus strategischen Gründen der Ausbau dieser Straße auch in Ihrem Konzept gelegen. Ich glaube, Sie wären gut beraten, wenn Sie sich noch überlegen könnten, diesem Antrag beizutreten.

Nicht nur die sehr wichtige Hochkönigsstraße, Herr Bundesminister — ich möchte Sie auch bitten, bei der Aufteilung der Mittel für den Straßenbau vorzusorgen. Letzten Endes ist Straßenbau doch etwas Notwendiges und eine Voraussetzung für einen gut florierenden Fremdenverkehr. Wir sollten doch Sorge tragen, daß der Fremde auf guten Straßen zu uns kommt und von uns wieder nach Hause fahren kann. Mit dem Bau der Straßen in unseren Gegenden sind Sie wirklich etwas bescheiden. Vielleicht ist das darauf zurückzuführen, daß Sie anscheinend noch nicht berücksichtigen, daß der Straßenbau bei uns im Gebirge eben pro Kilometer mehr kostet als im flachen Lande.

Ich möchte außer dem Straßenproblem noch ein anderes Problem aufzeigen. In diesem Hause wird so viel von der Reinhaltung unserer Gewässer gesprochen. Es ist nicht nur ein medizinisches Gebot, es ist auch das Interesse des Fremdenverkehrs mit zu berücksichtigen. Ich brauche Ihnen wohl nicht die österreichischen Seen aufzuzählen, von deren biologischem Absterben wir wissen. Hier, meine sehr verehrten Damen und Herren, wäre es höchste Zeit, nach dem Rechten zu sehen. Herr Bundesminister, vielleicht wäre es Ihnen möglich, diesem Gebiet einige Mittel sofort zur Verfügung zu stellen, bevor wir zur Kenntnis nehmen müssen, daß es uns ähnlich ergeht wie einmal einem Nachbarstaat, der auch der Abwasserfrage und der Wasserreinheit zuwenig Aufmerksamkeit geschenkt und zuwenig Bedeutung beigemessen hat.

Lassen Sie mich daher wiederholen: Wir brauchen Mittel für den Fremdenverkehr zu günstigeren Bedingungen! Nennen Sie mich nicht hartnäckig, wenn ich wieder mit meinem alten Vorschlag komme: aus den Mitteln, die wir durch den Fremdenverkehr in Österreich einnehmen, nur einen Prozentsatz zur Zinsenstützung der Investitionen, dem Fremdenverkehr, um ihn wirklich aktiv zu machen, zur Verfügung zu stellen. Sie täten sich selbst und allen, die im Fremdenverkehr tätig sind, das Beste, und Sie würden unserer Wirtschaft dadurch einen großen Dienst erweisen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dkfm. Androsch das Wort.

Abgeordneter Dkfm. **Androsch** (SPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Abgeordnete Graf hat gestern gemeint, die SPÖ hätte ihre integrationspolitische Haltung geändert. Darf ich dazu feststellen: In der Auffassung über den integrationspolitischen Kurs ist innerhalb unserer Partei keine Änderung eingetreten. Geändert hat sich ausschließlich die Linie der ÖVP-Alleinregierung, die die Basis der gemeinsamen Integrationspolitik verlassen hat. Wir stehen jedenfalls nach wie vor auf dem Standpunkt, daß ein Abkommen mit der EWG, welches im Einklang mit unseren völkerrechtlichen Verpflichtungen steht, angestrebt werden soll. *(Abg. Dr. Mussil: Das ist nur ein Lippenbekenntnis!)* Wogegen wir uns jedoch wenden, ist der Versuch, ein solches Arrangement um jeden Preis, ohne Rücksicht auf unsere anderen politischen und wirtschaftlichen Interessen, zu erreichen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Der Abgeordnete Graf hat sich, als er unseren Parteivorsitzenden wegen dessen Vorwurfs an die Adresse des Herrn Finanzministers, betreffend dessen kreditpolitische Maßnahmen, apostrophierte, als intimer Kenner der englischen Parlamentsverhältnisse präsentiert. Er hat in diesem Zusammenhang von England als der „Mutter der Demokratie“ gesprochen. Darf ich Sie darauf aufmerksam machen, daß als Mutter der Demokratie Griechenland gilt *(Abg. Robert Graf: Also wenn Sie sonst nichts dazu zu sagen haben, dann ist das sehr wenig!)* und das englische Parlament bestenfalls als die Mutter der Parlamente bezeichnet wird. Wenn man schon der Meinung ist, anderen Unterricht erteilen zu müssen, so soll man schauen, daß man selbst den Lehrstoff beherrscht. *(Beifall bei der SPÖ. — Zwischenruf des Abg. Robert Graf.)*

Ihr Vorwurf, Herr Abgeordneter Graf, daß man das nicht hätte kritisieren dürfen als oppositioneller Abgeordneter und daß das im englischen Unterhaus nicht möglich wäre, geht vollkommen daneben, es sei denn, Sie meinen, daß hier eine Vereinbarung zwischen den Parteien vorliegt und diese gebrochen worden wäre. Dann wäre Ihr Vorwurf berechtigt gewesen. Aber so kommt bei Ihnen nur eine sehr merkwürdige Vorstellung von Demokratie zum Ausdruck. Wie sollte denn das überhaupt an die Öffentlichkeit gelangen, wenn ein Minister so merkwürdige Maßnahmen setzt, wie sie offenbar im Zusammenhang mit dieser ausländischen Anleihe und deren Konditionen erfolgt sind? Das einzige, was notwendig gewesen wäre, wäre, daß Sie innerhalb kürzester Zeit hier von diesem Pult aus erklärt hätten, ob der Vorwurf des

6650

Nationalrat XI. GP. — 81. Sitzung — 15. Dezember 1967

Dkfm. Androsch

Abgeordneten Kreisky richtig oder falsch ist. Aber bis zur Stunde haben Sie das versäumt. (*Zustimmung bei der SPÖ.*) Herr Abgeordneter Graf! Es ist nämlich nicht nur das Recht der Opposition, eine solche Kritik zu üben, sondern es ist die Pflicht der Opposition, wenn ihr solche Dinge zur Kenntnis gelangen, diese im Parlament zur Sprache zu bringen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Wenn Sie gemeint haben, daß das im englischen Unterhaus nicht möglich sei, so darf ich Sie auf die Debatte anlässlich der Pfundabwertung verweisen. Ich möchte die Stimmen von der rechten Seite dieses Hauses hören, wenn die Opposition in diesem Haus ebenso rüde, ebenso heftig gegen die Regierung polemisierte, wie das die konservative Opposition im englischen Unterhaus gegen die Labour-Regierung getan hat. (*Abg. Gratz: Ihr Finanzminister geht schon bald zum Pfandleiher, und hier darf man nicht darüber reden! — Zwischenruf bei der ÖVP.*) Herr Kollege! Das englische Unterhaus habe nicht ich in die Diskussion gebracht, das hat der Herr Abgeordnete Graf getan. Nur kennt er sich dort offensichtlich doch nicht so gut aus, wie er das hier vorgegeben hat. (*Abg. Dr. Gruber: Besser wie Sie!*) Herr Kollege Dr. Gruber! Wenn schon, dann „besser als“, nicht „besser wie“.

Zur Integrationspolitik hat die ÖVP in ihrem Wahlprogramm 1966 unter anderem erklärt — ich gestatte mir, den Punkt 4 vorzulesen —: „Klare Europapolitik und beschleunigter Vertragsabschluß mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft unter Wahrung unserer Neutralität.“ Vor diesem Hohen Haus versicherte der Herr Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung am 20. April 1966, daß die Regelung unserer wirtschaftlichen Beziehungen zum Gemeinsamen Markt die vordringlichste Aufgabe auf außenpolitischem Gebiet bleiben wird.

Es ist eine reizvolle und für einen Sprecher der Opposition ebenso dankbare Aufgabe, eineinhalb Jahre Tätigkeit dieser Bundesregierung mit ihren ambitionierten Versprechungen zu konfrontieren. Ich kann es mir ersparen, hier eine eigene Bilanz aufzustellen. Eine solche wurde jüngst in sehr eindrucksvoller Weise anlässlich einer Fernsehdiskussion gezogen. Dort sprach man vom „Scherbenhaufen der österreichischen Außenpolitik“, und der anwesende Herr Bundeskanzler war nicht in der Lage, dieses niederschmetternde Urteil vom Tisch zu fegen.

Bevor ich mich nun mit Einzelheiten des integrationspolitischen Kurses der Bundesregierung beschäftige, gestatten Sie mir einige allgemeine Feststellungen:

Im Jahr 1966 betrugen die Importe in Prozenten des Bruttonationalproduktes 23 und die Exporte 17. Österreich weist wie jedes andere kleine industrialisierte Land eine hohe Außenhandelsverflechtung auf. Schon aus diesem Grunde ist es geboten, traditionelle Absatzmärkte zu sichern, vor allem aber, neue zu erschließen. Darüber hinaus entsprechen die zunehmende internationale Arbeitsteilung sowie die technische und technologische Entwicklung dem Zug zur großräumigen Wirtschaft. Das, meine Damen und Herren, sind Gegebenheiten, denen wir Rechnung zu tragen haben. In diesem Zusammenhang haben aber auch die politischen Einigungsbestrebungen in Europa große Bedeutung, nicht zuletzt wegen der Frage: Wo bleibt Europa im technologischen Wettstreit der Supermächte?

Österreich hat sich in der Vergangenheit bemüht, im Rahmen seiner Möglichkeiten in internationalen Organisationen mitzuarbeiten. In den Jahren nach dem zweiten Weltkrieg ging es vorerst darum, unsere Souveränität und damit unsere Handlungsfreiheit wiederzuerlangen. Schon in diesem Zusammenhang haben wir uns etwa an der OEEC und am Europarat beteiligt. Im Rahmen der europäischen Einigungsbestrebungen haben wir uns schließlich für den Beitritt zur EFTA entschlossen, nachdem die große Freihandelszone nicht zustande gekommen ist und ein Beitritt zur EWG nicht möglich war.

In dem mehr als siebenjährigen Bestand der EFTA hat diese für Österreich erstaunlich gute Erfolge gebracht. Gestatten Sie mir, dazu einige Zahlen anzuführen. Unser Exportvolumen hat sich in der Zeit von 1961 auf 1966 von 31 auf 44 Milliarden Schilling, das sind 40 Prozent, erhöht. Die Ausfuhren in die EFTA sind in diesem Zeitraum um 87 Prozent gestiegen, die in die EWG um 26. Die Folge davon ist, daß sich der Anteil der EFTA-Exporte in dieser Zeitspanne von 14 auf 19 Prozent erhöht hat, während der der EWG von 50 auf 45 Prozent zurückgegangen ist. Diese Entwicklung hat sich auch 1967 fortgesetzt. Auf Grund des Exportergebnisses der ersten zehn Monate beträgt nunmehr der EFTA-Anteil fast 22 Prozent, der der EWG hingegen 41, eine Größenordnung, die sich nicht mehr wesentlich von der der Schweiz unterscheidet, die im vergangenen Jahr 36 Prozent ihrer Exporte in die EWG gebracht hat. Da auch hinsichtlich Osteuropas und der übrigen Märkte eine Erhöhung des Anteiles festzustellen ist, so können wir von der erfreulichen Tatsache Kenntnis nehmen, daß sich die regionale Streuung unserer Exporte beträchtlich verbessert hat.

Dkfm. Androsch

Dieses Bild wird noch günstiger, wenn man die Warenstruktur in die Betrachtungen einbezieht. So beträgt der Anteil der EFTA in den ersten acht Monaten 1967 bei Halb- und Fertigwaren 24 Prozent, im Vergleich dazu der der EWG 35 Prozent, und bei sonstigen Fertigwaren macht der EFTA-Anteil 34 Prozent aus, während der EWG-Anteil 36 Prozent beträgt.

Vergleicht man das erste Halbjahr 1961 mit dem ersten Halbjahr 1967, so ist etwa bei den chemischen Erzeugnissen eine Steigerungsrate von 227 Prozent für die EFTA und von 89 für die EWG festzustellen. Bei Maschinen lauten die Zahlen 129 und 51, bei elektrotechnischen Apparaten 175 und 95. Insgesamt hat sich die Relation EFTA — EWG von 1:3,6 auf 1:2 verändert. Schon die wenigen Zahlen, die man beliebig fortsetzen könnte, was aber nur ermüdend wirken würde, zeigen, daß es vor allem die lohnintensiven Finalprodukte sind, die eine hohe Wertschöpfung aufweisen, die unseren EFTA-Export kennzeichnen, während sich ein großer Teil unserer EWG-Ausfuhren auf Rohstoffe und Produkte mit geringer Wertschöpfung bezieht.

Daraus ergibt sich, daß unsere EFTA-Mitgliedschaft nicht nur eine bessere regionale Verteilung unseres Außenhandels bewirkt hat, sondern vor allem auch die qualitative Struktur unserer Exporte nachhaltig verbessert werden konnte.

Die EFTA hat sich somit nicht nur als funktionsfähig, sondern auch als recht erfolgreich erwiesen. Dies ist nicht dank der erfolgreichen Politik etwa des Handelsministeriums, sondern trotz der illusionistischen und einseitigen Politik dieses Ressorts, die bisher ohne Erfolg geführt wurde und die nur auf eine einzige Karte gesetzt hat, erreicht worden. Eine Handelspolitik, die nicht ständig den Eindruck erweckt hätte, die EFTA sei nur eine Organisation auf Abruf, hätte sicher noch größere Erfolge erzielen können. So hat man aber geradezu eine Politik der Abschreckung gegenüber der EFTA betrieben. Nicht die geringste Verantwortung hierfür trägt der Herr Vizekanzler.

Der Herr Vizekanzler hat zwar im Finanz- und Budgetausschuß erklärt, er wäre stets ein treuer Hüter des EFTA-Vertrages gewesen. Wie sich diese Behauptung mit seiner Absicht bei den Regierungsbildungsverhandlungen im Vorjahr, die letzte Zollrunde, die letzte Zollsenkung bei der EFTA nicht mitzumachen, verträgt, möchte ich gerne wissen. An diesem Beispiel zeigt sich nämlich die ganze dubiose Haltung, die so viel Unsicher-

heit in unsere Wirtschaft getragen und unserem Ansehen bei unseren Partnern so schweren Schaden zugefügt hat.

Die Hoffnung aber, daß die EFTA einen Brückenschlag zur EWG ermöglichen würde, hat sich bisher leider nicht erfüllt, weil die EWG dazu weder in der Lage noch bereit war. Die sich daraus ergebenden Folgen für die österreichische Wirtschaft sind ebenso bedauerlich wie schmerzhaft.

Die Mitgliedschaft bei der EFTA hat aber immerhin dazu geführt, daß die EWG-Diskriminierung ausgeglichen werden konnte, trotz verkehrsgeographisch ungünstiger Situation der EFTA und trotz der Schwierigkeiten des größten EFTA-Landes, Großbritannien. So schreibt etwa die „Internationale Wirtschaft“ vom 6. Oktober 1967, daß im ersten Quartal die Exportsteigerung in die EFTA 16,5 Millionen Dollar betragen hat, daß im ersten Halbjahr der EFTA-Zuwachs 25,5 Millionen Dollar betragen hat, während der Außenhandel in die EWG um 15,8 Millionen Dollar zurückgegangen ist, das heißt, der Rückgang in die EWG-Länder konnte überkompensiert werden. Für die ersten zehn Monate sieht das so aus, daß wir Verluste in den EWG-Raum in der Höhe von 440 Millionen Schilling verzeichnen mußten, dagegen Steigerungen in die EFTA-Länder von 1525 Millionen Schilling, das heißt, per Saldo mit plus 1085 Millionen Schilling abgeschnitten haben.

Trotz dieses unmittelbaren Erfolges im Rahmen der EFTA, aber auch auf den anderen Märkten bleibt die Tatsache bestehen, daß ein sehr großer Teil unserer Exporte nach wie vor EWG-orientiert ist und infolgedessen zunehmend diskriminiert wird.

Es ist daher verständlich, daß wir uns bemühen, diese Diskriminierung zu beseitigen oder zumindest so klein wie möglich zu halten. Eine mögliche Regelung findet jedoch in den neutralitätspolitischen Erfordernissen ihre Grenzen, worauf ich eingangs schon hingewiesen habe.

Abgesehen von dem angestrebten Abbau der Zolldiskriminierung wird von den Befürwortern eines raschen und umfassenden Arrangements mit der EWG ins Treffen geführt, daß wir auch an der Dynamik des größeren Marktes Anteil haben sollen und Anteil haben müssen, um das bestehende Wohlstandsgefälle abzubauen oder doch zumindest zu vermindern. Wir sind uns alle einig, daß unsere Wirtschaft mehr Dynamik benötigt. Aber es mutet doch merkwürdig an, wenn der zuständige Ressortminister meint, daß alles Heil hinsichtlich der Dynamik von einem Beitritt zur EWG abhängt, während

Dkfm. Androsch

er selbst bisher innerhalb seines Ressorts nicht einmal in der Lage war, einen Energieplan fertigzustellen.

Unsere Wachstumsschwierigkeiten haben nämlich ihre hauptsächlichsten Ursachen in strukturellen Schwächen unserer Wirtschaft, und es ist die Frage, ob ein umfassendes Arrangement mit der EWG ein entsprechend wirkendes Heilmittel sein kann. Auch die EWG ist keine Wunderdroge; es ist zu befürchten, daß deren Wirken unsere Strukturschwächen erst mit aller Schonungslosigkeit offenbaren würde.

Österreichs Importe aus der EWG betragen nämlich ungefähr 12 Prozent unseres Güter- und Leistungsvolumens, während Österreichs Exporte in die EWG nur 0,2 Prozent dieses Volumens der EWG erreichen. Auf Grund dieser Tatsache wird die erste Folge eines Zollabbaues zwischen Österreich und der EWG eine beträchtliche Erhöhung des Importdruckes auf den österreichischen Markt sein. Dieser Druck wird ganz besonders die große Zahl österreichischer Klein- und Mittelbetriebe treffen, deren Produktion inlandsmarktorientiert ist und die kaum eine Chance auf rasche Kompensation durch gestiegene Exporte haben werden.

Aber auch die österreichische Industrie wird einem entsprechenden Druck, und zwar in zweifacher Hinsicht, ausgesetzt sein. Der Importdruck wird nämlich von einem erhöhten Druck auf der Kostenseite begleitet sein, da sich als Folge der Angleichung an die EWG-Agrarpolitik fühlbare Preiserhöhungen für eine Reihe von Grundnahrungsmitteln ergeben werden, die durch Lohnerhöhungen kompensiert werden müssen.

Die EWG ist also sicher kein Allheilmittel zur Beseitigung unserer Strukturschwächen. Diese können nur durch eine Strukturpolitik beseitigt werden, die gleichzeitig unsere Wirtschaft integrationsreif machen würde. Eine solche gibt es aber bisher nicht. Jedenfalls wäre es notwendig, sich Klarheit über die Auswirkungen der Integration zu verschaffen, sei es für den Fall, daß ein Arrangement zustande kommt, sei es für den Fall, daß es dazu nicht kommt.

Da es eine diesbezügliche Studie bisher nicht gibt, habe ich mir erlaubt, im Ausschuß einen diesbezüglichen Antrag zu stellen. Wohl gibt es Vorarbeiten auf diesem Gebiet; eine Arbeitsgruppe des Wirtschafts- und Sozialbeirates beschäftigt sich seit April 1964 mit dieser Frage. Trotz der Fülle des dabei gesammelten Materials ist es bisher zu keinem abschließenden Ergebnis gekommen. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß den Vorsitz in dieser Arbeitsgruppe der Herr Staats-

sekretär Professor Dr. Koren innehat. Es liegen offensichtlich Versäumnisse vor, und ich erlaube mir daher dem Hohen Haus folgenden Entschließungsantrag zu unterbreiten.

Entschließungsantrag der Abgeordneten Dkfm. Androsch, Dr. Staribacher und Genossen betreffend Zustandekommen beziehungsweise Unterbleiben eines Arrangements Österreichs mit der EWG.

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht, dem Nationalrat über die Auswirkungen auf die einzelnen Branchen der österreichischen Wirtschaft für den Fall eines Arrangements mit der EWG (Montanunion) beziehungsweise für den Fall, daß ein solches nicht zustande kommt, sowie über die vorgesehenen Maßnahmen zur Vermeidung beziehungsweise Milderung von Umstellungsschwierigkeiten der österreichischen Wirtschaft, die sich aus einem allfälligen Arrangement ergeben könnten, zu berichten. Der Bericht ist insbesondere unter Berücksichtigung der nach Abschluß der Zollverhandlungen des GATT (Kennedy-Runde) für Österreich zu erwartenden Veränderungen abzufassen.

Meine Damen und Herren! Das gewichtigste Argument gegen diesen Antrag im Ausschuß lautete, daß eine solche Prognose wegen der großen Unsicherheit kaum möglich wäre beziehungsweise keine brauchbaren Aussagen liefern könnte. Diese Kritiker haben eine unrichtige Vorstellung vom Wesen der Prognose. Eine solche hat die Aufgabe, aufzuzeigen, mit welchen Möglichkeiten und Entwicklungen gerechnet werden muß. Zukunftsorientierte Überlegungen tragen dazu bei, das Problembewußtsein der Politiker, die ja schließlich die Entscheidungen zu treffen haben, zu schärfen.

Sicherlich können Prognosen, Projektionen, Perspektiven und welche Bezeichnungen man immer wählen will, nur Wahrscheinlichkeiten angeben. Deshalb werden Prognosen praktisch nie völlig mit der künftigen Realität übereinstimmen. Es verspricht aber jene Politik die erfolgreichste zu sein, die künftige Entwicklungen am ehesten und am vollständigsten erkennt und daraufhin rechtzeitig ihre Entscheidungen trifft. Hiefür bedarf es aber der Prognosen als eines wichtigen Instrumentes rationaler Politik.

Bei den vorgebrachten Einwendungen gegen solche zukunftsorientierte Überlegungen kann man sich vielfach des Eindrucks nicht erwehren, daß ideologische Vorbehalte gegen solche Prognosen ausschlaggebend sind. Vielleicht sind Sie aber auch noch aus anderen

Dkfm. Androsch

Gründen an solchen Prognosen nicht interessiert. Wie ich schon gesagt habe, ist eine Prognose ein Instrument rationaler Politik, und gerade unter den EWG-Enthusiasten gibt es viele, bei denen die Motive nicht rational sind. Die einen glauben, die EWG ist ein Unternehmerparadies frei von Dirigismus und Planung, für die anderen ist die EWG ein Anschlußsurrogat. Diese Leute reden von Europa und meinen Großdeutschland.

Nach dem Wahlprogramm, nach der Regierungserklärung und vor allem nach den wiederholten Erklärungen des Herrn Vizekanzlers mußte man den Eindruck gewinnen, wir befinden uns mit prallen Segeln auf der Fahrt nach Brüssel. Inzwischen ist auch jeder Landratte klargeworden, daß Windstille herrscht. Was hat diese Windstille und Flaute verursacht? Sicherlich nicht das Verhalten der Bundesregierung allein. Zu einem EWG-Arrangement gehören wenigstens zwei, im Falle Österreich ist es sicherlich eine noch viel größere Zahl.

Die Ziele der Bundesregierung aber waren bei weitem zu hoch gesteckt. Statt ein realistisches Minimalprogramm durchzusetzen, hat man ein utopisches Maximalprogramm angestrebt. Unrealistisch war es und ist es nach wie vor, zu meinen, man könne sich im Alleingang in die EWG um jeden Preis hineindrängen. Schließlich ist eine Regelung der Beziehungen mit der EWG ein dringliches Problem zwar für Österreich, aber kaum eines für die EWG.

Vollends zum Abenteuer wurde dieser Kurs jedoch, als die gemeinsame Linie der Integrationspolitik verlassen wurde. Der Mißerfolg ließ auch nicht lange auf sich warten. Ursprünglich rangierten wir auf der Warteliste der EWG an erster Stelle. Inzwischen sind wir auf einen rückwärtigen, womöglich den letzten Platz zurückgefallen.

Realistisch wäre es dagegen gewesen, eine Linderung der Zolldiskriminierung zu erreichen. Doch ist dem Herrn Vizekanzler offensichtlich das zuwenig. Jedenfalls hat er sich in der „Wochenpresse“ vom 4. Oktober 1967 in einem Interview wie folgt geäußert:

„Ein Vertrag, der nur irgendwelche Zollermäßigung beinhaltet, so wünschenswert er auch für die betreffenden Exportbranchen sein mag, kann für Österreich keine Integrationslösung sein. Man darf doch nicht glauben, daß man mit einer Zollerleichterung das Integrationsbedürfnis der österreichischen Wirtschaft befriedigen könne. Wir brauchen einen größeren Binnenmarkt, wir brauchen die Teilnahme an der Dynamik eines großen Wirtschaftsraumes.“

Bemerkenswerterweise vertritt ein anderes Regierungsmitglied, nämlich der Herr Außen-

minister, eine gegenteilige Meinung. Jedenfalls hat er sich im Februar 1962 im Europarat zur Frage Integration und Neutralität geäußert und hiefür sechs Punkte aufgestellt, wovon der erste lautet, daß sich ein solcher Vertrag ausschließlich auf Zollmaßnahmen zu beschränken habe. Entweder hat der Herr Außenminister eine Meinungsänderung vollzogen, oder er kann sich gegenüber dem Herrn Vizekanzler mit seiner Auffassung nicht durchsetzen. Jedenfalls zeigt dieses Beispiel einmal mehr, wohin der bestehende Kompetenz-wirrwarr in der Außenpolitik führt.

Ähnliche Widersprüche gibt es auch in anderen Fragen. So zum Beispiel hinsichtlich des Austrittes aus der EFTA im Falle erfolgreicher Verhandlungen in Brüssel. Der Herr Vizekanzler verhandelt bereits seit geraumer Zeit unter der Arbeitshypothese des erfolgten Austrittes. Der frühere Finanzminister und frühere Generalsekretär der Bundeskammer Dr. Korinek vertrat hinsichtlich dieser Frage eine andere Auffassung. In der Nummer 2 der „Austrosvensk“, der Nachricht der österreichisch-schwedischen Gesellschaft vom 1. Februar 1966, schreibt er unter anderem in einem Artikel, der „Österreich in Brüssel“ überschrieben ist:

„Es besteht nun kein Zweifel, daß für die österreichische Wirtschaft eine Störung ihres Außenhandels mit der EFTA, und zwar sowohl seines Exportes nach den EFTA-Ländern als auch seines Importes aus den EFTA-Ländern, äußerst unangenehm wäre und daher vermieden werden müßte. Sie würde Verluste bedeuten, die zumindest in den ersten Jahren kaum durch zusätzliche Geschäfte mit den EWG-Ländern wettgemacht werden könnten.“

Es dürften nicht zuletzt diese Auffassungsunterschiede gewesen sein, deretwegen man Dr. Korinek auf der stürmischen Fahrt nach Brüssel geopfert hat.

Schließlich ist in diesem Zusammenhang auch noch die Landwirtschaft zu erwähnen, die sich mit Haut und Haaren der EWG verschrieben hat. Wir haben gestern ein entsprechendes Glaubensbekenntnis vom Kollegen Leitner gehört. Neuerdings will aber die Landwirtschaft mit Kampfmaßnahmen gegen die EWG vorgehen. Ich frage mich, ob das ein geeignetes Mittel ist, die Verhandlungen zu erleichtern.

Ich habe vor mir die Abschrift eines Schreibens der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs vom 20. November 1967, das an das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft und an das Bundesministerium für Inneres adressiert ist und von Generalsekretär Dr. Brandstätter gezeichnet ist. Hier heißt es:

6654

Nationalrat XI. GP. — 81. Sitzung — 15. Dezember 1967

Dkfm. Androsch

„Mit Rücksicht auf die Verordnung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vom 26. Oktober 1967 zur Festsetzung der Erstattung bei der Ausfuhr auf dem Eiersektor für den Zeitraum vom 1. November 1967 an, in der eine Erstattung an Drittländer für frische Hühnereier von 15 Groschen pro Stück festgelegt wurde“ — und nun kommt es —, „spricht sich die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern dagegen aus, die vorgesehene autonome Ermäßigung des österreichischen Eierzolls auf die Hälfte auch den EWG-Ländern zu gewähren.“

Ich hoffe, Sie werden mit dieser Politik bei der EWG sehr viel Glück haben. (*Abg. Griebner: Das überlassen Sie uns!*) So einfach ist das nicht, Herr Abgeordneter Griebner. Denn da sitzen wir leider mit Ihnen in einem Boot; Sie haben also kein Privileg, daß Sie das allein machen können. An der Frage der EWG sind wir zumindest soviel interessiert wie Sie.

Genau dort setzt aber unsere Kritik ein. Man hat nämlich diese Möglichkeiten nicht ausgeschöpft. Ich möchte nur als Beispiel anführen, daß Österreich seinen Zollsatz für PKW, eine für die EWG nicht uninteressante Warenkategorie, überhaupt nicht gesenkt hat und dies von der EWG als überaus störend empfunden wird.

Einer der letzten Fehler dieser Art wurde offensichtlich bei der Kennedy-Runde gemacht, wo man zweifelsohne günstige Gelegenheiten versäumt hat. Für die Verhandlungen im Rahmen der Kennedy-Runde hatten sich zwei alternative Strategien angeboten: entweder durch großzügige Gegenleistungen ein Maximum an Zollsenkungen von der EWG zu erlangen, oder aber sich Zurückhaltung aufzuerlegen, um für spätere Assoziierungsverhandlungen „Trümpfe“ in der Hand zu behalten. Während die Schweiz und die skandinavischen Staaten mit Erfolg die erste Strategie wählten, entschied sich Österreich für die zweite. Österreich hat dadurch bei diesen Verhandlungen weder ein Optimum noch ein Maximum erreicht, wie dies der Herr Vizekanzler im Ausschuß gemeint hat.

Diese Tatsache wird auch dadurch nicht viel besser, wenn man die Möglichkeit, spätestens am 1. Juli 1969 mit der EWG neue Verhandlungen über gegenseitige Zollzugeständnisse zu führen, in Rechnung stellt. Die in Aussicht genommenen Verhandlungen können sich nur auf Produkte beziehen, bei denen jeder Partner Hauptlieferant oder wesentlicher Lieferant ist. Dieses Kriterium ist aber naturgemäß bei Lieferungen des größeren Partners früher und häufiger erfüllt als umgekehrt.

Im Ausschuß hat der Herr Vizekanzler gemeint, ich könne diese Behauptung, daß die Kennedy-Runde von Österreich nicht ausgeschöpft wurde, nicht beweisen, und er hat weiter gemeint, das Ergebnis der Verhandlungen sei davon abgehängt, ob man großzügige Gegenleistungen machen könne.

Aber es gibt noch andere Positionen, bei denen man ähnlich vorgegangen ist, so etwa bei Tarifnummer 8506 des Zolltarifs, elektromechanische Haushaltsgeräte: Zollsatz Österreichs bei Staubsaugern 35 Prozent, Angebot 0, bei Mixern Zollsatz 22 Prozent, Angebot 0. Bei der EWG: Bestehender Zollsatz 15 Prozent, Angebot 7,5 Prozent. Oder Tarifnummer 8515, Rundfunkgeräte: Zollsatz in Österreich 38 Prozent, Angebot 0. EWG im Vergleich dazu: Zollsatz 35 Prozent, Angebot 17,5 Prozent. Fernsehgeräte: Zollsatz in Österreich 35 Prozent, Angebot 0, in der EWG Zollsatz 20 Prozent, Angebot 10 Prozent. Schließlich Zolltarifnummer 6101, Oberbekleidung aus Wolle für Herren und Knaben: österreichischer Zollsatz 28 Prozent, Angebot 0, Zollsatz der EWG 22,5 Prozent, Angebot 17,5.

Es liegt daher nicht an mir, Herr Vizekanzler, zu beweisen, daß kein Optimum und Maximum erzielt wird, ich glaube, es würde an Ihnen liegen, trotzdem zu beweisen, daß in Genf ein Optimum und Maximum zur Milderung der Zolldiskriminierung durch die EWG erreicht wurde.

Das Versagen bei der Kennedy-Runde ist aber nur eine der letzten Stationen der ÖVP-Integrationspolitik, deren Bogen sich von der Krainer-These des Verhungerens in Neutralität bis zur Version des Herrn Bundeskanzlers spannt, der dem „Spiegel“ gegenüber die Auffassung „notfalls arm, aber neutral“ bestätigte.

Die ÖVPhat auf ein Pferd gesetzt und bisher verloren. Es hat nun den Anschein, daß für die Fehler und Widersprüche ein Opfer gebracht werden soll. Dem „Scherbenhaufen“ soll nunmehr, wie man hört, ein „Scherbengericht“ über den ressortmäßig zuständigen und verantwortlichen Herrn Vizekanzler folgen. Das ist zweifelsohne Ihre Angelegenheit, meine Damen und Herren von der Mehrheitspartei, von der Verantwortung für die mißglückte Politik wird sich damit jedoch weder die Regierung noch die Mehrheitspartei drücken können. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Es muß endlich mit der Irreführung der Öffentlichkeit, die falsche Hoffnungen erweckt, Schluß gemacht werden! Eine weltoffene Handelspolitik muß der Wirtschaft endlich klare Signale geben. Es gehört daher zu unseren vordringlichsten Aufgaben, jeden Zweifel an der Lebensfähigkeit unseres Landes, vor allem aber die Unsicher-

Dkfm. Androsch

heit über den weiteren integrationspolitischen Kurs zu beseitigen, alle Möglichkeiten auf dem EFTA-Markt, aber auch auf den anderen Märkten auszuschöpfen und gleichzeitig zu versuchen, hinsichtlich des EFTA-Handels eine Milderung der Zolldiskriminierung herbeizuführen.

Unsere Hauptaufgabe wird es aber nach wie vor künftighin sein, eine planmäßige Politik zur Verbesserung unserer Wirtschaftsstruktur herbeizuführen. Was wir benötigen, ist nicht nur eine Integration in einem größeren Raum, was wir benötigen, ist auch eine Integration nach innen, die es gilt herbeizuführen, und eine Politik, die alle Hemmnisse von der Wirtschaft fernzuhalten in der Lage ist.

Zusammenfassend kann man sagen: Was wir brauchen, sind daher keine wirtschaftlichen Heilslehren und keine Politik, die in Brüssel die Endstation ihrer Sehnsucht sieht. Österreich braucht vielmehr eine Politik und eine Regierung, die uns ein Leben in Wohlstand und Neutralität ermöglichen. *(Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner**: Der Entschließungsantrag der Abgeordneten Dkfm. Androsch und Genossen, der verlesen wurde, ist genügend unterstützt und steht zur Behandlung.

Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Mitterer das Wort.

Abgeordneter **Mitterer** (ÖVP): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte zunächst auf das, was hier einige Male durchgeklungen hat, Bezug nehmen. Es hieß: Man soll nicht belehren. Ich bin auch dieser Meinung. Man soll überzeugen, aber nicht belehren. Ich glaube, das sollten sich alle merken. Wir wurden gestern wieder sehr oft belehrt, wie wir alles falsch machen und alles falsch sagen. Man kann eine bessere Meinung äußern, und man soll versuchen zu überzeugen, aber nicht zu belehren.

Gestatten Sie mir, daß ich nun zu einigen Äußerungen des Herrn Abgeordneten Androsch das Wort nehme, und zwar zu der Frage der Integration, die wir ja schon sehr oft hier besprochen haben und die wir immer wieder besprechen werden müssen, die aber immer mehr oder weniger das gleiche Endbild zeigt.

Sie behaupten nun, die ÖVP hätte ihren Integrationskurs geändert, und das sei eigentlich sehr wesentlich. Auf der anderen Seite sagen Sie aber am Schluß Ihrer Rede, wir hätten ihn gar nicht geändert, er sei falsch, sei immer falsch gewesen, wir müßten ihn also ändern. Ich weiß also nicht, was Sie hier für richtig halten.

Sie sprachen auch über die Frage Griechenland und das Urbild der Demokratie. Es ist doch unbestritten — das wissen ja alle gebildeten Menschen —, daß Griechenland die Wiege der Demokratie ist; ob dieses Land gerade heute eine Demokratie ist, weiß ich nicht, das müßte ich also fast bezweifeln, aber es steht jedenfalls fest ... *(Abg. Doktor Pittermann: Sie brauchen das gar nicht mehr zu bezweifeln!)* Eben, Herr Kollege Doktor Pittermann, Sie waren noch nicht da, als dieses Beispiel hier gebracht wurde.

Mein Freund Graf hat, als er das Beispiel der Demokratie Englands gebracht hat, damit nicht die Geschichte zitiert beziehungsweise einen Geschichtsvortrag gehalten, sondern das gesagt — was man im allgemeinen immer wiedergibt —, daß England das Beispiel der Demokratie in vielen Belangen sei, ohne daß man hier auf die Geschichte zurückgeht. Das war also der Sinn und Zweck, und ich glaube, dieses Korrektiv, das hier angebracht wurde, war sehr überflüssig. Es sollte also offenbar beweisen: Herr Kollege Androsch weiß, wo die Wiege der Demokratie liegt, und wir wissen es nicht. Ich glaube, so überheblich soll man doch nicht sein. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Kollege Graf hat gestern gesagt — und nur darum ist es gegangen —, in England wäre es undenkbar, daß auch die schärfste Opposition etwas äußert, was dem Ansehen des Landes schadet. Nur das hat er behauptet. Er hat also gar keine anderen Konklusionen gezogen. *(Abg. Weikhart: Aber wenn der Finanzminister es macht, wird in England auch nicht geschwiegen!)* Ich komme auf den Fall England noch in einem anderen Zusammenhang zurück.

Kollege Androsch hat dargelegt, daß die EFTA 22 Prozent und die EWG 41 Prozent unserer Produkte aufnehmen würden. Ich glaube, man kann es sich mit den Ziffern allein nicht so einfach machen. Wir wissen doch alle: Daß so viele Länder, ich möchte sagen, die ganze EFTA, im Vorzimmer der EWG angestellt stehen, kann doch kein Zufall sein, sie sind ja nicht alle dumm und ahnungslos, sondern sie haben sich ja dabei etwas gedacht. *(Abg. Lanc: Schon wieder!)* Was haben sie sich dabei gedacht? Sie haben sich dabei gedacht, was sie auch genau wissen — auch England weiß es —, daß sie nicht zugleich in der EFTA und in der EWG sein können — das ist doch sonnenklar —, sondern die Attraktivität dieses großen EWG-Marktes hat alle diese Länder dazu gebracht, sich um eine Mitgliedschaft zu bewerben. Das ist doch der wahre Grund.

6656

Nationalrat XI. GP. — 81. Sitzung — 15. Dezember 1967

Mitterer

In der EFTA haben wir ja schon einige Überraschungen erlebt. Es war damals die Plustaxe von 15 Prozent, die England ohne Konsultation seiner Partner eingeführt und dann nach sehr langer Zeit und schweren Demarchen wieder langsam abgebaut hat. Nun haben wir die Abwertung erlebt. Sie macht etwa 50 Prozent aus, also England und das Kingdom 28,5 Prozent, Finnland 7,1 Prozent, und Dänemark 15,5 Prozent, das sind also etwas mehr als 50 Prozent. Ja meine Herrschaften, glauben Sie doch nicht, daß das auf unsere Situation ohne Einfluß bleiben wird!

Im übrigen: Kein Mensch hat ja gesagt, daß wir aus der EFTA herausgehen wollen nur in der Hoffnung, einmal in die EWG kommen zu können, sondern wir haben festgestellt, daß beide Mitgliedschaften nicht möglich sein werden, und zwar nicht nur für Österreich, sondern auch nicht für England und die anderen Vergleichsländer.

Ich glaube also, man soll doch der Wahrheit die Ehre geben und auch nicht sagen, wir hätten unseren Kurs geändert, und jetzt sehen wir, daß dies oder jenes nicht so war. Wer hat denn eine Illusion gehabt und hat immer wieder von dem Brückenschlag der EFTA zur EWG gesprochen? Das waren doch Sie, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei! Wir haben daran nie geglaubt, und Sie sehen ja, daß er nicht funktioniert. Ich glaube also, daß Illusionen abgebaut werden müssen; aber wenn Sie das eine Illusion nennen, dann muß solche die SPÖ abbauen und durchaus nicht wir.

Herr Kollege Androsch hat anscheinend seine Rede nicht rasch genug geändert, denn sie hat nicht ganz mit den Behauptungen übereingestimmt, die der Herr Außenminister a. D. Abgeordneter Dr. Kreisky in seinen kurzen Erklärungen über seine Besprechungen in Chequers abgegeben hat. Anscheinend ist das noch nicht ganz koordiniert worden, denn de facto schauen die Dinge auch in England anders aus, als wir es wahrhaben wollen. Auch England ist sich der Schwierigkeiten völlig bewußt, die es bei einem Eintritt in die EWG haben würde, aber dennoch ist man dort der Auffassung, daß das der einzig mögliche Weg ist, auch wenn er im Augenblick nicht erreichbar erscheint.

Meine Damen und Herren! Sie werfen uns vor, daß wir uns gegen eine EWG-Assoziierung stellen oder daß wir uns zuwenig gegen eine kurzfristige Lösungsmöglichkeit stellen. England versucht es ja auch und sieht, daß es immer wieder abgewiesen wird. Deswegen kann man doch nicht die Flinte ins Korn werfen, wenn immer wieder gewisse Schwierig-

keiten auftreten. Ich glaube, daß die Argumentation völlig falsch ist, daß wir unsere Zielrichtung ändern sollen, weil wir sehen, welche Schwierigkeiten es gibt. Es müßte dann auch England seine Zielrichtung ändern, hat das aber bis jetzt nicht getan. (*Abg. Lanc: Ein bißchen ein Unterschied ist schon zwischen uns und England! — Abg. Dr. Withalm: Daß sie voll beitreten wollen und wir nicht!*) Es ist sicherlich ein Unterschied zwischen uns und England, Sie haben aber England immer wieder als Beispiel zitiert.

Was nun die Ursachen der Bestrebungen anlangt, so ist ein Unterschied überhaupt nicht zu sehen. Beide Länder erkennen, daß sie ohne einen großen Wirtschaftsraum nicht so weiterkommen können, wie sie sich das vorstellen, beide Länder sind sich der Schwierigkeiten bewußt, beide Länder sind in der EFTA und wissen, daß sie nicht zugleich in der EFTA und in der EWG sein können. Dieser Wunschtraum ist nicht zu erfüllen. (*Abg. Lanc: Beide Länder waren einmal Weltreiche, werden Sie auch noch sagen! — Abg. Dr. Withalm: Da haben Sie nicht unrecht: das waren sie!*) Sicherlich, aber ich glaube, diese Frage ist viel zu ernst, als daß man sich mit solchen platten Witzen erheitern könnte. (*Abg. Lanc: Ihre Argumentation ist platt!*) Ich habe darüber gar keine Witze gemacht, Herr Kollege, mir ist die Sache viel zu ernst, wenn Sie das so heiter finden, steht es Ihnen zu, aber ich bin anderer Auffassung.

Nun haben wir gehört, daß unser Weg falsch sei und daß wir keine Prognosen hätten stellen lassen. Wir haben es in der letzten Zeit erlebt, wie die Prognosen aussehen. Auch das möchte ich dem Herrn Kollegen Androsch deutlich sagen: Einerseits fordert er Prognosen und sagt, sie sind zwar keine Richtschnur, aber ein Rüstzeug für die Entscheidungen der Politik. Sehr richtig. Wenn nun der Herr Finanzminister, auf den Prognosen des Wirtschaftsförderungsinstitutes fußend, seine Budgetansätze aufbaut, dann sagen Sie, daß sie falsch sind, daß sie unreal sind, daß sie unrichtig sind. Alles das ist plötzlich falsch. Sie haben zwar gesagt, daß es natürlich Fehlerquellen bei den Prognosen gibt. Sie wollen aber nicht zur Kenntnis nehmen, daß man eine Wirtschaft nicht nur nach Prognosen ausrichten kann und daß es sehr schwierig ist, die Frage zu beantworten, wie die Wirtschaft praktisch und de facto im Falle einer Assoziierung mit der EWG wirklich reagieren und funktionieren wird. Da sind so viele Imponderabilien enthalten, daß man kaum die Möglichkeit hat, eine wirklich exakte Prognose zu erstellen. (*Abg. Androsch: Der Herr Finanzminister ist bei*

Mitterer

seiner Prognose geblieben, als sich die Bedingungen geändert haben, und das haben wir kritisiert! Er ist bei einer falschen Prognose geblieben!) Wenn Sie nun sagen, daß sich die Bedingungen so schnell ändern, wie glauben Sie dann, daß sich eine Wirtschaft dem anpassen kann? Wenn sich alle drei Monate die Prognosen ändern, kann sich die Wirtschaft nicht wieder umstellen. Sie wissen doch ganz genau, daß das, was eine echte Assoziierung bedeuten würde, wenn wir sie zum Beispiel nächstes Jahr bekämen, gar nicht prognostiziert werden kann, weil darin so viele Dinge enthalten sind, die überhaupt niemand voraussehen kann. Zu glauben, daß Sie berechnen können, wie das aussähe, das ist doch wirklich etwas weit hergeholt. (Abg. Androsch: Sie können doch nicht Konjunkturprognosen mit längerfristigen Prognosen wie Kraut und Rüben durcheinanderbringen!) Ich habe nicht Kraut und Rüben gemischt; das ist nicht richtig, Herr Kollege Androsch! Ich habe nur gesagt, daß die Prognosen, die Sie immer wünschen, und daß eine genaue Übersicht, wie die einzelnen Wirtschaftszweige reagieren würden, wie sie dastehen würden, wenn das und das einträte, praktisch gar nicht zu erstellen sind. Wenn Sie sich das voraussagen lassen werden, dann werden Sie sehen, wie viele Fehlerquellen darin enthalten sind. (Abg. Androsch: Also Sie machen lieber eine Politik ins Blaue!) Nein, wir machen nicht eine Politik ins Blaue, wir sind schon viel früher auf die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Politik eingegangen. Sie haben uns das nachgemacht und haben dann auch einen solchen Kongreß veranstaltet. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Steininger: Das ist Demagogie!) Das ist nicht Demagogie! Erinnern Sie sich daran, wann Sie Ihre Kahlenbergtreffen gehabt haben und wann wir das gemacht haben. Das hat mit Demagogie gar nichts zu tun. Dafür sprechen Taten und nicht Ihre Zwischenrufe. (Abg. Konir: Das war ein platter Witz! — Abg. Lanc: Auf das Resultat kommt es an! Und das ist bei Ihnen grauslich! — Abg. Dr. Withalm: Da haben Sie recht! Darauf kommt es an! Das ist entscheidend!)

Frau Abgeordnete Winkler hat gestern sehr freundlich und lebenswürdig argumentiert. Sie hat mich aber doch veranlaßt, heute zu einigen Fragen, die sie angeschnitten hat, Stellung zu nehmen. Wir sollten überhaupt als Maßstab nehmen, daß eine Meinungsverschiedenheit noch nicht ein Grund für irgendwelche persönliche Gehässigkeiten sein soll. (Abg. Dr. Kreisky: Sehr richtig!) Die Frau Abgeordnete war absolut nicht gehässig, sie hat ihre Ausführungen in einer sehr lebenswürdigen und netten Form gebracht. Ich werde das ebenfalls ganz genauso tun. Es ist das

Wesen der Demokratie, daß das Argument und weder die Lautstärke noch irgendein Anwurf siegen soll. (Abg. Dr. Kreisky: Sehr richtig!) Ich bin sehr froh, daß sie es so gemacht hat. Dadurch ist es mir möglich, auch sehr ruhig und sachlich auf diese Fragen zu antworten.

Frau Abgeordnete! Sie haben zuerst über die Frage des Antischleudergesetzes gesprochen, das sich übrigens erst in der Begutachtung befindet; es ist noch gar nicht eingebracht. Sie hat für diesen Entwurf sehr harte Worte gefunden.

Die Preiswundertäter, die wir allenthalben feststellen, stellen sich dann als Konkurswundertäter heraus. Wir haben das in den letzten Monaten sehr deutlich erlebt. Eine Reihe von diesen Preiswunderkindern sind zum Konkurs reif. Ich glaube nicht, daß es richtig ist, zuzusehen, daß Firmen ihre Konkursquote schon bei der Preiserstellung kalkulieren. Das kann nicht Sinn und Zweck des Wirtschaftens sein. Wenn man der Meinung ist, daß man einen Preis ab Werk niedriger ansetzen kann, dann soll man das tun, aber man soll es nicht durch versteckte Rabatte tun, sodaß der Einkäufer A zu völlig anderen Bedingungen als der Einkäufer B einkaufen muß. Es ist schon richtig, daß es in der ganzen Welt Mengenrabatte und Abnahmekonditionen verschiedener Art gibt, aber was wir heute erleben, daß von der Produktion oder vom Importhandel je nachdem dem Großen und dem Kleinen so differente Angebote gemacht werden, das führt dazu, daß die einen als die Preistreiber hingestellt werden, die es aber in Wirklichkeit gar nicht sind, und die anderen als die billigen Vetter, die es auch gar nicht sind. Es herrschen Konditionsunterschiede vor, die man nur durch ein solches Gesetz wird ausleuchten können, damit man zu echten Preisen kommt. Ich glaube, daß man mit diesem Dickicht der Rabatte nicht durchkommt und daß das auch nicht der Zweck der Sache ist, sondern der Zweck soll sein, den Preis echt zu senken, wo das möglich ist, aber nicht in Form dieser Natural- und anderer Superrabatte immer wieder zu Preisverfälschungen zu kommen.

Was man in diesem Gesetz verlangt, das ist unerhört, sagen Sie. Ich muß fragen, ob Sie schon einen Arbeiter kennengelernt haben, der freiwillig unter dem Kollektivvertrag arbeitet. Ist es zuviel verlangt, wenn wir sagen, daß niemand dauernd unter seinem Einkaufspreis plus Umsatzsteuer verkaufen soll; nicht etwa, wenn einer einen Artikel abstoßt, nicht, wenn es sich um einen Saisonartikel handelt, nicht bei einem Ausverkauf. Wir reden kein Wort von Gewinnen

Mitterer

oder von Anteilspesen; davon reden wir gar nicht, sondern wir reden nur vom reinen Einkauf plus Umsatzsteuer. Ich glaube, das ist kein unbilliges Verlangen, und da kann man doch auch nicht sagen, man versuche irgendwie eine Preisunterbietung zu verhindern. Nein! Wir wollen zur Preiswahrheit kommen und nicht zu diesem Dickicht aller möglichen kalkulierten Preise.

Wenn Sie das weiterspinnen, dann kommen Sie zum schrankenlosen Manchesterliberalismus. Ich glaube, ihn wollen wir doch alle heute nicht mehr. Oder doch? Das würde mich aber sehr wundern. Wenn man das aber ablehnt, dann kann man über diesen Vorschlag gar nicht auf diese Art die Nase rümpfen, sondern man muß sich doch sagen, daß es vielleicht einer Überlegung wert ist, sich zu fragen, ob es richtig ist, wenn einige wenige dauernd versuchen, das ganze Preischaos auszulösen, die aber dann ein paar Monate später auf der Konkursliste stehen und der Volkswirtschaft einen sehr großen Schaden zufügen. Denn einen Konkurs zahlt die gesamte Volkswirtschaft, nicht nur etwa der Betrieb und nicht nur die Angestellten dort, sondern die gesamte Volkswirtschaft!

„Preiswunder“ sollen wir also mit großer Reserve sehen, denn in Wirklichkeit sind es meist keine Wunder, sondern nur Versuche mit sehr untauglichen Mitteln. Ich glaube, man muß auch dabei ein bißchen der Wahrheit näherkommen und zumindest versuchen, diese Sache ernst zu prüfen, damit man dann sagen kann, ob es annehmbar ist oder nicht.

Ich komme zu dem ganzen Kompendium der Umsatzsteuer, über welche die Frau Abgeordnete gestern sehr lang gesprochen hat. Eigentlich gehört das in das Kapitel Finanzen, ich nehme aber an, daß Sie sich dort nicht zum Wort melden werden und die Sache deshalb gestern gebracht haben; ich möchte daher auch heute dazu antworten.

Verehrte gnädige Frau! Sie sind von einer falschen Prämisse ausgegangen. Ich sage das jetzt nicht, um zu sagen, daß das richtig sei, was ich sage, und daß das falsch sei, was Sie sagten. Aber in Ihrer Argumentation hat man ja erkannt, daß die Prämisse nicht stimmt. Sie müssen doch zur Kenntnis nehmen, daß wir heute eine Allphasen-Kaskadensteuer haben.

Herr Kollege Dr. Pittermann! Sie waren nicht herinnen, Sie haben die ganze Debatte, glaube ich, nicht gehört, Sie werden gleich sehen, worauf ich hinsteuere. — Es geht nicht darum, daß man nun versuchen will, irgendeinem Berufsstand etwas durch das Hintertürl zuzuschmuggeln, was ihm nicht zukommt. Nein, durchaus nicht. Wir haben

ausdrücklich gesagt, daß wir trotz der Schwierigkeiten, die sicher auch die Umstellung auf die Mehrwertsteuer bedeutet, immerhin das Ziel anpeilen, zur Mehrwertsteuer zu kommen. Immer mehr Länder gehen ja auf dieses System über. Ich bin erstaunt, daß Herr Kollege Kostroun das gestern so rasant abgelehnt hat (*Abg. Kostroun: Gar keine Rede!*), denn ich habe hier das stenographische Protokoll der 39. Sitzung des Nationalrates vom 14. Dezember, in der die verewigte Frau Abgeordnete Weber gesagt hat:

„Wir alle wissen, daß das gegenwärtige Umsatzsteuersystem nicht mehr den modernen wirtschaftlichen Erfordernissen entspricht. Wie in anderen westeuropäischen Ländern ist es daher auch in Österreich notwendig, eine Reform des Systems durchzusetzen.“ (*Abg. Kostroun: Schauen Sie meine Rede an, dann werden Sie sehen, daß Sie jetzt eine unrichtige Behauptung gemacht haben!*) Moment! „Nun gibt es in den anderen europäischen Ländern überhaupt keine Umsatzsteuerreform, es sei denn in Richtung Mehrwertsteuer.“ (*Der Präsident übernimmt den Vorsitz.*)

Das muß ich also festhalten. Daher kann das, was die Frau Abgeordnete Weber hier gesagt hat, „in Richtung der westlichen Welt eine Änderung der Umsatzsteuer“, nur eine Richtung in die Mehrwertsteuer bedeuten.

„Und zur Beurteilung“ — sagt sie weiter — „dieses sicherlich schwierigen Fragenkomplexes soll dem Nationalrat ein ausführlicher Bericht vorgelegt werden.“

Sie hat sogar einen Entschließungsantrag Weber, Dr. Tull, Konir und Genossen vorgelegt, betreffend einen Bericht bezüglich dieser Umsatzsteuerregelung.

Wenn man also weiß, daß es in allen westeuropäischen Ländern nur eine Reform der Umsatzsteuer in Richtung Mehrwertsteuer gibt, kann man doch nicht sagen: Heute sind wir dafür, morgen sind wir dagegen. (*Abg. Kostroun: Nicht ohne Prüfung, nicht ohne Bericht!*) Sicherlich gibt es Probleme, und natürlich müssen sie studiert werden, und natürlich muß man überlegen, ob man in einem Land, in dem die Dienstleistung sehr wesentlich ist, nicht verschiedene Punkte einbauen muß. Aber, ich glaube, schon die Tatsache, daß alle immer wieder sagen, dieses Umsatzsteuersystem sei fällig zur Revision, zeigt doch, daß hier irgend etwas krank ist.

Davon ausgehend und nicht davon, was der einzelne bekommt, haben wir unsere Vorschläge gesteuert. Sie sagen: Wir wollen dem Kleinen etwas zukommen lassen, aber doch um Gottes Willen nicht über die Umsatz-

Mitterer

steuer. — So waren, glaube ich, Ihre Formulierungen. Ich glaube, ich habe das nicht entstellt.

Das ist ja nicht möglich. Sie können ja eine Ungerechtigkeit und eine Unhaltbarkeit, die sich auf dem Gebiet der Umsatzsteuer entwickelt, nicht über die Einkommensteuer korrigieren. Es kommt ja auch nicht darauf an. Das haben wir auch nicht gefordert, daß wir, weil sich der Kleine sonst nicht helfen kann, mit der Umsatzsteuer helfen wollen, sondern wir wollen dort, wo der einphasige Betrieb durch die Konstruktion der Umsatzsteuer in die Klemme kommt, auch einspringen und für den einphasigen Betrieb eine Zwischenlösung bis zur Generalreform schaffen. Das war der Sinn und Zweck dieses Antrages.

Im übrigen — auch das muß ich Ihnen klar sagen —: Die erste Senkung dieses Einkommensteuersatzes für die Lebensmittelhändler, Fleischhauer und Gaststättenbetriebe erfolgte noch in der Zeit der Koalition mit Ihrer Zustimmung, verehrte gnädige Frau. Es ist also nur der zweite Schritt! Den ersten haben wir gemeinsam getan, er wurde zwar nicht immer sehr freundlich kommentiert, aber wir haben ihn immerhin miteinander gemacht. Das ist also nur der zweite Schritt, das möchte ich auch eindeutig sagen. Es kann doch nicht so weit gehen, daß man sagt: Weil man es in der Koalition gemacht hat, war dieser Schritt gut, und weil wir es in der Nichtkoalition machen, ist der zweite Schritt schlecht, aber der erste war gut. So weit kann man doch wirklich nicht gehen.

Meine Damen und Herren! Zur Frage der Diskriminierung der Umsatzsteuer darf ich Ihnen anhand eines ganz simplen Beispiels — das kann jeder, wenn er auch nicht in der Wirtschaft steht, ganz simpel, leicht mitrechnen — nachweisen: Nehmen Sie heute irgendeinen Gegenstand — ich nehme keinen aus, außer er gehört zu den begünstigten, sozial kalkulierten Artikeln, bei denen die Sätze anders sind —, so macht die Umsatzsteuer ab Fabrik beziehungsweise ab Importeur 5,25 Prozent, beim Großhandel 2 Prozent, beim Einzelhandel wieder 5,25 Prozent, das ist zusammen eine Belastungsquote von 13 Prozent. Wird der gleiche Artikel von einer Firma, die mehrphasig ist, verkauft, die also Großhandel oder Import und Erzeugung in einem konzentriert hat, so macht die Umsatzsteuer 5,5 Prozent ab 1. Jänner nächsten Jahres. Hier erspart sich also — und das ist die Realität, das ist die Schwierigkeit und die Crux — der Betrieb, der vertikal konzentriert ist, ab ovo 7,5 Prozent. Da kann man doch nicht sagen, das muß man zur

Kenntnis nehmen, da kann man momentan nichts machen.

Wenn wir nun versuchen, von diesen 7,5 Prozent Ersparnis 0,6 Prozent als Ausgleichsteuer für den Mehrphasenbetrieb daraufzugeben, dann kann man doch wirklich nicht sagen, hier sei eine Neidsteuer erhoben worden, hier schadet man den Betrieben, man bringt das Preisgefüge in Schwierigkeiten und ähnliches. (*Abg. Herta Winkler: Der Verbraucher zahlt das in erster Linie!*) Aber, gnädige Frau, der Verbraucher zahlt das deshalb nicht, denn heute hat der Einzelhandel, der diese 13 Prozent zu zahlen hat, genauso seinen Preis gehalten wie derjenige, der nur 7,5 Prozent gezahlt hat. So schaut es nämlich aus! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Sie können doch nicht von der Tatsache ausgehen, daß heute diese Artikel zum gleichen Preis angeboten werden, sonst wären ja die anderen schon längst zugrunde gegangen. Wenn der vertikal organisierte Betrieb also zum gleichen Preis anbietet, dann hat er sich effektiv bis Ende des heurigen Jahres 6,5 und ab 1. Jänner 1968 7,5 Prozent erspart.

Sie können nun sagen: Ihre Leute sind auch dagegen! — Natürlich, verehrte gnädige Frau. Wer gibt denn gerne Privilegien auf? Selbstverständlich schreit jeder, der bisher diese Prozent erspart hat, daß es unerhört sei, daß man da etwas wegnehmen wird. Sie werden staunen, was das bei der Mehrwertsteuer kostet, denn dort wird effektiv der Mehrwert besteuert. Wenn diese einmal kommt, brauchen wir über alle diese Fragen kein Wort mehr zu verlieren, dann ist der Staat neutralisiert.

Sie sagen nun: Die Konzentration marschiert, das ist eine moderne Entwicklung. — Da haben Sie recht! Aber steuerlich prämiieren soll man so etwas nicht! Denn wenn Sie sich ehrlich ... (*Abg. Herta Winkler: Aber die fortschrittliche Entwicklung soll man auch nicht wegsteuern!*) Gnädige Frau, ich bin sehr für eine fortschrittliche Entwicklung. Wenn man vom Westen nach dem Süden zur Südautobahn fährt — ich weiß jetzt nicht, wie die Straße heißt —, gibt es ein Riesengebiet, wo es in einem Wohnblock einen einzigen Selbstbedienungsladen gibt. Ich sage gar nicht, wem er gehört. Da die Häuser die Gemeinde Wien gebaut hat, brauche ich nicht zu sagen, wem er gehört. Aber wollen wir ihn nicht nennen. Ein einziger solcher Laden steht dort! Glauben Sie, daß das für die Frauen, die dort einkaufen, sehr bequem ist, wenn sie vom weitestentfernten Punkt drei Viertelstunden und etwa zwanzig Minuten vom wesentlich näheren Punkt zu einem Laden hingehen müssen? Man kann

6660

Nationalrat XI. GP. — 81. Sitzung — 15. Dezember 1967

Mitterer

doch nicht die gesamte Versorgung der Bevölkerung auf einige wenige Großbetriebe konzentrieren! Das ist doch gar nicht möglich. Hier müssen Sie doch auch den Konsumenten fragen und nicht immer das tun, was wir uns gerne wünschen.

Die Konzentration wird natürlich weitergehen, das ist ganz selbstverständlich. Aber ich weiß nicht, ob der Konsument sehr glücklich sein wird, wenn er sich eines Tages zur gesamten Versorgung seiner Wünsche nur mehr einigen wenigen Großbetrieben gegenüber sieht, ganz gleich, welche Couleur sie haben. Er wird nämlich dann draufkommen, daß seine Position bei Gott nicht besser geworden ist.

Wenn man nun berücksichtigt, daß diese Umsatzsteuerregelung kein Geschenk und keine Sozialtat ist, sondern eine Korrektur der derzeitigen ungerechten Umsatzbesteuerung, wenn man nun bedenkt, daß das nur für Betriebe Geltung haben soll, die einen Umsatz in der Höhe von 850.000 S im Jahr machen, also nicht für winzige Betriebe, deren Einkommen monatlich zwischen 2000 und 3000 S liegt, dann kann man doch nicht sagen, daß das etwas ist, was die Arbeitsplätze in Gefahr bringt, was der Konsument bezahlt. Von den 100.000, die davon betroffen sind und die heute ein Staatskuli-Leben führen, von denen sprechen wir überhaupt nicht. An die muß man auch einmal denken und sie berücksichtigen.

Man könnte ja sagen: Bergbauer, sperr zu!, Greißler, sperr zu!, alle sperrt zu! Es wird nur mehr einige Großbetriebe geben! — Ich glaube nicht, daß das der richtige Weg ist. Wenn die Konzentration fortschreitet ... *(Abg. Herta Winkler: Herr Abgeordneter Mitterer! 2000 größere Betriebe, von denen Sie sprechen, gegenüber 30.000 selbständigen Handelsbetrieben, so schaut es aus! Die sind in der A & O und so weiter organisiert, gelten aber als selbständige Kaufleute!)* Ja. Was soll sein? Ich verstehe Sie nicht! *(Abg. Herta Winkler: Weil Sie von der Konzentration sprechen, als würden wir schon so weit sein!)* Nein, natürlich, gnädige Frau, sind wir noch nicht so weit — Gott sei Dank —, die Konsumenten würden staunen, wohin sie gelangt sind. Wir sollen das — ich wiederhole es nochmals — nicht steuerlich prämiieren, sondern es der wirtschaftlichen Entwicklung überlassen, bei gleichen Startbedingungen sich zu entwickeln, aber nicht steuerlich belohnen, weil der Große groß wird und der Kleine klein bleiben soll. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Bei einem Eintritt der Mehrwertsteuer ist die Frage ohne jede Diskussion; dann haben wir darüber kein Wort mehr zu verlieren.

Die Preispolitik ist durch diese 0,6 Prozent in Gefahr, sagen Sie. Natürlich sagen das die großen Betriebe — es sind deren ganze 200. Ich staune, meine Damen und Herren, daß Sie sich plötzlich vor die Großkapitalisten stellen und immer sagen: Wir sind für die Kleinen! Mir fällt der alte Julius Raab ein, der einmal in einer Versammlung gesagt hat: Ihr seid für die Großen und wir für die Kleinen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Diese Betriebe sagen, das wird die Preiserhöhung bringen — natürlich sagen sie das! Womit sollen sie Sie denn sonst schrecken? Wenn sie sagen werden: Wir werden weniger verdienen!, das klingt nicht gut in den Ohren, speziell der neidkomplexen Österreicher. Wenn sie aber sagen: Die Preise werden darunter leiden, dann sind viele Leute bereit, das zu glauben. In Wirklichkeit wird durch diesen lächerlichen Zuschlag nicht ein einziger Preis geändert — weder nach oben noch nach unten —, denn in Wahrheit ist das gar nicht möglich, wenn Sie sich ausrechnen, was das bei den einzelnen Konsumartikeln de facto ausmacht — ganz abgesehen davon, daß man es bei der Körperschaftsteuer wieder abziehen kann und daher die Differenz noch kleiner ist als 0,6 Prozent.

Wir sollen doch erkennen, daß hier nicht eine Sozialmaßnahme geschaffen wird, daß nicht durch das Hintertürchen etwas hereingeführt werden soll, das irgendwie den Anschein der Unkorrektheit oder des Bevorzugens hat, sondern daß man den Versuch macht — nebenbei in der Bundesrepublik, der Wiege dieser Allphasen-Kaskadensteuer, haben diese Betriebe bis zum Ende des Jahres, bis zum Eintritt der Mehrwertsteuer, wesentlich höhere Freibeträge schon immer gehabt, also es ist gar nichts Neues —, bis zum Eintritt in die Mehrwertsteuer eine kleine Verbesserung der ungleichen Startbedingungen zu schaffen.

Meine Damen und Herren! Ich möchte nun auf einen Punkt eingehen, der auch immer wieder behandelt wird: Was wird also die Umsatzsteuer an Diskriminierung auslösen? Was wird sie dem einzelnen Konsumenten kosten? Das hat der Herr Finanzminister schon sehr richtig gesagt: Natürlich wird die Umsatzsteuererhöhung — also genaugenommen das Rechnungsstempelpauschale — und die Erhöhung der Ausgleichsteuer selbstverständlich dort und da eine Preisänderung auslösen. Wenn Sie in die Länder, die Sie sonst immer als Beispiel nehmen, schauen, nach England, nach Dänemark und überallhin, was glauben Sie, wird diese Abwertung dort für Preisbewegungen auslösen? Wir kommen doch nicht annähernd in eine Gefahrenzone

Mitterer

einer echten Preisbewegung — noch dazu in einer Zeit, wo die Konjunktur rückläufig ist und diese Discounter dafür sorgen, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Wenn Sie sich nämlich heute anschauen — das werden Ihnen Ihre Gewerkschafter der Handelsangestellten zweifellos bestätigen —, welche Preise dort gemacht werden, dann kann man bei Gott nicht sagen, daß das Preisgefüge gerade bei den konsumempfindlichen in Gefahr ist.

Am Schluß möchte ich noch eines feststellen, was man nicht oft genug sagen kann. Ich bedauere es, ich habe diese Debatte nicht ausgelöst, sie ist von Ihnen gestern gebracht worden. Ich mußte dazu antworten.

Wenn der Konsument — und zwar nicht der politische Konsument und gar keine Organisation der politischen Parteien — gefragt wird, wird er Ihnen zweifellos sagen: Sicherlich begrüßt er die moderne Entwicklung der Großraum- und Klarsichtläden. Aber wo wäre eine moderne Wirtschaft ohne die Tausenden kleinen Läden und ohne die Tausenden Kleinbetriebe, die heute noch die bunte westliche Welt qualifizieren? Das sollen wir nicht vergessen. Und wir können nicht sagen: Ja, ja, das wollen wir ja nicht vergessen! So scheinheilig immer sagen: Das wollen wir ja gar nicht! Wir wollen ihm ja helfen! Aber wenn es auf die Tat ankommt, dann sagen wir immer nein! Setzen wir eine Tat! Erich Kästner hat gesagt: Es gibt nichts Gutes, außer man tut es! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Glaser. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Glaser (ÖVP): Herr Präsident! Meine Frauen und Herren Abgeordneten! Wer sich der Mühe unterzieht, die Reden nach Möglichkeit aufmerksam zu verfolgen und — soweit dies aus zeitlichen oder anderen Gründen nicht möglich ist — Protokolle zu studieren, der wird etwa folgendes feststellen. 8 bis 10 Prozent der Redner weisen am Beginn ihrer Ausführungen darauf hin, daß sie nicht die Absicht hatten, sich zu diesem Kapitel, zu dieser Regierungsvorlage oder zu diesem Gesetzentwurf zum Wort zu melden, wenn nicht der Herr oder die Frau Abgeordnete XY das oder jenes gesagt hätte. Damit dieser Prozentsatz ungefähr erhalten bleibt, darf ich meine, ich hoffe, auf wenige Minuten beschränkten *(Abg. Doktor Pittermann: Wir hoffen auch!)* Ausführungen auch damit einleiten, daß der Herr Abgeordnete Wielandner mit seinen gestrigen Ausführungen die Ursache dafür ist, daß ich mich zu dieser Wortmeldung veranlaßt sah.

Der Abgeordnete Wielandner hat nämlich gestern einen Entschließungsantrag eingebracht, betreffend den Kupferbergbau in Mühlbach am Hochkönig, und hat in der Erläuterung und Begründung dieses Entschließungsantrages eine Reihe von Erklärungen abgegeben, die nicht unwidersprochen bleiben können.

Zur Sache selbst darf ich sagen, daß schon zu einer Zeit, als der Herr Abgeordnete Wielandner weder Mitglied des Nationalrates noch Bürgermeister von Bischofshofen gewesen ist, sich Mandatäre und Spitzenfunktionäre der Österreichischen Volkspartei für die Erhaltung dieses — übrigens einzigen — Kupferbergbaubetriebes in Österreich vehement, intensiv und — wie sich bisher zeigt — auch stets erfolgreich eingesetzt haben.

Auch ich selbst habe vor vielen Jahren die Gelegenheit wahrgenommen und mich gemeinsam mit anderen Funktionären und Mandatären an Ort und Stelle über die Probleme dieses Bergbaubetriebes informieren können. Der Herr Bundeskanzler, schon in seiner Eigenschaft als Landeshauptmann von Salzburg, der derzeitige Landeshauptmann von Salzburg Dr. Lechner, und noch viele andere könnte ich hier anführen, der Herr Vizekanzler Dr. Bock, der Herr Bundesminister Dr. Weiß — es ist ja nicht nur der Handelsminister, sondern auch der Herr Minister für Verkehr und verstaatlichte Unternehmen zuständig — haben im Rahmen der Möglichkeiten wirklich alles getan, um diesen Betrieb zu erhalten und damit die Arbeitsplätze nicht nur der dort Beschäftigten zu sichern, sondern diesen für das ganze Tal, für die ganze Gegend wichtigen Betrieb zu erhalten.

Auf einen einfachen Nenner gebracht, möchte ich folgendes sagen: Alles für die Erhaltung und Sicherung dieses Betriebes, für die Erhaltung und Sicherung dieser Arbeitsplätze, aber nichts für sozialistische Propagandaanträge! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Daß es sich hier ausschließlich um einen Propagandaantrag handelt, geht aus dem hervor, was ich Ihnen kurz begründen möchte: Als in den letzten Monaten dieses Thema neuerlich aktuell wurde, haben sich in Salzburg in einem etwas anderen Klima, als das in diesem Hause der Fall ist, Vertreter aller politischen Parteien zusammengefunden, haben einen gemeinsam ab- und besprochenen Antrag im Salzburger Landtag eingebracht, haben in der Landesregierung, in der Salzburger Arbeiterkammer und in verschiedenen anderen zuständigen und weniger zuständigen Gremien zu diesem Thema Stellung genommen — einheitlich in der Richtung,

6662

Nationalrat XI. GP. — 81. Sitzung — 15. Dezember 1967

Glaser

wie ich sie auch jetzt dargelegt habe: Erhaltung und Sicherung dieses Betriebes, Erhaltung und Sicherung der Arbeitsplätze für 450 bis 500 dort beschäftigte Mitbürger.

Aber der Herr Abgeordnete Wielandner zeichnet sich ja nicht nur jetzt, sondern seit einigen Jahren dadurch aus, daß er sich jeweils dann, wenn eine Debatte über irgendein Problem zu Ende geht, zu Wort meldet, irgendeinen Entschließungsantrag auf den Tisch knallt, um dann entweder sagen zu können: Die ÖVP hat sich seiner Initiative angeschlossen, oder die bösen Männer der ÖVP sind gegen dieses und jenes. Er hat auch gestern einige Beispiele ganz besonders erwähnt — darauf werde ich noch zurückkommen —, er hat darauf hingewiesen, sein Entschließungsantrag betreffend eine Bundesstraße im Hochkönig-Gebiet sei von uns abgelehnt worden, seinem Entschließungsantrag betreffend Ausbau der Tauernstraße seien wir beigetreten. Er hat nur vergessen zu sagen, daß der zu einem Zeitpunkt eingebracht wurde, als alles längst gesichert war und die erforderlichen Mittel bereitgestellt waren.

Auch noch durch etwas anderes zeichnen sich Wielandners Entschließungsanträge aus: Es steht nie dabei, wo das Geld für diese Anträge herkommen soll. (*Abg. Weikhart: Der Wielandner muß dem Glaser weh tun!*) Ich möchte sagen: Er entwickelt die Eigenschaft, daß er auf einen fahrenden Zug möglichst noch aufspringt und dann von Waggon zu Waggon turnend trachtet, auch noch die Lokomotive, und wenn schon nicht die Lokomotive, zumindest den Tender zu erreichen. (*Abg. Weikhart: Und von Wahl zu Wahl immer mehr Stimmen kriegt!*)

Verehrte Damen und Herren! Jetzt kommt etwas ... (*Abg. Weikhart: Und von Wahl zu Wahl mehr Stimmen kriegt!*) Herr Abgeordneter Weikhart! Seien Sie so freundlich und hören Sie jetzt einen Moment zu. Ich habe eines Ihrer Lieblingsblätter mitgebracht, und ich werde Ihnen erklären, warum ich wirklich sage, das sei nur ein Propagandaantrag. Vor etwa 14 Tagen fand in diesem Haus die Debatte über das Kapitel Bauten und Technik statt. Sie erinnern sich: Der Herr Abgeordnete Wielandner hat zu dieser von mir heute und von ihm gestern zitierten Frage Hochkönig-Bundesstraße Stellung genommen. Und was steht dann im sozialistischen Organ für Salzburg? — Nicht nur: „ÖVP stimmte gegen Hochkönigstraße“, sondern: „Der Salzburger Landesparteiobmann der ÖVP, Abgeordneter Glaser, forderte die Sozialisten auf, nicht immer neue Straßenbauanträge zu bringen“ und dergleichen mehr. Da steht, was der Herr Glaser alles gesagt hat.

Meine Damen und Herren! Jetzt schauen Sie sich das Protokoll jener Sitzung an. Der Abgeordnete Glaser hat zu diesem Thema überhaupt nicht geredet! Kein Wort hat er dazu gesagt! (*Hört! Hört! - Rufe bei der ÖVP.*) Aber in einer sozialistischen Zeitung steht: Der Parteiobmann der ÖVP hat das und das erklärt. Es steht noch drinnen, was der Herr Abgeordnete Wielandner dem Glaser erwidert hat, obwohl der Glaser dazu gar nicht gesprochen hat. (*Heiterkeit bei der ÖVP. — Abg. Weikhart: Aber Zwischenrufe hat er gemacht, der Glaser!*)

Meine Damen und Herren! Es kommt ja noch viel schöner. Nehmen wir an, das war ein Übermittlungsfehler, oder es war so, wie es öfter vorkommt: Eine Nachricht wird an die für den betreffenden Abgeordneten wichtige Parteizeitung hinausgegeben, und es wird dazugesagt, daß eine Sperrfrist bis soundsoviel Uhr gesetzt wird. Man rechnet dann damit, daß der Glaser zum Wielandner Stellung nehmen wird, so wie er das heute tut — damals hat er es nicht getan —, und es ist ein Irrtum gewesen. Das könnte man annehmen. Aber etwa eine Woche später oder zumindest einige Tage später — das war am 29. November —, am 2. Dezember, in einer Wochenendausgabe, widmet mir die gleiche sozialistische Zeitung etwa 25 bis 30 Zeilen (*Abg. Dr. Pittermann: Reine Protektion!*), und wieder wird davon geredet, was ich im Parlament gesagt hätte, ja es heißt sogar dann am Schluß — meine Damen und Herren, hören Sie! —: „Wenn der Abgeordnete Glaser dem Volk und seiner Spruchweisheit etwas mehr verbunden wäre, hätte er sich ausrechnen können, daß dem Hochmut seiner Wiener Rede sehr schnell der Fall in die Salzburger Nesseln folgen würde.“

Meine Damen und Herren! (*Abg. Weikhart: Und wieder hat er nichts geredet!*) Ich habe zu diesem Thema nicht geredet, aber die Kollegen von der sozialistischen Fraktion — der Pichler zeichnet sich ja auch dadurch aus, bei jeder Gelegenheit Ihre Loyalität und weiß Gott was noch alles zu betonen — haben es nicht der Mühe wert gefunden, die Zeitung auf diese falsche Information aufmerksam zu machen. Sie sehen also wirklich — wie ich vorher sagte —: Ihre Anträge dienen dazu, gewisse Propagandawalzen zu starten oder einen unliebsamen politischen Gegner zu diffamieren.

Aus diesem Grunde sind wir ebenfalls nicht in der Lage, diesem Entschließungsantrag beizutreten. Das heißt aber ausdrücklich: Nach wie vor sind wir von echter Sorge erfüllt (*Abg. Weikhart: Das kommt schon in die Zeitung!*) für diesen Betrieb; nach wie

Glaser

vor werden wir ohne sozialistische Propaganda und ohne sozialistische Propagandaanträge alles tun (*Abg. Czettel: Wir werden Sie beim Wort nehmen!*), um diesen Betrieb und um die Arbeitsplätze in diesem Betrieb zu sichern und zu erhalten. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich Vizekanzler Dr. Bock. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Vizekanzler Dr. **Bock:** Herr Präsident! Hohes Haus! Ich habe zu einigen Anfragen und Feststellungen aus der heutigen und gestrigen Debatte noch Stellung zu nehmen. Zunächst ein paar Worte zu dem gestern ausführlich besprochenen Problem des österreichischen Kohlenbergbaus:

Es besteht natürlich ein ganz gewaltiger Unterschied zwischen der Möglichkeit, vom Rednerpult aus Forderungen zu stellen, und der Verpflichtung des oder der zuständigen Mitglieder der Bundesregierung, zur Realität der Situation etwas zu sagen.

Das österreichische Kohlenproblem ist ein dreifaches:

Erstens beinhaltet es die Fragen der Rentabilität oder, viel besser gesagt, der nicht gegebenen Rentabilität des österreichischen Braunkohlenbergbaus.

Zweitens — eine Frage, die mir viel schwieriger erscheint als die Rentabilitätsfrage, die man schließlich mehr oder minder mit Schillingbeträgen ausgleichen kann, was ja auch bisher immer im hohen Maße laufend zu Lasten des Staatsbudgets geschehen ist — die Frage der Verbrauchsmöglichkeit. Das österreichische Kohlenproblem ist in Wirklichkeit ein Quantitätsproblem, und wenn der Herr Abgeordnete Pay gestern davon gesprochen hat, daß 75 Prozent der österreichischen Braunkohlenförderung sogenannte Feinkohle sind, so ist die ganze Problematik der Verbrauchsmöglichkeiten für die österreichische Braunkohle bereits aufgezeigt, denn es ist vollkommen ausgeschlossen, daß man das Kohlenproblem, wenn überhaupt, in Österreich lösen kann, ohne eine Verwendung für die Feinkohle, die drei Viertel der Produktion ausmacht, sicherzustellen. Ich persönlich glaube — ich habe das ja wiederholt gesagt —, daß das nur auf dem Weg einer ausreichenden Verstromung der Kohle geht.

Das dritte ist das Problem, das uns am meisten berührt: das menschliche, das soziale Problem. Hier besteht zwischen den Auffassungen der Regierung und den Auffassungen der Opposition nicht der geringste Unterschied. Glauben Sie uns bitte, daß uns die Sorge um den Arbeitsplatz und alles, was für den Bergarbeiter damit verbunden ist, genauso drückt wie Sie, und ich kann mich — soweit

es mein Ressort betrifft — auch darauf berufen, daß unsere Bemühungen, hier gemeinsam mit der zuständigen Gewerkschaft Lösungen zu finden, vermerkt werden müssen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Als Beispiel das aktuellste Problem: der LAKOG-Betrieb. Die Vertreter der Gewerkschaft werden bestätigen, daß unsere Bemühungen hier über den Rahmen hinausgehen, den uns die im Budget vorgesehenen Bergbauförderungsmittel setzen. In concreto möchte ich dazu sagen, daß sich der Ministerrat in seiner Sitzung in dieser Woche selbstverständlich wieder mit dem Problem beschäftigt hat, daß ich für Montag nächster Woche eine Sitzung des zuständigen Ministerkomitees einberufen habe, das die Aufgabe hat, die verschiedenen Lösungsvorschläge auf Grund genauen finanziellen und statistischen Materials noch einmal zu überprüfen, und daß die Bundesregierung, so rasch es ihr möglich sein wird, hier konkrete Vorschläge zu überprüfen beziehungsweise zu beschließen haben wird.

Seien Sie aber versichert, daß das persönliche Schicksal der betroffenen Bergarbeiter den ersten und wichtigsten Programmpunkt bei diesen Überlegungen auch im Rahmen der Regierung darstellt.

Ein paar Worte zu dem eben besprochenen Fall Mitterberg. Ich kann hiezu nur sagen: Selbstverständlich wird die Frage der Fortführung des Kupferbergbaus Mitterberg ernsthaft geprüft werden. Es ist selbstverständlich nicht so, daß man auf der Regierungsebene solche Dinge von Haus aus ablehnt, aber ebenso selbstverständlich gelten von den drei Problemen beim Fall Mitterberg mindestens zwei, nämlich die Rentabilität und der soziale, menschliche Bereich. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Zu den Fragen, die zum Kraftfahrgesetz und zur ersten Kraftfahrverordnung gestellt worden sind, möchte ich in concreto folgendes sagen: Zunächst darf ich daran erinnern, daß das Bundesgesetz am 23. Juni dieses Jahres nach sehr langer Beratung vom Hohen Hause verabschiedet worden ist. Es war so dann die Aufgabe des Bundesministeriums, auf Grund der gesetzlichen Formulierungen — wir erinnern uns sehr genau, daß Änderungen bis zur letzten Stunde vorgenommen wurden — einen ersten Entwurf einer Kraftfahrverordnung auf Grund des Gesetzes auszuarbeiten. Das ist innerhalb von vier Wochen geschehen. Der Entwurf wurde dann zur Begutachtung ausgesandt. Das Ergebnis war ein Aktenberg von mehreren hundert Maschinschreibseiten, der selbstverständlich durchgearbeitet werden mußte. Nun ist die erste Verordnung mit Da-

6664

Nationalrat XI. GP. — 81. Sitzung — 15. Dezember 1967

Vizekanzler Dr. Bock

tum 30. November fertiggestellt. Sie stellt einen ersten Übergang zur neuen gesetzlichen Lage dar.

Zu einzelnen Fragen ist in concreto zu sagen, daß in der Verordnung bezüglich der Nummerntafeln für die Privatfahrzeuge vorläufig keine Änderung eintritt, sondern es auf Grund eines Ergebnisses der Sitzung des Kraftfahrbeirates weiteren Überlegungen vorbehalten bleiben muß, ob und welche Änderungen des gegenwärtigen Zustandes im Rahmen des neuen Gesetzes erfolgen sollen.

Bezüglich der Nummerntafeln der Behördenwagen ist im Gesetz festgelegt, daß die Behörden bis zum Ende des Jahres 1968 Zeit haben, diesen Umtausch durchzuführen, also genügend Zeit, nämlich ein volles Jahr. Bezüglich der Ausgestaltung dieser Nummerntafeln bei Polizei und Gendarmerie ist auf die Wünsche des Innenministeriums Rücksicht genommen worden; die teilweise begrüßte und teilweise beanstandete Buchstabenkombination ist, wie gesagt, eine ausdrückliche Forderung des Innenministeriums, das ja diesbezüglich zur Vollziehung auch mitberufen ist, gewesen, und das Handelsministerium kann hier keine anderen Vorschläge machen als die, die das zuständige Ressort für zweckmäßig hält. Es muß auch dem zuständigen Ressort die Verantwortung für die Zweckmäßigkeit solcher Konstruktionen und Vorschläge überlassen bleiben.

Bezüglich der Prüfanstalt wird geschätzt, daß sie etwa 40.000 Fahrzeuge aller Art im Jahr prüfen kann, das ist etwa ein Drittel der laut Gesetz zu prüfenden Fahrzeuge. Daher werden auch, Herr Abgeordneter Skritek, der ÖAMTC und der ARBÖ in die Prüfungsberechtigung einbezogen, damit wir einen möglichst hohen Prozentsatz der zu überprüfenden Fahrzeuge auch wirklich überprüfen können. Es ist ein Satz von 100 S als Prüfungsgebühr festgelegt worden, und daraus ergibt sich also — 100 mal 40.000 — ein Betrag von 4 Millionen Schilling im Budget. Es wird sich allerdings erst im kommenden Jahr herausstellen, ob dieser Betrag unter- oder überschritten wird.

Alles, was in der nun erschienenen Kraftfahrverordnung enthalten ist, entspricht einer einstimmigen Beschlußfassung des Kraftfahrbeirates, den das Handelsministerium anzuhören hat. Ich glaube, es war für den Augenblick sicherlich keine bessere Lösung in den einzelnen Punkten zu erzielen als eine solche, die die einhellige Zustimmung aller im Kraftfahrbeirat vertretenen Personen und Behörden gefunden hat.

Bezüglich Fahrverbot am Samstag, Herr Abgeordneter Skritek: Hier ist von verschie-

denen Berufsgruppen der diesbezügliche Wunsch geäußert worden. Darüber wird noch zu reden sein. Meine persönliche Meinung in dieser Angelegenheit ist die, daß die gegenwärtige Regelung zweckentsprechend ist. Allerdings möchte ich hinzufügen, daß sie in gleicher Weise dann auch für die Auslandsfahrzeuge auf österreichischem Boden zu gelten hat. Für die Erfüllung dieses Wunsches ist allerdings nicht das Handelsministerium, sondern sind die Landeshauptmänner zuständig.

Bezüglich Bonus 1968: Das ist, wie Sie selbst gesagt haben, eine Angelegenheit des Finanzministeriums. Ich kann hier ohne vorheriges Einvernehmen mit dem Finanzminister keine Stellungnahme beziehen.

Zu einem anderen Kapitel, das der Herr Abgeordnete Skritek angeschnitten hat, zur Sozialcharta: Sie haben die von mir versprochene Antwort deshalb noch nicht bekommen, Herr Abgeordneter, weil wir in Verhandlungen mit dem Sozialministerium sind. Ich hoffe, daß diese Verhandlungen rasch mit dem Ergebnis abgeschlossen werden können, daß wir die Sozialcharta zur Ratifizierung vorlegen können. Sicherlich wird im Jänner des nächsten Jahres darüber ein entscheidendes Wort gesprochen werden können.

Zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Androsch möchte ich auf die Integrationsdebatte, die mir gestern schon ausführlich Gelegenheit gegeben hat, den Standpunkt der Regierung darzulegen, verweisen und nicht mehr weiter darauf eingehen. Allerdings möchte ich es nicht unterlassen, den einzigen Satz, in dem ich mit dem Herrn Abgeordneten Androsch übereinstimme, besonders zu unterstreichen. Der Herr Abgeordnete hat gesagt, daß dem Dr. Bock als Integrationslösung eine Minderung der Diskriminierung zuwenig ist. Stimmt! Das ist mir wirklich zuwenig, aber wir haben gestern schon darüber gesprochen.

Und was die Kennedy-Runde betrifft: Na ja, Unwahrheiten werden nicht wahrer, wenn man sie ständig wiederholt. Wenn der Herr Abgeordnete Androsch gestern im Saal gewesen wäre oder, wenn er hier war, mir zugehört hätte, hätte er die Antwort wegen der PKW schon erhalten. Für das österreichische Angebot der PKW-Zollsenkung war kein Gegenangebot seitens der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu erhalten, folglich haben wir diese Zölle nicht gesenkt.

Was die angeführten Elektrogeräte betrifft, muß ich sagen: Hier waren und sind echte Schutzinteressen der österreichischen Produktion maßgebend gewesen, daß wir keine Angebote gemacht haben. Denn hier stand das Interesse, österreichische Arbeitsplätze zu er-

Vizekanzler Dr. Bock

halten, über dem Interesse, handelspolitische Vorteile zu erzielen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Staribacher. Ich erteile es ihm. *(Abg. Dr. Gorbach: Ein „Drüberstrara“! — Heiterkeit. — Abg. Glaser: Das ständige Schlußlicht!)*

Abgeordneter Dr. Staribacher (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich werde Sie nicht lange aufhalten *(Abg. Dr. Mussil: Ständig muß er reden!)*, Sie kennen mein Prinzip, aber einige Sachen können nicht unwidersprochen bleiben. *(Abg. Dr. Mussil: Warum nicht vorher?)* Weil sie jetzt erst geäußert wurden, deshalb nicht vorher.

Erstens: Was die Bergbauhilfe betrifft, wo die Bundesregierung alles mögliche unternimmt, müssen wir feststellen, daß es das primär Wichtigste wäre, die aktive Arbeitsmarktpolitik zu realisieren. Es gibt diesbezügliche Vereinbarungen zwischen den Interessenvertretungen der Bundeskammer und des Gewerkschaftsbundes, alte Vereinbarungen, die in der Koalition gescheitert sind, weil es da um Kompetenzschwierigkeiten gegangen ist. Ich kann mir nicht vorstellen — die Frau Abgeordnete Rehor lächelt mich jetzt so an; als Sozialminister wird sie wissen, daß es diese Kompetenzschwierigkeiten leider noch immer gibt —, daß es nicht möglich sein sollte, diese Kompetenzschwierigkeiten in einer monocoloren Regierung zum Verschwinden zu bringen und endlich einmal eine aktive Arbeitsmarktpolitik in die Wege zu leiten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Zweitens: Die Bergbauhilfe, die in Aussicht gestellt wurde, insbesondere zum Beispiel die 200 Millionen Schilling, die man, wie der Wirtschaftsbeirat vorgeschlagen hat, aus den ERP-Mitteln dazu verwenden sollte, sind ja leider bis jetzt nur zu einem Drittel ausgenützt worden. Es wurden bis jetzt ungefähr 68 Millionen Schilling vergeben. Man kann natürlich sagen: Das ist nicht die Schuld der Bundesregierung, das haben ja mehr oder minder die Unternehmer in der Hand, dieses Problem zu lösen, sie müssen nur etwas unternehmen wollen. Das tun sie aber in diesen Gebieten nicht. *(Abg. Dr. Mussil: Wenn man ihnen die Möglichkeit läßt!)* Hier erhalten sie die Möglichkeiten, Herr Generalsekretär Dr. Mussil. *(Abg. Dr. Mussil: Wir haben schon lange darüber diskutiert!)* Hier hätten sie die Möglichkeiten. Ich kennen sogar Ihre Einwände, die Sie immer vorbringen. Diese richten sich allerdings nicht gegen diese Seite des Hauses, sondern teilweise gegen die Bundesregierung, weil irgendwelche Vorschläge, die Sie noch zusätzlich gemacht haben, noch nicht erfüllt

wurden. Das müssen Sie sich aber, wie gesagt, mit der Bundesregierung ausmachen.

Was nun die Behauptungen des Herrn Abgeordneten Kulhanek hinsichtlich der Preisbildung und der Löhne betrifft, muß ich sagen: Das kann man als Gewerkschafter nicht unwidersprochen lassen! Auch der Herr Abgeordnete Mitterer hat letzten Endes auf diese Frage hingewiesen. *(Ruf bei der ÖVP: Das war schon gestern!)* Das darf ich jetzt nur noch, wie der Herr Altkanzler gesagt hat, so zum Drüberstreuen erwähnen. Ich erspare Ihnen damit dann meine Wortmeldung beim letzten Tagesordnungspunkt, den wir heute haben; denn sonst hätte ich mich dazu zu Wort melden müssen, um das hier zu dokumentieren. *(Ruf bei der ÖVP: Ist das eine bindende Zusage?)* — Eine bindende Zusage! Jawohl, eine bindende Zusage meinerseits! Für mich bindend.

Ich darf also darauf hinweisen, daß im Zuge der Lohnverhandlungen, die sehr hart, aber, wie der Herr Präsident der Handelskammer Sallinger selbst festgestellt hat, sehr sachlich geführt wurden, zum Beispiel bei den Süßwarenarbeitern eine Lohnregelung zustande gekommen ist. *(Ruf bei der ÖVP: Fahren Sie mit dem Benya nach Israel!)* Nein, nein! Das hat mit mir gar nichts zu tun. Bei uns — das habe ich Ihnen schon einmal gesagt — verhandeln gewählte Komitees, und diese haben die Interessen der Arbeitnehmer in der Süßwarenindustrie wahrzunehmen. Sie haben es nach bestem Wissen getan, und es wäre auch, wenn die Unternehmerseite sich nicht so, wie ich hier wirklich feststellen muß, ungeschickt in einer Phase der Verhandlungen benommen hätte, sicher ohne die Kampfmaßnahmen vor sich gegangen. Denn als die ersten drei Betriebe ... *(Abg. Dr. Mussil: Das haben Sie selber einbekannt in der Paritätischen Kommission, daß Sie an der Entwicklung der einzig Schuldtragende sind!)* Herr Generalsekretär Mussil! Ich gebe Ihnen zu: Ich bin an allem schuld. Wenn Sie das beruhigt, nehme ich das gerne auf mich. Aber Sie werden mit dem Schuldbekenntnis Schwierigkeiten haben, das Sie dann abzulegen haben. Insofern bin ich vielleicht schuld — das will ich hier auch offen und ehrlich aussprechen —, als es bis jetzt eine Gepflogenheit war, daß, wenn unsere Betriebe mitgeteilt haben, daß sie in den Verhandlungen nicht weiterkommen, wir uns zusätzlich noch bemüht haben, den Herrn Generalsekretär Mussil telephonisch von diesen Schwierigkeiten zu verständigen — und zwar habe ich das meistens persönlich gemacht —, was in diesem Fall unterblieben ist. In diesem Punkt bekenne ich mich schuldig.

6666

Nationalrat XI. GP. — 81. Sitzung — 15. Dezember 1967

Dr. Staribacher

Aber, Herr Generalsekretär Mussil: Wo ist aber dann das Schuldgefühl Ihrerseits, wenn Sie wissen, wie diese vier Betriebe dann gestreikt haben? Wir haben Ihnen gesagt: Kommen wir doch unverzüglich jetzt zu Verhandlungen! Und daraufhin wurde gesagt, es müsse erst abgewartet werden, was die Paritätische Kommission dazu sagt. Da war es doch zweifelsohne das Verschulden Ihrerseits, daß wir nicht unverzüglich die Verhandlungen wiederaufgenommen haben. Es hätte dann wahrscheinlich zu keiner Ausweitung des Streiks kommen können. Aber ich komme noch dazu. (*Abg. Dr. Mussil: Wenn wir nicht gewesen wären!*) — Nein! Herr Generalsekretär! Sie wissen selber, wie die Unternehmer mit Gewalt bei Ihnen gedrängt haben, so schnell wie möglich zu einem Ende zu kommen, weil sie das Geschäft weiterführen wollten und weil sie nicht wollten, daß ihnen der Verdienst entgeht. Das ist richtig, ich mache Ihnen daraus keinen Vorwurf. Aber der Herr Generalsekretär Mussil darf nicht sagen, daß dennoch gestreikt worden wäre. Nun, wir wären sehr bald zu einem Abschluß gekommen.

Auf Grund dieses Ergebnisses wird behauptet — und jetzt komme ich zu dem, was ich hier deponieren muß —, daß die Zuckerln, die Schokolade und so weiter teurer geworden sind. Ich darf hier feststellen, daß vom Preisunterausschuß einvernehmlich festgelegt wurde: Die Preiserhöhungen basieren überwiegend auf gestiegenen Rohstoffkosten — Anstieg der Weltmarktpreise für Kakao, Kakaobutter und Kokosfett —, und daß die Lohnerhöhungen in diesem Fall überhaupt keine Begründung für Preiserhöhungen gewesen sind (*Abg. Dr. Pittermann: Aber ein schöner Ausgleich!* — *Abg. Dr. Mussil: Wir haben uns gestern auf ein gemeinsames Kommuniqué geeinigt!*) und daß, Herr Generalsekretär ... (*Zwischenruf des Abg. Dr. Mussil.*) Jawohl, Herr Generalsekretär, wir haben uns dann auf ein gemeinsames Kommuniqué geeinigt, in dem steht — und ich darf hier dieses Kommuniqué wortwörtlich vorlesen —:

„Zu den Pressemeldungen über Preiserhöhungen für Süßwaren nimmt der Preisunterausschuß wie folgt Stellung:

Wie aus dem offiziellen Kommuniqué des Preisunterausschusses hervorgeht, beruhen die Preiserhöhungen überwiegend auf Erhöhungen von Rohstoffkosten am Weltmarkt. Die zwischen der Süßwarenindustrie und der Gewerkschaft der Lebens- und Genußmittelarbeiter abgeschlossenen Lohnerhöhungen waren in ihrem Ausmaß so gehalten, daß sie bei einzelnen Artikeln die in den Unternehmungen eingetretenen Produktivitätsfortschritte nicht über-

trafen. Dementsprechend hat der Preisunterausschuß bei den meisten Produkten keiner Überwälzung der Lohnerhöhungen auf die Preise zugestimmt. Lediglich bei Zuckerwaren wurden geringfügige Lohnkostensteigerungen berücksichtigt.

Im übrigen verweist der Preisunterausschuß darauf, daß bei einer großen Anzahl von Süßwaren überhaupt keine Preiserhöhungen vorgenommen werden.“

So das offizielle gemeinsame Kommuniqué. Man kann daher meiner Meinung nach in der Öffentlichkeit nicht immer ... (*Abg. Dr. Mussil: Sie warten immer mit diesen Dingen auf, das hat doch keinen Sinn!*) — Nein, Herr Generalsekretär! Man kann nämlich nicht in der Öffentlichkeit immer wieder versuchen, die Gewerkschaften für eine Politik verantwortlich zu machen, die die Gewerkschaften nicht machen. (*Beifall bei der SPÖ.*) Dagegen wehren wir uns und werden wir uns immer wieder wehren. Ich könnte jetzt noch sagen ... (*Abg. Dr. Mussil: Herr Dr. Staribacher, das war eine Anzahl von Artikeln!* — *Abg. Doktor Pittermann: Hätten Sie es nicht unterschrieben!*) Wenn Sie sich, Herr Generalsekretär, das ansehen, was „Die Presse“ am 17. 12. 1967 daraus gemacht hat — wobei ich objektiverweise sagen muß, daß sie wenigstens überhaupt die Meldung gebracht hat —, dann erscheint es ja wieder so. Dort steht nämlich:

„In einer Stellungnahme zu den Meldungen über Preiserhöhungen bei Süßwaren teilt der Preisunterausschuß mit, daß er bei den meisten Produkten keiner Überwälzung der Lohnerhöhungen auf die Preise zugestimmt habe. Lediglich bei Zuckerwaren wurden Lohnkostensteigerungen berücksichtigt, von denen folgende Waren betroffen sind: Haushaltschokolade“ — was hat das mit Zuckerwaren zu tun? — „und Kakaopulver“ — was hat das mit Zuckerwaren zu tun? — „gewickelte Ware, ungewickelte Ware ...“ — hat gar nichts mit Zuckerwaren zu tun! Also es wird aufgezählt, um nur ja den Eindruck zu erwecken: die Lohnerhöhungen sind schuld an den Preisbewegungen.

Herr Abgeordneter Kulhanek, das ist Ihre Methode, und die werden wir überall anprangern! (*Beifall bei der SPÖ.* — *Abg. Kulhanek: Aber ich habe ja gar nicht davon geredet!*) Bitte, ich muß mich korrigieren: es waren der Herr Kollege Mussil und der Herr Abgeordnete Mitterer. Bitte, ich korrigiere mich sofort. Herr Kollege Kulhanek, ich komme dann sofort auf Sie zurück. Meine Zeit läuft ab, ich muß mich beeilen. (*Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*)

Was nun die Integrationsfrage betrifft — und das kann hier nicht unwidersprochen bleiben —:

Dr. Staribacher

Sie haben uns während der ganzen Integrationsdebatte immer wieder gefragt: Und wie stehen die Sozialisten dazu? (*Ruf bei der ÖVP: Aber das war alles schon vorher!*) — Nein, nein! Das war heute, als der Herr Abgeordnete Androsch die Stellungnahme der Sozialisten dokumentiert hat. (*Abg. Mitterer: Das ist ein eingefrorener Posthornton!*) Nein, das ist kein eingefrorener Posthornton! Da ist jetzt wieder Ihr Zwischenruf gekommen: „eingefrorener Posthornton“ oder „Lippenbekenntnis“, Herr Abgeordneter Mussil. Meine Herren! Entweder Sie nehmen jetzt wieder einmal die Stellungnahme der Sozialisten zur Kenntnis — dann, bitte, sagen Sie nicht nachher „eingefrorener Posthornton“, „Lippenbekenntnis“ —, oder fragen Sie uns erst gar nicht darum. Es nützt Ihnen ohnedies nichts. Wir werden es sowieso hier dokumentieren. Aber nicht zuerst fragen, wir antworten, und Sie sagen: Alles schon dagewesen, kennen wir schon!

Wir machen noch einmal darauf aufmerksam — der Kollege Androsch hat es hier schon gesagt —: Wir streben ein Abkommen mit der EWG an im Einklang mit den völkerrechtlichen Verpflichtungen. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Moment, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei! Es läuft leider meine Zeit ab, sonst könnte ich Ihnen das hier dokumentieren, wie sich leider Ihre Auffassung gewandelt hat; die der Sozialisten hat sich nicht gewandelt. Wir haben diese Dokumentation bereits in der Koalitionsregierung abgegeben, aber zum Leidwesen der FPÖ, das gebe ich ohne weiteres zu. (*Abg. Mitterer: Ist das die Brückenschlagideologie?*) — Entschuldigen Sie! Die Brückenschlagideologie, das kann ich Ihnen versichern, habe ich persönlich mitgemacht, als damals noch Präsident Kamitz von der Nationalbank nach London gefahren ist. Wir haben sogar alle mitfahren müssen, weil man gesagt hat, es werde dort eine größere Tagung sein, eine Erklärung werde abgegeben werden, nehmen wir doch wirklich eine repräsentative Delegation! — Das heißt nicht, daß ich deswegen habe mitfahren dürfen (*Heiterkeit*), nein, nein, das möchte ich nicht unterstellen. Man hat gesagt: Schön, die Arbeiterkammervertreter sollen in einer größeren Anzahl teilnehmen, und daher sind wir dorthin gefahren. Damals hat also Ihr Professor Kamitz — damals Präsident der Nationalbank, ehemaliger Finanzminister — diese Brückenschlagideologie auch vertreten. (*Zwischenrufe.*) Ja, auch gehabt! Dann machen Sie es uns doch jetzt nicht zum Vorwurf, meine Herren! Das ist immer wieder dasselbe: Jetzt sagen Sie „Brückenschlagideologie“. Dann fällt Ihnen ein — Brückenschlag?, das haben ja die

„Sozi“ einmal verlangt. Jetzt, wenn ich Ihnen beweise, daß es Ihre Herren genauso waren, sagen Sie sofort wieder, daß Sie es ja auch verlangt hätten. Also, so geht das nicht!

Nun, weil meine Zeit abläuft, darf ich mich also doch noch ein ganz klein wenig mit den Strukturproblemen beschäftigen. Ich komme über dieses Zitat nicht hinweg, ich mußte einen Zwischenruf gegen den Herrn Abgeordneten Kulhanek machen, ansonsten hätte sich meiner Meinung nach dann eine falsche Darstellung ergeben. Ich habe Ihnen in einem Zwischenruf gesagt, Herr Abgeordneter Kulhanek, Sie stehen mit Ihrer Meinung im krassen Widerspruch zu den Äußerungen Ihres Präsidenten Sallinger. Sie haben gesagt: Das ist nicht wahr! — Ich darf also jetzt zitieren. Zuerst darf ich nur sagen: Der Herr Dr. Veselsky, der bei uns in der Arbeiterkammer arbeitet, hat genau dasselbe erklärt, was der Herr Abgeordnete Sallinger gesagt hat. Er sagt nämlich: Die Kleinbetriebe, die bei uns existieren, die also bekannt sind, die man, wie er meint, nicht fördern sollte — so sagen Sie es zumindest, ich habe das Interview nicht gehört —, sind für uns ein besonderes Problem.

Was sagt der Präsident Sallinger zu dem Problem der Klein- und der Großbetriebe? Jetzt darf ich wortwörtlich zitieren. Zuerst kommt die Analyse bezüglich der Größe und der Struktur der einzelnen Betriebe, und dann sagt er:

„99,9 Prozent der österreichischen Unternehmungen sind nach internationalen Begriffen Klein- oder Mittelbetriebe, und es liegt deshalb auf der Hand, daß sich unsere Wirtschaftspolitik in vielerlei Hinsicht nach diesem Strukturmerkmal zu orientieren hat. Einerseits sind wir dazu verpflichtet, die naturgegebenen Vorteile einer kleinbetrieblichen Struktur, nämlich die Förderung der Spezialisierung, auszunützen. Wir dürfen hierbei nicht in den Fehler verfallen, unter den Begriff „Mittelstandspolitik“ Maßnahmen zu subsumieren, die auf die Erhaltung veralteter Strukturen ausgerichtet sind.“ (*Ruf bei der ÖVP: Da sind wir einer Meinung!*) „Andererseits sind wir aber genauso verpflichtet, ganz spezifische Förderungsmaßnahmen für Großbetriebe ins Auge zu fassen, wenn wir der seit den sechziger Jahren deutlich schwächer gewordenen industriellen Dynamik neue Impulse verleihen wollen.“

Ich möchte Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, auseinandersetzen, welche konkreten Maßnahmen mir im Interesse einer wachstumsfördernden Wirtschaftspolitik mit starken industriepolitischen Akzenten not-

6668

Nationalrat XI. GP. — 81. Sitzung — 15. Dezember 1967

Dr. Staribacher

wendig erscheinen.“ — Und dann folgt der Hinweis auf die Kreditströme in die Industrie und so weiter. (*Abg. Kulhanek: Das ist kein Widerspruch!*) — Dann lesen Sie bitte Ihre Ausführungen nach, Herr Abgeordneter Kulhanek, die Sie gemacht haben, um uns ins Bockshorn zu jagen und uns zu sagen, was der Herr Abgeordnete Mitterer gesagt hat. Jetzt stellt sich heraus: die ÖVP ist für die „Klan“, und die „Sozi“ san für die Großen! — Meine Herren! Das nimmt Ihnen doch kein Mensch mehr ab! (*Zwischenrufe bei der ÖVP. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*) Das Problem in den wirtschaftspolitischen Diskussionen ist ein anderes. Es lautet nämlich eindeutig so, daß man Maßnahmen setzen muß, die gesamtwirtschaftlich notwendig sind, daß Sie diese Maßnahmen nicht setzen können — wir werden es Ihnen noch an Hand der Verhandlungen, die wir jetzt gerade führen, zu beweisen haben —, und daß Sie deshalb Gründe suchen, um sich ausreden zu können. Dazu dient Ihnen jetzt momentan dieser Slogan: Die „Sozi“ san für die Großen, wir sind für die Kleinen! — Das ist aber immerhin ein Fortschritt, denn Ihre Wahlpropaganda lautete noch, daß Sie für alle sind. Damit sind Sie nicht weitergekommen, weil wir Ihnen nachweisen konnten, was Sie unter „alle“ verstehen, nämlich in Wirklichkeit die Großen! (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Pittermann: Sallinger ist bei der falschen Partei! — Abg. Mitterer: Das ist eine billige Retourkutsche, die hätte ich von Ihnen nicht erwartet!*)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Czernetz. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Czernetz (SPÖ): Hohes Haus! In der Debatte hat vorhin der Abgeordnete Mitterer gegen den Kollegen Androsch gemeint: Wenn Androsch auf der einen Seite erklärt, die ÖVP-Regierung hätte ihre Integrationspolitik geändert, und nachher die Forderung nach einer Änderung des Integrationskonzeptes stelle, dann sei das doch sichtbar ein Widerspruch. Was stimme?

Hohes Haus! Beides stimmt. Es muß noch einmal betont werden: Es ist von der gegenwärtigen Regierung eine Änderung der Integrationslinie vorgenommen worden. Das war auch der Grund, weshalb meine Fraktion gegen die Annahme des Integrationsberichtes der Bundesregierung gestimmt hat. Es ist doch eine Wendung, wenn man gegenüber der Zeit der Koalitionsregierung und ihrer Linie nun den Austritt aus der EFTA als Arbeitshypothese zur Grundlage der weiteren Verhandlungen nimmt. Das hat seinerzeit schon der Herr Bundesminister Bock in der

Koalitionsregierung verlangt, und das ist nach langen, schwierigen Beratungen nicht nur von meinen Parteifreunden zurückgewiesen worden. Das ist eine sehr wesentliche Änderung gewesen, daß man die Verhandlungen nun ganz darauf abstellen konnte, wie Dr. Bock es verlangt hat.

Wohin hat es uns geführt? Was hat man dafür bekommen? Was ist damit erreicht worden? Wir haben schon hier diskutiert. Mit dieser Politik sind wir wieder ins Vorzimmer der EWG gekommen. Nun meint der Kollege Mitterer: Die ganze EFTA sitzt jetzt im Vorzimmer der EWG. — Er hat dafür den Grund angegeben: die Attraktivität des großen EWG-Marktes, alle in der EFTA wüßten, man könnte nicht in beiden Integrationsgruppen sein.

Hohes Haus! Ich habe zweimal in den letzten beiden Wochen zur Frage der Integration zu reden Gelegenheit gehabt, und ich habe mich mit der Geschichte dieser Entwicklung nicht befaßt. Jetzt aber wird von anderer Seite, von Ihrer Seite, die Geschichte dieser ganzen Bemühungen aufgerollt, und da muß ich sagen: Das ist keineswegs so, wie man heute wieder gehört hat. Es ist außerordentlich komisch, diese Lesart jetzt zu vernehmen. Es waren doch 1957/58 alle, alle OEEC-Staaten, wie es damals vor der Änderung noch hieß, also nicht die OECD wie jetzt, für die große Europäische Freihandelszone. Die österreichische Bundesregierung hat dieses Konzept mit Begeisterung verfolgt. Das war die große Lösung mit der Idee, es soll die EWG als der feste Kern in dieser großen handelspolitischen Verbindung drinnen sein. Das waren alle, die damals das wollten, alle, nicht nur die „bösen“ österreichischen Sozialisten, Kollege Mitterer. (*Abg. Mitterer: Ich hab von böse nichts gesagt!*) — Ich bin so froh, daß Sie uns nicht für böse halten! — Es waren alle Staaten dafür, eine einzige Regierung war dagegen, das war die Regierung Frankreichs.

Danach kam die Bemühung, den Brückenschlag herbeizuführen, es kamen die „Brückenschlagillusionen“ der Sozialisten. Aber bitte, meine Herren, so weit kann man sich doch zurückerinnern. Damals waren doch alle der hier Anwesenden schon mit der Politik beschäftigt. Es waren alle Mitgliedstaaten des Europarates, alle, mit Ausnahme Frankreichs, für den Brückenschlag. Alle Parteien, die Christlichen Demokraten, die Liberalen und die Sozialisten, alle waren im Europarat für den Brückenschlag. Das war kein Fehler oder ein Irrtum oder eine Illusion der Sozialisten, sondern an der Illusion haben Ihre Abgeordneten, Kollege Mitterer, im Europarat mitgewirkt so wie alle anderen Fraktionen.

Czernetz

Nur Frankreich war dagegen. Alle waren für eine multilaterale Lösung, alle haben wir immer wieder erklärt: Wir wollen nicht in den Dschungel der Bilateralität hereinkommen. — Den haben wir jetzt!

1961 kam dann die Änderung, das neue große Konzept: Beitritt Großbritanniens, Beitritt der anderen Mitglieder der EFTA, soweit sie Mitglieder werden können, und die Assoziierung der Neutralen.

Damals — das wurde mir gestern vorgeworfen — kam meine „Meinungsänderung“. Der Abgeordnete Peter hat gestern gesagt: Der Czernetz hat offen bekannt: Niederlage seiner Politik. Nein, meine Damen und Herren, es war die Niederlage der europäischen Politik. Europa hat kapitulieren müssen, weil ein Staat nein sagte zu der multilateralen Lösung. Damals war es nicht unser Fehler und unsere Illusion, die aufgekommen ist, sondern in Wirklichkeit war es die Tragik Europas. Ich habe das offen im Europarat, ich habe es offen auch hier zugegeben und habe gesagt: Wir sind mit unseren Bemühungen, die beste Lösung herbeizuführen, gescheitert; man muß jetzt ein anderes Konzept wählen, nämlich die Erweiterung der EWG. Das habe ich niemals für die beste Lösung gehalten, das hat der Europarat nicht für die beste Lösung gehalten, sondern das war nur die damals realistisch erscheinende Lösung.

Damals, Hohes Haus, habe ich zu denen gehört, die im Europarat leidenschaftlich dafür gekämpft haben, daß die Neutralen und Österreich als einer der drei Neutralen das Recht zur Assoziierung haben. Wir haben das damals leichter sagen können, weil es nicht Österreich im Alleingang war, nicht allein im Schußfeld der Großen, sondern Österreich hat sich mit den beiden anderen Neutralen darum bemüht, in der EWG Fuß zu fassen, als Assoziierte mitreden zu können in verschiedenen Mechanismen, die zu schaffen gewesen wären. Diesen Kampf haben wir gemeinsam geführt.

Ich stehe nicht an, offen zu sagen: Ja, diese Meinungsänderung habe ich zugegeben! Ich wünschte, andere auf anderen Seiten hätten den Mut, ein Scheitern unserer gemeinsamen Politik ebenso offen zuzugeben und eine Wendung durchzuführen!

Jetzt hat man wieder das Konzept der Erweiterung der EWG. Und wenn das Konzept zu verwirklichen ist, würden wir mit den anderen beiden Neutralen mit Freude sagen: Ja, bitte, wir wollen dabei sein im Rahmen der Assoziierten!

Vor zwei Tagen habe ich gemeinsam mit dem Bundesrat Goëss in der Politischen Kommission des Europarates in Paris ge-

fordert, daß wir auch von den Neutralen sprechen müssen, die einen Assoziierungsstatus gemeinsam bei einem solchen Erweiterungskonzept haben wollen. Der Vorwurf, ich hätte meine Meinung geändert und hätte es zugeben müssen, kommt mir sehr komisch vor.

Jetzt tritt etwas Merkwürdiges ein, das Sie doch kennen, meine Damen und Herren! Jetzt, da England seinen Beitritt verlangt, erklärt Frankreichs Staatschef General de Gaulle: Nein, das geht nicht! Die Engländer sollen Assoziierte werden! Jetzt kommt der Vorschlag, man könnte ja überhaupt um die EWG die anderen Staaten als Assoziierte gruppieren. Jetzt ist der Träger der Illusion, von der Sie sprachen, der General de Gaulle, der die Verwirklichung dieses Planes verhindert hatte.

Sie sagen: Die Engländer kommen jetzt. Die Engländer lehnen die Assoziierung ab, die ihnen de Gaulle vorschlägt! Glauben Sie, aus wirtschaftlichen Gründen? Wenn sie nur aus wirtschaftlichen Gründen zur EWG wollten, dann hätten sie mit der Assoziierung eine Lösung mancher Probleme; sie hätten auch neue Schwierigkeiten. Die Engländer bestehen aber auf der Mitgliedschaft, und die anderen fünf Staaten im Europarat und in der EWG unterstützen das — aus politischen Gründen! Sie betonen die politische Einheit, durch die Mitgliedschaft Englands und anderer verwirklicht, gerade als das Entscheidende.

Jetzt auf einmal sieht man, wie sich das gewendet hat, indem General de Gaulle wie immer das Gegenteil dessen will, was die andern europäischen Staaten wollen, weil er seine eigene Hegemonie in Europa bewahren will. Und weil er weiß, daß dieser Vorschlag für die Engländer jetzt aus politischen Gründen unerträglich ist, kommt jenes Konzept, das Sie als Illusion bezeichnen, jenes Konzept, das für uns, für die ganze Bundesregierung, für beide Koalitionsparteien als das wünschenswerte, als das beste erschienen wäre.

Vielleicht wird man später noch einmal auf die Möglichkeit einer multilateralen europäischen Lösung zurückkommen. Für die Sitzung, die am 19. in Europa stattfinden soll, erwarten alle mit Bangen und mit Sorge, daß wieder ein französisches Veto diese Erweiterung der EWG zum Scheitern bringen wird. Wir alle stehen jetzt vor dem Scheitern nicht unserer Politik, sondern vor dem Scheitern der Versuche, die Probleme mit einem Alleingang zu lösen.

Daß das nicht unsere Erfindung ist, zeigt neuerdings jetzt ein Artikel in einem Ihrer Organe, ein Artikel in der „Freiheit“, dem

6670

Nationalrat XI. GP. — 81. Sitzung — 15. Dezember 1967

Czernetz

Organ des Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbundes. Dort ist wieder die Rede davon, daß die Politik in eine Sackgasse geraten sei, daß sie gescheitert sei und daß man Wege finden müsse, wie man, ohne das Ziel der österreichischen Teilnahme an der europäischen Integration aufzugeben, zu Zwischenlösungen kommen könne. Es wird von der Ausweitung der Kennedy-Runde gesprochen, von präferentiellen Zollermäßigungen mit der EWG, und genau das war unser Standpunkt. Es gibt dafür Präzedenzfälle, schreibt auch „Die Freiheit“. Ich glaube, das entscheidende für uns wäre jetzt, daß man in der Bundesregierung den Mut hätte, die notwendige Wendung vorzunehmen, und gleicherweise den Mut hätte — der mir damals vorgeworfen wurde —, zu erklären: Wir sind gescheitert!

Sie sind mit diesem Alleingang jetzt gescheitert. Geben Sie ohne Preisgabe des Zieles der Teilnahme Österreichs an der europäischen Integration zu, daß man einen realistischen Weg, eine realistische Lösung, eine Zwischenlösung suchen muß, die, so hoffen wir alle, einmal in eine große, erweiterte Verbindung aller freien europäischen Staaten führen wird. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich Vizekanzler Dr. Bock. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Vizekanzler Dr. **Bock:** Herr Präsident! Hohes Haus! Ich bitte um Entschuldigung, daß ich die Debatte verlängere, aber es können historische Unrichtigkeiten nicht im Raume unwidersprochen bleiben, Herr Abgeordneter Czernetz. Ich darf auf den historischen Gang der europäischen Integrationsbemühungen hinweisen, wie er wirklich gewesen ist.

Nach der Gründung der EWG hat man sich, wie Sie richtig sagten, 1957, 1958 um die große Europäische Freihandelszone im Bereich der OECD bemüht. Das geschah damals unter dem Vorsitz des britischen Schatzkanzlers Maudling. Dieser multilaterale Versuch der Konstruktion einer großen Europäischen Freihandelszone um die EWG herum galt für den gesamten Bereich der OECD und nicht nur für die späteren EFTA-Staaten, denn die EFTA ist erst 1960 in Kraft getreten. Das war also das große europäische Konzept, das auch wir in Österreich — Sie haben das ganz richtig festgestellt — als eine für Österreich besonders wünschenswerte und taugliche Lösung aus wirtschaftlichen und politischen Gründen bezeichnet haben.

Nach dem Scheitern dieser Bemühungen kam es zur Bildung der EFTA mit dem in der Präambel ausgedrückten Ziel, daß die

EFTA unter anderem auch als Instrument für eine multilaterale Lösung dieses ganzen europäischen Integrationsproblems gedacht sei. *(Abg. Dr. Kreisky: Den EFTA-Vertrag haben Sie doch auch mitunterschrieben! Sie waren auch für die multilaterale Mitgliedschaft!)* Ganz gewiß! Das habe ich oft gesagt, und ich wäre heute, wenn es möglich wäre, noch immer dafür. *(Zustimmung des Abg. Dr. Kreisky.)*

Nach der Gründung der EFTA haben wir, und zwar relativ sehr bald, schon im Sommer 1961, also 1½ Jahre nach Inkrafttreten des Vertrages von Stockholm, in einer EFTA-Ministerkonferenz im Juli 1961 beschlossen, daß die EFTA-Regierungen, die dies wünschten, ermächtigt sein sollen, Anträge auf Beitritt oder Assoziierung in Brüssel mit der Maßgabe vorzulegen, daß diese Bemühungen, wenn sie zu einem Erfolg führen sollten, so gestaltet werden sollen, daß wir, die EFTA-Staaten, zu einem gemeinsamen Erfolg zum gleichen Zeitpunkt kommen. Das war die sogenannte Londoner Deklaration vom Dezember 1961.

Als dann am 14. Jänner 1963 das erste französische Veto gegen die britischen Bemühungen erfolgt ist, hat die österreichische Regierung im Gegensatz zu ihren EFTA-Partnern als erste den bilateralen Verhandlungsweg beschritten. Wir blieben allein im EFTA-Bereich, und in der Mai-Konferenz 1965 in Wien, in der Wiener EFTA-Konferenz, hat der britische Premierminister erstmalig — von diesem Zeitpunkt stammt der Ausdruck — und die Idee des sogenannten Brückenschlages — diesen Vorschlag, eben auf dieser Wiener EFTA-Ministerkonferenz, gemacht. *(Widerspruch des Abg. Dr. Kreisky. — Abg. Dr. Pittermann: Wiederholt, aber nicht zum ersten Mal!)* Ich erinnere daran, was ich als Vertreter der österreichischen Regierung bei dieser Konferenz gesagt habe, nämlich, daß auch ein Brückenschlag zwischen EWG und EFTA für Österreich eine wünschenswerte Lösung wäre, wir aber an seiner Realisierbarkeit zweifeln. Damals waren Sie uns wegen dieser Äußerung böse, meine Herren von der Sozialistischen Partei. Sie haben mir vorgeworfen, daß ich damals schon meine Zweifel an der Realisierbarkeit der Brückenschlagsidee angemeldet habe.

Deshalb haben wir dann aber auch — wieder in der Koalitionsregierung — beschlossen, an unserem im Jahre 1963 eingeschlagenen bilateralen Weg festzuhalten, den uns — das war die nächste und vorläufig letzte Phase dieser europäischen Integrationsbemühungen — dann die übrigen EFTA-Staaten mit Ausnahme von Portugal und der Schweiz im Jahre 1965 insbesondere mit dem Beitrittsansuchen von Großbritannien nachgemacht haben.

Vizekanzler Dr. Bock

Es war also der österreichische Integrationsweg und seine Politik bis zum heutigen Tag sehr realistisch, meine Damen und Herren! Daß man — so wünschenswert es heute wäre, wie wir es mit Vergnügen feststellen, daß es von allen politischen Parteien hier im Hause vertreten wurde — noch zu keinem Ergebnis gekommen ist, ist kein Beweis dafür, daß der Weg ein falscher ist, denn dieser Beweis würde der Opposition erst dann gelingen, wenn sie in der Lage wäre, einen anderen Weg vorzuschlagen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Abgeordneter Czernetz! Beispiele, Präzedenzfälle für Präferenzverträge mit der EWG gibt es insofern nicht, als sie dort, wo man sie gemacht hat — zum Beispiel Israel —, einen Umfang oder einen Inhalt haben, die der österreichischen Wirtschaft in keiner Weise entsprechen. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Kreisky: Das ist ja kein Grund!)*

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Czernetz. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Czernetz (SPÖ): Hohes Haus! Ich bitte um Entschuldigung, daß dieses Parlament langsam beginnt, Diskussionen zu führen, wie sie in anderen Parlamenten geführt werden, nämlich wirklich eine Aussprache mit Reden und Gegenreden. Bei uns wird man im allgemeinen gleich nervös, wenn noch einer das Wort ergreift. *(Heiterkeit bei der SPÖ.)*

Wenn der Herr Bundesminister und Vizekanzler gerade gemeint hat, man könne falsche Behauptungen nicht unverändert im Raume stehen lassen, so darf ich sagen, daß das ein Punkt ist, bei dem wir methodisch übereinstimmen. Nur sind wir halt verschiedener Meinung darüber, was falsch ist. *(Zustimmung bei der SPÖ.)* Ich darf darauf hinweisen: Der historische Gang — wie Sie sagten, Herr Vizekanzler — hat dazu geführt, daß die Versuche, die große Freihandelszone zustande zu bringen, nicht nach der Bildung der EWG erfolgt sind, sondern im Verlaufe der Beratungen. Das war ja die große Idee. Noch bevor die Erstarrung erfolgte, ist doch der Versuch gemacht worden. Das Maudling-Komitee ist ja dann unterbrochen, abgebrochen, von den Franzosen gesprengt worden, und danach ist erst das Inkrafttreten des Rom-Vertrages erfolgt.

Aber das entscheidende bei dem Ganzen ist, daß die Bemühungen, die dann um die große Freihandelszone waren, zu der Sie sich ja auch bekennen — die ganze OECD war dafür, alle haben das gewünscht —, nur an einem Widerstand gescheitert sind, Herr Vizekanzler, an demselben Widerstand, der

ja jetzt auch den bilateralen Weg unmöglich macht. Das soll man doch nicht unterschätzen. Ich habe früher, als es in Europa noch nicht so gebräuchlich war, meine Meinung über die Politik General de Gaulles oft genug ausgesprochen. Ich kann mir das jetzt ersparen, wo Sie schon genötigt sind, eine solche Linie mit zu vertreten.

Aber worauf es ankommt, ist, daß in der Zwischenzeit das Scheitern des gemeinsamen, des besten Weges für Europa doch dazu geführt hat, daß man auf den Bilateralismus seit 1961 übergegangen ist.

Nun fragen Sie, Herr Vizekanzler: War das nicht ein realistischer Weg? — Das ist vielleicht eine semantische Frage. Realistisch heißt: die Tatsachen ins Auge fassen und sich auf dem Boden der Tatsachen bewegen. Wir alle haben die Tatsachen deshalb nicht erkennen können, weil man nicht gewußt hat, daß General de Gaulle sowohl gegen den multilateralen als auch gegen den bilateralen Weg ist. Das war gar nicht realistisch; denn das einzige, das beweisen würde, daß es realistisch war, wäre, daß nach siebeneinhalb Jahren bilateralen Weges, den Sie und die anderen gegangen sind, doch ein Erfolg möglich gewesen ist. Siebeneinhalb Jahre versucht man es schon.

In der Zwischenzeit hat man den Versuch der Brückenschlagslösung im Europarat sofort nach der Gründung der EFTA in den Jahren 1959 und 1960 gemacht, mit den Stimmen Ihrer Fraktion, der ganzen internationalen Fraktion der christlichen Demokraten; Herr Bundesminister Dr. Tončić war damals im Europarat als Abgeordneter mit dabei. Das haben wir alle gemacht. Wir alle wollten es. 1959/60, und nicht erst später.

Danach sind erst die Teilvorschläge gekommen. Es ist damals zum Wunsch der Engländer und des Europarates gekommen — wie das der verstorbene Präsident Edwards sagte —, eine declaration of intent, also eine Grundsatzerklärung, auszusprechen, nach der man dann die Einzelverträge schließen kann. Der damalige Außenminister Dr. Kreisky hat öffentlich eine Grundsatzerklärung mit dem Anschluß von Derivatverträgen — wie er sich ausgedrückt hat — verlangt, damit man die neuen Tatsachen ins Auge fassen kann. Alles, jeder erweiterte Versuch einer erweiterten europäischen Einigung ist leider an dieser Illusion einer Einheit Europas unter dem Szepter de Gaulles gescheitert.

Ich möchte daher sagen: Wenn man von einem realistischen Weg sprechen will, Herr Vizekanzler, dann muß man Erfolge zeigen können. Realismus ohne Erfolg scheint eine

6672

Nationalrat XI. GP. — 81. Sitzung — 15. Dezember 1967

Czernetz

neue Erfindung von Ihnen zu sein. Nein, der Irrealismus hat uns alle getroffen, alle, die den Versuch gemacht haben, das neue Konzept mit dem Beitritt und den Assoziationen zu gehen. Und ich fürchte, ich bin von der Sorge erfüllt, daß wir am 19. wieder an dem Veto oder an einer anderen Einspruchsform Frankreichs scheitern. Die heutigen Nachrichten sind bereits klar aus Brüssel, die anderen haben gesagt: Wir sind dafür. Aber man kann nicht gegen ein Mitglied der EWG einen solchen Weg gehen. Welchen Weg sollen wir dann gehen? Wenn wir jetzt einen realistischen Weg gehen, dann nur in der Form einer Zwischenlösung, ohne das Gesamtziel der Teilnahme an der europäischen Integration aufzugeben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Der Herr Spezialberichterstatter bittet um das Schlußwort. Ich erteile es ihm.

Spezialberichterstatter Marwan-Schlosser (Schlußwort): Hohes Haus! Den Entschließungsanträgen der Abgeordneten Pay und Wielandner trete ich als Berichterstatter nicht bei.

Präsident: Somit ist die Aussprache über die Beratungsgruppe IX beendet.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über die Beratungsgruppe IX. Diese umfaßt Kapitel 63: Handel, Gewerbe, Industrie.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Antrag des Spezialberichtstatters beitreten, diesem Kapitel in der Fassung des Ausschlußberichtes unter Berücksichtigung der Druckfehlerberichtigungen beziehungsweise der drucktechnischen Korrekturen hiezu (656 der Beilagen) ihre Zustimmung zu geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Angenommen.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Pay und Genossen, betreffend Bergbauförderung. Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Minderheit. Abgelehnt.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Pay und Genossen, betreffend Ersatzarbeitsplätze bei Schließung von Bergbaubetrieben. Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Dies ist die Minderheit. Abgelehnt.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den zu dieser Gruppe eingebrachten

Entschließungsantrag der Abgeordneten Wielandner und Genossen, betreffend Gewährung von finanziellen Mitteln zum weiteren Ausbau des Kupferbergbaues Mühlbach am Hochkönig für die österreichische Wirtschaft. Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Dies ist die Minderheit. Abgelehnt.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Dkfm. Androsch und Genossen, betreffend Zustandekommen beziehungsweise Unterbleiben eines Arrangements Österreichs mit der EWG. Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Dies ist die Minderheit. Abgelehnt.

Die Tagesordnung ist erschöpft. Ich breche die Verhandlung ab.

Die nächste Sitzung berufe ich für heute, Freitag, den 15. Dezember, um 11 Uhr 20 *(Rufe bei der SPÖ: Es ist schon 12 Uhr vorbei!)* — also für 12 Uhr 20, es ist noch keine Sommerzeit — mit folgender Tagesordnung ein:

1. Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über die Regierungsvorlage (669 der Beilagen): 21. Novelle zum Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz (689 der Beilagen),

2. Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über die Regierungsvorlage (670 der Beilagen): 17. Novelle zum Gewerblichen Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetz (690 der Beilagen),

3. Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über die Regierungsvorlage (671 der Beilagen): 11. Novelle zum Landwirtschaftlichen Zuschußrentenversicherungsgesetz (691 der Beilagen),

4. Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über die Regierungsvorlage (681 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz betreffend Abänderung und Ergänzung des Kleinrentnergesetzes neuerlich abgeändert wird (687 der Beilagen),

5. Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über die Regierungsvorlage (680 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Arbeitslosenversicherungsgesetz 1958 neuerlich abgeändert wird (685 der Beilagen),

6. Bericht des Handelsausschusses über die Regierungsvorlage (668 der Beilagen): Bergbauförderungsgesetz 1968 (697 der Beilagen),

7. Bericht des Ausschusses für wirtschaftliche Integration über die Regierungsvorlage (661 der

Nationalrat XI. GP. — 81. Sitzung — 15. Dezember 1967

6673

Präsident

Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das
4. EFTA-Durchführungsgesetz abgeändert
wird (684 der Beilagen) und

ziehen von Leistungen aus der Arbeitslosen-
versicherung eine Teuerungszulage gewährt
wird (686 der Beilagen).

8. Bericht und Antrag des Ausschusses für
soziale Verwaltung über den Entwurf eines
Bundesgesetzes, betreffend die neuerliche Ab-
änderung des Bundesgesetzes, mit dem Be-

Diese Sitzung wird mit einer Fragestunde
eingeleitet.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 12 Uhr 20 Minuten